



Protokoll Außerordentlicher Bundesparteitag Berlin, 14. Juni 2009

**Deutschland**

**Sozial und Demokratisch**

**Protokoll  
Außerordentlicher Bundesparteitag  
Berlin, 14. Juni 2009**



**Deutschland**

**Sozial und Demokratisch**

**Protokoll**

**Außerordentlicher Bundesparteitag  
Berlin, 14. Juni 2009**

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

### **Zusammenstellung:**

Natalie Raima

Art.-Nr. 3800815

# Inhaltsverzeichnis

<b>Tagesordnung</b>	5
<b>Geschäftsordnung</b>	6
<b>Eröffnung durch den Parteivorsitzenden</b> Franz Müntefering	8
<b>Konstituierung</b> Hannelore Kraft	14
<b>Rede des Kanzlerkandidaten</b> Frank-Walter Steinmeier	16
<b>Aussprache</b>	30
<b>Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission</b> Renate Knauss	53
<b>Bericht der Antragskommission</b> Olaf Scholz	54
<b>Aussprache Regierungsprogramm</b>	58
<b>Beratung Regierungsprogramm</b>	72
<b>Abstimmung Regierungsprogramm</b>	89
<b>Schlusswort</b> Frank-Walter Steinmeier	90

## **Anhang**

<b>Beschlüsse</b>	94
<b>Delegierte</b>	228
<b>Delegierte mit beratender Stimme</b>	235

## Tagesordnung

10.30 Uhr Eröffnung durch den Parteivorsitzenden Franz Müntefering

Konstituierung

- Wahl des Parteitagspräsidiums
- Beschlussfassung über die Tagesordnung
- Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
- Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Rede des Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Beratung Regierungsprogramm

Abstimmung Regierungsprogramm

Schlusswort Frank-Walter Steinmeier

Lied: „Wann wir scheitern Seit’ an Seit’“

16.30 Uhr Ende Parteitag

## **Geschäftsordnung des außerordentlichen Parteitag am 14.Juni in Berlin**

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend sind. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des § 18 Abs. 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelte Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteipräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.

11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Der amtierende Präsident kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.



## Eröffnung

Beginn: 10.39 Uhr

**Franz Müntefering, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Liebe Gäste! Ich begrüße Euch alle, ich begrüße Sie alle ganz herzlich!

Dies ist ein besonderer Parteitag. In einer Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise, in einer Zeit, in der viele Fragen auf der politischen Tagesordnung sind: Ein Parteitag nach dieser Wahl am letzten Sonntag und vor wichtigen Wahlen in diesem Herbst. Manche meinen, die SPD sei im Staub oder zumindest auf den Knien. Wir ärgern uns; das ist wahr. Aber das war am Sonntag auch ein Adrenalinschub. Auch das ist wahr. Deshalb sollen alle in Deutschland wissen: Jawohl, das war ein schlechter Sonntag, ein schlechtes Ergebnis, aber vor uns ist die Zeit der Wahlen in den Ländern und im Bund. Die Sozialdemokraten haben einen klaren Kopf und ein heißes Herz. Wir machen einen Wahlkampf um das Kanzleramt!

Mit Frank-Walter Steinmeier als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall)

Manche behaupten, liebe Genossinnen und Genossen, die soziale Demokratie sei am Ende, und sie fordern uns zur Kurskorrektur auf. Das hätten sie gerne. Wir wissen: Soziale Demokratie ist nicht statisch. Da verändert sich viel, seit es die soziale Demokratie gibt. Wir wissen, es hat auch Rückschläge gegeben für die soziale Demokratie. Aber es hat auch Fortschritt gegeben. Wir wissen, dass die Menschen fähig sind zum Fortschritt und dass die Idee des Fortschritts- in einer Welt zu leben, die für die Menschen da ist- sich ganz eng mit dem verbindet, was soziale Demokratie bedeutet: Auf der Höhe der Zeit sein, Antworten geben auf das, was jetzt ansteht, das ist unsere gemeinsame Aufgabe. Es geht um die Substanz. Das, was wir wollen, das, was soziale Demokratie ausmacht, das gründet im Letzten auf der Würde des Menschen, auf der Gleichberechtigung aller Menschen, aber auch wissend: Wir sind nicht gleich – wohl wahr –, aber alle Menschen sind gleich viel wert!

Das ist die Grundlage der sozialen Demokratie, und darauf bauen wir unsere Politik gemeinsam auf, jetzt und auch in Zukunft.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kämpfen gemeinsam für die Freiheit des Individuums, gleiche Freiheit für alle, aber eben auch für die soziale Gesellschaft, für Regeln in der Demokratie, organisierte Solidarität in Form des Sozialstaats und der sozialen Marktwirtschaft, Toleranz, eine offene Gesellschaft, Wohlstand für alle auf hohem Niveau, ökonomisch erfolgreich, ökologisch vernünftig, sozial gerecht. In einer solchen Welt und in einem solchen Deutschland wollen wir leben, und dafür kämpfen wir. Da ist nichts zu korrigieren.

(Beifall)

Deutschland ist in seiner Geschichte mit den Sozialdemokraten in der Regierung und an der Spitze gut gefahren. In den ersten 100 Jahren sozialdemokratische Geschichte waren es gerade fünf Jahre, in denen wir mitregieren konnten, zwischen 1918 und 1930. Wie das alles geendet hat, wissen wir. Seit 1963, im zweiten Jahrhundert der Sozialdemokratie, sind wir jetzt seit 27 Jahren in der Regierung mit dabei, 20 Jahre im Kanzleramt. Ich denke, Deutschland ist gut gefahren mit den Bundeskanzlern Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder. Gerhard, herzlich willkommen in unserer Mitte!

(Beifall)

Das soll nun weitergehen nach dem 27. 9., nicht, weil die Sessel im Kanzleramt besonders weich wären, aber weil es gut ist für Deutschland, wenn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regieren, weil es gut ist für Deutschland, wenn soziale Marktwirtschaft neu gestartet wird, weil es gut ist, dass der zügellose, unsoziale Kapitalismus der weltweiten Finanzmärkte Regeln bekommt und gestoppt wird. Weil es wichtig ist, dass der Kündigungsschutz gesichert bleibt und die Mitbestimmung ausgeweitet wird, weil wir anständigen Unternehmern die Garantie geben wollen, dass sie die Kredite bekommen, die sie brauchen, um ihre Unternehmen vernünftig zu führen. Weil wir wollen, dass es Mindestlöhne gibt, flächendeckend, all überall in Deutschland, dort, wo es nötig ist, ganz vorne an bei den Leiharbeitern!

(Beifall)

Weil wir wollen, liebe Genossinnen und Genossen, dass es keine sittenwidrig hohen Einkommen und Boni gibt – das, was sich da in Deutschland eingefressen hat, muss gestoppt werden! Wir wollen, dass Bildung ein Menschenrecht ist, dass wir uns zusammen anstrengen in der Gesellschaft, Bund, Länder und Gemeinden miteinander, die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer, damit klar wird: Der Bildungsanspruch der Kinder ist nicht als eine ökonomische Größe aus dem Bedarf der Industrie abgeleitet. Es kann ja sein, dass sie uns sagen, sie brauchen Hunderttausende Ingenieure; auch das ist wichtig. Aber die sozialdemokratische Bewegung war immer eine Bildungsbewegung. Deshalb ist Bildung für uns Menschenrecht. Jedes Kind hat den Anspruch, die beste Bildung zu bekommen, die man sich vorstellen kann.

(Beifall)

Es ist endlich an der Zeit, liebe Genossinnen und Genossen, dass es in Deutschland für gleiche Arbeit gleichen Lohn gibt,

(Beifall)

dass es für gleichwertige Arbeit gleichen Lohn gibt, dass Männer und Frauen, wenn sie gleichwertige Arbeit tun, dafür gleichen Lohn bekommen. Das ist in Deutschland längst noch nicht überall so. Und wenn man das macht, wird es an vielen Stellen quiet-schen, aber so war das immer mit dem Fortschritt, liebe Genossinnen und Genossen. Irgendwann muss man Ernst machen und sagen: Das beschließen wir, und wir wollen es in den nächsten Jahren erreichen. Wir wollen auch, dass in den Gremien und in den

## Eröffnung

Aufsichtsräten der großen Unternehmen in Zukunft Frauen sitzen, und zwar sollen 40 % mit dabei sein. Wir wollen das – wie in Norwegen – auch erreichen.

(Beifall)

Wir wollen eine Gesellschaft sein, in der Menschen für Menschen da sind. Der Sozialstaat ist eine große menscheitsgeschichtliche Fortschrittsidee gewesen. Wir sind stolz darauf, auf diesen Sozialstaat. Im Moment ist auch niemand mehr da, der das bestreitet. Aber neben dem Sozialstaat, neben der Möglichkeit, auf der Bundesebene die Dinge zu organisieren und zu beschließen und den Menschen Garantien zu geben, muss man die soziale Gesellschaft retten: die Gesellschaft in den Städten und Gemeinden, denn da ist die Bereitschaft da aufeinander zuzugehen und Dinge zu tun, die man nicht seitens des Staates beschließen kann.

Ich war vorgestern Abend in Göttingen und habe dort für die Sozialdemokratie bei den Deutschen Tafeln gesprochen. 850 solcher Tafeln gibt es in Deutschland. Zu viele Menschen nehmen zurzeit die Tafeln in Anspruch. Dass es das gibt, dass es das geben muss, liebe Genossinnen und Genossen, ist bedrückend, aber dass es diese Tafeln gibt, ist auch ein Zeichen, dass in dieser Gesellschaft vieles in Ordnung ist. Deshalb sage ich von hier aus: Danke schön an alle, die sich in diesem Lande ehrenamtlich engagieren! Es ist gut, dass das in unserer Gesellschaft so ist.

(Beifall)

Wir wollen in einem Deutschland leben, das sich seiner Aufgabe bewusst ist, für ein soziales Europa zu kämpfen.

(Beifall)

Dass am letzten Sonntag das Ergebnis so war, wie es war, macht ja die Idee vom sozialen Europa nicht überflüssig, sondern umso wichtiger.

(Beifall)

Das Bewusstsein dafür, dass wir in einer globalen Welt leben, in der die nationalen Grenzen offen sind- in der Informationen und Geld in vielerlei Bereichen unreguliert weltweit fließen- das ist die große Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Dass wir über das Nationalstaatliche reden, aber über das nationalstaatliche Handeln und Wirken hinaus, internationale Vorhaben der Zusammenarbeit finden, ist die große Herausforderung, vor der wir stehen.

Das bedeutet, dass wir es in den nächsten Jahren schaffen müssen, dass die 27 demokratisch legitimierten europäischen Länder in der EU sich darauf verständigen, freiwillig auf europäischer Ebene Vereinbarungen zu treffen, dass dieses Europa ein Europa wird, das den Anforderungen der sozialen Demokratie genügt. Wir wollen soziale Demokratie nicht nur in Deutschland. Wir wollen das in Europa, und wir wollen Europa als Beispiel für das, was in der Welt insgesamt möglich sein kann. Wir bleiben Europäer, und wir lassen uns natürlich überhaupt nicht aus der Kurve tragen durch ein solches Ergebnis wie am letzten Sonntag.

(Beifall)

Wir waren am Sonntagabend im Willy-Brandt-Haus natürlich alle sauer, das ist schon richtig. Ich habe neben Martin Schulz gegessen. Ich habe ihm angesehen und wusste: Er war in ganz besonderer Weise davon betroffen. Deshalb will ich an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, dir, lieber Martin, Dankeschön zu sagen. Allen, die mitgekämpft haben und mitgestritten haben in dieser Europawahl: Schönen Gruß an alle, auch an die Genossinnen und Genossen in Europa. Ihr habt das, was möglich war, getan. Ich sage auch Dankeschön an die jungen Teams und die Arbeitsgemeinschaft 60 plus für Eure Aktivität, mit der ihr Euch in diesem Wahlkampf engagiert habt. Martin, mach etwas Gutes daraus, soweit es denn nur möglich ist.

(Beifall)

In dieser Zeit, in der globalisierten Welt gewinnen die großen und die kleinen Einheiten an Gewicht, Europa und die Frage der internationalen Zusammenarbeit, aber eben auch die Entscheidung vor Ort. Deshalb sage ich hier noch einmal ein Dankeschön an die, die in den sieben Ländern am letzten Sonntag in der Kommunalwahl sich engagiert haben, auch an unsere Kommunalpolitiker überhaupt. Wir haben ja leider keine Zeit gehabt, bei der Fallhöhe, die wir zu bewältigen hatten, uns ausreichend um das zu kümmern, was auch passiert ist: 7 Prozent minus für die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, 7,5 Prozent minus in Rheinland-Pfalz, 7,6 Prozent minus in Thüringen, 8 bis 10 Prozent minus im Saarland. Das war das Ergebnis der Kommunalwahlen am letzten Sonntag.

(Beifall)

Damit verbunden ist eine Wahrheit, die wir auch transportieren müssen. Wer soll es sagen, wenn nicht wir, liebe Genossinnen und Genossen?

Ich grüße Heiko Maas, Christoph Matschie, Thomas Jurk und Matthias Platzeck, die vier, in diesem Jahr noch Landtagswahlen zu bestehen haben. Wer hat das geschrieben und gesagt in dieser Woche? In keinem dieser vier Länder gab es eine schwarzgelbe Mehrheit bei der Europawahl! Herzliche Einladung an Euch vier. Geht dran und klärt das, auch für die Landtagswahlen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde der SPD, ganz besonders liebe Unterstützerinnen und Unterstützer der SPD! Ich begrüße Sie alle, Euch alle ganz herzlich. Es sind in der Partei und außerhalb ganz viele, die uns helfen. Bei denen, die ich besonders ansprechen will, sind das natürlich diejenigen, die uns in besonderer Weise unterstützen. Deshalb sage ich als Allererstes: Herzlich willkommen Elke Bündenbender.

Ich begrüße Gesine Schwan, die in diesem Jahr gekämpft hat, die nicht gewonnen hat, aber für die Sozialdemokratie viel Ehre eingelegt hat.

(Lebhafter Beifall)

Ich begrüße Erhard Eppler,

(Beifall)

## Eröffnung

der es sich nicht nehmen lässt, hier dabei zu sein und mitzudiskutieren und sich einzumischen. Erhard, mach das weiter.

(Beifall)

Ich begrüße unsere Gewerkschaftsfreunde, Michael Sommer an der Spitze.

(Beifall)

Euch allen miteinander sage ich ein herzliches Willkommen. Alexander und Ulli und Franz-Josef und Margret, herzlich willkommen in unserer Mitte.

Hans Bonkas ist da, der Vorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

(Beifall)

Ich weiß nicht, ob Ihr ihn alle kennt: Ich war in dieser Woche in einer Veranstaltung dabei, wo er mal wieder in einer Ausstellung über das berichtet hat, was damals 1923/24 bei der Gründung des Reichsbanners war. Das war die Zeit, als man gekämpft hat gegen den aufkommenden Nationalsozialismus, ein gutes Zeichen für die jungen Menschen. Alle, die Gelegenheit haben, mit ihm darüber zu sprechen, sollten das nutzen: Sich zu erinnern, zu wissen und zu erkennen, wie das damals war und wohin das Ganze geführt hat, kann uns helfen auf dem Weg nach vorn. Hans, vielen Dank für dein Engagement, gerade in Bezug auf die jungen Menschen bei uns im Land.

(Beifall)

Ich bestelle Euch Grüße, liebe Genossinnen und Genossen, von Kurt Beck, der aus gesundheitlichen Gründen nicht hier sein kann. Noch einer, der bei jedem Parteitag immer dabei war, kann aus gesundheitlichen Gründen nicht hier sein: Hans-Jochen Vogel. Wir senden auch seiner Frau Grüße von hier. Wir sind sicher, beim nächsten Mal ist er wieder mit in der ersten Reihe hier vorne dabei.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Welt gehört den Begeisterten, die kühles Blut bewahren. Die Begeisterung für uns, für die sozialdemokratische Idee, für das, was wir zu tun haben, ist bei uns ungebrochen, die Verantwortung für das Ganze auch. Das kühle Blut ist auch da, um uns nicht in dieser Situation einreden zu lassen, da seien schon Dinge vorentschieden für diesen Herbst. Wir haben keine Garantie, aber wir haben alle Möglichkeiten, wenn wir kämpfen und wenn wir das gemeinsam und überzeugt tun und die Menschen ansprechen.

Der Parteitag ist eröffnet.

(Beifall)

**Franz Müntefering, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen, das Tagungspräsidium wusste davon, dass ich sie jetzt vorschlagen würde. Deshalb sind

sie da. Ich sage trotzdem noch einmal: Matthias Platzeck, Thomas Jurk, Susanne Kastner, Heiko Maas, Hannelore Kraft. Und Olaf Scholz ist als Vorsitzender der Antragskommission dabei. Hat jemand Bedenken, dass sie uns durch den Tag leiten und lenken? – Das ist nicht der Fall. Dann seid ihr gewählt. Übernehmt das Kommando. Alles Gute und uns miteinander einen guten Tag in dieser umgebauten Halle in einer Form des Parteitags, wie wir es noch nicht gemacht haben.

Ich darf einmal – ich hoffe, ich treffe jetzt keinen falsch – sagen: Heute Morgen kursierte in unseren Zimmern, in denen wir uns vorbesprochen haben, das Gerücht, das sei der zweite größte Kulturbruch seit 50 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland: Endlich sei das Zentralkomitee von der Bühne weg. –

(Vereinzelt Beifall)

Ihr könnt das nehmen, wir ihr wollt. Aber wir fanden, es war ein ganz lockerer Spruch.

Vielen Dank und einen schönen Tag miteinander.

(Beifall)

## Konstituierung

**Hannelore Kraft, Parteitagspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen! Auch von-seiten des Tagungspräsidiums einen fröhlichen guten Morgen!

Wir steigen über die Formalien in den Parteitag ein. Ihr habt die Geschäftsordnung zugesandt bekommen. Ich darf um ein Votum bitten, wer dieser Geschäftsordnung zustimmt. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das einstimmig angenommen.

Zweitens haben wir einen Vorschlag für die Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Ich darf euch die Namen verlesen: Aus der Landesorganisation Bremen Janna Köke, aus Hamburg Antje Mohr, aus dem Bezirk Hannover Sören Steinberg, aus Brandenburg Ines Hübner, aus Berlin Regine Koch, aus Nordrhein-Westfalen Bettina Trenckmann, aus Hessen-Süd Dzenet Stojkovic, aus Thüringen Michael Pidde, aus dem Saarland Gabi Hell, aus Rheinland-Pfalz David Langner, aus Baden-Württemberg Renate Knauss, aus Bayern Maria Noichl, aus Nord-Niedersachsen Karin Bekmann, aus Braunschweig William Labitzke, aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt Silke Schindler und für den Parteivorstand Barbara Hendricks.

Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig. Vielen Dank.

Ich darf ankündigen, dass sich die Mandatsprüfungs- und Zählkommission jetzt links von der Bühne treffen wird.

Des Weiteren gilt es, den Antragsschluss anzukündigen. Franz hat den Parteitag um 10.55 Uhr eröffnet. Um 11.55 Uhr ist dann Antragsschluss. Ich hoffe, auch damit seid ihr einverstanden.

Die Beschlussfassung über die Tagesordnung steht noch an. Wer mit der Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch das war einstimmig.

Ich darf jetzt auf die Bühne bitten: Matthias Karsch, Hans-Ulrich Klose, Ute Meiers, Olaf Scholz. Sind die alle im Raum? Dann darf ich bitten, hier auf die Bühne zu kommen. Nur Mut!

Dazu könnten sich gesellen, wenn sie da sind – da bin ich mir nicht sicher –: Claudia Amier, Bodo Böke, Petra Brüggemann, Marco Bülow, Peter Griebel, Andy Grote, Horst Schmidt, Klaus-Dieter Schrumek, Monika Strecker und Walter Zuckerer.

Alle, die jetzt hier auf die Bühne gebeten werden, haben heute Geburtstag, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall – Lied: „Happy Birthday“)

Vielen Dank und einen schönen Geburtstag euch hier auf dem Parteitag!

**Franz Müntefering, Parteivorsitzender:** Ich darf noch sagen: Ulla Schmidt hatte gestern Geburtstag.

(Beifall)

Ulla, komm mal hier rauf! Herzlichen Glückwunsch, Ulla!

(Beifall)

**Hannelore Kraft, Parteitagspräsidium:** Wir haben auch einen Blumenstrauß. Einer kommt etwas später. Aber er hat den Gesang vernommen.

Vielen Dank und noch einmal einen Schlussapplaus für unsere Geburtstagskinder!

(Beifall)

Damit darf ich jetzt auf die Rede überleiten, auf die wir alle heute hier warten: die Rede unseres Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier. Du hast das Wort!

(Beifall)



## Rede des Kanzlerkandidaten

**Frank-Walter Steinmeier, Kanzlerkandidat, stellvertretender Vorsitzender:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Liebe Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen! Herzlich willkommen zum Parteitag! Herzlich willkommen hier in Berlin!

(Beifall)

Der letzte Sonntag war kein guter Tag. Das war Mist. Es hat mich geärgert wie euch. Aber heute ist ein neuer Sonntag. Heute sind wir hier, um auf die nächste Wegstrecke nach vorn zu blicken, Orientierung zu zeigen, Kräfte zu sammeln. Vor allen Dingen sind wir aber hier, liebe Genossinnen und Genossen, um das Fundament für einen fulminanten Wahlkampf hin auf den 27. September zu legen. Dafür werde ich mich hineinhängen – gemeinsam mit euch!

(Beifall)

Europawahl ist das eine. Bundestagswahl ist etwas ganz anderes. Ich sage euch: Das Ding ist offen. Wir werden es offen halten und am Ende gewinnen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sehe keinen Grund, mir und uns kleinere Ziele zu stecken. Wir wollen und wir werden auch im neuen Jahrzehnt die Richtlinien der deutschen Politik bestimmen. Wenn wir das wollen und wenn wir das gemeinsam wollen, dann wird von diesem Parteitag ein Signal ausgehen – ein Signal der Geschlossenheit, ein Signal der Entschlossenheit und ein Signal des Aufbruchs. Das ist die Botschaft des heutigen Tages.

(Beifall)

Dazu gehört aber eines, liebe Genossinnen und Genossen: Es gilt der alte Satz: Nur wenn wir selber überzeugt sind, dann können wir auch andere überzeugen.“ Das müssen wir tun durch unser Programm – ja. Das müssen wir tun durch unsere Vorstellungen für die Zukunft – ja. Das müssen wir tun durch unsere Antworten auf die aktuelle Krise – ja. Und wir müssen das tun, liebe Genossinnen und Genossen, durch unser gemeinsames Einstehen für soziale Gerechtigkeit in diesem Lande. Und ich verspreche euch: Das wird überzeugen! Dieses Programm, dieser heutige Parteitag und ihr alle werdet diese Botschaft nach draußen tragen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Wir verabschieden heute auf diesem Parteitag unser Programm für die nächsten Jahre – ein Programm mit klarer Kante, mit klarem Kurs, ein Programm, das den Kurs für das ganze nächste Jahrzehnt vorgibt.

Und die Union? Die Union hat bis heute kein Programm, nicht einmal einen Entwurf. Das zeigt eben, wofür die Union und ihre Vorsitzenden tatsächlich stehen. Das Motto der Union lautet: abwarten, abgucken und dann draufsetzen. Das reicht nicht.

(Beifall)

Deshalb sage ich denen: Wir Sozialdemokraten sind auf der Höhe der Zeit. Ihr seid es nicht. Die Union ist heute so, morgen so, mal Rüttgers, mal Merz. Es gibt auf der Bestsellerliste ein Buch, das hat den Titel: „Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?“ Das, Genossinnen und Genossen, ist das Kursbuch von Angela Merkel und Horst Seehofer.

(Beifall)

Wir werden das nicht durchgehen lassen. Wir werden das in den nächsten 105 Tagen – verlasst euch darauf – klar benennen. In der Koalition sind im Augenblick die Rollen verteilt: Die Union, das sind die, die nachher alles vorher gewusst haben. Aber wir sind die, die vorher die Arbeit gemacht haben. Das ist die Wahrheit, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Alles, was Deutschland in den letzten Jahren vorangebracht hat, alles, was dieses Land vor der Krise gestärkt und in der Krise zusammengehalten hat, das kam von uns.

Erinnert euch:

Investitionsprogramme in den Städten und Gemeinden – Geld, mit dem wir etwas tun konnten für Kindergärten, für Schulen, für Universitäten, für Straßen. Wer ist drauf gekommen? Die SPD.

Kinderbonus, Schulstarterpaket. Wer hat's erfunden, wer hat's umgesetzt? Die SPD.

Die Umweltprämie, damals umstritten, als wir gesagt haben, wir brauchen so etwas, heute ein Erfolgsmodell, weltweit kopiert. Wer hat's erfunden? Die SPD.

(Beifall)

Begrenzung von Managergehältern. Wer hat's sich ausgedacht, wer hat's durchgesetzt? Die SPD.

Investoren für Opel – wer hat sie gesucht, wer hat sie gefunden? Die SPD.

Ohne uns, liebe Genossinnen und Genossen, sähe dieses Land anders aus.

(Anhaltender Beifall)

Wenn wir dies nicht sagen, wer soll es denn dann sagen? Deshalb: Sagt es nach diesem Parteitag laut, sagt es täglich, sagt es überall, und vor allen Dingen, liebe Genossinnen und Genossen, sagt es mit Stolz! Dann werden wir noch viele überzeugen bis zum 27. September.

(Beifall)

## Rede des Kanzlerkandidaten

Ohne uns wäre dieses Land nicht so gut aufgestellt, wären auch nicht so viele Menschen in diesem Land immer noch, trotz Krise, zuversichtlich. Wir sind diejenigen, die diesem Land Halt geben.

Und wir sind, liebe Genossinnen und Genossen, in der Regierung ein starkes Team:

Lieber Peer, Du schaffst eben, anders als andere in Europa, diesen schwierigen Balanceakt zwischen Gestaltung auf der einen Seite und finanzpolitischer Verantwortung auf der anderen Seite. Herzlichen Dank für diese Leistung, lieber Peer.

(Beifall)

Wenn viele Leute in diesem Land immer noch fragen: „Wo ist sie eigentlich, die Krise?“, dann kann einer unter uns ganz stolz darauf sein. Ohne dich, lieber Olaf, wären Hunderttausende, die ihren Job jetzt noch haben, arbeitslos – in der Industrie, im Handwerk, auch in den Internetagenturen oder sonst wo. Ganz herzlichen Dank Dir, Olaf.

(Beifall)

Ich bin fest davon überzeugt: Unsere sozialdemokratische Ministerriege ist das wirklich starke Herz der Regierung. Wir haben die Politik in den letzten vier Jahren geprägt und erst recht seit dem vergangenen Herbst. Ulla Schmidt, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Brigitte Zypries, Sigmar Gabriel, Wolfgang Tiefensee – ich danke euch allen!

(Beifall)

Und einer Frau müssen wir danken, die gar nicht mehr im Kabinett sitzt, aber immer noch regiert: Renate Schmidt, Du hast dafür gesorgt, dass Ursula von der Leyen sozialdemokratische Familienpolitik machen muss. Die Eltern danken es dir!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, dies ist nicht irgendein Parteitag, und das Programm, über das wir heute reden, ist nicht irgendein Programm. Es ist unser Programm für eine Richtungsauseinandersetzung, die in den kommenden Wochen bis zur Bundestagswahl stattfinden wird. Bei dieser Auseinandersetzung geht es um viel, am wenigsten um mich selbst. Es geht um die Zukunft unseres Landes, um Arbeitsplätze und damit um hunderttausendfache, millionenfache Lebensperspektiven in Deutschland. Es geht um die Frage, ob es uns in Deutschland gelingt, Wachstum, Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit in intelligenter Art und Weise zusammenzubringen.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, es geht auch um Führungsstile. Es geht um Führung oder Moderation. Wie Moderation aussieht, das erleben wir jeden Tag beim Koalitionspartner – ich wiederhole es –: abwarten, abgucken, draufsetzen. Das können wir uns und das kann sich das Land nicht länger erlauben.

(Beifall)

Jetzt geht es um Führung, jetzt geht es um Klarheit, um Richtung – und nicht nur für die nächsten vier Jahre, sondern für das ganze Jahrzehnt. Über diese Richtung, liebe Genossinnen und Genossen, das müssen wir klarmachen in den nächsten Wochen, wird am 27. September entschieden – jeder Tag danach ist zu spät.

(Beifall)

Bei Richtungsauseinandersetzungen geht es um Richtungsfragen, um Richtungsthemen. Aber ich warne euch: Das ist nichts Abstraktes. Das ist sehr konkret. Vielleicht haben wir uns in den letzten Wochen in der Tat zu viel aufs Krisenmanagement konzentriert. Vielleicht haben wir die Richtungsfragen nicht genügend klar, nicht genügend nachvollziehbar und nicht genügend eindeutig benannt.

Aber wenn das so ist, dann holen wir es nach – und nicht irgendwann, sondern auf diesem Parteitag.

(Beifall)

Was sind das für Richtungsfragen, die anstehen?

Erstens: Es geht um Arbeit statt Abbruch. Eines muss klar sein: Das, was jetzt in der Krise wegbriecht, liebe Genossinnen und Genossen, wird auch nach der Krise verloren sein. Deshalb: Brücken über die Krise hinweg, wo immer sinnvoll und verantwortbar – das ist das Gebot der Stunde. Ich sage: Der Staat ist natürlich nicht der bessere Unternehmer. Das hat niemand von uns gesagt. Und der Staat kann auch nicht überall und in jeder Situation eingreifen. Helmut Schmidt hat recht, wenn er sagt: Politik darf nicht mehr versprechen, als sie halten kann.

Aber das Prinzip, für das wir stehen, bleibt doch: Arbeit ist besser als Insolvenz. Dazu stehe ich.

(Beifall)

Der Erhalt eines Unternehmens, die Rettung eines Unternehmens bleibt sinnvoll, Genossinnen und Genossen, wenn ein solches Unternehmen eine echte Zukunftsperspektive hat. Das war der Grund dafür, dass ich mich damals bei Opel eingeschaltet habe. Ich habe viel Arbeit hineingesteckt, nicht etwa, wie manche behauptet haben, weil das ein Wahljahr ist, sondern weil es mich und viele von euch umgetrieben hat. Ich habe den OPELanern Ende Februar in die Augen geschaut. Ich habe ihre Angst gesehen. Aber ich habe auch ihre Hoffnung in die Politik gesehen. Ich sage niemandem in Not: Du bist nicht systemrelevant. Niemand von uns würde das tun. Vielleicht ist das Unterschied zur Union.

(Beifall)

Der CDU-Generalsekretär sagt – ich zitiere –: „Jetzt geht es um Ökonomie. Und Arbeit ist da eine Unterfrage.“ Was für eine Haltung, liebe Genossinnen und Genossen, verrät dieser Satz! Für uns ist Arbeit nie eine Unterfrage. Weil es uns um die Menschen geht,

## Rede des Kanzlerkandidaten

um ihre Zukunft und um ihre Sicherheit. Alle Politik – Klaus Bölling –, die nicht den Menschen dient, ist des Teufels. So hat es Willy Brandt gesagt, und Recht hat er!

(Beifall)

Lest bitte Zeitung, auch wenn das dem einen oder anderen in der zurückliegenden Woche vielleicht etwas schwer gefallen ist. Da steht nämlich: Als Frau Merkel am Montag im CDU-Präsidium die Insolvenz von Karstadt ankündigte, hat der CDU-Wirtschaftsflügel laut Beifall geklatscht. So stand es im „Tagesspiegel“. Die Parteivorsitzende hat dann etwas treuherzig erklärt: Aber Leute, wir müssen auch ein bisschen an die Verkäuferinnen denken. Liebe Genossinnen und Genossen, ein solches Sittengemälde sagt mehr über den inneren Zustand einer Partei, als Tausende von Plakaten, die geklebt werden.

(Beifall)

Das ist vielleicht der Unterschied: Dass wir uns noch empören können. Mir macht das was aus, was ich da sehe. Ich nehme die Sorgen der Menschen ernst, und ich weiß doch verflucht noch mal ganz genau, worum es geht: Die Sorge um den Arbeitsplatz, das ist doch inzwischen überall in euren Familien angekommen. Ich werde genau aus diesem Grund diese Nonchalance, mit der manche darüber hinweggehen, niemals akzeptieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Weil ich Gerhard Schröder vor mir sitzen sehe: Gerd, ich werde seit September vergangenen Jahres immer wieder gefragt, ob die SPD nicht heute eine ganz andere Politik macht als damals mit Gerhard Schröder. Natürlich wollen die, die so fragen, alle hören, dass wir der Reform der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik abschwören, die wir mit viel schmerzhaftem Streit, auch in der eigenen Partei, durchgekämpft haben. Ich weiß das, ich erinnere mich gut. Aber ich frage, liebe Genossinnen und Genossen: Wo stünde unser Land heute, wenn wir nicht Millionen von Menschen in Arbeit gebracht hätten? Wir sind diejenigen, die dieses Land wieder handlungsfähig gemacht haben, mit Reserven in den Sozialkassen und bei der Bundesagentur für Arbeit, die wir jetzt Gott sei Dank nutzen können, und die dafür sorgen, dass die Krise nicht so stark zuschlägt wie in den anderen Ländern. Unser Werk, unsere Arbeit! Wir bestehen darauf!

(Beifall)

Wer fragt, ob unsere heutige Politik anders ist, dem sage ich: Junge, du hast nichts kapiert! Damals ging es um Arbeit, heute geht es um Arbeit. Aber jede Zeit braucht ihre eigenen Antworten. Nur wer jetzt die Brücken über die Krise baut, der ist auf der Höhe der Zeit. Deshalb waren wir, sind wir und bleiben wir die Partei der Arbeit. Lasst euch nicht irre machen, liebe Genossinnen und Genossen. Seid stolz darauf!

(Beifall)

Dann reden die in der Union vom Steuergeld – und richten Vorwürfe an uns. Und ich sage: Was für eine Verlogenheit! Da spielen die sich als Hüter der Staatskasse auf, aber greifen zu jeder Zeit, wenn es passt, tief hinein. Geht es mal um die Landwirtschaft – kein Problem. Geht es um die Nachsteuerung bei der Unternehmenssteuerreform – kein Problem. Und die Ministerpräsidenten der CDU sind diejenigen, die gerade jetzt dreistellige Milliardensummen vom Bund verlangen, damit ihre Landesbanken nicht bankrott gehen. Aber wenn der Staat mit einem rückzahlbaren Kredit und einer Bürgerschaft 130.000 Arbeitsplätze bei Opel rettet, dann wollen uns die Schwarz-Gelben weismachen, dass das unser Land ruiniert – so nicht, liebe Freunde, so nicht!

(Beifall)

Das Gegenteil ist richtig. Wenn jetzt bei dieser Rettung wirklich alle mitziehen, dann wird das allemal die günstigere Lösung für die Steuerzahler werden. Warum? Weil doch jeder weiß – und es stand jetzt oft genug in den Zeitungen –, dass die Pleite von Opel die Steuerzahler schon im ersten Jahr 2 Milliarden Euro gekostet hätte, gar nicht zu reden von den 4 Milliarden Euro Pensionen, die auf andere Unternehmen als Kosten zurückgefallen wären. Dafür hätte keiner ein Lob gekriegt, das versichere ich euch. Das ist am Ende die ganze Wahrheit. Und auch deshalb war unsere Haltung richtig, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich komme, wie ihr wisst, wie die meisten von euch aus einem Elternhaus ohne Klavier und Bibliothek. Bei uns zu Hause wurde auch die Mark zweimal umgedreht, bevor sie ausgegeben wurde. Das habe ich mir gemerkt. Deshalb höre ich genauer hin, was die Leute sagen. Ich war vor kurzem auf einer Veranstaltung im Ruhrgebiet – genauer: in Dortmund –, und da sagte ein älterer Mann zu mir: „Pass auf, dass das Geld nicht kaputtgeht.“ Warum sagt der das? Weil der an die 500 Milliarden Rettungsschirm für die Banken denkt. Der denkt an eine Summe, die auch wir uns ja kaum vorstellen können und bei der Leuten wie dem Mann dort ganz schwindlig wird. Die Angst, dass da in der Politik etwas außer Kontrolle gerät, die ist in Deutschland – das müssen in unserer Politik berücksichtigen – nun einmal größer als in anderen europäischen Ländern.

Deshalb sage ich: Wir müssen nicht nur auf den Umfang der Neuverschuldung aufpassen. Wir müssen auch bei jedem Rettungsversuch für Firmen natürlich sorgfältig prüfen. Wir müssen uns jeden Fall genau anschauen. Wir sorgen dafür – das ist unser Versprechen –, dass auch Eigentümer, dass auch Banken zur Verantwortung gezogen werden. Wenn Substanz da ist und wenn andere mit in die Verantwortung gehen, dann muss man solche Unternehmen erhalten. Es ist besser, liebe Leute, Arbeit zu finanzieren, als – ihr kennt den Satz – Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das ist und bleibt vernünftig.

(Beifall)

Die zweite Richtungsfrage, um die es geht: Nachhaltige Industriepolitik, die gestaltet, oder Lehrbuchweisheiten aus der Ordnungspolitik? Ich sage euch eines, aus langer

## Rede des Kanzlerkandidaten

Erfahrung: Volkswirtschaften wie die unsere werden nicht überleben, die werden keine Zukunft haben, wenn sich die Menschen in diesem Lande nur noch gegenseitig die Haare schneiden. Wir brauchen moderne Dienstleistungen, natürlich. Wir brauchen sogar mehr davon. Aber werft nur mal einen Blick über die Grenzen dieses Landes hinaus. Schaut nur mal nach Großbritannien, das sich auf Finanzdienstleistungen konzentriert hat. Dort gibt es faktisch keine Industrie mehr. Und schaut euch bitte an, was in diesem Lande im Augenblick wegbricht. Das ist dramatisch, und das ist auch ein Grund, warum es den Labour-Kollegen dort im Augenblick so schlecht geht.

(Beifall)

Wir haben es in Deutschland geschafft, dass hier reale Werte geschaffen werden, mit hochqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, mit Ingenieuren, mit Entwicklern. Wir erarbeiten gut ein Drittel unseres Wohlstands mit industrieller Produktion. Und wir sind gleichzeitig, Sigmar, Weltmarktführer bei den Umwelttechnologien. Und ihr Anteil am Welthandel wird dramatisch steigen. 2020 wird die grüne Technologie einer der größten Wirtschaftszweige in Deutschland und weltweit sein. Aber wir müssen uns vor einem hüten – das ist meine Bitte an euch, das ist meine Bitte an die SPD: Hüten wir uns bitte davor, das eine gegen das andere auszuspielen.

(Beifall)

Wenn das mit dem Wachstum bei uns in Deutschland gelingen soll, dann brauchen wir beides – das ist unsere Erfahrung –, die klassische Industrie mit Stahl, Chemie und Automobil und die neuen Umwelttechnologien, bei denen wir gut aufgestellt sind. Ich sage euch: Wachstum und Arbeit entstehen, wenn wir beides zusammenbringen. Wer kann das in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen? Das kann die deutsche Sozialdemokratie, und dafür stehe ich.

(Beifall)

Die dritte Richtungsfrage, um die es am 27. September geht: Marktradikale Ideologie oder soziale Gerechtigkeit? Ich glaube – und das müssen wir auf diesem Parteitag nicht mehr beschreiben –, die Ideologie der Marktradikalen ist krachend gescheitert. In der Wirtschaft haben viele solche Prinzipien wie Verantwortung und Vernunft aufgegeben. Maßlosigkeit und Gier aber bestrafen sich selbst. Die Jagd nach den Maximalrenditen, immer kurzfristig, auch auf Auspressung von Unternehmen gerichtet – dieses marktradikale Prinzip frisst zurzeit seine Kinder. Das hat uns in das Desaster geführt: Der Markt ohne Regeln. Das hat keine Zukunft. Wir brauchen die Alternative.

(Beifall)

Nur mit uns bleibt der Sozialstaat intakt. Das müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern in den nächsten Wochen noch deutlicher sagen, als wir das in den letzten Wochen getan haben. Wir müssen ihnen deutlich machen: Was blüht diesem Land, sollte sich tatsächlich Schwarz-Gelb durchsetzen? Deshalb sage ich noch einmal: Wer jetzt mas-

senhaft Steuern senken will, der stellt in der Lage, in der wir sind, unseren Sozialstaat in Frage.

(Beifall)

Ich sage euch: Ohne einen handlungsfähigen Sozialstaat, ohne einen handlungsfähigen Staat werden wir diese Krise nicht bewältigen. Und auch deshalb ist es richtig, dass wir, Peer, die Handlungsfähigkeit unseres Staates, unseres ganzen Gemeinwesens jetzt sichern und erhalten.

Damit eines klar ist: Natürlich hat niemand etwas gegen Steuerensenkungen. Wir wären ja blöd. Aber wir sagen: Der Spielraum dafür muss da sein. Und wenn es Spielräume gibt – das haben wir in unserem Programm gesagt –, dann müssen sie genutzt werden für Geringverdiener, für Normalverdiener.

(Beifall)

Die Geringverdiener haben das jetzt verdient. Die starken Schultern haben in den letzten Jahren stark gewonnen. Deshalb müssen sie jetzt auch mehr tragen. Liebe Leute, das ist gerecht, und deshalb machen wir das genau so.

Vierte Richtungsfrage. Es geht um die Entscheidung, ob Deutschland eine Zukunft mit sicherer und erneuerbarer Energie hat oder ob wir die Energiewende rückwärts erleben. Was wir wollen, liebe Freunde, das ist so klar, wie wir es in diesem Programm aufgeschrieben haben: Wir wollen eine moderne Energieversorgung. Wir wollen mehr Energieeffizienz. Wir wollen erneuerbare Energien. Und wir wollen, wo wir sie brauchen, hocheffiziente fossile Kraftwerke. Das schafft neue Arbeitsplätze. Das macht uns weniger abhängig von Energieimporten. Mit dieser Politik aus allen drei Elementen entwickeln wir die Leitmärkte und die Leittechnologien für das 21. Jahrhundert.

Die Frage ist: Setzen wir konsequent auf die neue Technologie und damit auf die Arbeit von morgen oder auf Atomkraft, die genau diesen Pfad wieder zumachen würde? Auch das ist die Frage, um die es am 27. September geht.

(Beifall)

Fünfte Richtungsfrage. Es geht um Teilhabe und Chancen für viele statt um Privilegien für wenige. Angefangen hat das mit der Bildungsfrage. Die Bildungsfrage, das wussten schon die Gründer der deutschen Sozialdemokratie, ist eine Machtfrage. Nur wer gleichberechtigt teilnehmen kann, der kann auch mitgestalten. Wir, die SPD, wir stehen für Teilhabe und Mitgestalten. Wer diese Chance nicht hat, der muss draußen bleiben. Chancen für wenige, das mag das Denken von anderen sein. Wir haben das immer bekämpft, und wir werden das weiter bekämpfen. Bildung ist Menschenrecht. Das ist und bleibt unser sozialdemokratisches Prinzip.

(Beifall)



## Rede des Kanzlerkandidaten

Liebe Genossinnen und Genossen, sagt es allen: Am 27. September stehen zwei Richtungen zur Wahl, unsere Richtung oder die von Schwarz-Gelb. Es ist wichtiger als je zuvor, auch das zu sagen: Schwarz-Gelb darf keine Mehrheit bekommen, weil die Ideologie, die uns in diese Krise geführt hat, doch nicht die Antwort auf die Krise sein kann. Das kann doch nicht sein.

(Nicht enden wollender lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, ich möchte, dass wir in der Lage sind, aus dem, was da passiert, zu lernen. Und weil ich Erhard Eppler sehe: Erhard, ein herzliches Willkommen.

(Beifall)

Du hast eine Formulierung für das gefunden, was anders werden soll. Es geht um eine neue Epoche des Wir statt einer Epoche des Ich. Erhard Eppler hat ein Bild aus der Bibel dazu parat: Paulus hat gesagt: Einer trage des anderen Last. – Erhard Eppler sagt: Marktliberal ist das eigentlich völliger Blödsinn. Aber es enthält eben eine Botschaft. Und an diese Botschaft sollten wir gemeinsam appellieren.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe gesagt, wir können nur überzeugen, wenn wir selbst überzeugt sind, überzeugt von der Notwendigkeit einer neuen Politik, überzeugt von neuen Antworten, überzeugt natürlich von der Tradition und der Geschichte, aber auch von der Innovationsstärke unserer Partei. Überzeugt davon, dass das Soziale und dass das Demokratische die Richtschnur für unsere Zukunft sind. Ich bin davon überzeugt, liebe Genossinnen und Genossen. Ihr auch. Darum stehe ich hier für euch als Kanzlerkandidat. Der 27. September ist das entscheidende Datum. An diesem Tag geht es um die Richtung in unserem Land, nicht nur für vier, sondern für die nächsten zehn Jahre.

Ich will Kanzler aller Deutschen werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich will Kanzler für die Menschen werden, die an dieses Land glauben, die daran glauben, dass dieses Land gerecht gestaltet werden muss. Weil es sonst auseinanderfällt, weil es sonst auseinanderbricht.

Ich will Kanzler werden für die Menschen, die wissen, dass wir aus dieser Krise lernen müssen, dass wir nicht weitermachen können wie bisher, dass wir gerade jetzt die einmalige Chance haben, neu und besser anzufangen.

Ich will Kanzler werden für die Menschen, die Hoffnung haben, die nicht verzagen, die etwas verändern wollen, jeden Tag etwas zum Besseren verändern wollen.

Ich will Kanzler werden für die Menschen, die sich um andere kümmern, für die Gemeinsinn und Miteinander wichtig sind. Ich will Kanzler werden für die Menschen, die daran glauben, dass wir in diesem Land Kinder besser fördern, unsere Umwelt besser schützen, unsere Gesellschaft besser gestalten können.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, ich will Kanzler werden für all diejenigen, die zu uns nach Deutschland gekommen sind und hier eine Heimat gefunden haben.

Ja, dafür will ich sozialdemokratischer Kanzler werden!

(Beifall)

Am 27. September geht es um die Gesellschaft und die Arbeit von morgen, um Wohlstand und soziale Sicherheit für das nächste Jahrzehnt. Ich will nicht „Fahren auf Sicht“, wie Angela Merkel gelegentlich sagt. Lasst uns anspruchsvoller sein. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir nachher wieder singen: „Mit uns zieht die neue Zeit“, dann ist das mehr als nur die Erinnerung an eine Epoche, in der Demokratie und Arbeitnehmerrechte noch Zukunftsmusik waren. Dieses Lied ist auch Bekenntnis zu einer Grundhaltung. Zu der sozialdemokratischen Grundhaltung.

Wir nehmen die Welt, wie sie ist, aber wir finden uns nicht damit ab. Wir lavieren und taktieren nicht herum. Wir wollen dieses Land stärker, wir wollen es solidarischer, wir wollen es besser machen. Darum geht es am 27. September!

(Beifall)

Und die neue Zeit, für die wir kämpfen, was ist das?

Die Zeit, für die wir kämpfen, soll eine Zeit sein, in der die Kinder wirklich gleiche Bildungschancen haben. Ich werde mich nicht damit abfinden, dass in diesem Land 12- und 13-jährige Jungen und Mädchen schon resignieren und sagen „Wir haben hier ja eh keine Chance“. Ich bin in Mainz auf ein Beispiel gestoßen, liebe Genossinnen und Genossen, wie es gehen kann: Ein junges Mädchen – ich glaube, mich zu erinnern: aus deutsch-türkischem Elternhaus –, Hauptschule nicht geschafft, ihr drohte der Weg in die frühe Arbeitslosigkeit. Jung in Arbeitslosigkeit und dann nie wieder heraus! Dieses junge Mädchen – inzwischen eine junge Frau – hat sich einen Ruck gegeben und sie hat Leute gefunden, die zu ihr gestanden haben. Sie hat Hauptschulabschluss gemacht, hat Abitur gemacht und studiert heute auf einer Universität. Natürlich, liebe Genossinnen und Genossen, funktioniert das nicht bei jeder und bei jedem. Aber viel mehr als heute müssen alle die Chance haben, in diesem Lande weiterzukommen. Wir brauchen jeden von ihnen!

(Beifall)

Die neue Zeit, für die wir kämpfen, das ist die Zeit, in der Chancengleichheit kein leeres Versprechen mehr ist. Ich will, dass keiner ohne Schulabschluss und Berufsausbildung ins Leben geht. Ich will, dass jeder und jede deutsch spricht, bevor sie in die Schule kommen. Ich will, dass Schulkarrieren nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sind, auch nicht von der Straße und dem Häuserblock, in dem Kinder geboren sind.

(Beifall)

Wer das will wie wir, liebe Genossinnen und Genossen, der muss etwas für Schulen tun – besonders für Schulen in den schwierigen Stadtvierteln. Schulsozialarbeit ist unsere

## Rede des Kanzlerkandidaten

Antwort. Das steht in dem Programm. Wer das will, der muss Hürden abreißen, die Zugang erschweren. Auch das steht in unserem Programm.

(Beifall)

Und wie reißen wir Hürden ab, wie schaffen wir wirklich Chancengleichheit für jeden, der in Deutschland zur Schule geht? Indem wir sagen: Keine Gebühren vom Kindergarten bis zur Universität! Das bleibt unser Ziel. Studiengebühren abschaffen, wo wir am Drücker sind!

(Beifall)

Dann kriegt man schlaue Antworten. Dann gibt es die Antworten von denen, die sagen: Aber Bildung kostet Geld! Sehr richtig, Bildung kostet Geld. Entscheidend ist: Ehrlich ist nur der, der auch sagt, woher es kommt. Und ich sage: Aus Steuersenkungen jedenfalls nicht!

(Beifall)

Wem das wirklich ein Anliegen ist und wer in dieser Frage glaubwürdig bleiben will, der muss auch laut und öffentlich sagen, dass wir mehr Geld für Bildung brauchen. Das mag nicht immer populär sein. Ich weiß das. Aber unser Aufschlag auf den Spitzensteuersatz ist die richtige Antwort. Selbst Gutverdienende, die ich in den letzten Wochen getroffen habe, sagen: „Wenn ihr sicherstellt, dass das Geld wirklich der Bildung unserer Kinder zugute kommt, dann zahle ich auch.“ Das ist die Haltung, die ich mir wünsche. Das ist die richtige Richtung!

(Beifall)

Und die neue Zeit, liebe Genossinnen und Genossen, für die wir kämpfen, ist eine Zeit – Franz hat es gesagt –, in der Frauen und Männer endlich gleichgestellt sind. Ich sage: in Beruf und in Gesellschaft, real und nicht nur auf dem Papier.

Ich danke den vielen starken Frauen – auch denen, die hier im Saal sind –: Ohne euch wäre Gleichstellung längst nicht so weit. Aber ihr wisst noch besser als ich: Viele wichtige Schritte fehlen da noch. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Das gehört zum Beispiel dazu.

(Beifall)

Und wir wollen Frauen in Führungspositionen. Liebe Leute, die ihr da in der Wirtschaft zweifelt: Andere Länder haben uns das vorgemacht. Dann werden wir das in Deutschland doch wohl auch schaffen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die neue Zeit, für die wir kämpfen, das ist die Zeit, in der Arbeit von Menschen wieder richtig respektiert und gewürdigt wird. Ich weiß, das scheint, wenn man das so sagt, auf den ersten Blick ein Allgemeinplatz zu sein, weil es

allzu selbstverständlich klingt. Das ist es aber nicht. Darum sage ich das. Wenn Union und FDP denjenigen mit den ganz niedrigen Löhnen sagen „Wenn euch euer Lohn zu niedrig ist, dann geht doch zum Staat und holt euch einen Aufschlag“, dann ist das jedenfalls nicht der Respekt, den wir brauchen.

(Beifall)

4,50 Euro sind ein Hungerlohn. Das wisst ihr alle. Das, was wir vor kurzem von einem Fall aus Wuppertal gehört haben, nämlich 2,73 Euro, das ist ein Skandal. Liebe Genossinnen und Genossen, da darf man nicht zugucken, und das dürfen wir nicht hinnehmen.

(Beifall)

Ich will, dass jeder, der arbeitet, von seinem Lohn auch vernünftig leben kann – am liebsten, liebe Genossinnen und Genossen, von ordentlichen Tariflöhnen. Das haben wir in den letzten Wochen manchmal vergessen zu sagen.

(Beifall)

Aber wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass ganze Regionen und ganze Branchen nicht in den Genuss ordentlicher Tariflöhne kommen. Aber auch die Arbeit derjenigen, die nicht unter dem Schutz von Tariflöhnen stehen, verdient Schutz und Respekt. Ich sage euch: Die einzige Antwort, die trägt, ist ein gesetzlicher Mindestlohn. So steht es im Programm.

(Beifall)

Eines ist mir dabei sehr ernst: Ich hoffe, dass das Gedächtnis an Zeiten wie diese nicht zu kurz ist. Warum sage ich das? So viel Sozialpartnerschaft wie im Augenblick gab es noch nie. Vorstände und Betriebsräte treten gemeinsam auf. Sie kämpfen gemeinsam wie noch nie um die Zukunft ihres Unternehmens. So wie nie ringen sie um Lösungen in der Krise. Da frage ich mich doch: Hatten eigentlich die recht, die in der Vergangenheit gesagt haben: Betriebsverfassung und Mitbestimmung, das ist ein alter Hut, das ist Folklore des vergangenen Jahrhunderts? Nein, liebe Leute, lasst uns sagen: Das sind Dinge, die unser Land in 60 Jahren stark gemacht haben. Das dürfen wir nicht preisgeben.

(Beifall)

Deshalb meine herzliche Bitte über diesen Saal hinaus: Lasst uns das nicht wieder vergessen. Damit das nicht passiert, erinnern wir in unserem Programm vorsorglich schon mal dran und sagen: Hände weg von Mitbestimmung, Hände weg von Arbeitnehmerrechten! So eindeutig steht es da drin.

(Beifall)

Die neue Zeit, für die wir kämpfen, ist eine Zeit, in der Atomwaffen endgültig aus den Arsenalen verschwinden.

(Beifall)

## Rede des Kanzlerkandidaten

Ich habe immer für Abrüstung gekämpft. Wir haben viel in Bewegung gebracht. Jetzt hat sich Obama zum Ziel einer Welt ohne Atomwaffen bekannt. Und am vergangenen Mittwoch haben Präsident Medwedjew und Ministerpräsident Putin gesagt, das sei auch ihr Ziel. Wir wollen das auch. Egon Bahr ist heute nicht hier, aber ich danke ihm für seine unermüdliche Arbeit, damit dieses Ziel, ein deutsches, ein sozialdemokratisches Ziel, nie von der Tagesordnung gerutscht ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, ich habe die neue Zeit, wie ich sie sehe, beschrieben. Wir als SPD wollen sie gestalten. Die SPD ist eine Volkspartei, und das unterscheidet uns von anderen. Wir sind keine Ansammlung von Klientelgruppen. Wir sind nicht Umwelt-, Unternehmer- oder Arbeitslosenpartei. Wir sind eine Partei für alle. Wir spielen nicht eine Gruppe gegen eine andere aus, nicht Rentner gegen Junge, nicht Unternehmer gegen Arbeitnehmer, nicht Frauen gegen Männer, nicht Ossi gegen Wessi. Wir heben keine Gräben aus, wir bauen Brücken. Wir packen gemeinsam an, wir gestalten. Das ist Geheimnis und Stärke der deutschen Sozialdemokratie.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, in der deutschen Sozialdemokratie haben alle ihren Platz, egal ob Rentner oder Student, egal ob Hauptschule oder Hochschule, egal ob Sekretärin oder Chef! Wir kämpfen für die Verkäuferin, wir kämpfen für den Bauarbeiter. Aber genauso bleiben wir die Partei der neuen Mitte. Auch für die jungen Unternehmensgründer sind wir da, auch für die Computerprogrammierer, auch für die Kreativen aus der Kulturwirtschaft.

(Beifall)

Sie alle haben in dieser großen, traditionsreichen Volkspartei, der SPD, ihren Platz. Wir dürfen, liebe Genossinnen und Genossen, die Mitte dieser Gesellschaft nicht räumen. Das werden wir auch nicht. Dafür stehe ich!

(Beifall)

Wir werden in diesen nächsten 105 Tagen viel Gegenwind erleben, von denen, die in eine andere Richtung wollen. Aber ich bin mir sicher: Unsere Richtung ist die Richtung der Mehrheit in unserem Land. Seid sicher: Es gibt eine Mehrheit für eine Politik, die da heißt: sozial und demokratisch. Dieses Land ist – ich weiß das – kein Land der kalten Egoisten. Es ist ein Land, das sozialdemokratische Politik will.

(Beifall)

Es wird eine Mehrheit geben für eine Politik, die in der Krise nicht tatenlos zusieht, die nicht zusieht, wie Hunderttausende unverschuldet ihren Job verlieren.

Es wird eine Mehrheit geben für eine Politik, die zu Arbeitnehmerrechten und zu Mitbestimmung in der Krise steht.

Es wird eine Mehrheit geben für eine Politik gegen Zweiklassenmedizin.

Es wird eine Mehrheit geben für eine Politik, die für die Umwelt kämpft und fest zum Atomausstieg steht.

Es wird eine Mehrheit geben, die für Bildung für alle steht.

Es gibt eine Mehrheit, da bin ich mir sicher, für die Idee der deutschen Sozialdemokratie, am 27. September dieses Jahres.

(Beifall)

Anpacken und gestalten für die Menschen, für die Gerechtigkeit in diesem Land, das möchte ich mit euch zusammen. Wir müssen noch mehr dafür tun, als wir in den letzten Wochen getan haben. Wir müssen vor allen Dingen rausgehen: Wir müssen in die Wohngebiete, wir müssen in die Einkaufszonen, wir müssen zu den Straßenfesten, zu den Kinderfesten, zu den Seniorennachmittagen, wir müssen vor die Betriebstore und wir müssen in die Vereine – noch mehr, als wir das in den vergangenen Wochen getan haben.

(Beifall)

Gehen wir auf alle diese Menschen zu! Machen wir sie zu unseren Partnern und Verbündeten, für neue und sichere Arbeitsplätze, für Integration der Schwächeren, für sozialen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft. Oder sagen wir es einfach und sozialdemokratisch: Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in diesem Lande. Dafür stehen wir!

(Beifall)

Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben die richtige Antwort auf die Krise. Ich bin fest davon überzeugt. Wir haben das richtige Programm für die Zukunft unseres Landes. Noch mehr bin ich davon überzeugt: Deutschland braucht eine starke Sozialdemokratie! Deutschland braucht einen sozialdemokratischen Bundeskanzler! Gemeinsam schaffen wir das! Wir wollen und wir werden gewinnen!

Ich danke euch!

(Lebhafter, zehnminütiger Beifall, Sprechchöre)

## Aussprache

**Susanne Kastner, Parteitagspräsidium:** Herzlichen Dank, Frank-Walter Steinmeier. Wir versprechen dir, dass wir diese Begeisterung in die nächsten Wochen bis zur Wahl auch beibehalten. Wir versprechen dir auch, dass wir mit Überzeugungskraft um jede einzelne Wählerstimme kämpfen werden, damit auch nach dem 27. September Deutschland sozial und demokratisch bleibt und einen Kanzler mit dem Namen Frank-Walter Steinmeier hat.

(Lebhafter, nicht enden wollender Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen dann zur Aussprache.

Vorher möchte ich aber die Antragskommission bitten, sich gleich im Anschluss in Raum 4 zu treffen.

Ich gebe das Wort dem Ministerpräsidenten von Brandenburg, Matthias Platzeck. Es folgt ihm Barbara Ludwig.

**Matthias Platzeck, Brandenburg:** Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Frank, was soll man eigentlich noch sagen?

(Beifall)

Aber wir können ja jetzt nicht einfach aufhören. Ich fand, es war eine tolle Rede, mir hat sie auf jeden Fall unheimlich viel Mut gemacht.

(Beifall)

Jetzt geht es eigentlich nur noch raus und kämpfen und alles machen, was Frank eben gesagt hat. Dann werden wir auch gewinnen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich finde, wir haben alles zusammen: Wir haben ein Programm, das genau das erfüllt, was Frank eben angesagt hat. Wir haben eine tolle Mannschaft, und vor allem haben wir einen tollen Anführer. Das sage ich nicht nur, weil er Brandenburger ist, sondern wir haben einen tollen Anführer für ganz Deutschland. Frank wird Deutschland gut tun, deshalb wählen wir ihn, deshalb kämpfen wir für ihn, und deshalb wird er Kanzler werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In was für einem Land leben wir eigentlich, wenn es als ein vermeintlicher Nachteil aufgeführt wird – wie letzte Woche zu lesen war –, dass dieser unser Kanzlerkandidat des Zynismus gar nicht fähig wäre? – Genossinnen und Genossen, ich liebe und schätze an Frank-Walter Steinmeier, dass er kein zynischer Mensch ist, dass ihm nicht am

Arsch vorbeigeht, was die Menschen in diesem Lande wirklich umtreibt, was ihnen Angst macht. So einen Kanzler braucht dieses Land – und nicht irgendeinen anderen Entwurf. Ich möchte auch einen Kanzler für unser schönes Land haben, der nicht abgucken muss, sondern der es selber kann, bei dem von mir aus abgeguckt wird, aber der es selber kann, der es richtig macht und der auch weiß, was dieses Land am Ende braucht.

Lieber Frank-Walter, ich sage dir auf jeden Fall: Dein brandenburgischer Landesverband wird sich für dich zerreißen, und wir werden das gerne und mit Freude machen. Und was mir noch mehr Freude macht: Es wird nicht nur der brandenburgische Landesverband sein, der sich für dich zerreißt, sondern alle Landesverbände hier in der Bundesrepublik werden das machen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, durch den Wahlkampf hindurch begleitet uns auch ein wichtiges Jubiläum: 20 Jahre friedliche Revolution. Lasst mich dazu, weil das eine gut zum anderen passt, auch noch einen Satz sagen. Wir werden erleben, dass eine Partei versuchen wird, diese Revolution zu vereinnahmen und dem Volk deutlich zu machen: Das waren wir, die Schwarzen. – Ich will nicht nur wegen der historischen Richtigkeit hier wenigstens einmal angemerkt haben: Diese einzige erfolgreiche friedliche Revolution in Deutschland haben die Frauen und Männer in Ostdeutschland, haben die Bürgerbewegungen, hat eine politische Partei an der Spitze mit durchgeführt, nämlich die damals von mutigen Frauen und Männern noch in der Illegalität gegründete Sozialdemokratische Partei Ostdeutschlands.

(Beifall)

Es waren Sozialdemokraten, die mit den Bürgerbewegungen zusammen diese Revolution inszeniert und durchgeführt haben. Ich glaube, das sollte man wenigstens an einer Stelle noch einmal sagen.

Noch eins, Genossinnen und Genossen – das sage ich insbesondere für uns Ostdeutsche: Wir sollten nicht zulassen, dass dieses 20-jährige Jubiläum alleine reduziert wird auf die Frage: War die DDR ein Unrechtsstaat oder nicht? Diese Frage steht jetzt nicht an, weil sie beantwortet ist. Wenn sie kein Unrechtsstaat gewesen wäre, wären nicht hunderttausende Menschen auf die Straße gegangen und hätten die DDR beendet.

(Beifall)

Aber das ist nicht die Frage, die zum 20. Jubiläum der Revolution ansteht. Sondern die Frage ist: Welche Aufbauleistung ist in diesen 20 Jahren vollbracht worden? Was für eine Leistung hat Gesamtdeutschland, aber haben vor allem die Ostdeutschen, in diesen 20 Jahren gebracht, die Selbstbewusstsein geben kann und Identität. Ich sage mal – bayrische Genossen in allen Ehren –, auch zwischen Rostock und Suhl braucht man nicht die Bayern alleine sagen zu lassen: Mir sein mir. – Wir haben inzwischen auch ein Selbstbewusstsein, was uns Ostdeutsche sagen lässt: Wir stehen für das, was wir in



## Aussprache

den 20 Jahren gemacht haben, Sozialdemokraten immer vorne weg, wir sind stolz darauf und werden das in ganz Deutschland weiter mit prägen. Das wird für ganz Deutschland auch gut sein, meine Damen und Herren – und liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Bei den „Damen und Herren“ kommt immer der Ministerpräsident durch. Ich habe gestern drei Reden gehalten und musste immer „meine Damen und Herren“ sagen. Dann fällt es manchmal schwer, umzuschalten.

Ich will noch ein kleines Dankeschön an viele Genossinnen und Genossen aus allen Landesverbänden sagen. Das Dankeschön bezieht sich darauf, dass es gelungen ist, im Bundestag – wie schon auf unserem Parteitag – in der Bundestagsfraktion einen Beschluss gegen das Bombodrom im Norden unseres Landes im Süden Mecklenburgs zu fassen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen diesen größten Truppenübungsplatz Deutschlands nicht mehr. Wir brauchen ihn nicht. Lasst uns auch gemeinsam das Signal aussenden: Wir wollen ihn nicht. Der Verteidigungsminister soll endlich Schluss machen mit diesen anderthalb Jahrzehnte währenden erfolglosen Planungen.

(Beifall)

Letzter Satz von meiner Seite. Es zog sich durch die Rede von Frank-Walter Steinmeier wie ein roter Faden, dass wir das „Wir“ mehr betonen wollen. Mir fiel dabei das Vermächtnis von Regine Hildebrandt ein, vielen von euch mit Sicherheit noch im Herzen. Regine Hildebrandt hat uns auf dem letzten Parteitag, den sie erleben durfte, Anfang dieses Jahrzehnts zugerufen, wissend, wie es um sie steht: „Kinder, vergesst nicht: Das Wichtigste im Leben ist das Miteinander!“ Und da sage ich: Lasst uns dieses Vermächtnis erfüllen! Das kann nur die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, weil nur unsere Politik darauf ausgerichtet ist, ein Miteinander in diesem Lande möglich zu machen. Lasst uns dafür kämpfen, dass wir den Kanzler stellen, damit dieses Miteinander wieder das Markenzeichen Deutschlands wird. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Parteitagspräsidium:** Vielen Dank, Matthias. – Nächster Redner ist Ralf Stegner, weil Barbara Ludwig zurückgezogen hat. Dann folgt Franziska Drohse.

**Ralf Stegner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen!

Als ihr hierher gefahren seid, alle miteinander, da konnte man in den Zeitungen lesen, dass viele uns abgeschrieben haben, dass die Schwarz-Gelben schon ihre Siegesfeiern vorbereiten: Natürlich haben wir am letzten Sonntag einen richtigen Schlag gekriegt, zwar nicht bei den Kommunalwahlen, aber bei der Europawahl. Viele glauben, dass wir jetzt anfangen, intern zu streiten, zwischen links und rechts, zwischen West und Ost, um Programm und Personen. Die anderen hoffen, dass wir das tun, aber, Genossinnen

und Genossen, das werden wir nicht machen. Wenn wir schlau sind, lassen wir das und nutzen diesen Parteitag als einen Parteitag nicht der Verzagttheit, sondern des Selbstbewusstseins.

Das bedeutet nicht, dass man nicht ernst nehmen muss, dass die Wahlergebnisse nicht so sind, wie wir sie uns bisher wünschen. Das bedeutet nicht, dass wir jetzt anfangen, uns larmoyant über Umfragen, über die Medien oder über die Wahlbeteiligung zu beschweren. Das bedeutet auch nicht, dass wir so furchtbar viel reden über Koalitionen oder über Machtoptionen; denn, Genossinnen und Genossen, Machtoptionen haben wir nur mit guten Ergebnissen, und für die müssen wir mit „SPD pur“ kämpfen. Das ist das, was wir tun müssen.

(Beifall)

Gute Ergebnisse folgen engagiertem Wahlkampf. Wahlkampf für unser Programm und für unseren Kanzlerkandidaten. Er hat vorhin einen Satz gesagt, da hat die Halle fast 3 Minuten applaudiert. Er hat nämlich gesagt: „Schwarz-Gelb ist nicht die Lösung unserer Probleme, sondern das ist die Ursache der Probleme, in die wir gekommen sind.“ Deswegen kann das auch nicht die Mehrheit sein.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, Olof Palme hat uns beigebracht, dass Politik heißt, etwas zu wollen. Wer sich unser Programm anguckt, der kann feststellen, dass das ein modernes Programm ist, dass das ein Programm ist, das den anderen überlegen ist, das eben nicht nur sagt, wir wollen Menschen vor irgendetwas schützen, sondern wir haben Ansprüche: Wir haben Ansprüche auf Bildung als Menschenrecht, wir haben Ansprüche auf gute Arbeit; denn gerecht ist nicht, was Arbeit schafft, sondern gerecht ist, was gute Arbeit schafft, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir wollen eine konsequente Energiewende, und wir sind die Einzigen, die für einen handlungsfähigen Staat stehen.

Genossinnen und Genossen, eines kann man in der Krise auch lernen: Wir müssen wieder begreifen, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt. Wir sind die einzige Partei, die dies konsequent so vertritt.

(Beifall)

Deswegen sage ich: Wir müssen in all dem, was wir machen, das mit der Gerechtigkeit nicht nur als etwas betrachten, was in der Vitrine unserer Traditionen steht, sondern wir sind diejenigen, die sagen: Wir verbinden Innovation und Gerechtigkeit, und wir verbinden zukunftsgerichtete Positionen mit Solidarität, und wir sind engagiert und selbstbewusst.

Genossinnen und Genossen, unser fortschrittliches Programm zeigt sich an zwei Beispielen ganz besonders:

## Aussprache

Es zeigt sich im Bildungsbereich, weil wir nämlich diejenigen sind, die sagen: Jeder muss eine Chance haben, jedes Kind muss eine Chance haben, egal, wo es herkommt, und da gibt es keine Bildungsgebühren. Wir geben eine Ausbildungsgarantie und setzen uns dafür ein. Das ist für uns die Zukunftsfrage Nummer 1.

Zweitens. Wer sich unser Integrationsprogramm anguckt, was eine Megafrage der Zukunft ist, der stellt fest: Wir sind die Einzigen, die nicht ausgrenzen, sondern die einladend sind, die sagen: Wir nehmen euch an. Wir wollen gemeinsam da sein und für sie konkrete Politik machen.

Wir sind nicht Betriebsrat der Nation, der nur dafür sorgt, dass es nicht so schlimm kommt. Und wir sind auch nicht mehr das kleinere Übel, denn das kleinere Übel ist zu klein, sondern wir wollen selbstbewusst gestalten.

Genossinnen und Genossen, eines kann man heute doch auch sagen, nach diesem Tag und nach diesem Parteitag – das werden die Zeitungen schreiben müssen –: Wir haben heute in diesem Saal gesehen, dass das erste Mal seit vier in Berlin wieder Kanzlerformat zu sehen war, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen: Wir haben nicht nur das bessere Programm, sondern wir haben auch den besseren Kanzler. Wir sind diejenigen, die das erreichen können, wenn wir es nur gemeinsam wollen und nicht miteinander streiten, sondern mit den anderen um den richtigen Kurs ringen. Das sollten wir alle tun, und da sollte sich niemand verstecken, sondern mit Temperament, mit Leidenschaft, mit Selbstbewusstsein die Sachen durchkämpfen, und dann werdet ihr sehen: Dann ist das am 27. September so ähnlich wie schon einmal, wo am Sonntagmorgen die Umfragen die CDU alle bei 40 % plus sahen, in allen Sonntagszeitungen, die in es in dieser Republik gab, und das Wahlergebnis war ein anderes. Diesmal wollen wir es noch ein bisschen besser haben. Aber nicht die Umfragen entscheiden, sondern die Menschen entscheiden, und an die müssen wir ran. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Parteitagspräsidium:** Ich rufe Franziska Drohsel auf. Ihr folgt Heiko Maas.

**Franziska Drohsel, Juso-Vorsitzende:** Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Frank-Walter!

Ich bin froh, dass du deutlich gemacht hast, um welche Alternativen es in den nächsten Monaten in diesem Land geht. Ich kann für mich sagen – ich glaube, auch im Namen der gesamten Jusos –: Wir freuen uns darauf, gemeinsam in den nächsten Monaten dafür zu kämpfen, dass eine Politik der Deregulierung, des Neoliberalismus, des freien Marktes ein für allemal vorbei ist. Wir freuen uns darauf, gemeinsam dafür zu kämpfen, dass sozialdemokratische Politik wieder mehrheitsfähig ist und dass eine soziale Alternative in diesem Land Einzug hält.

(Beifall)

Das geht nur mit einer starken SPD. Dafür, dass die SPD stark ist, müssen wir zuallererst unserem Glaubwürdigkeitsproblem begegnen. Wir müssen deutlich machen, dass es den Menschen mit sozialdemokratischer Politik auch tatsächlich wieder besser geht. Dafür brauchen wir als allererstes ein Programm, das konsequent und stringent für soziale Gerechtigkeit steht. Ich glaube, dieses Programm tut es. Ich möchte dennoch zwei Ergänzungsvorschläge machen, was dieses Programm noch konsequenter und stringenter für soziale Gerechtigkeit kämpfen lässt.

Das eine ist vielfach angesprochen worden: Die Stärkerbelastung der Vermögenden. Das finde ich richtig.

(Beifall)

Ich glaube aber, wenn man das ernst meint und wenn man die Vermögenden tatsächlich stärker für das Gemeinwesen zur Verantwortung ziehen muss – starke Schultern müssen mehr schultern als schwache Schultern –, dann müssen wir das Kind auch beim Namen nennen und die Vermögensteuer als solche auch wieder in dieses Programm hineinschreiben.

(Beifall)

Auch die Gleichstellungspolitik ist angesprochen worden. Das finde ich richtig. Ich finde, die SPD muss damit in den Wahlkampf ziehen. Aber das Ehegattensplitting steht noch immer in diesem Programm drin. Es privilegiert ohne Grund die Ehe. Es fördert das Alleinverdienermodell. Es gibt für mich keinen sachlichen Grund dafür, außer einem konservativen Rollenverständnis. Das kann nicht Linie der SPD sein.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, machen wir dieses Programm mit diesen zwei Punkten noch mehr sozialdemokratisch. Kämpfen wir die nächsten Monate, damit diese konservative Mehrheit in diesem Land – so, wie es derzeit aussieht – endlich ein Ende hat und die Sozialdemokratie hier wieder die Politik gestalten kann. – Vielen Dank.

**Susanne Kastner, Parteitagepräsidentin:** Vielen Dank, Franziska. – Jetzt kommt Heiko Maas. Ihm folgt Thomas Jurk.

**Heiko Maas, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Vor den Bundestagswahlen am 27. September findet am 30. August im Saarland eine Landtagswahl statt. Diese Landtagswahl ist eine eher spezielle; das wisst ihr alle. Es gibt viele von euch, die mich in den letzten Monaten meistens besorgt gefragt haben: Wie ist denn das? Wie läuft denn das?

Was ist nicht alles über uns in diesem Wahlkampf geschrieben worden? Es ginge nur über Müller oder Lafontaine. Die SPD wird nur dritte Kraft, und wir sind mehrfach für tot erklärt worden.

## Aussprache

Liebe Genossinnen und Genossen, am letzten Sonntag haben im Saarland auch Kommunalwahlen stattgefunden, und diese Kommunalwahlen sind der letzte echte Stimmungstest vor der Landtagswahl gewesen. Ich will euch einmal erzählen, wie die ausgegangen sind: Die SPD hat bei diesen Kommunalwahlen 34 % erzielt und liegt gerade mal noch 4 Punkte hinter der CDU und 20 Punkte vor der Linkspartei.

(Beifall)

Der saarländische Ministerpräsident hat das Ergebnis mit den Worten kommentiert: „Immerhin ist die SPD nicht stärkste Partei geworden.“ Ich füge an: Noch nicht!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir treten bei diesen Landtagswahlen nicht an, um irgendwie ein einigermaßen vernünftiges Ergebnis zu erzielen, sondern um zu gewinnen, und weil es Deutschland gut täte, wenn es endlich wieder mehr sozialdemokratische Ministerpräsidenten gäbe, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich sage das auch einmal, weil das eine aktuelle Diskussion ist nach der Europawahl. Was müssen wir jetzt alles ändern? Als bei uns die Umfragen schlecht waren, ist das auch permanent von mir verlangt worden. Wenn ich dem nachgegeben hätte, hätte ich über mehrere Monate eine Dauerpirouette drehen müssen. Wir haben überhaupt nichts verändert. Wir haben nichts verändert, weil wir überzeugt sind von dem, was wir vertreten: gute Arbeit und faire Bildungschancen. Aber auch deshalb, weil die SPD eine Programmpartei ist, die in ihr Programm schreibt, wovon sie überzeugt ist, und sich dafür gesellschaftliche Mehrheiten sucht, und keine Umfragepartei, die Umfragen macht und die Ergebnisse in ihre Programme hineinschreibt. Das sind die anderen, liebe Genossinnen und Genossen. Das gilt auch für jetzt und heute.

(Beifall)

Ich bin Frank-Walter außerordentlich dankbar dafür, dass er das Thema Bildung angesprochen hat; denn das ist natürlich auch ein großes Thema in unserem Wahlkampf. Peter Glotz hat einmal gesagt, Bildung ist die eigentliche soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Das hat er vor vielen Jahren gesagt, und er hat vollkommen recht. Das war früher schon so, aber das ist heute noch mehr der Fall.

Liebe Genossinnen und Genossen, bei der Bildungspolitik unterscheiden wir uns auch von den Konservativen und den Liberalen; das müssen wir deutlich machen. PISA hat uns schon gezeigt, wie ausschlaggebend die soziale Herkunft von Kindern für ihren Schulerfolg ist.

Ich will euch einmal Folgendes erzählen: Bei uns ist – wie in anderen CDU-regierten Ländern auch – das sogenannte G 8 eingeführt worden. Nun will ich mich gar nicht darüber streiten, ob man das Abitur auch ganz ordentlich nach acht Jahren machen kann. Aber das ist eine solch vermurkste Reform gewesen, dass nach der Einführung des G 8 im Saarland sich die Anzahl der kommerziellen Nachhilfeeinstitute fast verdreifacht hat mit der Ergebnis, dass die Kinder, die Probleme in diesem Auslesesystem haben und deren Eltern das Geld haben, in die Nachhilfe geschickt werden, und die

Kinder, deren Eltern das Geld nicht haben, gucken in die Röhre. Es darf doch nicht sein – das ist völlig inakzeptabel –, dass der Schulerfolg von Kindern stärker von dem abhängt, was ihre Eltern im Geldbeutel haben, als von dem, was die Kinder im Kopf haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich war und bin nach wie vor der festen Überzeugung, dass Bildung das Versprechen einer modernen und gerechten Gesellschaft an junge Leute ist, dass jeder gemäß seiner Leistungsfähigkeit und seiner Leistungsbereitschaft in dieser Gesellschaft alles erreichen kann. Was kann ein Kind verdammt noch mal dafür, dass es in einer Sozialwohnung aufwächst? Was kann ein Kind dafür, dass es in einer Villa mit Pool aufwächst? Unsere Aufgabe ist doch, dafür zu sorgen, dass alle die gleichen Startchancen haben. Das ist unser Job, liebe Genossinnen und Genossen. Das können wir deutlich besser als alle anderen politischen Mitbewerber.

(Beifall)

Das Gleiche gilt – auch das steht in unserem Regierungsprogramm – auch für das Thema Studiengebühren. Es ist bereits heute in Deutschland für eine Professorin siebenmal wahrscheinlicher, eine Universität von innen zu sehen als für ein Arbeiterkind, unabhängig von seinem Leistungsvermögen. Wir wissen auch, dass wir im europäischen Vergleich nicht zu viele Hochschulabsolventen haben, sondern zu wenig haben. Durch die Einführung von Studiengebühren wird das natürlich noch schwieriger für die, die finanzielle Probleme haben. Mag sein, dass es beim ersten Kind noch reicht. Aber was ist mit denen, die mehr Kinder haben? Deshalb ist auch die Abschaffung von Studiengebühren ein Grund, dafür zu sorgen, dass es wieder mehr sozialdemokratische Landesregierungen in Deutschland gibt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb finde ich, vieles von dem, was wir heute hier in unserem Regierungsprogramm verabschieden, ist richtig. Ich bin davon überzeugt, das ist durch ein schlechtes Europawahlergebnis nicht falsch geworden. All denjenigen, die glauben, dass das am 27. September bereits gelaufen sei, sage ich: Lasst sie das glauben und lasst uns dafür sorgen, dass wir das Gegenteil beweisen. In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall)

**Susanne Kastner, Parteitagspräsidentin:** Vielen Dank, Heiko. Jetzt kommt Thomas Jurk. Ihm folgt Karl Finke.

**Thomas Jurk, Landesvorsitzender Sachsen:** Liebe Genossinnen und Genossen, in einem Sitzungssaal der SPD-Landtagsfraktion in Sachsen hängt ein altes Wahlplakat der SPD mit dem Bildnis von Herbert Wehner, und darunter steht: „Sozialdemokraten leisten mehr.“ Jawohl, das gilt damals wie heute, liebe Genossinnen und Genossen, und zwar im Bund und in den Ländern und natürlich auch in unseren Kommunen.

(Beifall)

## Aussprache

Die SPD hat mit dem Eintritt in diese sächsische Regierung dafür gesorgt, dass es in Sachsen ein gebührenfreies Vorschuljahr gibt, dass in Sachsen Studiengebühren im Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen werden. Liebe Freundinnen und Freunde, uns geht es auch darum, gute Arbeit in Sachsen durchzusetzen. Als Minister für Wirtschaft und Arbeit konnte ich feststellen, dass wir in diesen vier Jahren sehr erfolgreich gewirkt haben. Es gab Wachstum im Land. Die Beschäftigung ist gestiegen. Vor allen Dingen haben wir mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Jetzt kommt es eben darauf an, dass wir die Erfolge der letzten Jahre nicht verspielen durch eine Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Menschen im Land nicht verursacht haben. Doch es waren einige gewesen, die wir heute radikal in die Schranken weisen müssen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn ich mir die Wirtschaftslandschaft in Sachsen anschau, dann haben wir einen Mix aus großen und kleinen Unternehmen, zugegebenermaßen im Osten zu wenig große. Aber deshalb musste ich mich um ein Unternehmen mit 3.000 Direktbeschäftigten und 5.000 im Zulieferbereich kümmern. Es heißt Qimonda. Es ist ein Hersteller von Speicherchips in der Mikroelektronik. Dessen Konkurrenten sind nicht in Deutschland oder in Europa. Sie sind in Asien und Nordamerika. Da droht etwas zu verschwinden, was wir dann in Europa nicht mehr hätten.

Jetzt komme ich zu dem Punkt der Insolvenzen. Insolvenzen können zugegebenermaßen auch helfen, Unternehmen und Arbeitsplätze zu retten. Aber für Qimonda findet sich trotz aller intensiven Bemühungen des Insolvenzverwalters momentan Niemand, der da einsteigen will. So weit zu dem Instrument der Insolvenzen. Es kann klappen, muss es aber nicht. Wer die Insolvenz vor alle Rettungsbemühungen stellt, der irrt und der täuscht die Menschen im Land.

(Beifall)

Wir haben in Sachsen, wir haben in Deutschland viele kleine und mittelständische Unternehmen. Wir haben gerade in der jetzigen Phase ein breites Instrumentarium an Unterstützungsmöglichkeiten, über Beteiligung, über Beratungen, Rettungsbeihilfen, Liquiditätshilfen bis hin zu Bürgschaften. Da will ich sagen, dass im letzten Dreivierteljahr in Sachsen 298 kleine und mittelständische Unternehmen rund 70 Millionen Euro an Bürgschaftsrahmen bekommen haben. Das macht deutlich, dass wir uns auch als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten um die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Land kümmern.

Liebe Genossinnen und Genossen, natürlich muss man sich die Einzelfälle ganz genau anschauen. Das sind wir auch denen schuldig, die momentan nicht von einer Krise betroffen sind und schauen, wie mit ihren Schwierigkeiten umgegangen wird. Deshalb ist es richtig, dass jeder Einzelfall geprüft werden muss, aber auch tatsächlich wird; denn nicht jedem kann geholfen werden. Deshalb ist es auch wichtig, zu denen zu sprechen, die heute vor der Situation stehen, dass sie in die Arbeitslosigkeit kom-

men. Da wissen wir gerade auch in Ostdeutschland, wie bitter das ist und wie viel auch an Instrumenten, wie viel an Geld aufgewandt werden muss, um Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zurückzubringen oder auch Menschen zu helfen, damit sie im sozialen Arbeitsmarkt wieder merken, dass sie gebraucht werden, indem sie gemeinnützige Tätigkeiten verrichten, die im Interesse aller sind.

Deshalb ist es richtig, dass unter sozialdemokratischer Führung in Berlin und in Dresden der Kommunal-Kombi als ein neues Instrument auf den Weg gebracht wurde für drei Jahre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, um Menschen aus der Arbeitslosigkeit herauszuholen und ihnen zu zeigen, dass sie in dieser Gesellschaft gebraucht werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, vor uns liegen viele Wahlen. Die Bundestagswahl am 27. September erfährt sozusagen den Aufschlag noch einmal durch Landtagswahlen in drei Ländern, unter anderem auch bei uns in Sachsen. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, gilt es, zu diesen Wahlen entschlossen und geschlossen zu kämpfen, alle Kräfte zu mobilisieren; denn das sind wir all jenen schuldig, die einst für Sozialdemokratie in Deutschland gekämpft haben – über Jahrzehnte und mittlerweile schon über 140 Jahre, ob sie Ferdinand Lassalle heißen oder August Bebel, Herbert Wehner oder heute Frank-Walter Steinmeier. Wir müssen an die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten denken, die 1933 von den Nazis inhaftiert und teilweise getötet wurden, oder auch an die Sozialdemokraten in der ehemaligen DDR, die sich am Ende im Stasi-Knast in Bautzen wiederfanden.

Wir müssen auch daran erinnern, welche Kraft wir immer aufgebracht haben, um als Neugründung einer Sozialdemokratischen Partei, von Leipzig ausgehend in vielen Städten der ehemaligen DDR, die SPD wieder neu zu gründen. All das verpflichtet uns jetzt, uns unterzuhaken und uns gegenseitig zu unterstützen, damit wir am 30. August und am 27. September möglichst erfolgreich abschneiden können. Dazu euch allen ein herzliches Glückauf!

(Beifall)

**Susanne Kastner, Parteitagspräsidium:** Danke schön, Thomas. – Es folgt Karl Finke. Ihm folgt Andrea Nahles.

**Karl Finke, Sprecher Selbst-Aktiv – Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD:** „Leibhaftig dabei sein – leibhaftig mitreden – leibhaftig mitgestalten“ - dies ist das Motto von „Selbst Aktiv“, dem Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, für die ich heute spreche.

Wir, die aktiven behinderten Menschen in der SPD, sind stolz darauf, heute unter euch zu sein und das Programm gemeinsam zu diskutieren. Nicht alle von den 6,7 Millionen schwerbehinderten Menschen in Deutschland bzw. 8 Millionen behinderten Menschen in Deutschland, aber viele von ihnen fragen uns: Karl oder ihr von „Selbst Aktiv“,



## Aussprache

was macht die SPD dafür, dass unsere Interessen verstärkt in die Politik mit einfließen und umgesetzt werden?

Wir von „Selbst Aktiv“ sind stolz darauf, dass wir in Franz Müntefering, Frank-Walter Steinmeier, Andrea Nahles, Karin Evers-Meyer und Silvia Schmidt Garanten einer Politik haben, die das Ziel hat, die UN-Menschenrechtskonvention umzusetzen, sie in die Parteilarbeit einfließen zu lassen und sie alltagstauglich werden zu lassen. Dies sind wichtige Elemente, die für unser Menschenbild ganz zentral sind.

Wir sind hier heute auf einem Sonderparteitag. Der Begriff „Sonder“ ist unter behinderten Menschen nicht gerade hoch angesehen. Allerdings sind wir gerne heute zum Sonderparteitag gekommen, und zwar aktive behinderte Menschen direkt aus Rheinland-Pfalz im Nachtzug, einige direkt aus Brandenburg aus dem Krankenhaus, um hier mit dabei zu sein und deutlich zu machen: Die zentralen Fragen, die wir haben – Barrierefreiheit, gemeinsame Bildung, inklusives Grundverständnis, Teilhabe, aber auch behinderte Menschen aus der Sozialhilfe mit herauszunehmen und im Rahmen eines Teilhabegesetzes oder eines behindertenbedingten Grundausgleichs gleichberechtigt mit allen teilnehmen zu lassen –, dies alles muss umgesetzt werden.

Wir waren gespannt: Lässt sich das Hamburger Programm in Regierungsprogramm umformen? – Ich kann sagen: Andrea Nahles, Hubertus Heil und auch dir, Frank-Walter Steinmeier, gilt unser Dank, dass ihr im Bereich Teilhabegesetz, im Bereich qualifizierte aktive Teilhabe behinderter Menschen und im Bereich Bildung deutlich Flagge gezeigt und deutlich gemacht habt: In den zentralen Punkten, die jetzt Behindertenpolitik bedeuten, greifen wir die Elemente auf und werden sie in den Alltag einbeziehen, um deutlich zu machen: Die behinderten Menschen, die aktiv zusammen mit demokratisch gesinnten Bürgern die Zukunft gestalten wollen, sind in der SPD richtig, sind bei den Personen richtig und finden sich im Programm wieder. Barrierefreiheit, Teilhabe, Leistungsgesetz oder Teilhabegesetz verbinden sich auch immer mit der Frage nach Personen.

Wir haben jetzt ein Programm vorgelegt, das im Bereich Teilhabe behinderter Menschen, das im Bereich „Heraus aus der Sozialhilfe“, im Bereich Bildung und Barrierefreiheit deutliche Akzente setzt. Wir haben in den agierenden Personen – einige habe ich genannt – wichtige Garanten dafür, die sagen: Wenn wir das im Programm haben, dann werden wir das auch Schritt für Schritt umsetzen. Ihr behinderten Menschen könnt euch auf uns verlassen.

Ich selbst bin Niedersachsen.

**Thomas Jurk, Parteitagspräsidium:** Bitte zum Schluss kommen!

**Karl Finke, Sprecher Selbst-Aktiv – Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD:** Viele aus der Runde wissen, dass Frank-Walter Steinmeier auch in Niedersachsen tätig war. Ich hoffe, er kann sich noch an mich erinnern. Wir hatten gelegentlich Kontakt zueinander. Frank-Walter, du hattest immer ein offenes Ohr für uns. Du hast nicht immer ein Ja gesagt. Du hast auch nicht immer Nein gesagt. Du hast gesagt: Das können wir machen, das können wir nicht machen, darüber reden wir. – Darüber wollen

wir gemeinsam reden: Setzen wir die UN-Konvention um und sehen wir behinderte Menschen als Teil unserer Partei an. Dann kommen wir deutlich voran. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Thomas Jurk, Parteitagspräsidium:** Das Wort hat Andrea Nahles. Ihr folgt Christoph Matschie.

(Beifall)

**Andrea Nahles, stellvertretende Vorsitzende:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir verabschieden hier heute ein Regierungsprogramm. Warum heißt es wohl so? – Weil wir regieren wollen! Und wir können es. Wer nach der Rede von Frank-Walter Steinmeier, noch Zweifel daran hat, dem geben wir Saures in den nächsten Wochen und Monaten.

(Beifall)

Ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen: Uns haben am letzten Sonntag zu viele Menschen nicht gewählt. Aber viele von ihnen gucken jetzt auch zu. Hier, jetzt und heute muss es darum gehen, dass wir anfangen, diese Menschen bis zum 27. September zu gewinnen. Das trauen wir uns zu und können wir auch, weil wir den richtigen Kandidaten und vor allem das richtige Programm haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es sind die Fragen der Menschen, die die SPD bewegen. Die fragen: Wer wird die Zeche zahlen, die uns die Zocker hier präsentiert haben? Wer bezahlt das? Sollen es wieder nur die Arbeitnehmer sein, die verzichten, die jetzt Opfer bringen, die auch in der Kurzarbeit weniger verdienen? Oder gibt es dazu keine Alternative? Die anderen wollen, dass die Gewinne wieder an die Aktienbezieher ausgezahlt werden.

Ich sage euch: Wir wollen das Gewinne, in ordentliche Löhne ummünzen wir wollen Mitarbeiterbeteiligung ermöglichen und wir wollen mit den Arbeitnehmern und nicht gegen sie diese Krise bewältigen. Dafür steht die SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Eine weitere Frage, die die Menschen bewegt, ist: Bei wem kommen die Rettungsgelder für die Banken eigentlich an? Die anderen wollen, dass das Geld schon wieder munter als Rendite ausgezahlt wird. Ich sehe da den Carsten Schneider, der hat das offen angesprochen. Wir wollen, dass das Geld in günstige Kredite für kleine Unternehmen, also in die Betriebe und damit für Arbeitsplätze fließt. Dafür steht die SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und die Leute fragen: Wen werden die Entlassungen treffen? – Meine Befürchtung ist, dass es jetzt in dieser Krise vor allem die Jungen trifft, die Auszubildenden, die jetzt

## Aussprache

nicht übernommen werden. Die anderen nehmen das hin. Ich streite gerade darum: Was machen wir mit jungen Leuten in Insolvenzbetrieben? – Die Union kann sich nicht entschließen, dass wir noch eine Schippe obendrauf legen.

Ich sage euch: Für uns Sozialdemokraten hat jeder einzelne Ausbildungsplatz Priorität. Die jungen Leute brauchen jetzt eine Chance, weil wir sie morgen im Aufschwung dringend brauchen werden. Dafür steht die Sozialdemokratie.

(Beifall)

Die vierte Frage: Rutschen wir in dieser Krise weiter in Dumpinglöhne? Das muss man leider befürchten. Die CDU/CSU findet es doch klasse – dass muss man einmal offen aussprechen –, dass Arbeit immer billiger wird. Es sind doch wir, die für einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn streiten. Und wir wollen den Missbrauch in der Leiharbeit beenden. Wir Sozialdemokraten und sonst niemand in diesem Land sind für gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

(Beifall)

Deswegen sage ich euch: Wir brauchen auch Solidarität. Deswegen die letzte Frage, die ich immer wieder überall höre: Wer bezahlt eigentlich die Schulden, die wir jetzt auf-türmen müssen? Da wollen die anderen doch die schonen, die die Krise verursacht haben. Wer zahlt es dann am Ende? Die ganz normalen Arbeitnehmer, die Rentner, die Kleinunternehmer. Das wollen wir nicht! Wir wollen einen solidarischen Lastenausgleich. Deswegen ist es richtig, die Reichensteuer für Bildung und für Zukunftsinvestitionen in diesem Land zu fordern. Wo, wenn nicht hier, geht es um Gerechtigkeit, liebe Genossinnen und Genossen?

(Beifall)

Deswegen: Wir verabschieden heute ein Regierungsprogramm, weil wir regieren wollen. Aber wir wollen mehr, wir wollen den Kanzler in diesem Land stellen: Frank-Walter Steinmeier. Ich sage euch: Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Dafür werden wir kämpfen – mehr und härter als alle anderen. Vielen Dank.

(Beifall)

**Thomas Jurk, Parteitagspräsidium:** Das Wort erhält Christoph Matschie. Ihm folgt Holger Hövelmann.

**Christoph Matschie, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben in den letzten Wochen eine öffentliche Debatte erlebt, die sich vor allem um die Frage gedreht hat: Gibt der Staat in der Krise jetzt leichtfertig zu viel Geld aus? - Diese Frage ist erst einmal berechtigt. Viele Menschen haben auch Sorge. Aber, ich finde, wir müssen stärker die Debatte führen: Wie können wir in der Krise dafür sorgen, dass Arbeitsplätze gesichert werden, dass Menschen nicht ihren Job verlieren, dass sie Hoffnung behalten? - Auch das ist in einer solchen Situation wichtig.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich bin in vielen Unternehmen gewesen, mehrmals in den letzten Monaten auch bei OPEL. Ich sage hier ganz deutlich: Ich bin dankbar, dass Frank-Walter Steinmeier sich bei OPEL so engagiert hat. Wer die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dort gesehen hat, welche Sorgen sie sich machen müssen und welche Hoffnungen sie auf politisches Handeln gesetzt haben, der kann nur zu einem Schluss kommen: Es war richtig, sich hier mit aller Kraft reinzuhängen und Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall)

Ich sage euch noch eines aus unserer ostdeutschen Erfahrung heraus: Wir haben in den 90er-Jahren erlebt, was es heißt, wenn strukturbestimmende Unternehmen zusammenbrechen. Wir haben erlebt, was es heißt, wenn ganze Regionen deindustrialisiert werden, und wir wissen, was das bedeutet, nicht nur für die Menschen, die dort leben. Wir wissen, dass es sehr viel Zeit und noch mehr Geld braucht, um in solche Regionen wieder wirtschaftliche Belebung zu bringen. Deshalb ist es allemal besser, gegen die Krise anzufinanzieren, als hohe Arbeitslosigkeit und Strukturprobleme finanzieren zu müssen.

(Beifall)

Matthias Platzeck hat vorhin daran erinnert, dass wir in diesem Jahr „20 Jahre Mauerfall“ feiern können. Ich verbinde mit diesem Datum eine Vision für die nächsten Jahre. Auch nach 20 Jahren Mauerfall haben wir ein unterschiedliches Rentensystem in Ost und West, noch immer haben wir sehr unterschiedliche Löhne. In Thüringen liegt der Durchschnittslohn für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 500 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Meine Vision ist, Genossinnen und Genossen, dass das nicht so bleibt. Wir müssen in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass sich die Löhne in Ost und West angleichen. Wir müssen in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass es gleiche Renten gibt in Ost und West. Deshalb ist es richtig, dass wir in unser Programm geschrieben haben: Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode auch die soziale Einheit Deutschlands vollenden. Nach der politischen Einheit muss das große Ziel der nächsten Jahre sein, die soziale Einheit Deutschlands zu vollenden.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, vor uns liegt ein harter Wahlkampf. Aber ich sage euch: Das Ding ist nicht aussichtslos. Na klar, das Europawahlergebnis war ein Schlag in die Magengrube. Aber wir sind nicht in die Knie gegangen. Wir wissen, dass für viele Wählerinnen und Wähler Europa sehr weit weg war und dass wir es nicht geschafft haben, deutlich zu machen, welche Rolle Parteien in Europa und im Europäischen Parlament spielen. Aber wir haben Wahlen vor uns, wo die Menschen dichter dran sind: Landtagswahlen, Bundestagswahlen.

Wir haben das in Thüringen bei den Kommunalwahlen gesehen. Dort, wo wir dicht an den Menschen und ihren Problemen dran sind, hat die SPD die Ergebnisse teilweise verdoppeln können. Der Trend ist klar: Die SPD hat bei den Kommunalwahlen in Thü-

## Aussprache

ringen deutlich zugelegt, die CDU hat 7,5 Prozent verloren, die Linke hat 4 Prozent verloren. Wir sind auf die Überholspur gegangen. Das muss auch für die anstehenden Wahlen gelten: jetzt Blinker raus, Richtung zeigen, auf die Überholspur! Dann werden wir am Ende auch vorne liegen.

(Beifall)

**Thomas Jurk, Parteitagspräsidium:** Es spricht jetzt Holger Hövelmann. Ihm folgt Michael Müller.

**Holger Hövelmann, Sachsen-Anhalt:** Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich glaube, das war eine fulminante Rede unseres Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier. Es war wichtig, dass es uns nach dem Tiefschlag vom Sonntag vergangener Woche gelingt, wieder Kraft zu tanken, wieder Mut zu fassen. Wir dürfen uns nicht in Selbstzweifeln ergehen, sondern müssen sagen: Wenn wir eine Chance haben wollen, dann müssen wir rausgehen, mit den Menschen ins Gespräch kommen und sie von dem, was wir inhaltlich wollen und wofür die Sozialdemokratie in Deutschland steht, überzeugen.

Im Wissen um das Ergebnis der Europawahl will ich uns daran erinnern, dass wir in Zukunft wieder mehr Solidarität unter uns praktizieren müssen. Was will ich damit sagen? Die Europawahl hat dazu geführt, dass drei ostdeutsche Landesverbände der SPD künftig im Europäischen Parlament nicht mehr vertreten sein werden. Ich werbe bei euch allen dafür, dass es uns beim nächsten Mal wieder gelingt, alle Landesverbände auf so aussichtsreichen Plätzen zu platzieren, dass wir auch alle im Europäischen Parlament vertreten sein werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme aus Sachsen-Anhalt, dem Land Martin Luthers. Er hat mal gesagt – zumindest ist es so überliefert –: Man muss dem Volk aufs Maul schauen. – Wenn man das überträgt, dann heißt das: geduldig zuhören, manche Kritik ertragen, sie aufnehmen und sie in konkretes politisches Handeln ummünzen.

Dass das funktioniert – Christoph hat das eben aus Thüringen berichtet –, kann ich von Sachsen-Anhalt sagen. Auch wir hatten letzten Sonntag Kommunalwahlen. Wir haben es zum Beispiel geschafft, in der Landeshauptstadt Magdeburg nach zehn Jahren endlich wieder stärkste politische Partei im Stadtrat zu sein, wir haben CDU und die Linken hinter uns gelassen.

(Beifall)

Auch das ist ein Riesenerfolg, der Mut macht für die vor uns stehenden Wahlen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich mit Blick auf den 27. September noch eines sagen, das wir auch in unserem Regierungsprogramm, das wir heute beschließen wollen, aufgenommen haben: Wir brauchen endlich einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland. Wenn es denn stimmen würde, dass Lohn-dumping, dass niedrige soziale Standards ein Wettbewerbsvorteil wären, dann müss-

ten die Länder in der Mitte und im Osten Deutschlands die wahrlich blühenden Landschaften sein und dürften nicht doppelt so hohe Arbeitslosigkeit und nicht dreimal so viele Anspruchsberechtigte für Aufstockungsleistungen wie die westdeutschen Bundesländer haben. Wir brauchen endlich die soziale Einheit. Wir brauchen endlich Mindestlöhne, auch in Deutschland und gerade für den Osten. Was dem Osten guttut, tut der gesamten Republik gut. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Thomas Jurk, Parteitagspräsidium:** Das Wort hat jetzt Michael Müller. Ihm folgt Peer Steinbrück.

**Michael Müller, NRW:** Liebe Genossinnen und Genossen! Eine moderne Wirtschaft muss sich darin auszeichnen, dass sie die großen Unterschiede in der Verteilung von Einkommen überwindet. Sollte dies nicht geschehen, wäre dies eine reaktionäre, eine konservative Auffassung von Wirtschaftspolitik.

Dieser Satz stammt von Ludwig Erhard. Und er fügt hinzu: Notfalls muss dies auch durch gesetzliche Maßnahmen erreicht werden. Was anderes ist das als ein Plädoyer für einen Mindestlohn? Anders gesagt: In CDU/CSU und FDP hätte Ludwig Erhard heute keine Chance mehr, Wirtschaftsminister zu werden. Das ist die Wirklichkeit, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

So sehr hat sich das verschoben, wenn man heute beispielsweise Guido Westerwelle zum Thema der sozialen Marktwirtschaft reden hört: Der hat mit den geistigen Vätern wie Müller-Armack, Rüstow oder Euchner überhaupt nichts am Hut. Das heißt, wir müssen offensiv für unsere Position kämpfen. Denn nur das Soziale in der Wirtschaft bringt Stabilität, Wohlstand und Beschäftigung – nicht der Marktradikalismus. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, heute ist oft vom systemischen Risiko die Rede. Was ist denn damit eigentlich gemeint? Ist die Finanzkrise ein Risiko für das System, oder ist das System das Risiko? Ich behaupte das Zweite. Hier liegt, glaube ich, der Unterschied zwischen den beiden Lagern. Lasst mich das einmal so sagen: Ich finde es eine unglaubliche Unverschämtheit, wenn Westerwelle, Merkel und andere immer vom „bürgerlichen Lager“ reden. Sind die anderen keine Bürger? Was ist das für ein Verständnis von Demokratie? Was ist da weggerutscht? Ich finde das, ehrlich gesagt, nicht mehr zu akzeptieren akzeptabel. Dagegen muss man offensiv vorgehen.

Viele im konservativen Lager haben im Augenblick nur das Gefühl, sie müssten die Krise überwinden, aber nicht, dass wir etwas verändern müssen.

Was mich im Augenblick unglaublich aufregt, ist die Situation, dass Hedgefonds, Finanzinstitute und andere ungefähr 70 Großtanker gechartert haben, auf denen Öl

## Aussprache

aus Saudi-Arabien in einer Größenordnung von ungefähr zwei Wochen gelagert ist. Diese Schiffe fahren im Augenblick auf den Weltmeeren so lange herum, bis der Dollarpreis für ein Barrel Öl bei 75 \$ liegt. Die haben es für 53 \$ eingekauft. Die Spekulation geht weiter. Deshalb muss die Politik gestärkt werden. Die haben aus der Krise nichts gelernt – ganz im Gegenteil: Anleger werben jetzt mit dem Satz: Sie haben Geld bei Finanzanlagen verloren? Investieren Sie jetzt in Öl und Nahrungsmittel! – Was ist das für ein Zynismus! Zeigt das nicht, dass die Politik gestärkt werden muss, liebe Genossinnen und Genossen?

(Beifall)

Das bedeutet aber auch, um es klar zu sagen, es reicht für die SPD nicht aus, nur Krisenmanager zu sein. Wir müssen vor allem eine Zukunftsidee vertreten. Das ist aus meiner Sicht die Idee der Nachhaltigkeit. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, bringen wir es doch auf den Punkt: Wir kämpfen offensiv für Rot-Grün, nicht aus Willkür, sondern weil es heute darauf ankommt, die beiden großen Jahrhundertideen, soziale Demokratie und ökologische Modernisierung, zusammenzubringen. Nur das bringt eine gute Zukunft. Genau dafür stehen wir: Für eine Idee von Fortschritt und nicht nur für Reparatur.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Thomas Jurk, Parteitagepräsident:** Das Wort erhält nun unser stellvertretender Parteivorsitzender und Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, Peer Steinbrück.

(Beifall)

**Peer Steinbrück, stellvertretender Vorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, ich soll in das erste Kapitel des Wahlprogramms einführen. Ich werde häufig gefragt: Was ist denn der Sinn, den du aus dieser größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland mitnimmst? – Wenn es einen Sinn gibt in dieser Krise, dann ist es der, den Irrsinn zu begreifen, der in diese Krise hineingeführt hat. Deshalb ist der Hinweis von Frank-Walter so wichtig gewesen, dass die Antwort auf diese Krise nicht die ideologische Peilung sein kann, die in diese Krise hineingeführt hat. Wir geben in unserem ersten Kapitel die Antwort auf sozialdemokratische Art und Weise, wie wir uns das vorstellen.

(Beifall)

Das ist nicht irgendein Unfall, irgendein Blechschaden eines Autos – von mir aus ein größerer –, der wieder ausgebeult, lackiert wird, und dann machen wir dort weiter, wo wir vor dieser Krise aufgehört haben – so ein bisschen wie im Monopoly-Spiel, nachdem man eine Ereigniskarte bekommen hat, auf der steht: Gehe zurück auf Los, aber ziehe keine 2.000 Euro ein.

Diese Krise ist in meinen Augen eine Zäsur, eine Zäsur, wie es sie bisher in der globalisierten Welt nicht gegeben hat. Ich will im Telegrammstil einige Hinweise geben,

warum ich das so einschätze. Es hat nicht nur etwas mit der enormen Vernichtung von Finanzvermögen zu tun. Es gibt Schätzungen, dass weltweit – haltet euch fest – ungefähr 4.400 Milliarden US-Dollar an Finanzvermögen über diese Krise vernichtet worden sind. Aber es geht weiter: Wir machen die Erfahrung, dass ganze Nationalstaaten in ihrer Souveränität und in ihren Finanzierungsgrundlagen über diese Krise erschüttert werden. Island ist euch ein Begriff. Ihr wisst, dass inzwischen einige Entwicklungsländer die Fortschritte, die sie in den letzten Jahren in ihrer ökonomisch-sozialen Entwicklung gewonnen haben, vielleicht wieder davonschwimmen sehen, weil sie durch diese Krise, die sie in keiner Weise verursacht haben, politisch destabilisiert und um zehn Jahre zurückgeworfen werden. Ich gehe so weit, zu sagen, dass diese Krise wahrscheinlich das Koordinatensystem der weltweiten Finanzwirtschaft – mindestens aus der Rückbetrachtung vielleicht des Jahres 2018 auf das Jahr 2008 – viel stärker verändert haben wird, als wir uns das heute vorstellen. Es kann sein, dass die Dominanz, dass die Definitionshoheit anglo-amerikanischer Finanzzentren langsam abnimmt und abgelöst wird durch ein sehr viel multipolareres System. Das Bankensystem verändert sich. Die Meister des Universums, zu denen wir teilweise bis vor wenigen Jahren noch gepilgert sind, die Investmentbanken an der Wall Street, gibt es nicht mehr – keine einzige. Sie sind Pleite gegangen, sie haben sich mit anderen Instituten verheiratet, oder sie haben sich zu dem entwickelt, was wir eine Universalbank nennen. Sie sind auf Einleger angewiesen, nicht nur auf eine Refinanzierung auf den Kapitalmärkten.

Ich gehe einen Schritt weiter. Es ist auch eine Zäsur, weil wir nicht nur eine ökonomische Wertvernichtung zu beklagen haben, sondern – für die Sozialdemokratie von großer Bedeutung – wir haben es auch mit gesellschaftlichen Kosten zu tun. Ihr alle macht die Erfahrung gemeinsam mit mir, wie schwierig es ist, den Menschen auf Veranstaltungen einen Rettungsschirm von 500 Milliarden Euro zu erklären – eine ungeheure Summe! Ihr macht mit mir zusammen die Erfahrung, dass 1 Milliarde inzwischen die kleinste Recheneinheit in der Bundesrepublik Deutschland geworden ist. Wie erkläre ich das den Menschen? Sie stellen die berechnete Frage: Wer zahlt am Ende? Bin ich es als Steuerzahler? – Auf diese Frage wollen sie Antworten haben. Sie stellen fest, dass wir es in dieser Krise gleichzeitig mit Entwicklungen zu tun haben, die diese Gesellschaft immer weiter auseinanderziehen – oben und unten, Reich und Arm, diejenigen, die Vermögen akkumulieren, und diejenigen, die Mühe haben, ein einigermaßen auskömmliches Leben zu führen. Das ist das Stichwort von Franz, dass wir es zunehmend damit zu tun haben, sittenwidrig niedrige Löhne auf der einen Seite und sittenwidrig hohe Abfindungen und Gehälter auf der anderen Seite zu haben.

(Beifall)

Jede Zeitungsmeldung, die die Menschen erreicht – z. B. dass in Berlin eine Verkäuferin wegen der angeblichen Unterschlagung von 1,30 Euro ihren Job verlieren kann, und die Zeitungsmeldung daneben, dass es Manager gibt, die ihr Finanzinstitut an die Wand gefahren haben und dann um eine Abfindung in ein- oder zweistelliger Millionenhöhe vor Gerichten klagen, reißt diese Gesellschaft auseinander.

(Beifall)



## Aussprache

Wenn dann auch noch mit Blick auf diejenigen, die ehrlich ihre Steuern zahlen, der Eindruck besteht, dass es andere gibt, die möglicherweise die Möglichkeiten sehen, vielleicht auch dazu eingeladen werden, ihr Kapital in Steueroasen zu transferieren in der klaren Absicht, Steuern zu hinterziehen in der Bundesrepublik Deutschland, dann merkt ihr, warum ich bezogen auf dieses Thema etwas empfindlich bin und nicht nur diplomatisch darüber hinwegblinke.

(Beifall)

Steuerhinterziehung und Steuerbetrug ist kein Katz-und-Maus-Spiel. Es ist kein Kavaliersdelikt, sondern es ist kriminell. Die Summen, um die es dabei geht, sind so hoch, dass wir Milliardenbeträge zum Beispiel in unser Bildungssystem investieren könnten oder die Steuerbelastung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere im unteren Bereich, senken könnten. Das heißt, diese gesellschaftlichen Kosten müssen uns beschäftigen. Deshalb muss die SPD das Alleinstellungsmerkmal, das Unterscheidungsmerkmal haben, das Frank in seiner Rede, wie ich fand, glänzend dargestellt hat: Die anderen wollen eine Restauration, die anderen wollen den kaputten Wagen polieren und so weitermachen wie bisher, während wir sagen: Wir brauchen eine Veränderung. Wir brauchen eine neue Balance in dieser Gesellschaft.

(Beifall)

Das erstreckt sich auf das Verhältnis von Staat und Markt. Es ist fast schon frappierend, atemberaubend mit anzusehen, dass plötzlich diejenigen Marktteilnehmer, die untereinander kein Vertrauen mehr haben – Banken gegenüber anderen Banken, Aktionäre gegenüber ihrem Management, das Management gegenüber anderen Managements –, ausgerechnet jetzt zu dem kommen, den sie vorher eher verachtet haben, den sie jedenfalls weit auf Distanz halten wollten, um von ihm Vertrauen zu leihen. Das ist der Staat. Das sind demokratisch legitimierte Institutionen, die jetzt mit Garantien, mit Kapital, versuchen, das auszugleichen, was erkennbar in dieser Marktwirtschaft nicht mehr funktioniert, weil sie fast autoaggressive Züge entwickelt hat: Exzesse, Übertreibungen, Spekulationen. Und plötzlich kommt eine Instanz ins Spiel, auf die jedenfalls über lange Zeit unter der Überschrift der großen Deregulierung im günstigsten Fall gelächelt worden ist, im ungünstigsten Fall manchmal auch verächtlich gesprochen worden ist nach dem Motto: Der Staat und seine legitimierten Repräsentanten, die Politiker, sind ohnehin unfähig. Sie sind immer zu langsam. Alle ihre Kompromisse sind automatisch faul. Mit der Zeitökonomie können sie sowieso nicht umgehen. Sie verstehen nichts von der Sache. Im Zweifelsfall sind sie unfähig. Das heißt, wir haben uns die Frage zu stellen, ob dieses Verhältnis von Staat und Markt nicht neu justiert werden muss, indem ein alter sozialdemokratischer Satz, der schon über das Godesberger Programm maßgeblich von Karl Schiller mitgeprägt worden ist, von uns mit neuem Leben erfüllt wird. Er lautet: So viel Markt wie möglich und so viel Staat wie nötig.

(Beifall)

Oder in den Worten von Helmut Schmidt: Wir brauchen Verkehrsregeln. Es gibt nur eine Instanz, die legitimiert diese Verkehrsregeln setzen kann: Das ist der Staat und das ist er in diesem Fall nicht nur allein in der nationalstaatlichen Reichweite. Wir sind zusammen mit anderen auf internationaler Ebene in der Verpflichtung, diese Verkehrsregeln zu setzen.

Der richtige Hinweis ist: Es gibt solche Verkehrsregeln im Luftverkehr oder bei der Seuchenbekämpfung. Jedes Arzneimittel in der Bundesrepublik Deutschland hat ein Zulassungsverfahren zu durchlaufen, aber ausgerechnet der Bereich, der sich am dynamischsten entwickelt, wo täglich Billionen an US-Dollar um den Globus geschickt werden, der kennt keine Verkehrsregeln.

Diejenigen, die sich mit diesem Thema am intensivsten beschäftigt haben und die – wie ich glaube – nach wie vor jenseits jeder Überheblichkeit für sich in Anspruch nehmen können, das beste und konziseste Papier dazu geliefert zu haben, das Eingang in dieses erste Kapitel gefunden hat, ist die Sozialdemokratie mit einem Papier, das Frank-Walter Steinmeier und ich auf der Grundlage der Arbeiten einer Arbeitsgruppe beim Parteivorstand arbeiten haben.

(Beifall)

Ich kenne keinen politischen Gegner, keinen politischen Wettbewerber, der in dieser Dichte und in dieser Konsequenz bisher so etwas vorgelegt hat, bezogen auf eine neue Balance zwischen Staat und Markt, bezogen auf eine neue Balance zwischen Bereicherung auf der einen Seite und sozialem Ausgleich auf der anderen Seite, eine neue Balance zwischen Risiko und Haftung, ein Verhältnis, das offenbar auseinander gegangen ist. Oder auch eine Balance zwischen Rendite und Renditejagd und der Bereitschaft, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. In meinen Augen steht diese soziale Marktwirtschaft nicht zur Disposition; wir sagen das sehr deutlich. Sie hat der Bundesrepublik Deutschland ein Ausmaß an individueller Freiheit, an ökonomischem Wohlstand und an sozialem Ausgleich gegeben wie nie zuvor in einem geschichtlichen Abschnitt.

Aber viele Leute stellen die Frage, ob sie noch so intakt ist. Sie soll nicht renoviert werden, sondern sie muss in meinen Augen neu eingerichtet werden, und dazu muss die Sozialdemokratie beitragen. Das erwarten viele Menschen. Sie wollen diese Exzesse, die Übertreibungen nicht, ob sie es Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen Zielsetzungen nennen, ob Sie es Balance nennen, ist mir ziemlich gleichgültig. Wir Sozialdemokraten haben einen sehr altmodischen Begriff dafür, und der lautet: Gerechtigkeit.

(Beifall)

Davon ist in diesem Kapitel die Rede.

Es ist auch die Rede davon, wenn ihr genau hinschaut – was gelegentlich für uns Sozialdemokraten etwas schwer zu lernen ist –, dass die SPD in ihrer Geschichte immer

## Aussprache

dann am erfolgreichsten gewesen ist und Mehrheiten gewonnen hat, wenn sie drei Dinge gleichzeitig verfolgt und in Übereinstimmung gebracht hat: Unabweislich ihre sozialpolitische Kompetenz, aber darüber hinaus auch eine wirtschaftspolitische und finanzpolitische Kompetenz, wenn ihr euch an Namen wie Karl Schiller, Alex Müller, Helmut Schmidt erinnert, und an Gerhard Schröder auch in der Aufstellung ab 1998. Drittens, dass die SPD das Forum ist, wo die großen gesellschaftlichen Debatten über die Zukunft dieses Landes geführt werden und wir andere dazu einladen, die intellektuell aufgeschlossen sind, die neugierig sind, sich an dieser Debatte in der SPD zu beteiligen, weil sie wissen, dass wir nicht ein geschlossenes System sind.

(Beifall)

Das muss ich nicht weiter erklären, aber den mittleren Punkt der wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenzen möchte ich – ihr werdet euch nicht darüber wundern, dass ich das tue – herausgreifen. Unterschätzt mir den nicht! Wir sind nicht in einer großen Beweiskraft über unsere sozialpolitische Kompetenz, aber gelegentlich habe ich den Eindruck, dass das andere Bein von uns auf die gleiche Länge gebracht werden muss wie unsere sozialpolitische Kompetenz, und das hat mit Wirtschaft und Finanzen zu tun.

(Beifall)

Das ist der Grund, warum es in diesem Kapitel auch ein klares Bekenntnis – wie in der Rede von Frank-Walter auch – zum Beispiel zum Unternehmertum gibt. Wir wollen Existenzgründungen. Wir wollen, dass junge Frauen und Männer die Möglichkeiten bekommen, sich selbständig zu machen. Wir wollen den unternehmenden Unternehmer in der Wortschöpfung von Schumpeter. Wir wollen nicht den unterlassenden Unternehmer, sondern wir wollen den unternehmenden Unternehmer. Die SPD muss eine Adresse für diejenigen sein – insbesondere im Mittelstand, bei Handwerk, bei Gewerbe –, die wissen, dass die SPD eine gute Adresse ist, um ihre Sorgen loszuwerden, nach dem Motto: Da liegt die Kompetenz.

(Beifall)

Überlasst dieses Feld nicht den anderen! Überlasst es denen nicht!

Es ist ein geringer Trost, dass die FDP inzwischen zu einer ziemlich, fast hätte ich gesagt: monotonistischen Partei geworden ist, die nur noch das Lied von Steuersenkungen singt und keinerlei Antworten hat, wie man mit dieser Krise nicht nur umgeht, sondern was man denn auch nach der Krise geschaffen haben will, damit sie sich nicht wiederholt. Dazu findet man keine einzige Antwort.

Umso wichtiger ist es, dass wir auch in den Bereich der Wirtschaft und der Wertschätzung eines unternehmenden Unternehmertums die Partei sind, die als die richtige Adresse auch in einem solchen Bundestagswahlkampf wahrgenommen wird.

Ich will mit dem Hinweis abschließen, dass wir für uns wirklich in Anspruch nehmen können, in vielerlei Hinsicht in den letzten drei Jahren dieser Legislaturperiode der

Motor gewesen zu sein. Frank hat dazu eindruckliche und bemerkenswerte Beispiele gebracht. Ich glaube, ich kann für uns auch in Anspruch nehmen, dass mit Blick auf das Krisenmanagement in dieser Finanzkrise und all die Bemühungen auf der internationalen Ebene – gerade auch gegenüber Widerständen aus dem angloamerikanischen Bereich – etwas zustande gekommen ist, was wir vorweisen können, und zwar, was auf sozialdemokratische Arbeit, was auf den sozialdemokratischen Motor in dieser Regierung zurückgeht. Das dürfen wir uns nicht streitig machen lassen. Das sollen wir selbstbewusst darstellen. Keiner redet von Überheblichkeit, aber selbstbewusst dürfen wir das darstellen, was wir dort beigetragen haben, erkennbar und nachvollziehbar auch auf internationaler Ebene.

(Beifall)

Wir sind mit Blick auf diese Krise in internationale Verhandlungen mit einem Prinzip hineingegangen, das seinen Niederschlag selbst bei einem G20-Treffen in London gefunden hat. Das hätte ich vor eineinhalb Jahren, als die Deutschen, als wir, die Bundesregierung, die G7-Präsidentschaft gehabt haben und ich der Gastgeber der Finanzminister dieser G7-Länder gewesen bin, für undenkbar gehalten, insbesondere auch gegenüber einem damaligen britischen Kollegen mit dem herrlichen Titel „Chancellor of the Exchequer“. Ich finde, dagegen ist „Finanzminister“ ziemlich langweilig. Der ist jetzt Premierminister. Der klopfte mir damals im Februar 2007 noch auf die Schultern, vor der Finanzmarktkrise, als wir anfangen, für Transparenz zu werben und versucht haben, die Kontrolle von Hedgefonds zu betreiben, dass alle Marktteilnehmer ihre Risiken kennen sollten, um auf der Basis dieser offengelegten Risiken ihre Kalkulationen, ihre Geschäfte tätigen zu können. Anders als diese ganzen strukturierten Produkte, mit der Verbriefung der Verbriefung von der Verbriefung von der Verbriefung, mit dem Ergebnis, dass da Knallfrösche drin sind, die bis zur Unkenntlichkeit weg sind, aber trotzdem eines Tages wie das Ungeheuer von Loch Ness hochspringen und einem an die Gurgel gehen. Da ist uns jovial noch auf die Schulter geklopft worden: „Ihr Deutschen mit eurer Regulierungswut!“

Inzwischen haben wir ein Prinzip verankert, an das ich erinnern will: Es soll weltweit kein Finanzmarktprodukt, kein Finanzmarktteilnehmer und kein einzelner Finanzmarkt mehr unreguliert und ohne Aufsicht sein. Das geht auf uns zurück.

(Beifall)

Das ist der politische Ansatz, den die SPD in dieser Bundesregierung zur Geltung gebracht hat, und zwar nicht nur in dieser Regierung, sondern in der Tat in Kommunique, in Schlussfolgerungen festgelegt hat, die – wie ich finde – an manchen Stellen doch bemerkenswert zu lesen sind.

Es wird jetzt darauf ankommen, dass wir nicht nur Motor einer solchen Arbeit sind – diesen Nachweis haben wir erbracht –, sondern es geht auch darum, dass dieses Auto, dass dieser Zug, oder wie immer man dieses Vehikel nennen will, jetzt von jemandem geführt wird, der Sozialdemokrat ist. Das bedeutet, dass wir an Deck einen Kapitän

## Aussprache

haben wollen. Insbesondere nach der heutigen Rede, in der schwierigen Zeit nach der Europawahl stimmen wir, glaube ich, alle darin überein, dass Frank-Walter Steinmeier jetzt direkt den Weg ins Kanzleramt suchen sollte. - Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall)

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsidium:** Danke, lieber Peer Steinbrück.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zum Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Ich darf Renate Knauss bitten – wo ist sie? –, uns diesen Bericht zu geben. Renate Knauss!

## Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

**Renate Knauss, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen, nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands zusammen.

Anwesend sind 465 Delegierte und 44 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 222 Frauen, das entspricht einem Anteil von 43,6 %. Somit ist die Quote erfüllt.

(Beifall)

Die älteste Delegierte ist mit 77 Jahren Elisabeth Gierlings. Sie kommt aus dem Landesverband Bayern.

(Beifall)

Die jüngste Delegierte ist mit 19 Jahren Hanna Schwank. Sie kommt aus dem Bezirk Hessen-Nord.

(Beifall)

Der Parteitag ist damit beschlussfähig. Ich wünsche dem Parteitag einen guten Erfolg.  
– Danke schön

(Beifall)

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsidium:** Vielen Dank. Genossinnen und Genossen, ein sozialdemokratischer Bundeskanzler braucht ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm. Darum geht es ab jetzt. Ich bitte Olaf Scholz als Vorsitzenden der Antragskommission, uns in eben dieses Programm einzuführen.

## Bericht der Antragskommission

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, Zeiten, in denen die SPD regiert hat, waren immer gute Zeiten für dieses Land. Das war 1966 bis 1982 so. Das ist seit 1998 wieder so. Wir regieren jetzt schon seit elf Jahren. Wenn man sich die Debatte über unser Programm genau anschaut, dann sieht man: Dies ist eine lebendige Partei. Sie hat Vorstellungen darüber, wie die Zukunft unserer Gesellschaft organisiert sein soll. Wir haben ein konkretes, ein pragmatisches und ein fortschrittliches Programm. Schönen Dank für diese Debatte.

(Beifall)

Man kann das sehen: Über 470 Änderungsanträge hat die Partei zu diesem Programm geschrieben. Sie sind alle mit in die Diskussion des endgültigen Ergebnisses eingeflossen. Wir haben sorgfältig, intensiv und ausführlich in der Antragsberatungskommission darüber gesprochen. Wir haben uns in allen Punkten verständigen, einen gemeinsamen Vorschlag für dieses Wahlprogramm gemacht. Das heißt, wir sind geschlossen, und wir wollen gewinnen. Auch das ist etwas, was man an diesem Wahlprogramm sehen kann.

(Beifall)

Ich bedanke mich übrigens bei allen, die mitgeholfen haben in dieser Diskussion; denn es ist ja nicht immer ganz einfach. Wer Ideen hat, muss sich darüber auch unterhalten, muss die verschiedenen Meinungen austauschen. Aber das Wichtige, was eine Partei braucht, die regieren will, ist, dass sie konstruktiv genug ist, sich miteinander verständigen zu wollen. Wie sehr das gelungen ist, können wir daran sehen, dass es keinen Initiativantrag auf diesem Parteitag gegeben hat, noch etwas zu ändern. Es zeigt, wir haben die Partei zusammenführt. Wir werden gemeinsam und geschlossen auf Basis dieses Wahlprogramms in den Wahlkampf gehen können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

„Mit uns zieht die neue Zeit.“ Frank-Walter Steinmeier hat das zitiert, etwas, das uns begleitet von Anbeginn unserer Geschichte. In diesem Wort, in dieser Zeile, in diesem Satz steht eine Vorstellung, eine Hoffnung, nämlich dass das, was wir richtig finden, was wir uns für die Zukunft vorstellen, auch das ist, was für die Zukunft erforderlich und richtig ist. Es ist die Aussage, dass die Perspektive der Humanisten, derjenigen, die sich für ein besseres Leben einsetzen, zugleich die wirtschaftlich vernünftige Perspektive für unsere Gesellschaft ist. Auch das ist etwas, was wir mit diesem Programm ausdrücken.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Wirtschaftskrise, die jetzt weltweit stattfindet, hat gezeigt, dass diejenigen, die uns über Jahre einreden wollten, dass man, wenn man

wirtschaftlich vernünftig ist, nicht für humanistische, für fortschrittliche Perspektiven eintreten können, Unrecht behalten haben. Die Lehre aus dieser Krise, aus der Situation des An-die-Wand-Fahrens eines ausschließlich auf Marktprozesse setzenden Wirtschaftsregimes ist, dass nur eine humanistische Perspektive auch eine gute Perspektive für Wohlstand und Fortschritt in unserem Land und in der Welt ist.

(Beifall)

Das kann man auch an dem sehen, was wir beraten haben, zum Beispiel in den Fragen von Umwelt-, Klimapolitik und der Frage, wie wir die ökologische Modernisierung unserer Industriegesellschaft zustande kriegen wollen. Wer das Programm an dieser Stelle liest, der sieht, dass die Ziele einer ehrgeizigen Klimapolitik sehr wohl vereinbar sind mit einer nachhaltigen entschiedenen Industriepolitik. Das miteinander zusammengebracht zu haben, mit allem Pragmatismus, der dazugehört, das ist eine Leistung dieser Partei. Sie zeigt auch: Wir müssen regieren, damit diese Dinge realisiert werden können.

(Beifall)

Natürlich geht es darum, wenn wir uns über Energieerzeugung unterhalten, dass wir die Perspektive für die erneuerbaren Energien nicht nur offen halten, sondern forcieren, voranbringen und dafür sorgen, dass am Ende unsere Volkswirtschaft auf erneuerbare Energien setzt, wenn es um Energieproduktion geht. Das ist gut für den Klimawandel, aber auch für die Sicherheit unseres Wohlstands.

Gleichzeitig wissen wir, dass eine Zeitlang auch nur mit modernsten, neuen Kraftwerken im Bereich der Kohleverwendung geschehen kann. Das zusammengeführt zu haben und damit ein realistisches Szenario entwickelt zu haben, das ist die Leistung des Programms. Aber es ist auch ausdrücklich die Leistung der Vorschläge, die wir hier miteinander gemacht haben. All die verschiedenen und nicht immer einheitlichen Perspektiven, die hier formuliert worden sind, sind zusammengebracht zu einem gemeinsamen Text. Ich bitte euch, den Konsens, den wir in der Kommission gefunden haben, zu tragen. Es ist zugleich der Konsens, der für dieses Land die Richtung weist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben uns über Arbeit unterhalten. Frank-Walter Steinmeier hat gesagt, wir sind die Partei der Arbeit. Es ist deshalb selbstverständlich, dass wir bei dieser Diskussion viel Zeit verwenden, dass wir in unserem Programm viele Vorschläge haben zur Frage: Wie können wir die Arbeit sichern? Das ist eine sozialdemokratische Aufgabe in dieser Gesellschaft und wir uns ihr. Wir haben Vorstellungen dazu, wie das geschehen kann und was man tun ist. Das ist auch bis zuletzt intensiv beraten worden, dass wir diejenigen, die jetzt um ihre Arbeitsplätze fürchten, nicht alleine lassen. Das haben wir mit dem Ausbau der Kurzarbeit gezeigt. Ein paar hunderttausend Arbeitnehmer haben heute noch ihren Arbeitsplatz, weil wir schnell entschieden und massiv gehandelt haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)



## Bericht der Antragskommission

Wir wollen in dieser Richtung weitermachen. Wir wollen insbesondere einen Schwerpunkt forcieren, den wir noch weiter ausbauen wollen, als es uns bisher schon gelungen ist. Qualifizieren statt entlassen, das ist die richtige Perspektive. Deshalb sollen die Mittel und Möglichkeiten für die Qualifikation von Arbeitnehmer weiter ausgebaut und verstärkt werden. Auch das haben wir gemeinsam vorgelegt.

Und wir sagen, es muss auch für diejenigen etwas getan werden, die ihren Arbeitsplatz schon verloren haben. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass auch dort mehr Mittel für Qualifizierung zur Verfügung stehen und dass dort, wo keine Anschlussperspektive im eigenen Unternehmen ist, mit Transfergesellschaften eine bessere, sorgfältigere und intensive Zielführung hinein in den Arbeitsmarkt organisiert wird. Das ist das, was wir hier auch festlegen. Auch das ist ein guter Fortschritt, eine Weiterentwicklung in der Programmdebatte.

(Beifall)

Eines gehört dazu: Wenn die Unternehmen jetzt kommen und sagen, wir wollen von den Beschäftigten einen Beitrag zur Bewältigung der Krisensituation im Unternehmen, dann muss es auch so sein, dass, wenn der geleistet wird, die Arbeitnehmer eine Beteiligung an diesen Unternehmen verlangen können. Das ist ihr gutes Recht. Wir wollen sie dabei unterstützen. Das ist das, was man das durchsetzen muss.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, über Bildung ist gesprochen worden. Sie ist für diesen Parteitag wichtig. Bildung ist ein Menschenrecht. Es hat etwas damit zu tun, dass wir jedem eine Chance auf Teilhabe geben. Dass über 80.000 junge Leute die Schule verlassen, ohne einen Schulabschluss zu haben, das ist nicht naturgegeben. Das ist Staatsversagen. Das ist ein Skandal, und das dürfen wir nicht weiter hinnehmen.

(Beifall)

Aber wir sagen, wir nehmen das jetzt nicht so, wie es ist. Wir wollen etwas ändern, mit dem Recht, seinen Schulabschluss immer wieder nachzuholen, wenn man das noch nicht hat, und mit einer klaren Aussage: Niemand soll mit weniger als einer Berufsausbildung, einer Lehre, auf den Arbeitsmarkt kommen. Abitur oder Lehre, das ist das, was wir für jeden erreichen wollen. Ich sage ausdrücklich: Auch in der Zukunft werden zwei Drittel aller Bürger dieses Landes ein Arbeitsleben auf der Basis einer klassischen Ausbildung haben. Die Berufsausbildung, die Lehre, ist die wichtigste Ausbildung in Deutschland. Auch in diesem Jahr brauchen wir 600.000 Ausbildungsverträge.

(Beifall)

Was man dazu tun kann, das haben wir entwickelt. Es gibt hier Forderungen zu der Frage, wie wir die Gleichstellung von Männern und Frauen weiter voranbringen. Das hat etwas damit zu tun, dass wir sagen, ganz oben bei den Aufsichtsräten wollen wir eine Quote durchsetzen, damit von oben her die Einstellungen in den Unternehmen von ihrer patriarchalischen Struktur befreit werden.

Das ist immer noch notwendig. Wir bekennen uns zu einer so weitgehenden Maßnahme.

(Beifall)

Und wir sagen: Die Rechte der Frauen, auf bessere Löhne zu klagen, müssen verstärkt werden. Sie sollen nicht mit der theoretischen Möglichkeit abgespeist werden, sie brauchen eine praktische, die auch funktioniert. Auch das steht in diesem Wahlprogramm. Auch darauf haben wir uns verständigt.

(Beifall)

Weil wir uns zur ökologischen Moderne bekennen, bekennen wir uns auch zur Bahn. Auch das ist etwas, was in diesem Wahlprogramm eine Rolle gespielt hat und was wir sorgfältig diskutiert haben. Liebe Genossinnen und Genossen, bis zuletzt haben wir daran gefeilt – und zwar nicht mehr deshalb, weil wir nicht einig wären, dass es in dieser Legislaturperiode dabei bleibt, dass es eine Bahn gibt, die im öffentlichen Eigentum ist, sondern weil wir uns sicher sein wollen, dass wir alle immer das Gleiche meinen. Wir haben den Text noch einmal verarbeitet und verbessert. Jetzt steht für alle fest: Wir wollen auf die Zukunft der Bahn setzen. Auch das ist mit diesem Wahlprogramm beschlossen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich bitte euch also, dem Programm zu einem guten Beschluss zu verhelfen. Ich glaube, es war eine gute Sache, dass wir so sorgfältig diskutiert haben. Denn die Partei steht jetzt zusammen. Das sollten wir auch miteinander in dieser Beratung zum Ausdruck bringen. – Schönen Dank.

(Beifall)

## Aussprache Regierungsprogramm

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsident:** Vielen Dank, Olaf. – Wir haben jetzt erst einmal eine Art Generaldebatte zum Regierungsprogramm. In folgender Reihenfolge werden Genossinnen und Genossen zu uns sprechen: Hubertus Heil, Sigmar Gabriel, Elke Ferner und Joachim Poß. Wir gehen dann kapitelweise durch das Programm hindurch. – Ich darf Hubertus bitten.

**Hubertus Heil, Generalsekretär:** Liebe Genossinnen und Genossen! Mit der Debatte um das Regierungsprogramm geht es im Prinzip darum, heute eine Frage deutlich zu beantworten, nämlich: Warum SPD? – Frank hat deutlich gemacht und Franz auch, dass wir wissen, warum die SPD. Wir wissen das deshalb, weil wir uns an die Geschichte, aber auch an die Gegenwart erinnern können, und wir uns einmal überlegen sollten, wie es alles mit der Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert entstanden ist in einer Situation, in der es Armut gab, aber in der sich Sozialdemokraten nicht damit begnügt haben, nur Armut zu lindern. Das war auch immer wichtig, aber wir waren und sind mehr als die Suppenküche des Kapitalismus. Die eigentliche Idee von Sozialdemokratie ist, dass das Leben für die Menschen offen ist, dass Menschen nicht in Abhängigkeit sind, sondern selbstbestimmt leben können. Deshalb sind *wir* die Partei der Freiheit und Gerechtigkeit und nicht die anderen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das zeigt sich in unserem Regierungsprogramm nicht zuletzt im Bildungskapitel. Frank hat es angesprochen. Wir erleben es vor Ort: Nach wie vor entscheidet die soziale Herkunft in diesem Land stärker über Bildungs-, Gesundheits- und Lebenschancen, als es in diesem Land gut ist. Wir alle miteinander haben diesem Skandal in dieser Gesellschaft zu lange zugeschaut. Wir müssen da heraus und können da heraus. Wir machen ein klares Angebot, wie wir das hinkriegen: Bund, Länder und Kommunen gemeinsam – nicht gegeneinander – für die frühe und individuelle Förderung von Kindern und – ich füge hinzu – auch für längeres gemeinsames Lernen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich komme aus Niedersachsen, genauer gesagt aus einer Stadt, die Peine heißt. Ich bin in den 80er-Jahren als Schülervorteiler auch deshalb in die SPD eingetreten, weil mich eine konservative Schulpolitik von Ernst Albrecht angestunken hat. Über meinem Heimatland lag in den 80er-Jahren ein bleiernes Lächeln. Albrecht ist nicht mehr im Amt, aber das bleierne Lächeln gibt es wieder. Es heißt Christian Wulff. Die machen eine Schulpolitik, die die Kinder nach der 4. Klasse aussortiert. Das ist Unsinn! Das werden und müssen wir gemeinsam ändern, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Konkret: Wir wollen erreichen, dass das umgesetzt wird, was diese Regierung beschlossen hat: einen Rechtsanspruch auf gute Betreuung ab dem 1. Geburtstag für jedes Kind. Aber ich füge hinzu: Das darf man nicht nur ins Gesetz schreiben, sondern man muss es auch umsetzen. Die Betonung liegt auf „guter Betreuung“. Es geht nicht nur darum, auf Kinder aufzupassen, sondern es geht darum, sie früher und individueller fördern zu können. Ich sage das mit Blick auf den aktuellen Streik auch von Erzieherinnen und Erziehern und pädagogischen Fachkräften. Die haben es verdient, dass wir ihnen den Rücken stärken. Die sind genauso wichtig wie Professoren, liebe Genossinnen und Genossen. Wir sind an ihrer Seite.

(Beifall)

Dass es besser geht, sieht man in Rheinland-Pfalz. Wir wollen das in ganz Deutschland. Dort gibt es die Möglichkeit, sich berufsbegleitend für Leitungsfunktionen weiterzubilden und auch den Bachelor- und Masterabschluss zu machen. Das wird dort ermöglicht und führt auch dazu, dass dort besser verdient wird. Denn eines wissen wir auch: Wir brauchen nicht nur Erzieherinnen, sondern wir brauchen auch Erzieher. Dass in diesem Bereich so schlecht bezahlt wird, ist den Frauen gegenüber ungerecht. Aber wir müssen dafür sorgen, dass Kinder auch Rollenvorbilder haben, die Männer sind. Deshalb den Erzieherinnen und Erziehern den Rücken stärken, ihnen Weiterbildung und bessere Einkunftsöglichkeiten erlauben, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Wir müssen uns auch um die Übergänge im Bildungssystem kümmern, von der Kita zur Grundschule. Wir müssen dafür sorgen, dass es mit dem Ausbau der Ganztagschulen weitergeht. Ich sehe Jürgen Zöllner, der in Berlin Verantwortung hat, der früher mit Doris Ahnen in Rheinland-Pfalz zusammengearbeitet hat, die dort jetzt seine Nachfolgerin ist. Die haben früher als andere begriffen, dass Ganztagschulen ganz wichtig sind, um Kinder besser fördern zu können. In vielen Bundesländern haben wir die Debatte um G8: in Hessen, in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen, in Baden-Württemberg. Man sieht, wie man es dort schlecht machen kann. Nun sind wir nicht der Überzeugung, dass man den Übergang zur Rente mit Studierenden- und Schülerzeiten verbringen soll. Das ist nicht unsere Position. Aber wir sagen: Das kann man nur machen, wenn es Ganztagsschulangebote gibt, und zwar richtige Ganztagschulen, die mehr als Schule plus Mittagessen sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir wollen dazu Schulsozialarbeit und nicht zuletzt finanzielle Hürden beseitigen, die heute Menschen von ihrer Chance abhalten. Wir wollen nicht nur unsoziale Studiengebühren abschaffen – wir werden sie abschaffen in jedem Bundesland, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

## Aussprache Regierungsprogramm

Wir wollen auch dafür sorgen, dass es wieder Schülerbafög in diesem Land gibt. Lieber Matthias Platzeck, das war eine Initiative der brandenburgischen SPD. Es ist jetzt mit diesem Regierungsprogramm unser gemeinsames Anliegen, dafür zu sorgen, dass der Zugang zu höheren und höchsten Schulen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist. Ich sage: Das ist eine gute Investition in die Zukunft der gesamten Gesellschaft; denn es bleibt dabei: Bildung ist Menschenrecht, und wir werden das durchsetzen.

(Beifall)

Dieses Thema macht deutlich, dass wir die Krise auch zur Modernisierung nutzen können und nutzen wollen. Das gilt auch für Forschung und Entwicklung. Wir haben da mit Edelgard Bulmahn viel Gutes. Aber wir müssen weiter gehen: bei der Projektförderung, bei dem Anliegen, zukünftig dafür zu sorgen, dass aus frischen Ideen neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen werden. Aber das kann der Staat nicht allein. Das muss vor allen Dingen auch die Wirtschaft leisten. Wir bieten auch der deutschen Wirtschaft einen Pakt zur Erneuerung bei Forschung und Entwicklung an. Wir sagen: Wenn kleine und mittlere Unternehmen zukünftig da investieren, dann kommen wir ihnen auch steuerlich zu einem guten Zweck ein Stück entgegen, weil das die Arbeitsplätze der Zukunft sind. Das ist sozialdemokratische Politik. Das fördert Wachstum und Beschäftigung von morgen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir wollen, dass das Auto von morgen nicht nur in Deutschland erdacht, sondern auch produziert wird. Wir wollen – Sigmar wird das beschreiben – dafür sorgen, dass die grünen Leitmärkte mit deutschem Ingenieur-Know-how gestärkt werden. Wir wollen, dass es im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologien die Möglichkeiten gibt, die dieses Land braucht.

Ich sage euch: Wir sind nie eine Partei, die nur auf technischen Fortschritt setzt. Aber wir sind eine Partei, die weiß, dass technischer Fortschritt, Innovation und sozialer Fortschritt zusammengehören. Das darf man nicht gegeneinander entscheiden – das gehört zusammen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will zu zwei Punkten noch etwas sagen, die mir persönlich wichtig sind. Wir wissen, wofür wir stehen und mit wem wir an der Spitze mit Frank-Walter Steinmeier kämpfen. Aber wir wissen auch, wogegen wir stehen, und wir wissen, wer unsere Gegner sind. Es gibt normale demokratische Mitbewerber; mit denen müssen wir uns kämpferisch auseinandersetzen, und die können sich darauf verlassen, wir werden das tun. Aber es gibt auch Kräfte in diesem Land, die sind keine normalen Mitbewerber, sondern sie sind Feinde unserer Demokratie. Liebe Genossinnen und Genossen, diese neuen Nazis haben keine Chance, dieses Land zu übernehmen. Dessen bin ich mir sicher. Das ist ein Wahn der NPD, das zu glauben. Aber wir müssen einen Anlauf nehmen, dass sie sich nicht weiter in einzelnen Regionen unseres Landes festsetzen. Diese neuen Nazis müssen weg, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Nun halte ich überhaupt nichts davon, überzeugte Nazis vom Gegenteil überzeugen zu wollen. Da ist es sinnvoller, eine Parkuhr vollzuquatschen. Nein, es ist eher die Aufgabe einer wehrhaften Demokratie, mit Recht und Gesetz gegen rechte Straftäter, neue Nazis und Volksverhetzer vorzugehen. Da muss klare Kante sein.

(Beifall)

Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wir müssen die Mehrheit der Menschen wieder für Demokratie begeistern. Das geht nicht ohne politische Bildung. Wenn man die Spielregeln dieser Demokratie nicht kennt, dann macht das keinen Spaß. Wir haben im 60. Jahr des Grundgesetzes in vielen Bereichen Ermüdungerscheinungen. Lasst uns für neue Bildung kämpfen, damit die jungen Leute nicht nur in Mathematik, Physik und Chemie das richtige Wissen haben, sondern damit sie zum Wohle unseres Landes gute Demokratinnen und Demokraten werden. Die Menschen müssen Bescheid wissen, worüber sie entscheiden und wie unser System funktioniert.

(Beifall)

Erlaubt mir, den Unterschied zu anderen Parteien zu beschreiben: Dass der Unterschied ein programmatischer ist, wird sehr deutlich werden, wenn wir heute unser Regierungsprogramm beschließen und Ende des Monats selbst die Union nicht umhinkommen wird, ein Regierungsprogrammmentwurf auf den Tisch zu legen. Diese Unterschiede werden sehr deutlich werden.

Aber jenseits der Inhalte gibt es noch etwas, was uns von denen unterscheidet, nämlich die Haltung. Der große Max Weber hat einmal drei Eigenschaften benannt, die Maßstab guter Politik sind:

Politik muss erstens bereit sein, Verantwortung fürs Ganze zu übernehmen. Wir machen das in der Krise mit Frank-Walter Steinmeier, mit Peer Steinbrück und allen anderen. Wir übernehmen, auch wenn es schwer ist, Verantwortung in schwierigen Zeiten.

Politik braucht zweitens leidenschaftliche Überzeugung. Die haben wir, weil wir dieses Land sozial und demokratisch gestalten wollen, weil wir die Menschen nicht gegeneinander hetzen, sondern wissen, dass Regine Hildebrandt recht hatte, als sie gesagt hat: Die Zukunft des Menschen liegt im Gemeinsamen und nicht im Egoismus.

Wir haben drittens auch Augenmaß im Handeln.

Schauen wir uns jetzt einmal die anderen an: Ich glaube, dass man Gregor Gysi nicht absprechen kann, dass er eine Form von Leidenschaft hat. Er ist leidenschaftlich gern in Talkshows. Aber er ist nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen, und er hat auch kein Augenmaß im Handeln. Auch Horst Seehofer will ich – damit ich nicht falsch verstanden werde: politisch gesehen – Leidenschaft nicht absprechen. Er ist ein leidenschaftlicher politischer Zocker, aber er hat kein Verantwortungsgefühl im Leibe und kein Augenmaß im politischen Handeln.

## Aussprache Regierungsprogramm

Frank-Walter Steinmeier hat im Gegensatz zu Frau Merkel Leidenschaft. Er übernimmt Verantwortung. Er ist der Richtige, weil er Augenmaß im Handeln an den Tag legt. Das wird sich auch in der Bildungspolitik zeigen.

Deshalb meine Bitte zum Schluss: Wir gehen heute nach der Rede von Frank in großer Geschlossenheit durch diesen Parteitag, mit einer guten Debatte um das Programm. Wir müssen aufpassen, dass das ab Montag nicht abreißt. Wir wissen: Es ist noch kein heißer Wahlkampf – auch wenn die Temperatur hier im Saal etwas anderes vermuten lässt. Wahlkampf ist im August. Wir haben tatsächlich noch ein paar Wochen Regierungsarbeit und parlamentarisches Handeln vor uns. Darauf werden wir uns auch konzentrieren. Wahlkampf hin oder her, es darf keinen Stillstand geben.

Aber dann geht es los. Zum Schluss habe ich eine herzliche Bitte an euch. Ihr wisst, ich darf als Generalsekretär der SPD immer in die *Berliner Runde* mit den Generalsekretären der anderen Parteien. Da sitzen so nette Menschen wie der Herr Pofalla von der CDU.

(Zurufe: Oh!)

– Moment! Wer den Pofalla nicht mag, der hätte mal den Söder kennenlernen sollen. Dagegen wirkt der Pofalla richtig sympathisch.

Da sitzen auch solche Leute wie der Herr Niebel von der FDP und andere; den von der CSU kann ich mir nicht merken, die wechseln so oft. Ich würde denen gerne eines sagen: Erinnert euch an die Europawahl und die Woche danach. Da gab es einen Bundesparteitag der SPD. Wir haben das schmerzliche Ergebnis der Europawahl hinter uns gelassen. Wir haben gekämpft, nicht nur für uns, sondern für die Menschen in diesem Land, und wir haben die solidarische Mehrheit in Deutschland organisiert, die Mehrheit für gleiche Bildungschancen, die Mehrheit für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft. Und ich würde ihnen gerne sagen: Wie 1998, wie 2002, wie 2005 gibt es in Deutschland keine schwarz-gelbe Mehrheit, sondern eine Mehrheit für soziale Demokratie. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Matthias Platzeck, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, lieber Hubertus. Das Wort hat Sigmar Gabriel. Es bereitet sich vor Elke Ferner.

**Sigmar Gabriel, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Frank-Walter hat gesagt, am 27. September ist Richtungswahl in Deutschland. Eine der Richtungsentscheidungen, die die Menschen bei uns treffen werden und bei der wir aufpassen müssen, dass auch jeder weiß, dass sie an diesem Tag getroffen wird, ist die Frage: Wollen wir weitermachen mit der Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich von erneuerbaren Energien und einer modernen Umwelttechnik, oder wollen wir zurück in die Zeit der Atomenergie, sodass Umwelt- und Wirtschaftspolitik nichts anderes ist als billiger Lobbyismus für die, die hoffen, dass sie mit einer der gefährlichsten Technologien in unserem Land weiter Geld verdienen können? Das ist die Richtungsfrage, um die es am 27. September geht.

(Beifall)

Ich finde, wir dürfen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gelegentlich sagen, was wir schon geschafft haben. Wir dürfen auch darauf hinweisen, wer das in der letzten Regierung unter Gerhard Schröder und in dieser Regierung, in der Großen Koalition, geschafft hat. 280.000 Arbeitsplätze sind allein im Bereich erneuerbarer Energien entstanden, 120.000 davon in den letzten vier Jahren. Das ist ein wirkliches Wachstum für zusätzliche Arbeit und zusätzliche Ausbildungsplätze. Hubertus hat von Bildung und Zukunftsperspektiven junger Leute gesprochen. Wir haben mit den Verbänden erneuerbarer Energien in dieser Periode eine Verabredung getroffen. Ich muss zugeben: Wir haben sie nicht eingehalten. Vor zweieinhalb Jahren haben sie versprochen, sie schaffen bis 2009 zusätzlich 5.000 neue Ausbildungsplätze. Das haben sie nicht eingehalten, sie haben 6.500 neue Ausbildungsplätze geschaffen. Ich würde mir manchmal wünschen, das wäre auch in anderen Bereichen so, anstatt die jungen Leute in die Arbeitslosigkeit zu schicken.

(Beifall)

Wir haben als einziges Land auf der Welt nicht nur gesagt, was wir im Klimaschutz erreichen wollen, sondern mit der Umsetzung begonnen. Wir wollen, so steht es im Programm, bis 2050 weltweit 80 bis 95 Prozent der gefährlichen Treibhausgase abschaffen. Solche langfristigen Ziele sind beliebt bei Politikern. Nichts ist leichter, als langfristige Ziele zu unterschreiben, weil es die eigenen Kinder und Enkelkinder sind, die diese erfüllen müssen. Die eigentliche Herausforderung ist, sich Zwischenziele zu setzen, anhand derer man unter Beweis stellt, dass das, was man langfristig verspricht, auch wirklich eingehalten wird.

Wir Deutschen können sagen: Ja, das haben wir hinbekommen. Schon im letzten Jahr haben wir unsere Kioto-Ziele erfüllt. Und bis 2020 werden wir es schaffen, 40 Prozent dieser Treibhausgasemissionen aus unserer Industriegesellschaft zu verbannen. Wir machen das mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz, mit dem Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, mit der Gebäudesanierung im Ressort von Wolfgang Tiefensee. Vieles andere tun wir schon in unserem Land, anstatt nur etwas für die Zukunft zu versprechen. Man darf einmal darauf hinweisen, liebe Genossinnen und Genossen, dass das immer gegen den Widerstand von CDU/CSU durchgesetzt werden musste. Ich weiß auch: Die jetzige Bundeskanzlerin macht exzellente internationale Verträge zum Klimaschutz und zur Energiepolitik. Aber zur Wahrheit gehört auch: Während sie das am Sonntag macht, versuchen ihre eigene Fraktion und CDU/CSU-Ministerpräsidenten von Montag bis Samstag in Deutschland, das zu verhindern. Wer die internationalen Verträge durchsetzen will, der muss dafür sorgen, dass es weniger CDU/CSU-Politiker in Deutschland gibt. Das ist der einzige Weg, wie man das hinbekommt.

(Beifall)

Übrigens: Dass wir diese 280.000 neuen Jobs hinbekommen haben, haben wir nicht nur einer klugen Verbindung in der Energiepolitik zu verdanken, sondern das ging nur, weil wir es im Haushalt – bis vor wenigen Monaten waren wir noch auf dem Weg, ohne neue Schulden auszukommen – geschafft haben, die Ausgaben für den Klimaschutz



## Aussprache Regierungsprogramm

von rund 870 Millionen Euro im Jahre 2005 auf über 3,4 Milliarden in diesem Jahr zu steigern.

Das geht nur mit einer soliden Finanzpolitik. Ich sage das als Umweltminister: Das wäre ohne Peer Steinbrück und - weil er vor mit sitzt - Carsten Schneider und die Haushaltspolitiker der SPD nicht gelungen, liebe Genossinnen und Genossen. Auch das gehört zu einer erfolgreichen Politik. Wer das schaffen will, der braucht eine solide Finanzpolitik, und die hatten wir in diesen Jahren mit Peer Steinbrück und nicht mit denen in der Union, die das Geld an anderer Stelle verschleudern wollten.

(Beifall)

Wir wollen nun, und das steht im Mittelpunkt des Programms, diese Politik fortsetzen. Wir wollen das erreichen, was uns alle Wissenschaftsinstitute zur Zukunft der Umwelttechnik und der Klima- und Energiepolitik sagen. Wir wollen die Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien von 280.000 auf über 500.000 erhöhen. Wir wollen das Gleiche übrigens im Bereich der Energieeffizienz schaffen; denn es kann doch nicht sein, dass die Energierechnungen der Mieter wieder steigen, nur weil wir in Millionen von Häusern in Deutschland mehr den Vorgarten heizen als das eigene Wohnzimmer. Das heißt, die SPD verbindet mit diesem Programm glaubwürdig Arbeit und Umwelt.

Und es stimmt: Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten über die Frage gestritten, wie das jetzt aussehen soll zwischen dem, was neu entsteht, und dem, was zurzeit besteht. Jeder weiß doch: Wenn wir es schaffen, bis 2020 35 % oder vielleicht sogar 40 % der benötigten Energie am Strommarkt über erneuerbare Energien abzudecken, werden wir die Frage beantworten müssen, wie wir das eigentlich mit den verbleibenden 60 % machen. Wir sagen: Wir wollen im Jahr 2020 aus der Atomenergie raus sein. Ich glaube, das darf von uns nicht infrage gestellt werden.

(Beifall)

Ich sage gleich noch etwas zu den Argumenten der Union. Ich meine, es ist ja schon Klasse, dass die CDU jetzt Atomenergie als Bioenergie bezeichnet. Ich nehme an, die halten das absaufende Endlager Asse für eine Biotonne, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn denn Herr Seehofer, Herr Söder, Herr Oettinger, Herr Koch und alle anderen so scharf darauf sind, die Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, ja, verdammt noch mal, warum bieten sie uns dann nicht endlich an, in ihrem Land mal nach einem Endlager zu suchen, liebe Genossinnen und Genossen, warum verweigern sie das?

(Beifall)

Das ist Feigheit vor der Verantwortung. Aber ich gebe zu: Etwas anderes kann man von denen auch nicht erwarten.

Aber zurück zu der Frage, wie wir das lösen wollen. Klar ist: Wir wollen Industriestandort bleiben. Klar ist: Man kann die Kohle nicht vollständig durch Gas ersetzen, weil das Industriebetriebe im Stahl-, im Aluminiumbereich und in vielen anderen Bereichen aus dem Land verdrängen würde. Deswegen wollen wir die erneuerbaren Energien weiter ausbauen, übrigens über die 35 % oder 40 % hinaus.

Aber wir brauchen auch die Modernisierung der Kohlekraftwerke. Wir wollen nicht mit alten Kohlekraftwerken viel CO<sub>2</sub> in die Luft blasen. Wir wollen sie modernisieren – übrigens auch die Gaskraftwerke –, wir wollen dabei, wo immer möglich, Kraftwärmekopplung nutzen. Und wir wollen dafür sorgen, dass die Emissionen, die dann aus den Kohlekraftwerken kommen, begrenzt werden. In der öffentlichen Debatte ist immer noch zu wenig klar: Es ist Frank-Walter Steinmeier gewesen, der mitgeholfen hat, dass wir im Dezember des letzten Jahres in Brüssel einen strikten Emissionshandel in Europa bekommen haben. Und dieser Emissionshandel begrenzt die CO<sub>2</sub>-Emissionen, die aus Kohlekraftwerken kommen können. Sie sinken weiter ab in den nächsten Jahren – nur so sind die langfristigen Klimaziele erreichbar. Nur im Rahmen dieses Emissionshandels sind Kohlekraftwerke in den nächsten Jahren möglich, aber, Genossinnen und Genossen, auch nötig. Ohne sie wird es nicht gehen.

Deswegen sieht der Beschluss, den die Antragskommission gestern noch einmal beraten hat, Folgendes vor: Erstens: Wir wollen die Klimaschutzziele, die wir international vereinbart haben, durch den Ausbau erneuerbarer Energien erreichen. Zweitens – ganz wichtig –: Es bleibt auch in Zukunft beim Vorrang der Einspeisung erneuerbarer Energien ins Netz. Wir wollen klar sagen: Leute, wer in Kohle und Gas investiert, muss wissen: Auch in zehn, in zwanzig, in dreißig Jahren wollen wir den Vorrang erneuerbarer Energien im Stromnetz haben. Nicht die werden zuerst abgeschaltet, wenn zu viel Strom in Deutschland produziert werden sollte. Wir wollen erneuerbaren Energien den Vorrang in unserem Land geben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben drittens beschlossen: Wir wollen die Modernisierung der fossilen Kraftwerke. Wir wollen sie viertens begrenzen durch den Emissionshandel. Und, Genossinnen und Genossen, dort, wo wir in den nächsten Jahren die Abscheidetechnik von CO<sub>2</sub> entwickeln werden, werden wir jedenfalls nicht beginnen, indem wir irgendwo etwas ablagern, ohne zu kontrollieren, ob es sicher ist, und ohne dass wir damit Erfahrungen gemacht haben.

Eine der schwierigen Diskussionen auch in der SPD betrifft die Frage, welche Rolle die CO<sub>2</sub>-Technik in Deutschland nun spielen soll. Ich will zuerst darauf hinweisen, dass international eine Debatte geführt wird, in der völlig klar ist, dass ohne diese Technik die Klimaschutzziele nicht erreichbar sein werden. Die deutsche Kohledebatte, liebe Genossinnen und Genossen, wird schon in Polen nicht verstanden, aber in China und Indien überhaupt nicht. Dort wird nur die Frage gestellt: Geschieht das mit der Abscheidetechnik oder ohne? – Ich kann euch versichern, diese Länder werden die Technik nicht alleine entwickeln. Wenn es ein Land gibt, das das kann, dann ist es

## Aussprache Regierungsprogramm

Deutschland – übrigens im Wettbewerb mit den Amerikanern. Deswegen muss es uns doch nachdenklich machen, wenn Wissenschaftler, wie Ottmar Edenhofer vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung – einer, der den Nobelpreis in 2007 für die Klimaforschung mit bekommen hat –, und die wir sonst gerne zitieren, wenn es um Klimaschutz geht, uns sagen: Leute, wir Deutsche müssen das entwickeln, wir Deutsche müssen das anwenden, wir Deutsche müssen bereit sein, die Technik am Anfang zu fördern, auch finanziell. Wenn ihr das nicht macht, dann werden wir die anderen nicht davon überzeugen können.

Genossinnen und Genossen, wer Klimaschutz will, der kann sich nicht nur die schönen Themen aussuchen, der muss auch zu dieser Technik in Deutschland stehen und sie weiterentwickeln. Anders wird es nicht gehen.

(Beifall)

Aber nicht blind. Wer das macht, der muss sicherstellen, dass Bürgerbeteiligungsrechte gesichert sind. Obwohl das nach Bergrecht durchgeführt werden soll, hat die SPD im Gesetzentwurf durchgesetzt, dass hierbei die gleichen Bürgerbeteiligungsrechte gelten wie in den ganz normalen Planfeststellungsverfahren. Wir können das nicht hinter verschlossenen Türen machen, ohne die Menschen zu informieren und ohne sie einzuladen, mitzumachen.

Zweitens: Wir machen jetzt zwei Demonstrationsprojekte. 2015 muss das Gesetz noch mal überprüft werden. Wir müssen die Erfahrungen, die wir gesammelt haben, möglicherweise nutzen, um die Spielregeln für die Technik in Deutschland zu verändern. Deswegen gibt es für 2015 diese Regelung.

Drittens. Anders als bei allen anderen Anlagen, die wir in Deutschland genehmigen, anders als bei jeder Chemieanlage – wenn einer eine Genehmigung dafür hat, dann gilt die Genehmigung, egal, wie sich Wissenschaft und Technik weiterentwickeln –, haben wir bei der CCS-Technik ins Gesetz geschrieben: Nein, so kann es nicht sein. Wenn sich Wissenschaft und Technik weiterentwickeln, dann muss auch der, der eine Anlage genehmigt bekommen hat, den Stand von Wissenschaft und Technik erfüllen, er muss nachrüsten. Und wenn er das nicht will, muss er die Anlage stilllegen, liebe Genossinnen und Genossen. Nur so kann man mit dieser Technik in Zukunft umgehen.

(Beifall)

Deswegen bitte ich euch, dass wir bei dem Kurs bleiben, den wir eingeschlagen haben, dass wir dabei bleiben: Ausbau erneuerbarer Energien, Vorrang erneuerbarer Energien, aber nicht ein Entweder-Oder bei dem, was wir an Regelenergie aus Kohle und Gas brauchen. Wir wollen neue Techniken in unserem Land einsetzen, weil andere sie nicht entwickeln werden. Wir wollen dafür sorgen, Arbeit und Umwelt in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes zu stellen. Wir kämpfen für jeden existierenden Arbeitsplatz, ja. Aber wir kämpfen auch für Neues. Wir wollen neue Jobs, neue Beschäftigung, und zwar nachhaltig und mit guter Qualifikation und gutem Lohn, liebe Genossinnen und Genossen. Das gilt gerade im Bereich der Energietechnik.

(Beifall)

Lasst mich eine letzte Bemerkung zu dem machen, was Hubertus als das angesprochen hat, was für uns gilt: Es gibt eine wirklich große Gefahr bei diesem Erfolgskurs der erneuerbaren Energien für Arbeit und für Umwelt. Diese große Gefahr besteht darin, dass uns das verloren geht, was das Wichtigste bei dem Erfolg, den wir hatten, ist, und das sind gute Bildung, Ausbildung und Qualifikation. Wir sind Weltmarktführer auch bei der Umwelttechnik. 1,8 Millionen Menschen haben in diesem Bereich inzwischen Arbeit gefunden. Aber wir sind das nur, weil wir zum Beispiel 20 % der weltweiten Ingenieurskapazitäten haben, weil wir gut ausgebildete Meister, Techniker, Facharbeiter und Angestellte haben. Da ist meine große Sorge: Wir haben in den nächsten Jahren 70.000 Ingenieure zu wenig. Die ersten Mangelerscheinungen im Bereich von industriellen Metall- und Elektroberufen. Da muss auch unser Ansatz hin. Gute Bildung gilt nicht nur für die Demokratie und das jeweilige eigene Leben, sondern es gilt als Voraussetzung für den Erfolg in der Wirtschaftspolitik.

Da haben wir natürlich eine Menge gemacht. Was haben wir den jungen Leuten vorge-  
macht? Wir haben ihnen gesagt: Sechs Semester BWL, dann kannst du mit fremder  
Leute Geld an der Börse spekulieren und bist mit 30 Millionär. Den anderen haben wir  
gesagt: Na ja, wenn du zwölf Semester Ingenieurwissenschaften studierst, dann wirst  
du am Ende wahrscheinlich mit 30 deine Studienkredite zurückzahlen müssen.

Deshalb: Weg mit den Studiengebühren! Das hindert die Leute, Ingenieurwissen-  
schaften in Deutschland zu studieren

(Beifall)

Ich sage noch etwas: Wenn die Hauptschüler und Realschüler in der 9. Klasse ins Prak-  
tikum gehen und im Betrieb, im Industriebetrieb sehen, dass 30, 40, 50 % der Beleg-  
schaft inzwischen in Leih- und Zeitarbeit sind, mit 30, 40, 50 % weniger Lohn, dann  
muss man sich nicht wundern, wenn die nach Hause kommen und sagen: Du, Fachar-  
beiter lernen will ich nicht. Ich will, dass ich einen anständigen Job und eine dauerhafte  
Beschäftigung bekomme. Wir alle wissen: Wir brauchen Leih- und Zeitarbeit, aber  
für Auftragsspitzen. Was wir nicht brauchen, sind Scheintarifverträge mit Scheinge-  
werkschaften und die Ausbeutung junger Leute auf Dauer in den Industriebetrieben,  
liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Auch das muss weg. Wer gute Umwelt haben will, der braucht gute Arbeit, und wer  
gute Arbeit haben will, der braucht gute Bildung und guten Lohn. Das gilt auch für  
meinen Politikbereich, Genossinnen und Genossen.

Den anderen lasst uns sagen: Wir werden eure Ansage annehmen, dass ihr zurück in  
die Atomenergie wollt. Wir werden eure Lebenslügen offen legen. Eine Kombination  
Atomenergie mit erneuerbaren Energien geht nicht. Und wenn die behaupten, die  
Strompreise sinken bei der Atomenergie, dann frage ich euch: Warum sinken sie dann  
heute nicht? Denen geht es nicht um Klimaschutz, denen geht es nicht um Versor-  
gungssicherheit, sondern denen geht es darum, dass die Atomwirtschaft mit einem

## Aussprache Regierungsprogramm

alten Kernkraftwerk pro Tag 1 Million € verdient, und die Lobbyisten für die heißen Guttenberg, Merkel, und wie sie auf der anderen Seite alle heißen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Also: Die Partei ist allemal auf der Höhe der Zeit. Ich glaube, wir haben eine Riesenchance für Arbeit und Beschäftigung und für Umweltpolitik. Wir wollen nicht zurück in den Jurassic Park der deutschen Energiewirtschaft. Wir wollen in die Zukunft, und das machen wir mit einem Bundeskanzler, der etwas davon versteht: mit Frank-Walter Steinmeier. Vielen Dank. Alles Gute!

**Matthias Platzeck, Parteitagpräsident:** Danke, Sigmar. – Jetzt ist Elke dran und als Nächster Joachim Poß.

**Elke Ferner, ASF-Vorsitzende:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wir sind mit unserem Programm nicht nur auf der Höhe der Zeit, sondern wir weisen auch die Richtung für die nächsten zehn Jahre. Ich möchte mich deshalb auch im Namen aller Frauen in der Partei bei Franz und bei Frank-Walter bedanken, dass es dieses Mal wirklich ganz gut und sehr hervorragend geklappt, auch die gleichstellungspolitischen Themen im Wahlprogramm zu verankern.

Diejenigen von euch, die sich die Mühe gemacht haben, den Programmentwurf komplett durchzulesen, werden feststellen, dass an vielen Stellen das Thema aufgerufen ist und dass unsere Partei natürlich auch eine lange Tradition in der Frage der Gleichstellung hat. Wir haben fast von Anfang an das Wahlrecht für Frauen eingefordert. Wir haben in diesem Jahr 90 Jahre Frauenwahlrecht in dieser Republik, weil die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sich vor 90 Jahren dafür eingesetzt haben. Und es war auch eine Sozialdemokratin, die den Artikel 3 des Grundgesetzes durchgesetzt hat, eine von nur vier Frauen damals in der verfassunggebenden Versammlung, nämlich Elisabeth Selbert.

Deshalb glaube ich, brauchen wir uns nicht zu verstecken in einem Wahlkampf, wo wir es mit einer Spitzenkandidatin zu tun haben; denn das, was Angela Merkel bisher in ihrer Amtszeit als erste Bundeskanzlerin in dieser Republik gemacht hat, hatte mit Gleichstellungspolitik überhaupt nichts zu tun. Ich finde, die Frauen in unserem Land haben mehr verdient als eine Angela Merkel, die aber für Frauen nichts tut, sondern im Prinzip genauso weiter Politik macht wie Männer auch.

(Beifall)

Deshalb bin ich froh, dass sich nicht nur die ASF, nicht nur die Jusos, sondern die gesamte SPD zu diesen Forderungen bekennt, die wir jetzt im Wahlprogramm aufgeschrieben haben, und sich nicht nur dazu bekennen, sondern sie auch nach der Wahl umsetzen werden. Es geht um das Thema „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“. Es ist die größte Ungerechtigkeit im 21. Jahrhundert, dass es das überhaupt noch gibt. Deshalb brauchen wir auch noch zusätzliche Instrumente, die wir im Wahl-

programm aufgeführt haben und wo es auch darum geht, das, was wir mit dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz schon auf den Weg gebracht haben, noch weiter zu entwickeln, damit die Frauen auch zu ihrem Recht kommen, wenn sie für gleiche oder gleichwertige Arbeit schlechter als ihre männlichen Kollegen bezahlt werden.

Mir ist als zweiter Punkt wichtig, dass wir jetzt auch wirklich dafür sorgen, dass Frauen genauso wie Männer den gleichen Zugang zu allen Berufen und allen Studienfächern haben. Theoretisch ist das möglich. Praktisch wissen wir, wie das in der beruflichen Bildung aussieht, dass sich die Frauen nämlich immer noch auf zehn Ausbildungsberufe konzentrieren und dass in den naturwissenschaftlichen Fächern an den Hochschulen Frauen kaum zu finden sind. Aber das bedeutet auch, dass danach auch Jobperspektiven vorhanden sein müssen. Es nützt mir nichts, wenn ich 50 % Ingenieurinnen mit Diplom von der Hochschule entlasse, und danach stehen sie auf einem Arbeitsmarkt, wo nur Ingenieure, aber keine Ingenieurinnen gesucht werden.

Ich glaube deshalb, dass wir die richtigen Weichen gestellt haben, auch mit einer Familienministerin, die nicht unserer Partei angehört; denn wir haben das Elterngeld umgesetzt. Das war unsere Idee.

(Beifall)

Renate Schmidt hatte es in den Schubladen des Ministeriums liegen, als dann der Regierungswechsel kam. Und wir haben den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz durchgesetzt, nicht Frau von der Leyen. Und dort, wo es nicht funktioniert hat in ihrer Partei, da haben wir dann auch noch für sie die Kohlen aus dem Feuer herausgeholt. Ihr erinnert euch vielleicht noch an die Debatte mit dem Wickel-Volontariat, was aus dem Süden der Republik kam, als es um die sogenannten Väter- oder Partnermonate ging.

Wir brauchen aber auch mehr Frauen in Führungspositionen. Das, was wir uns als eine der führenden Industrienation und Wirtschaftsnation leisten, spottet wirklich jeder Beschreibung.

(Beifall)

Wenn man sich die Statistiken anschaut, gibt es in den DAX-Unternehmen, glaube ich, eine einzige Frau, die in einem Vorstand ist. Wenn man sich die Aufsichtsräte anschaut, dann sind wir noch nicht einmal bei 10 %. Wir sind nur deshalb „so weit“ gekommen, weil auf der Arbeitnehmerbank Gott sei Dank mehr Frauen sitzen als von der Arbeitgeberseite. Aber auch da muss noch ein bisschen zugelegt werden. Deshalb bin ich auch sehr froh, dass wir klarmachen; Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz. Wir brauchen auch verbindliche Zielvorgaben, damit Frauen auch dahin kommen, wohin sie gehören, nämlich auch in die Spitzenfunktion der Unternehmen und der deutschen Wirtschaft.

Ich finde, wir haben nicht nur viel erreicht in dieser Großen Koalition. Wir haben die Grundlagen unter Rot-Grün gelegt, und daran müssen wir nach der Bundestagswahl

## Aussprache Regierungsprogramm

am 27. September wieder anknüpfen. Ich will mal sagen: Auch wenn Frau von der Leyen vielleicht – „noch“, will ich sagen – noch relativ gut in der öffentlichen Meinung dasteht – es fängt an zu bröckeln; denn solange sie auf unseren Konzepten hat aufbauen können und die nur noch sozusagen vermarkten konnte, ging das ganz gut. Und jetzt, wo sie selber mit eigenen Ideen kommt – ich nenne nur einmal das Kinderschutzgesetz oder auch das Thema Internetsperre –, merkt man eben, dass viel heiße Luft, aber wenig Substanz dahinter ist.

In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen, glaube ich, dass wir auch in diesem Thema gut aufgestellt sind.

Wir werden unser Land in der Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen, damit beide, Männer wie Frauen, sich sowohl in ihrem Job erfolgreich engagieren als auch sich gleichermaßen um ihre Familie, um ihre Kinder, um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern können. In diesem Sinne: Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsidium:** Vielen Dank, Elke. Jetzt hat Jochen das Wort.

**Joachim Poß, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, einer der Treibsätze für die Finanzkrise, die uns so heftig bedrängt, waren die perversen Vergütungsstrukturen in der Finanzindustrie. Das ist inzwischen wissenschaftlich nachgewiesen. Das heißt, wenn es uns nicht gelingt, die Logik dieser kurzfristig ausschließlich auf Profit, auf kurzfristigen Profit orientierten Vergütungssysteme zu brechen, werden wir auch zukünftig solche Finanzkrisen, wie wir sie jetzt erlebt haben mit ihren Folgen, nicht verhindern können. Das ist die Aufgabe, vor der wir derzeit stehen und die international, auf europäischer Ebene und national angegangen werden muss. Wir werden in der kommenden Woche im Deutschen Bundestag ein Gesetz zur Begrenzung der Vorstandsvergütungen beraten. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

Hervorheben möchte ich: Nach dem enttäuschenden Ausgang der Europawahl für die Sozialisten und Sozialdemokraten in Europa ist es umso wichtiger, dass mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wir Einfluss auf die Regulierung in Europa nehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Denn wer von euch diese Wirtschaftsteile oder Ähnliches verfolgt, der kann feststellen, dass diejenigen, die das Desaster konkret mit angerichtet haben, ihr Haupt längst schon wieder erhoben haben und unterwegs sind, und zwar wirklich nach dem Motto: Betriebsunfall. Jetzt können wir so weitermachen wie bisher. – Hier in Deutschland redet der BDI-Präsident in gleicher Weise. Deswegen ist es wichtig, dass wir unseren Beitrag leisten können, um unsere Vorstellungen da in Europa mit durchzusetzen.

Ich sehe dort Brigitte Zypries, der ich an dieser Stelle auch herzlich danke, und andere Kolleginnen und Kollegen. Wir haben in den letzten sechs, sieben Monaten intensiv mit unserem Koalitionspartner CDU/CSU über die Verschärfung bereits bestehenden

Regelungen, was die Begrenzung von Managervergütungen angeht, geredet. Wir haben viele Gespräche mit dem DGB geführt – hier danke ich Dietmar Hexe\*, der das federführend im DGB gemacht hat – und haben uns da eng abgestimmt. Wir sind weit gekommen, viel weiter, als man es sich hätte vorstellen können. Wir haben Kriterien verankert, jetzt im Aktiengesetz, dass der nachhaltige Unternehmenserfolg das Kriterium für die Festsetzung von Vergütungen ist.

Jetzt kommt folgende Frage – die entscheidet sich in der Praxis; die entscheidet sich nicht auf Parteitag und auch nicht im Deutschen Bundestag –: Werden wir in der Praxis die Kraft haben, die Gewerkschaften und alle, die da mitwirken, in den Aufsichtsräten das, was wir hier gesetzgeberisch positiv verändern – mit Zustimmung, nach schwierigsten Verhandlungen, der CDU/CSU –, auch mit Leben zu erfüllen? Werden die Leute, die Mist bauen und trotzdem noch hohe Gehälter und Abfindungen kassieren, werden die auch konkret zur Verantwortung gezogen, liebe Genossinnen und Genossen? Das ist dann nicht mehr nur eine Frage der Gesetzgebungsentscheidung, sondern der Praxis; denn bisher läuft die Praxis so: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Das ist die Verantwortung, vor der wir stehen und der wir gerecht werden müssen. Da geht es nicht darum, dass wir als Deutscher Bundestag Gehaltsobergrenzen festsetzen, wie es Die Linke oder andere fordern. Das geht gar nicht. Das wäre verfassungswidrig. Das würde gegen die Vertragsfreiheit verstoßen. Die Möglichkeit haben wir gar nicht. Aber wir versetzen den Aufsichtsrat in die Lage, jetzt wirklich zu sagen, wir setzen als Aufsichtsrat eine Gehaltsobergrenze fest. Darüber wird im ganzen Aufsichtsrat und nicht nur in Kungelrunden an der Spitze des Aufsichtsrats entschieden. Das ist der Kern der gesetzlichen Veränderungen, die wir in dieser Woche beschließen werden.

Dann finde ich, ist das auch ein Punkt, über den wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Stolz reden sollten. Dann ist das übrigens auch ein Punkt, den wir auch auf Landesebene und in den Kommunen diskutieren müssen; denn es geht natürlich nicht, dass wir für die sogenannte freie Wirtschaft Regeln aufstellen und im eigenen öffentlichen Bereich weiter Intransparenz vorherrscht und zum Beispiel nicht bekannt, was irgendwelche Vorstandsleute, die sich in öffentlich-rechtlichen Unternehmen befinden, denn bekommen und welche Gehälter gezahlt werden und ob die denn tatsächlich angemessen sind. Auch dieser Debatte, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir uns dann stellen.

Wir haben gemeinsam mit dem DGB in den letzten Monaten eine gute Grundlage für diese Diskussion gelegt. Jetzt ist es an uns, da, wo wir Verantwortung tragen, das auch mit praktischem Leben zu erfüllen. Das ist der Gedanke der Mitbestimmung, nicht, dass irgendwo politische Gremien das beschließen, sondern Mitbestimmung ist die Mitwirkung der Betriebsräte und Gewerkschafter bei der Festlegung auch der Vorstandsvergütung. In dem Sinne: lasst uns tätig werden. – Vielen Dank.

(Beifall)



## Beratung Regierungsprogramm

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Antragsberatung selber. Ich darf beginnen, sie aufzurufen: Kapitel 1, Ziffer 101: Zeit für Entscheidungen. – Es geht hier um die Anträge 1 bis 4. Wer im Antragsbuch mitlesen möchte: Das sind die Seiten 63 und 64. Ich rufe das Kapitel auf.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Damit, liebe Genossinnen und Genossen, sind die Anträge 1, 2 und 4 in der jeweiligen Fassung der Antragskommission angenommen. Der Rest ist erledigt bzw. wird an den Vorstand der Fraktion überwiesen.

Widerspricht dem jemand? – Dann gehen wir zum nächsten Punkt.

Ich rufe das Kapitel 1 Ziffer 102 auf: Eigentum verpflichtet die soziale Marktwirtschaft. – Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Die Anträge sind erledigt durch die Neufassung des Regierungsprogramms. Antragsbuch Seite 65, wer das noch einmal nachlesen will.

Widerspricht dieser Sicht auf den Gegenstand jemand? – Das ist auch nicht der Fall.

Ich rufe das Kapitel 1 Ziffer 103 auf: Deutschland ist stark. – Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Der Antrag ist erledigt durch die Neufassung des Regierungsprogramms.

Widerspricht dem jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir weitergehen.

Ich komme zu Ziffer 104, unsere Ziele. Die Antragskommission empfiehlt hier auch die Annahme der im Antragsbuch ausgedruckten Fassung. Damit ist der Antrag 13 in der Fassung der Antragskommission angenommen. Aber dazu habe ich Wortmeldungen, die ich erst einmal aufrufen will. Der Erste ist Hermann Scheer.

**Hermann Scheer, Parteivorstand:** Genossinnen und Genossen, ich möchte zu dem Energieabschnitt etwas sagen, in einem Punkt abweichend von Sigmar Gabriel. Ich will auch eine ergänzende Formulierung vorschlagen, die nicht marginal ist.

Es ist uns völlig klar, dass die Energiefrage eine Jahrhundertherausforderung allerersten Ranges ist. Das ergibt sich nicht allein aus den Klimagründen. Wenn diese nicht wären, wäre das Weltenergiesystem längst nicht intakt. Wir sind gleichzeitig in einer sich zuspitzenden Ressourcenkrise, in der die steigende Energienachfrage auf der Welt auf immer weiter sich erschöpfende Reserven trifft. Damit entsteht eine Angebotswirtschaft, von der gesamte Welt zunehmend abhängig wird. Damit entstehen neben den ökologischen auch riesige soziale und wirtschaftliche Probleme.

Daraus ergibt sich eindeutig – wir können uns drehen und wenden, wie wir wollen –: Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, um zum Wechsel zu erneuerbaren Energien zu kommen.

(Beifall)

Gemessen daran, sind fast alle Prognosen – auch von Wissenschaftlern, die sich schwer tun, zu künftigen Entscheidungen bereits wissenschaftliche Aussagen zu machen – deswegen meistens zurückhaltender, als es das Problem erlaubt und als es die Möglichkeiten tatsächlich ergeben.

Entscheiden, wie schnell wir mit diesem Energiewechsel vorankommen, müssen wir! Es müssen politische Entscheidungen getroffen werden, nichts anderes.

(Beifall)

Nicht Gutachten entscheiden. Es ist völlig klar – wir können das an allen Ecken und Enden sehen –: Wir wechseln bei dieser Energiewende hin zu einer Technikproduktion, mit deren Hilfe wir dann die Naturenergien ernten. Das heißt, wir wechseln von der herkömmlichen Primärenergiewirtschaft. Das ist der größte Strukturwandel seit Beginn des Industriezeitalters – wir sollten uns da nichts vormachen –, und das ist die größte Chance zur Gewinnung neuer Arbeitsplätze weltweit in einer neuen langen Konjunkturwelle, weil wir herkömmliche Energie, die aus der Erde geholt wird, durch Technik ersetzen. Das heißt: Arbeitsplätze bei gleichzeitig sauberer Umwelt. Das ist eine Schlüsselperspektive.

(Beifall)

Das bedeutet, dass wir uns beeilen müssen. Das ist klar.

Dann ist es die Frage: Sind diejenigen, die hier mit zurückhaltenden Annahmen arbeiten, dass man nur langsam vorangehen könne, dass wir eine Brücke ins Solarzeitalter brauchen, ist dies richtig oder falsch? – Erneuerbare Energien bedürfen einer technologischen Revolution, die bei uns in Deutschland durch politische Entscheidungen begonnen hat; deshalb haben wir ja das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Alle Negativprognosen oder zurückhaltenden Prognosen wurden durch die Praxis über den Haufen geschmissen, obwohl es nach wie vor massive Planungswiderstände gibt, vor allem in den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, also in den Ländern, deren Landesregierungen unbedingt an der Atomenergie festhalten wollen. Hier zeigt sich die Kontroverse.

(Beifall)

In Niedersachsen, in Brandenburg, in Mecklenburg, in Sachsen-Anhalt haben wir bereits einen Anteil der Windkraft von 30 %, 40 %. In Bayern sind es 0,5 %, in Baden-Württemberg 0,46 % und in Hessen 1,8 %. Es sind willkürliche Planungswiderstände, die politisch aufgestellt sind. Hier müssen wir die Kontroverse suchen. Wir könnten schon viel weiter und schneller sein, wenn es dies nicht gäbe.

(Beifall)

Dann müssen wir diesen Weg auch gehen. Es macht keinen Sinn, diese Widerstände zu akzeptieren und hinzunehmen, um dann etwas als Brücke zu machen, was in der Realisierung viel länger dauert, als jetzt den Durchmarsch zu einer Mobilisierung erneuerbarer Energien mit der damit verbundenen Industrialisierung tatsächlich zu versuchen. Das ist unsere Aufgabe. Wir haben es in Gang gesetzt. Wir überlassen das doch nicht den Grünen! Das ist die sozialdemokratische Aufgabe.

(Beifall)

Denn was machen wir damit? – Wir schaffen industrielle Arbeitsplätze, wir überwinden den konservativen Naturschutzgedanken, der möglichst alles unberührt lassen will und nicht an die Industriegesellschaft denkt, und wir überwinden die sozialen Kosten, die die herkömmliche Energieversorgung hinterlässt. Soziale Kosten zu vermeiden, ist eine soziale Frage, für die die Sozialdemokratische Partei stehen muss. Wer denn sonst soll soziale Kosten vermeiden neben der direkten sozialen Frage?

(Beifall)

Das heißt jetzt: Wir stehen vor einer Kontroverse. Es ist klar, die Wähler wollen Unterschiede, die nicht gespielt sind. Es ist klar, sie brauchen eine Perspektive. Sie wollen sie, sie erwarten sie von uns. Wir können sie durch das anbieten, was wir 1998 begonnen haben. Wir können sie anbieten, wenn wir mutig und offensiv daran gehen. Das ist alles möglich. Wir können deutlich machen, dass es einer der wesentlichen Gründe, um Schwarz-Gelb zu verhindern, ist, dass wir nur dadurch verhindern, dass der Atomausstieg beendet wird und alles wieder in die 70er- und 80er-Jahre zurückfällt. Das ist eine Frage für die Bundestagswahl.

(Beifall)

Dann stellt sich aber die Frage: Wie kriegen wir dafür den Resonanzboden? – Dazu habe ich eine sehr kritische Anmerkung, die uns alle in den nächsten Jahren betreffen wird, wenn wir jetzt einen Fehler machen. Das ist die Frage der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und –Endlagerung. Die CO<sub>2</sub>-Abscheidung ist nicht das Problem. Die ist technisch möglich. Aber dann ist es doch die Frage: Was geschieht? – Wir wissen: Wenn wir das CO<sub>2</sub> in die Erde verpressen, darf es nie wieder heraus. Das ist ein Jahrtausendproblem. Sollen wir die Kritiken der Skeptiker, die gute Gründe dafür haben, einfach hinnehmen und uns überall vor Ort einer Zerreißprobe aussetzen, wenn es um Pipelinebau und die Endlagerstätten geht und es nie wieder heraus darf? Das wird man uns vorhalten. In der Asse ist nach 30 Jahren einer angeblich gesicherten trockenen Endlagerung für schwach radioaktiven Müll festgestellt worden: Es stimmt nicht, nichts davon stimmte! – Können wir geomorphologischen Gutachten über Jahrtausende vertrauen, wenn Geomorphologen nach 20, 30 Jahren bei anderen Dingen widerlegt sind? – Ich glaube, wir müssen hier aufpassen, dass wir nicht einen neuen Jahrhundertfehler machen

(Beifall)

– wir müssen hier wirklich aufpassen – und uns dann in eine Kontroverse hineintreiben lassen, die von der Perspektive ablenkt, von der ich eben gesprochen habe, die davon ablenkt, wo die Zielrichtung ist.

Deswegen schlage ich eine Ergänzung zu diesem Wahlprogramm vor. Auf der Seite 3 der Fassung der Antragskommission steht: Wir beabsichtigen, die Technologie zur Abscheidung von Kohlendioxid in Deutschland weiterzuentwickeln. – Diesen Satz kann ich akzeptieren. Aber dann kommt die Frage – dazu stelle ich den Antrag –: Was geschieht damit? – Erdverpressung, Endlagerung auf ewige Zeit oder die Technologie dafür einsetzen, dies wieder zu verwerten und auf dieser Wiederverwertung des CO<sub>2</sub> industrielle Produktionsstrukturen der Zukunft aufzubauen? Das hat dann denselben Effekt wie Kraft-Wärme-Kopplung, und wir vermeiden jedes Risiko und brauchen nicht auf eine eventuell verfügbare und nie richtig sicherzustellende Endlagerung zu warten. Damit wir uns diesen Weg nicht verschließen, schlage ich vor, dass wir nach diesem Satz schreiben – Olaf Scholz hat die Formulierung schon –: „Dabei muss die Wiederverwendung Vorrang vor der Endlagerung des CO<sub>2</sub> haben.“ Das ist dann das Ähnliche wie beim Abfall. Bei der Abfallwirtschaft ist uns klar: Wiederverwertung geht vor Deponierung. Genau darum geht es hier auch: Wiederverwertung geht vor Erdverpressung auf unbestimmte ewige Zeit, die wir aber nicht garantieren können.

(Beifall)

Im nächsten Satz steht: Dies werden die Unternehmen gewährleisten. – Nein, das müssen *wir* durchsetzen; denn das werden die nicht von sich aus gewährleisten. Siehe die Atommüllfrage, die sie nicht von sich aus gewährleisten. Es muss hier stehen: „Dabei *müssen* die Unternehmen ...“ Statt „werden“ müssen. Das ist mein Antrag.

(Beifall)

Ich glaube, dann haben wir einen in sich stimmigen Kurs, der Kohlenutzung auf unabsehbare oder absehbare Zeit in bestimmten Größenordnungen nicht ausschließt, aber der vermeidet, dass wir ein neues Risiko eingehen, das wir nicht überschauen, in Generationenverantwortung. Die Energiefrage, die wir hier beantworten müssen, ist in der Generationenverantwortung. Ohne Generationenverantwortung gibt es keine sozialdemokratischen Werte. – Danke schön.

(Beifall)

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, eine herzliche Bitte auch an alle, die noch reden werden: Bitte jetzt keine mündlichen Änderungsanträge stellen! Das bringt dann diese Antragsberatung, glaube ich, endgültig in die Sphäre des nur noch schwer beherrschbaren.

Wir sind jetzt mit diesem Beitrag – Hermann hatte sich zu Kapitel I gemeldet – eigentlich schon bei Kapitel II. Aber nun – so ist es dann – haben sich Michael Müller und Eckart Kuhlwein auch noch dazu gemeldet. Dann machen wir es noch zu Ende, weil wir es einmal angefangen haben. Wir rufen die Änderungen aber erst nachher auf. Michael, bitte!

**Michael Müller, NRW:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte die Tragweite des Problems noch einmal deutlich machen. Man muss sehen: Wir haben 200 Jahre Industriegeschichte hinter uns, in der wir sozusagen von der Grenzenlosigkeit in der Nutzung von Energie und Rohstoffen ausgegangen sind. Diese Grenzenlosigkeit war überiegend das Fundament für mehr Beschäftigung und für mehr Wohlstand.

Um was geht es jetzt? – Wir müssen eine Zukunft bauen, in der nicht immer mehr Energie und Rohstoffe gebraucht werden, sondern immer weniger, um die gewünschten Leistungen zu erzielen. Wir müssen als moderne Menschheit endlich begreifen, dass es Grenzen und Endlichkeit gibt. Das ist die eigentliche Herausforderung.

Es geht eben nicht nur um ein paar technische Änderungen. Es gibt einen unglaublichen Paradigmenwechsel, der – das ist der entscheidende Punkt – nur zu erreichen ist, wenn er mit mehr sozialer Gerechtigkeit verbunden ist. Sonst ist dieser Paradigmenwechsel nicht zu erreichen. Das genau ist die Chance der Sozialdemokratie. Wir werden das Thema der Ökologie für uns gewinnen, wenn wir es mit Gerechtigkeit verbinden.

Ich will an einem Punkt klarmachen, wie das heute schon ist: Die unteren 20 Prozent Einkommensbezieher in Nordrhein-Westfalen bezahlen für Energie, Strom, Wärme und Mobilität fast 9 Prozent ihres Einkommens, während die oberen 20 Prozent nur 2,4 Prozent aufbringen müssen. Das sind also Verteilungsfragen. Der Umbau wird deshalb nur funktionieren, wenn ökologische Modernisierung und soziale Gerechtigkeit zusammenkommen. Das muss unser Thema sein. – Das ist der erste wichtige Punkt.

(Beifall)

Der zweite wichtige Punkt ist: Wir haben verdammt wenig Zeit. Im Augenblick nimmt die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre um 2,2 ppm pro Jahr zu. Das ist technisch ausgedrückt. Aber die Konsequenz ist: In spätestens 20 Jahren sind wir bei 450 ppm, was im globalen Maßstab heißt, dass eine Erwärmung von 2 Grad nicht mehr zu verhindern ist.

Ich will euch einmal klarmachen, was das heißt: Eine Erwärmung um 2 Grad bedeutet für Afrika, wo heute schon 230 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung leiden, eine Halbierung der Ernteerträge. Wir reden hier nicht über Kleinigkeiten, sondern wir reden über die Frage von Frieden und Gerechtigkeit in der Zukunft. Wenn es in den Industrieländern nicht zu Änderungen kommt, ist diese katastrophale Zukunft vorprogrammiert. Das ist unsere Verantwortung, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dritte Bemerkung: Wir haben im Deutschen Bundestag eine Enquete-Kommission gehabt, die mehrheitlich mit Befürwortern der Atomenergie besetzt war. Über ein Jahr lang haben wir darüber diskutiert, ob die Atomenergie das Klimaproblem lösen kann. Am Ende gab es die einstimmige Entscheidung, dass die Atomenergie das Problem nicht lösen kann – weil es eben nicht um den Austausch von Brennstoff geht, also nicht

darum, ob Atomstrom zum Beispiel gegen Energie aus Kohle getauscht wird, sondern um den Umbau des Energiesystems in Richtung Vermeiden, Einsparen und Innovation. Das ist mit der Atomenergie nicht machbar. Es ist eine ineffiziente Form von Technik. Das beste Atomkraftwerk hat einen Wirkungsgrad von gerade einmal 35 Prozent. Das ist antiquiert, das ist von gestern, das kann nicht die Zukunft sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Jeder muss sich darüber im Klaren sein, worum es hier geht: Es geht nicht um Kohle oder Gas, sondern darum, wie wir Strukturen schaffen, mittels derer mit wenig Energie die gewünschten Leistungen erzielt werden. In Deutschland gibt es ein Einsparpotenzial von fast 50 Prozent, das ungenutzt bleibt. Wir haben die Chance, die erneuerbaren Energien in diesem Jahrhundert zu den entscheidenden Trägern der Gesamtenergieversorgung zu machen. Und wir können auch persönlich etwas dazu beitragen, durch einen bewussteren Umgang mit Energie. In dieser Schlüsselfrage müssen wir uns von den anderen unterscheiden. Wir müssen erkennen: Die Energiepolitik ist eine gesellschaftliche Herausforderung und nicht nur eine technische. – Vielen Dank.

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsident:** Danke schön. – Eckart Kuhlwein.

**Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen! Sigmar Gabriel hat Prof. Edenhofer vom Potsdam-Institut – Vorsitzender des Nobelpreisträger IPCC – zitiert. Das Bundesumweltministerium hat einen Sachverständigenrat in Umweltfragen, der zu genau dem entgegengesetzten Ergebnis gekommen ist. Da Nobelpreisträger auch in unserer Partei immer eine sehr hohe Autorität genießen, sage ich: Prof. Hohmeyer – ebenfalls vom Nobelpreisträger IPCC – pilgert zu den Bürgerinitiativen an der Westküste Schleswig-Holsteins, die inzwischen riesige Veranstaltungen abhalten, um ihnen recht zu geben und deutlich zu machen: Es kann auch ohne CCS gehen, wenn wir den Übergang in die regenerativen Energien strategisch gestalten. Er kommt zu dem Ergebnis: Es geht auch ohne Kohle. Denn Kohle wird kaum noch gebraucht werden, wenn die Windenergie offshore ausreichend genutzt werden kann. Die Leitung in Brunsbüttel zum Beispiel ist gar nicht ausreichend, um auch noch Kohlestrom in die übrige Bundesrepublik zu leiten. Hohmeyer rechnet vor: Wenn überhaupt, sind Gaskraftwerke, die man kurzfristig anwerfen kann, sinnvoll – falls der Wind mal nicht so ist, dass die Windenergie offshore genügend Energie liefert.

Ich habe mich aber eigentlich zu einem anderen Thema gemeldet. In dem Kompromissvorschlag heißt es auf Seite 3: Wir werden eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Genehmigung sicherstellen. – Das soll sich wohl auch auf geplante Endlager für Kohlendioxid beziehen. Jedenfalls muss ich das so verstehen. Sigmar Gabriel hat uns gesagt, es sei klar, dass das Verfahren zur Findung von Endlagern nicht allein nach Bergrecht, sondern nach einem qualifizierten mitbestimmungsfreundlichen Recht gestaltet würde und dass der aktuelle Stand des Gesetzgebungsverfahrens – das Gesetz soll ja noch diese Woche im Bundestag verabschiedet werden – eine Mitwirkungsklausel für Bürgerinnen und Bürger bei der Genehmigung enthal-

te. Ich frage Sigmar: Wie ist damit vereinbar, dass inzwischen RWE-Abgesandte in Nordfriesland versuchen, in die Bauernhöfe reinzukommen, um dort ihre Messgeräte aufzubauen und geologische Messungen vornehmen zu können, ob Lager dort geeignet sind? Ich finde es richtig und legitim, dass der Bauernverband in Schleswig-Holstein seine Mitglieder aufgefordert hat, die Leute von RWE nicht auf den Hof zu lassen. Ich würde von Sigmar gerne hören, wie das mit der Bürgerbeteiligung aussieht, wenn die CCS-Technologie umgesetzt werden soll, inklusive Endlagerung. Insbesondere Schleswig-Holstein, aber auch Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern werden betroffen sein.

Ich kündige an: Die SPD Schleswig-Holstein wird an der Seite derjenigen stehen, die dagegen protestieren, die ihre Kritik anmelden. Die SPD Schleswig-Holstein wird an der Seite der Bürgerinitiativen stehen, die versuchen wollen, Endlager für Kohlendioxid in Schleswig-Holstein zu verhindern. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsidium:** Die nächste ist Heike Wiegel, Braunschweig. – Auch wenn ich die Glocke nicht so gerne nehme, darf ich noch einmal erinnern: Fünf Minuten Redezeit ist das Maximum heute; sonst kommen wir nicht durch.

**Heike Wiegel, Braunschweig:** Es war einmal ein Atommülllager Asse II, so standfest wie eine Märchenburg. Ich glaube nicht daran. Mein Name ist Heike Wiegel, ich komme aus der Asse. Glaubt ihr an Märchen? Glaubt ihr, dass man Atommüll unterirdisch unbeobachtet für 1 Million Jahre endlagern kann? Das ist ein Märchen. Die Wahrheit sieht anders aus. Wollen wir dieses Märchen unseren Kindern weitererzählen, oder wollen wir uns Gedanken machen, anders mit dem Atommüll umzugehen? Wir sollten prüfen, ob eine rückholbare Lagerung von Atommüll möglich ist.

Noch so ein Märchen: Atomstrom ist billig. So versuchen es uns die Energiefirmen immer wieder weiszumachen. Das stimmt nicht. Mit circa 70 Milliarden Euro sind Aufbau, Rückbau und Betrieb der Atomkraftwerke sowie die Endlagerung subventioniert worden. Und wer bezahlt das? Ihr und alle, die noch Arbeit haben. Das habt ihr doppelt und dreifach bezahlt. Wir brauchen eine Übersicht über die tatsächlichen Energiekosten aller Energieformen. Dann zeigt sich sehr deutlich, dass die Atomstromerzeugung eben nicht kostengünstig ist.

Wir müssen wegkommen von dieser unsicheren, zu teuren Atomstromerzeugung. Wir brauchen keine Laufzeitverlängerung. Wir brauchen keinen Atomstrom, sondern wir brauchen Sicherheit.

Es war einmal ein Schacht Asse II. Alles ist standsicher und trocken. Der Berg steht wie ein Fels in der Brandung, und der Atommüll wurde ordentlich eingelagert. Sicherheit für die Ewigkeit – das waren die Märchen von gestern. In der Asse ist nichts sicher und auch nichts trocken, alles Lug und Trug. Seit über 20 Jahren gibt es dort Laugenzuflüsse von 12.000 l am Tag – Tag für Tag, Monat für Monat und Jahr für Jahr. Seit über 40 Jahren werden wir dort belogen. Und der Berg, der Berg bewegt sich, er muss so schnell

wie möglich stabilisiert werden, damit wir Zeit gewinnen, Zeit für neue Konzepte. Wir wollen Langzeitsicherheit. Und wenn das in diesem Schacht Asse II nicht möglich ist, dann muss man ernsthaft über die Rückholung nachdenken, man muss sie ernsthaft in Erwägung ziehen.

Die Optionen müssen ergebnisoffen und ohne Vorfestlegungen nach dem aktuellen Stand der Technik ermittelt werden. Wie sieht es zurzeit im Atommülllager Asse aus? Wie buchstabieren wir Asse? A wie Absaufen, S wie Sauhaufen der Aktenlage und des Gifts Atommüll, S wie Schicht im Schacht – wir brauchen Sicherheit – und E wie Ende der Märchenstunde.

(Beifall)

Wir sind froh, dass wir Sigmar Gabriel an unserer Seite haben. Wir fordern Langzeitsicherheit, wir fordern eine ergebnisoffene Endlagersuche für ganz Deutschland. Wir fordern eine Kostenübersicht der tatsächlichen Energiekosten. Und wir fordern wie viele andere den Atomausstieg.

In unserem Antrag zum Regierungsprogramm fordern wir, dass auf der letzten Seite der Aufruf „Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf: Wer keine neuen Atomkraftwerke will, muss SPD wählen“ um folgende Formulierung ergänzt wird: „und keine Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke“. Wer also keine Atomkraftwerke und keine Laufzeitverlängerung will, der muss SPD wählen. Es steht ja auch so im Regierungsprogramm. Ich bitte euch, dies mit aufzunehmen.

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsident:** Vielen Dank. Liebe Genossinnen und Genossen, ich will nur daran erinnern, wir waren und sind bei Kapitel I, Ziffer 104 – „Unsere Ziele“. Die Antragskommission, ich wiederhole es noch einmal, empfiehlt die Annahme der im Antragsbuch ausgedruckten Fassung. Der hier gestellte Antrag von Hermann bezieht sich, darauf kommen wir nachher, auf ein anderes Kapitel. Der Rest ist erledigt bzw. wird an den Vorstand oder an die Bundestagsfraktion überwiesen. Widerspricht dem Verfahren jemand?

Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zu Kapitel II, Ziffer 201, „Unseren Wohlstand auf hohem Niveau erhalten“. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der im Antragsbuch ausgedruckten Fassung. Es handelt sich übrigens um die Seiten 91 bis 101, wer nachgucken möchte. Damit sind die Anträge 9, 16 und 17 in der jeweiligen Fassung der Antragskommission angenommen. Der Rest ist wiederum erledigt bzw. wird an den Vorstand oder die Bundestagsfraktion überwiesen. Widerspricht jemand dem Verfahren? – Das ist nicht der Fall.

Dann können wir zum nächsten Punkt kommen. Das ist Kapitel II, Ziffer 202, „Deutschland als Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität“. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Damit sind die Anträge 16, 18, 19 und 22 in der jeweiligen Fassung der Antragskommission angenommen. Der Rest ist erledigt oder wird – wie vorhin – an Vorstand oder Bundestagsfraktion überwiesen.



## Beratung Regierungsprogramm

Mir liegen dazu Wortmeldungen vor, und zwar möchte Roland Fischer aus Bayern zu der Ziffer 202 das Wort ergreifen. – Ist Roland Fischer hier? Dann hat er jetzt die Chance.

(Zurufe: Nein! – Er ist unterwegs!)

– Ist er nicht. – Doch. Bitte!

**Roland Fischer, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen, sorry, aber der Weg von Bayern bis hier ist ein bisschen länger, im wahrsten Sinne des Wortes.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte zu einem Punkt in diesem Antrag etwas sagen, und zwar zur Frage der Bahnprivatisierung, zur Bahnreform. Für euch als Hintergrundinformation – für die, die es wissen, es können nicht alle sein –: Ich habe ein Mitgliederbegehren innerhalb der SPD gestartet, um eine Klarstellung zu erreichen. Dieses Mitgliederbegehren hat bis zum 18. Mai gedauert. Wir haben bei Weitem nicht die 51.000 Unterschriften zusammengebracht, die wir dafür benötigt hätten. Aber es waren immerhin, und darauf bin ich eigentlich ganz stolz, 27.000 Genossinnen und Genossen, die sich mit ihrer Unterschrift eindeutig positioniert haben: Keine Kapitalprivatisierung der Bahn.

(Beifall)

Im Entwurf des Regierungsprogramms, auch in der aktuellen Fassung der Antragskommission, ist eigentlich für die Legislaturperiode bis 2013 alles gesagt, was wir dazu sagen können, nämlich: Wir werden in dieser Legislaturperiode nicht privatisieren. Wir können die Debatte im November noch einmal neu aufgreifen.

Mein Appell wäre, auch an die Antragskommission und euch, Genossinnen und Genossen: Schaut euch bitte mal den Antrag aus Tübingen mit der Nr. 22 zu diesem Punkt an. Das ist eine präzise Klarstellung. Lasst uns dieses Kapitel Bahnprivatisierung heute in diesem Sinne so erledigen, wie es, glaube ich, die Mehrheit der Partei auch will: Lasst uns das endgültig ad acta legen und uns nicht nur auf die Legislaturperiode beschränken.

(Beifall)

Ich glaube, es wäre ein gutes Zeichen, gerade jetzt vor der Bundestagswahl – und ich bin selbst Kandidat –, wenn wir nicht nur wieder eine Aussage machen, die einen beschränkten Zeitraum umfasst, nämlich in dem Fall bis 2013, sondern klipp und klar mit deutlichen Worten sagen, was wir angesichts einer weltweiten Finanzkrise mit Blick auf die Thematik Bahn wollen. Dazu bitte ich euch um Zustimmung. Ich bitte euch, für diesen Antrag Nr. 22 zu stimmen.

Vielen Dank.

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsidium:** Vielen Dank, jetzt ist der Vorsitzende der Antragskommission noch mal dran.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in diesem Kapitel jetzt zwei Themen zu verhandeln, das eine ist noch einmal das Thema Bahnreform. Ich habe vorhin schon etwas dazu gesagt und möchte das noch einmal wiederholen: Über die Frage, wie es bei der Bahn weitergehen soll, haben wir in der Antragskommission sehr sorgfältig gesprochen – und vorher schon im Parteirat und im Parteivorstand. Wir haben einen Beschluss für die Beratung auf den Weg gebracht und jetzt noch mal in der Antragskommission verändert, der einen Konsens in der Partei darstellt. Das ist nicht ganz leicht, wir haben dazu unterschiedliche Positionen gehabt und mit Leidenschaft diskutiert. Das ist auch richtig. Aber wenn man leidenschaftlich diskutiert hat, um sich zusammenzurufen, dann macht es Sinn, nicht wieder von vorne anzufangen, wenn man sich zusammengerauft hat, sondern das Ergebnis dieses Zusammenrufens zu akzeptieren.

(Beifall)

Das ist ein Prozess gewesen, in dem viele diskutiert haben, und wir haben gesagt: Wenn wir das, was der Parteivorstand auf den Weg gebracht hat, noch mal dadurch ergänzen, dass auch für diejenigen, die ein bisschen misstrauisch sind – das kann man manchmal auch verstehen; das sage ich als Mitglied der Parteiführung –, klargestellt wird, dass damit auch keine teilweise Privatisierung verbunden ist, dann soll es gut sein, und wir sind uns einig. Ich bitte euch, diesen Kompromiss, diese Lösung, die die Antragskommission vorgeschlagen hat, mitzutragen und dabei zu bleiben.

(Beifall)

Das zweite Thema ist der weitere Umgang mit Speichertechnologien in diesem Zusammenhang. Darüber wurde eben in einer ganzen Reihe von Beiträgen weiter diskutiert. Hermann hat für alle, die noch eine Änderung vorschlagen wollen, einen konkreten Änderungsvorschlag gemacht, nämlich den zusätzlichen Satz einzufügen: „Im Vordergrund muss dabei die Wiederverwendung vor der Endlagerung des CO<sub>2</sub> stehen.“ Weiter hat er darum gebeten, den nächsten Satz nicht wie folgt zu formulieren: „Dabei werden die Unternehmen auf der Grundlage höchster Standards arbeiten.“ Sondern es soll formuliert werden: „Dabei müssen die Unternehmen auf der Grundlage höchster Standards arbeiten“. Ich glaube, dass ich im Namen der Antragskommission sagen kann: Wir sind damit einverstanden, wenn im ersten Satz gesagt wird: „Im Vordergrund soll dabei die Wiederverwendung vor der Endlagerung des CO<sub>2</sub> stehen.“ Ich habe von einigen gehört, dass das dann in dieser Variante zu einem allgemeinen Konsens führt. Wenn das so ist – ich höre das so –, übernimmt die Antragskommission das so, und wir müssen an dieser Stelle nicht mehr abstimmen.

(Beifall)

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsidium:** Vielen Dank, Olaf.

Dann frage ich jetzt zur Ziffer 202 im Lichte des eben vom Vorsitzenden der Antragskommission Dargestellten: Wer widerspricht dem so? Das sind zwei Genossen. Dann können wir weiter in der Art und Weise verfahren, wie Olaf Scholz es eben deutlich gemacht hat.

Wir kommen zu Kapital 2, Ziffer 203: „Gute Arbeit sichern“. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Damit, liebe Genossinnen und Genossen, sind die Anträge 33, 42 bis 44 und 53 in der jeweiligen Fassung der Antragskommission angenommen. Wer mitlesen will: Es sind die Seiten 133 bis 154 im Antragsbuch. Der Rest ist erledigt bzw. wird an Vorstand oder Bundestagsfraktion überwiesen.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer widerspricht dem? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren.

Wir kommen zur Ziffer 204: „Bildung ist Menschenrecht“. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Damit sind die Anträge 1, 11 bis 13, 18 und 22 bis 24 in der jeweiligen Fassung der Antragskommission angenommen. Der Rest ist erledigt bzw. wird an Vorstand oder Fraktion überwiesen. Widerspricht dem jemand?

Dann können wir zur Ziffer 205 kommen: „Solidarisch finanzierter Staat“. Hierzu liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von Franziska. Ich sage nur noch, wie der Stand der Verhandlungen im Moment ist.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Damit sind die Anträge 44, 45 und 48 in der jeweiligen Fassung der Antragskommission angenommen. Der Rest ist erledigt bzw. wird, wie gehabt, überwiesen.

Franziska hat das Wort.

(Beifall)

**Franziska Drohsel, Juso-Vorsitzende:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde euch um zwei Ergänzungen/Änderungen bei diesem Teil bitten. Der erste Teil betrifft den Bereich Ehegattensplitting. Das befindet sich jetzt in der neuen Fassung auf der Seite 32, Zeilen 7 bis 16. Da gibt es jetzt eine Neuformulierung, worin steht, dass insbesondere bei höheren Einkommen beim Splitting geschaut werden soll oder dass das irgendwie abgeschafft werden soll, zumindest in Teilen. Wir würden für Konsequenz plädieren und sollten den Mut haben, tatsächlich einmal ein gleichstellungspolitisches Signal zu senden. Ich glaube, es ist völlig eindeutig, dass das Ehegattensplitting zur Zementierung alter Rollenbilder beiträgt. Es fördert, dass Frauen nicht arbeiten gehen und dass Männer alleine arbeiten gehen.

(Beifall)

Ich glaube, an der Stelle würde es der SPD sehr gut tun, mutig zu sein und zu sagen, dass man das Ehegattensplitting in der gesamten Form abschafft. Deswegen wären wir dafür, unseren ursprünglichen Antrag dort einzufügen und den Wortlaut, der jetzt darin ist, dadurch zu ersetzen. Das ist der erste Änderungsantrag/Ergänzungsantrag.

Der zweite Antrag betrifft die Vermögensteuer. Das ist auf Seite 32, Zeile 45. Da würden wir für eine Ergänzung plädieren. Ich glaube, wir haben mittlerweile sehr großen Konsens in unserer Partei, dass die Vermögenden stärker zur Finanzierung des Gemeinwe-

sens herangezogen werden sollen, dass die Polarisierung, die wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten beobachten konnten, nicht mehr hinnehmbar ist. Ich glaube, man muss das Instrument dann auch beim Namen nennen, mit dem genau diese Umverteilung von oben nach unten erreicht werden kann, und das ist die Vermögensteuer. Deshalb sollte sie sich auch im Wahlprogramm der SPD wiederfinden.

(Beifall)

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsident:** Das Wort hat noch einmal Roland Fischer, der sich zum Kapitel 205 gemeldet hat. Er hat jetzt wieder den weiten Weg aus Bayern, er ist im Anmarsch. Bitte, Roland!

**Roland Fischer, Bayern:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Franziska, ich bin dir ausgesprochen dankbar, dass das Thema Vermögensteuer hier noch einmal zur Sprache kommt.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wir haben in München, in Bayern seit geraumer Zeit eine sehr breit angelegte Initiative, die genau für diesen Part der Wiedereinführung – „Wiedererhebung“ muss man ja konkret sagen – der Vermögensteuer agiert und entsprechend macht. Der Protegé schlechthin ist unser Münchener Alt-Oberbürgermeister Georg Kronawitter, dem einen oder anderen hier sicherlich nicht ganz unbekannt.

Genossinnen und Genossen, ich glaube, die Argumente sind alle hinreichend bekannt. Ich mag euch damit nicht langweilen. Ich mag auf zwei Sachen eingehen, die mir in der letzten Woche oder in den letzten Tagen aufgefallen sind, die für mich noch einmal ein eindeutiges Argument sind, warum wir dies heute hier klarstellen sollten.

Argument Nummer 1: Es war in dieser Woche in der ARD und bei Phoenix ein Fernsehbeitrag unter anderem über einen Inhaber mehrerer Mietwohnungen zu sehen, der sich damit gebrüstet hat, dass er einen Jahressteuerbescheid über 2.500 € bekommt. Er hat das ganz stolz auch damit begründet, dass er seit 1996 keine Vermögensteuer mehr bezahlen muss.

Punkt Nummer 2: Vor ungefähr vier Wochen haben sich in Norddeutschland mehrere Millionäre zusammengeschlossen, haben eine gemeinsame Pressekonferenz veranstaltet und haben von sich aus gesagt, sie fordern die Politik auf, Vermögensteuer und als ersten Schritt eine Vermögensabgabe einzuführen. Genossinnen und Genossen, wenn uns Teile der Betroffenen selbst schon sagen, sie möchten mehr zu einer solidarischen Finanzierung unseres Systems beitragen, auf was wollen wir denn noch warten?

(Beifall)

Die Formulierung, die jetzt im Regierungsprogramm steht, ist eigentlich die Grundlage für eine Vermögensteuer. Wie Franziska es gesagt hat: Bitte lasst es uns dann doch auch klipp und klar so sagen. Es geht schlicht und ergreifend um eine Vermögensteuer

nur auf private Vermögen, nicht auf betriebliche Vermögen. Es geht um eine Vermögensteuer, die jedes selbstgenutzte private Wohnungseigentum grundsätzlich freistellt, egal, ob es die kleine Wohnung in den Ost-Bundesländern oder ob es die große Villa am Starnberger See ist. Mit dieser Frage wollen wir uns nicht beschäftigen.

Genossinnen und Genossen, wir können nicht auf der einen Seite zu Recht sagen, wie wichtig Bildung ist und wie wichtig die Finanzierung der Bildung ist, ohne auch gleichzeitig zu sagen, woher das Geld dafür herkommt. Ich glaube, dass zusätzlich zu dem Bildungs-Soli die Vermögensteuer der richtige Weg ist. Es ist eine Ländersteuer. Man kann klipp und klar regeln, dass sie genau in die Richtung hineingehen soll.

Das hat übrigens nichts mit Links, mit Rechts oder mit irgendetwas zu tun. Es ist eine Frage, die wir nach den drei Grundsätzen unserer Partei entscheiden sollten: Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, es ist eine Frage der Solidarität. Ich appelliere an euch, dass wir uns heute die Freiheit nehmen, dieses auch reinzuschreiben. – Herzlichen Dank.

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsident:** Vielen Dank. – Das Wort hat der Vorsitzende der Antragskommission.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, ihr könnt es euch denken: Über diese beiden Punkte haben wir in der Antragsberatungskommission sorgfältig, lange und teilweise wiederholt diskutiert. Das wichtige, was ich euch als Botschaft nicht verheimlichen will, ist: Wir sind zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen. Wir haben uns zusammengerauft und haben etwas formuliert, das wir gemeinsam tragen wollen und das wir euch hier als unseren Vorschlag vorgestellt haben, wie man damit umgehen soll.

Ich will einmal mit der Frage Splitting anfangen. Da steht zunächst einmal nicht, dass es bleiben soll, wie es ist, sondern es steht dort – und das ist das erste Mal in einem Wahlprogramm der SPD; anderswo haben wir schon einmal anders beschlossen –, dass wir eine Veränderung wollen. Die wird auch klar und deutlich beschrieben. Aber wir sagen eben, das ist eine Sache, die nicht einfach aus der Hand geschüttelt werden kann. Denn wenn wir das beschließen, was Franziska vorschlägt, dann werden wir eine politische Debatte haben, bei der es nicht um die Fragen geht, die Franziska, die mich, die viele andere bewegen, nämlich dass wir auch etwas dazu beitragen müssen, dass unser Steuersystem so ist, dass es die Verhältnisse zwischen Männern und Frauen nicht so belässt, wie sie sind, sondern zu einer partnerschaftlichen Lebensgestaltung beiträgt. Das steht jetzt auch in dem Antrag.

Aber dann werden uns einige vorrechnen, weil sie ja nicht das lange, kluge, intelligente Konzept, das der eine oder andere von uns im Kopf hat, im Kopf haben, einfach nur vorrechnen, wer gerade weniger hat, und das sind ziemlich viele Leute, Männer und Frauen, die die sozialdemokratische Partei vertritt. Deshalb kommt es darauf an, kluge Politik zu machen und als Wahlprogramm das zu formulieren, was unsere Perspektive ist, den Rest aber da zu machen, wo es darauf ankommt, nämlich wenn eine gute Gesetzgebung, sorgfältig und intensiv beraten, zustande gebracht wird.

Unser Prinzip ist: Wir wollen das Ehegattensplitting weiterentwickeln, und zwar auf die Art und Weise, wie es hier steht, und eine andere Situation schaffen, die die bisherigen Nachteile beseitigt. Aber wir wollen nicht einfach sagen: Abschaffen, und das war's. Ich bitte euch, diesem ausgewogenen Votum der Antragsberatungskommission zu folgen.

(Beifall)

Wir haben uns genauso sorgfältig und intensiv über die Frage unterhalten, wie es mit der Besteuerung derjenigen weitergeht, die eine größere Leistungsfähigkeit in unserer Gesellschaft haben. Da gibt es in diesem Programm ein paar Aussagen, die wir uns auch nicht leichtgemacht haben, weil wir sie so ernst meinen, dass wir sie, wenn wir weiter ein Regierungsmandat haben, umsetzen werden und weil wir gesagt haben: Genau das tun wir. Das werden wir machen, exakt so, wie es in unserem Wahlprogramm vorgeschlagen ist.

Da steht zum Beispiel: Wir wollen, dass diejenigen, die als Single mehr als 125.000 Euro oder als Ehepaar mehr als 250.000 Euro im Jahr verdienen, einen größeren Beitrag zum Steueraufkommen des Landes leisten. Da geht es auch um Milliarden. Das ist eine wichtige Entscheidung, die wir real und gemeinsam durchsetzen wollen und die wir auch hinkriegen werden.

Wir haben gesagt, es kann ja nicht angehen, dass vor lauter ideologischen Scheuklappen die politische Debatte unseres Landes nicht zur Kenntnis nimmt, dass zum Beispiel am Börsenplatz London eine Börsenumsatzsteuer etwas ganz Normales ist. Darum steht hier in diesem Programm drin: Das wollen wir auch haben in Deutschland, gerade wo wir wissen, welche negativen Wirkungen von den Börsen für die Weltwirtschaft ausgegangen sind. Darum ist das auch eine richtige Ergänzung, die hier in diesem Programm steht.

(Beifall)

Ich will dazusagen: Wir wollen gegen Steuerhinterziehung vorgehen. Wir wollen gegen Steueroasen kämpfen. Da stecken auch Gelder, da stecken auch Milliarden, die den Steuerbürgern hier entzogen werden, weil sie die Last tragen müssen, der sich einige andere entziehen. Das kann nicht so bleiben. Dass wir dort hart voranschreiten, dass die Kavallerie in Marsch gebracht ist, um es mit Peer Steinbrück zu sagen, das ist doch eine der Aussagen, die dieses Wahlprogramm wiederholt. Ich glaube, das sind klare Aussagen zu einem gerechteren Steuersystem, die hier getroffen werden.

(Beifall)

Aber wir haben uns nicht darauf beschränkt. Wir haben überlegt: Wir kann man das, was uns gemeinsam bewegt, so ausdrücken, dass wir das hier gemeinsam vortragen kann in dieser Wahl? – Deshalb steht in dem Programm jetzt auf Vorschlag der Antragskommission drin: Dass Vermögende einen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden steuerlichen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten, ist sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns bei diesen Vorschlägen bleiben. Lasst uns das, was wir mühsam miteinander zusammen erarbeitet haben, und zwar als einen guten Vorschlag und nicht als irgendetwas, das Stückwerk ist, nicht auseinanderreißen, sondern es so als Gesamtstück nehmen, wie es hier formuliert ist. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsidium:** Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen, zu den beiden Fragen, die hier eben eine Rolle gespielt haben, zum Kapitel 205, will ich noch einmal einzeln fragen: Wer widerspricht dem, was die Antragskommission im Sinne dessen, was Olaf eben noch einmal dargestellt hat, empfiehlt? – Das ist eine Minderheit. Danke schön.

Thema Ehegattensplitting – Wer widerspricht da der Antragskommission? – Das müssen wir, glaube ich zählen. – Fragen wir so herum: Wer stimmt der Antragskommission zu? Das gibt vielleicht ein klareres Bild. – Das ist die Mehrheit. Danke schön.

Dann frage ich: Wer widerspricht dem Kapitel 205 in der Fassung der Antragskommission? – Das ist gut so. Vielen Dank.

Wir kommen zum Kapitel 206: Sozialstaat, Fortschritt und Zukunft. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Damit, liebe Genossinnen und Genossen, sind die Anträge 33 und 34 – es handelt sich um die Seiten 198 folgende im Antragsbuch – in der jeweiligen Fassung der Antragskommission angenommen. Der Rest ist erledigt bzw. wird an den Vorstand oder die Fraktion überwiesen.

Wer widerspricht dem? – Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bedanke mich.

Wir kommen zum Kapitel 207: Familien stärken, gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen. – Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Die Anträge sind damit erledigt. Es handelt sich um die Seite 231 im Antragsbuch. Widerspricht dem jemand? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu Kapitel 208. Dazu liegt eine Wortmeldung vor. Ich bitte Klaus Mindrup, sich vorzubereiten.

Das Kapitel lautet: Die soziale Gesellschaft im Wandel. – Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Damit sind die Anträge 1, 3, 6, 8, 10, 14, 21, 24 bis 28 in der jeweiligen Fassung der Kommission angenommen. Der Rest ist erledigt bzw. wird überwiesen. Für Interessenten: Die Seiten im Antragsbuch sind 231 bis 44.

Klaus hat das Wort.

**Klaus Mindrup, Berlin:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euer Augenmerk auf die aus meiner Sicht sehr guten Anträge Nummer 19 und 20 richten, zu denen die Antragskommission beide Male Überweisung an die SGK und die SPD-Bundestagsfraktion empfiehlt.

Wir haben heute sehr viel über die Energiewende gesprochen. Wir haben einen breiten Konsens gefunden, dass diese Energiewende notwendig ist. Aber für diese Energiewende haben die Kommunen eine Schlüsselrolle. Auf diesen Punkt spielen die Anträge 19 und 20 an. Ich denke, es tut uns sehr gut, wenn wir im Wahlprogramm diese Schlüsselrolle betonen und das, was eigentlich hier Konsens sein müsste, nicht überweisen, sondern heute hier beschließen. Ich möchte euch darum bitten. – Herzlichen Dank.

**Matthias Platzeck, Parteitagspräsidium:** Vielen Dank. Dazu noch einmal Olaf Scholz für die Antragskommission.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben uns mit den Anträgen sorgfältig beschäftigt. Natürlich gibt es sehr viele Vorschläge, die aus sich heraus einen Sinn machen. Nur irgendwie sollten sie, wenn alles schon an anderer Stelle gesagt ist, an dieser Stelle nicht noch einmal eine besondere Rolle spielen. Wenn jeder auf seinen Text besteht, den er vorgelegt hat und der intellektuell immer überzeugend ist, dann kriegen wir insgesamt ein Programm, bei dem wir eine Übersetzungshilfe brauchen, damit alles das, was wir gemeinsam sagen wollen, auch herauskommt.

Deshalb will ich dir ausdrücklich sagen: Das Anliegen, das in diesen Anträgen verfolgt wird, nämlich die Bedeutung der Kommunen zu betonen, ihre Aufgabe, die sie bei der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger erledigen, zu unterstützen, wird in diesem Programm an verschiedenen Stellen erwähnt. Aber wir glauben, dass es kein Beitrag zur literarischen Verbesserung des Programms ist, wenn das jetzt hier konkret hineinkommen würde. Mehr Gründe hatten wir dafür nicht. Vielleicht sind sie akzeptabel.

(Beifall)

**Heiko Maas, Parteitagspräsidium:** Vielen Dank, Olaf. – Dann habt ihr noch einmal das Votum der Antragskommission gehört. Ich frage: Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist der Fall. Das ist aber die Minderheit. Damit wäre das Thema und dieses Kapitel so beschlossen.

Wir kommen dann zu Kapitel II, 209: Die soziale Einheit vollenden. – Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Antrag 1 wird überwiesen. Es liegen dazu keine Wortmeldungen vor.

Ich frage: Gibt es gegen diesen Vorschlag Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu Kapitel II, 210: Sicher leben in Deutschland. – Das sind die Anträge 1 bis 16 auf den Seiten 245 bis 250. Ich rufe das Kapitel auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Damit sind die Anträge 4, 5, 7, 12 und 14 in der jeweiligen Fassung der Antragskommission angenommen. Der Rest ist erledigt bzw. wird an den Vorstand der Bundestagsfraktion überwiesen.

Mir liegen dazu keine Wortmeldungen vor. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann wäre auch das so beschlossen.



Wir kommen dann zu Kapitel II, 211: Ein verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Natur. - Das sind die Anträge 1 bis 21 auf den Seiten 251 bis 260. Ich rufe das Kapitel noch einmal auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Damit sind die Anträge 12, 14, 15 in der jeweiligen Fassung der Antragskommission angenommen. Der Rest ist erledigt bzw. an den Vorstand der Bundestagsfraktion überwiesen. Auch dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es dazu Widerspruch? – Auch nicht der Fall.

Dann kommen wir zu Kapitel II, 212: Kultur und Medien. Das ist ein gutes Kapitel; denn zu diesem Kapitel liegen keine weiteren Anträge vor. Ich frage: Gibt es dennoch Wortmeldungen? Gibt es Widerspruch gegen dieses Kapitel? – Das ist nicht der Fall. Dann wäre auch das so beschlossen.

Wir wären dann bei Kapitel II, 213: mehr Demokratie wagen. Es sind die Anträge 1 bis 11 auf den Seiten 260 bis 266. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Damit sind die Anträge 7, 8, 10, 11 in der jeweiligen Fassung der Antragskommission angenommen. Der Rest ist erledigt bzw. an den Vorstand der Bundestagsfraktion überwiesen. Auch dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es dazu Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann wäre auch das so beschlossen.

Wir kommen zu Kapitel II, 214 bis 216: Außen-, EU-, Sicherheitspolitik. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der heute verteilten Fassung. Damit sind die Anträge 5 (Punkt 3), die Anträge 8, 11, 14, 15, 16 (Punkte 1 und 2) und 17 in der jeweiligen Fassung der Antragskommission angenommen.

Der Rest ist erledigt bzw. wird an den Vorstand der Bundestagsfraktion überwiesen. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es Widerspruch? – Auch das ist nicht der Fall. Dann wäre auch das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Kapitel III „Solidarische Mehrheit“, Antragsbereich 300. Das sind die Anträge 1 bis 11 auf den Seiten 274 bis 278. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der heute verteilten Fassung. Damit ist der Antrag 4 in der Fassung der Antragskommission angenommen. Der Rest ist erledigt bzw. an den Vorstand der Bundestagsfraktion überwiesen.

Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es dazu Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann wäre auch das so beschlossen.

Dann hätten wir alle einzelnen Kapitel und ihre Unterkapitel aufgerufen und darüber diskutiert und auch schon einmal abgestimmt.

## Abstimmung Regierungsprogramm

**Heiko Maas, Parteitagspräsidium:** Wir kommen somit zur Endabstimmung über das Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl am 27. September dieses Jahres. Ich frage: Wer für das Regierungsprogramm in der von der Antragskommission vorgelegten Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Schön ein bisschen oben lassen, so dass man Bilder machen kann. Gibt es Gegenstimmen? – Gegenstimmen sind von hier oben nicht erkennbar. Dann gibt es auch keine.

(Beifall)

Ich frage der Form halber noch: Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das Regierungsprogramm der SPD einstimmig angenommen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Mitgliedern der Antragskommission, vor allen Dingen ihrem Vorsitzenden, Olaf Scholz. Olaf, das hast du gut gemacht!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank.

Wir haben der Vollständigkeit halber noch über vier weitere Anträge abzustimmen, die sich nicht mit dem Regierungsprogramm beschäftigen. Ich kann hier im Block über die Empfehlungen der Antragskommission zu den vier Anträgen abstimmen lassen. Ich frage: Gibt es Gegenstimmen zu dem Votum der Antragskommission? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist dem Votum der Antragskommission gefolgt. Ich bedanke mich ganz herzlich, liebe Genossinnen und Genossen, auch bei euch für eure Konzentration und für eure Geduld.

Jetzt hat das Wort der Kanzlerkandidat der SPD, Frank-Walter Steinmeier.

(Beifall)

## Schlusswort

**Frank-Walter Steinmeier, Kanzlerkandidat, stellvertretender Vorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst einmal der Antragskommission und der Leitung dieses Parteitages Dank sagen. Das war eine wirklich souveräne Regie!

(Beifall)

Ich habe meine Rede heute Morgen mit den Worten begonnen: Der letzte Sonntag war nicht so richtig doll. – Ich ende und sage heute: Dieser Sonntag war ein guter Sonntag, liebe Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag war ein kämpferischer Parteitag!

(Beifall)

Die Partei hat sich geschlossen und entschlossen gezeigt. Ich sage euch: Wenn daran jemals irgendjemand Zweifel gehabt hat, ihr habt sie heute weggefegt. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Ich danke für euer aller Unterstützung. Ich sage euch offen: Das tut mir gut. Aber ich bin mir sicher: Das tut der ganzen SPD gut!

Wir haben heute bewiesen: Diese deutsche Sozialdemokratie ist selbstbewusst, sie hat Orientierung, sie hat Richtung, vor allen Dingen liegt sie richtig. Ich sage es noch einmal: Die marktradikale Ideologie, die uns in diese Krise geführt hat, kann nicht die Antwort auf die Krise sein. „Sozial und demokratisch“ muss die Antwort sein!

(Beifall)

Dieser Parteitag sagt den Menschen in Deutschland klar und eindeutig: Gerade jetzt in Zeiten, in denen es eng wird, steht die Sozialdemokratie, da stehen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu den Menschen.

Wir haben heute ein Parteiprogramm verabschiedet, das klar macht, wofür wir stehen, was richtig ist, was gemacht werden muss, ein Regierungsprogramm, das sozial und demokratisch ist.

Ich sage noch einmal: Herzlichen Dank für euer aller große Unterstützung! Liebe Leute, was soll uns jetzt eigentlich noch aufhalten? Geht hinaus und verkündet die frohe Botschaft: Wir wollen gewinnen und wir werden gewinnen!

(Beifall)

Bevor ihr jetzt hinausgeht, bleibt noch einen Augenblick hier. Jetzt bitte ich zunächst einmal Andrea, Franz, Peer, Hubertus, Barbara und Peter Struck hier auf die Bühne.

(Beifall)

Weiter bitte ich den stimmungswaltigen Chor der jungen Teams dazu.

(Beifall)

Bei den jungen Teams bedanke ich mich ebenso wie bei den 60-Plussern, die jetzt dazu kommen, für das, was sie im zurückliegenden Wahlkampf geleistet haben und was sie im vor uns liegenden Wahlkampf noch tun werden.

(Beifall)

Liebe Leute, herzlichen Dank für heute!

In meiner Rede heute Morgen – das war der rote Faden – habe ich unser Lied schon erwähnt: Wann wir schreiten Seit' an Seit'. Ich sage jetzt zunächst einmal: Film ab – und bitte mitsingen!

(Lied: Wann wir schreiten Seit' an Seit' – Beifall)

Herzlichen Dank! Glück auf und kommt gut nach Hause!

(Beifall)

Ende des Parteitags: 15.28 Uhr



# Anhang

## Beschlüsse

### Inhaltsverzeichnis

<b>I. Angenommene und überwiesene Anträge</b>	<b>95</b>
Abkürzungen	95
Übersicht	95
<b>Antragsbereiche</b>	<b>101</b>
001      Regierungsprogramm	101
100      Ein Neues Jahrzehnt	102
101      Zeit für Entscheidungen	102
102      Soziale Marktwirtschaft erhalten	104
103      Deutschland ist stark	107
104      Unsere Ziele	108
200      Unsere Politik	110
201      Wohlstand erhalten	110
202      Energiepolitik und Mobilität	119
203      Gute Arbeit sichern	125
204      Bildung	133
205      Solidarisch finanzierter Staat	138
206      Zukunft des Sozialstaates	141
207      Familien und Chancen für Kinder	147
208      Soziale Gesellschaft im Wandel	150
209      Einheit sozial vollenden	157
210      Sicher leben	159
211      Umwelt und Natur	162
212      Kultur und Medien	165
213      Mehr Demokratie wagen	168
214 – 216      Außen-, EU- und Sicherheitspolitik	170
300      Solidarische Mehrheit	179
400      Ohne Antragsbereich	182
<b>II. Weitere Anträge</b>	<b>226</b>

## I. Angenommene und überwiesene Anträge

### Abkürzungen:

An	Angenommen
BTF	Überwiesen an Bundestagsfraktion
IA	Initiativantrag
LTF	Überwiesen an Landtagsfraktionen
o. PT	Überwiesen an ordentlichen Bundesparteitag 13.–15. 11. 2009
PV	Überwiesen an Parteivorstand
SGK	Überwiesen an Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik

### Übersicht über die angenommenen und überwiesenen Anträge

(Die angenommenen Anträge sind fett gedruckt)

Antrag Nr.	Antragsteller	Überschrift	Entscheidung	Seite
<b>001/1</b>	<b>PV</b>	<b>Regierungsprogramm der SPD</b>	<b>An</b>	<b>101</b>
001/2	OV Landkirchen (LV Schleswig-Holstein)	Empfehlungen zum Regierungsprogramm	PV	182
201/7	Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf (LV Berlin), LV Berlin	Öffentliche Daseinsvorsorge, Änderung Kap. 201	o. PT	182
201/12	Kreis Steglitz-Zehlendorf (LV Berlin)	Finanzierung sicherstellen	o. PT	183
201/14	Kreis Hamburg-Nord (LO Hamburg)	Transparenz und Bekämpfung von Korruption	BTF	183
202/45	OV Kreuzberg 61 (LV Berlin)	Innenstädte vom Verkehr entlasten	PV BTF	184
202/47	OV Kreuzberg 61 (LV Berlin)	Attraktivität von Rad- und Fußgängerverkehr und ÖPNV erhöhen	PV BTF	185



## Anträge

Antrag Nr.	Antragsteller	Überschrift	Entscheidung	Seite
203/16	OV Sand (LV Bayern)	Kündigungen wegen Bagatelldelikten sind zukünftig durch Änderung im Arbeitsrecht zu verhindern	PV BTF	185
203/17	Kreis Steglitz-Zehlendorf (LV Berlin)	Vermögensanreicherung, Änderung Kap. 203	PV BTF	186
203/18	UB München (LV Bayern)	Zuwendungen an Hartz IV Empfänger	PV BTF	186
203/19	Kreis Treptow-Köpenick (LV Berlin), LV Berlin	Steuerfreier Grundfreibetrag, Änderung Kap.203	PV BTF	187
203/20	OV Landkirchen KV Ostholstein (LV Schleswig-Holstein)	Mindestlohn, Änderung Kap. 203	PV BTF	187
203/25	OV Kabelsketal (LV Sachsen-Anhalt)	Arbeitsvertragsgesetzbuch, Änderung Kap. 203	PV BTF	188
203/26	OV Kreuzberg 61 (LV Berlin)	Leiharbeit begrenzen	PV BTF	188
203/27	AG für Arbeitnehmerfragen (AfA)	Leiharbeit begrenzen	PV BTF	189
203/28	UB Unna (LV Nordrhein-Westfalen)	Leiharbeit begrenzen	PV BTF	189
203/29	UB Dortmund (LV Nordrhein-Westfalen), LV Baden-Württemberg	Leiharbeit begrenzen	PV BTF	190
203/30	OV Sindelfingen (LV Baden-Württemberg)	Leiharbeit gerechter gestalten	PV BTF	190

Antrag Nr.	Antragsteller	Überschrift	Entscheidung	Seite
203/32	OV Weikersheim (LV Baden-Württemberg), OV Kreuzberg 61 (LV Berlin), UB Dortmund (LV Nordrhein-Westfalen), AG der Jung- sozialist(inn)en (Jusos), AG für Arbeitnehmer- fragen (AfA), Bezirk Hessen-Süd	Zur Zumutbarkeit im SGB II, Änd. Kap. 203	PV BTF	191
203/36	OV Weikersheim (LV Baden-Württemberg), UB Dortmund (LV Nordrhein-Westfalen), AG der Jung- sozialist(inn)en (Jusos), AG für Arbeitnehmer- fragen (AfA)	Bedarfsgerechte Regelsätze	PV BTF	192
203/37	AG für Arbeitnehmer- fragen (AfA)	Unternehmens- mitbestimmung	PV BTF	192
203/38	AG der Jung- sozialist(inn)en (Jusos), AG für Arbeitnehmer- fragen (AfA)	Bedarfsgerechte Regelsätze	PV BTF	193
203/40	UB Dortmund (LV Nordrhein-Westfalen), AG der Jung- sozialist(inn)en (Jusos), AG für Arbeitnehmer- fragen (AfA), Bezirk Hessen-Süd	Befristete Beschäftigung ohne Sachgrund (§ 14 Abs. 2 TzBfG) abschaffen	PV BTF	193
203/48	Landesverband Nordrhein-Westfalen	Eine Berufsausbildung für alle, Änderung Kap. 203	BTF	194
203/49	Bezirk Hessen-Süd	Bedarfsgerechte Regelsätze	PV BTF	194

## Anträge

Antrag Nr.	Antragsteller	Überschrift	Entscheidung	Seite
203/50	Bezirk Hessen-Süd	Leiharbeit begrenzen, Änderung Kap. 203	PV BTF	195
203/53	LV Baden-Württemberg	Schonvermögen bei Hartz IV	PV BTF	195
203/54	LV Baden-Württemberg	Bedarfsgerechte Regelsätze	PV BTF	196
205/4	UB Osnabrück Stadt (Bezirk Weser-Ems)	Besteuerung für Beteiligungsveräußerungen	BTF	196
205/14	UB Goslar (Bez. Braunschweig)	Heuschrecken stoppen, Arbeitsplätze schützen, Technologie im Inland	BTF	197
205/18	Bezirksverband Oberbayern (LV Bayern)	Ermäßigten Umsatzsteuersatz ausweiten	PV BTF	197
205/23	Ortsverein Sand (LV Bayern)	Hedge-Fonds Geschäftsmodelle werden überprüft und sind infrage zu stellen	PV BTF	198
205/30	OV Peterswerder/Steintor, OV Oberneuland (LO Bremen)	Lohnsteuerbonus für Ältere, Änderung Kap. 205	PV BTF	198
205/33	Kreis Hamburg-Nord (LO Hamburg)	Girokonto für Jedermann endlich einführen	BTF	199
205/34	Kreis Hamburg-Nord (LO Hamburg)	Kontopfändungsschutzreform durchsetzen	BTF	199
205/49	Ortsverein Sand (LV Bayern)	Keine Bad Banks	BTF	199
206/4	LV Schleswig-Holstein	Die Chancen der älter werdenden Gesellschaft nutzen	PV BTF	201
206/7	Ortsverein Oberndorf/Neckar (LV Baden-Württemberg)	Stärkung der Patientenrechte	BTF	211
206/9	Kreis Spandau (LV Berlin)	Gesundheitskarte	BTF	212

Antrag Nr.	Antragsteller	Überschrift	Entscheidung	Seite
206/15	OV Pries-Friedrichsort (LV Schleswig-Holstein)	Änderungsantrag Kap. II, Unterkapitel 206	PV BTF	212
206/18	OV Peterswerder/Steintor, OV Oberneuland (LO Bremen)	Nutzenbewertung von Leistungen, Änderung Kap. 206	PV BTF	214
206/28	LV Baden-Württemberg	Sachleistungsprinzip stärken, Änderung Kap. 206	PV BTF	214
206/35	AG der Sozial- demokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	Soziale Krankenversicherung weiter stärken, Änderung Kap. 206	PV BTF	215
208/5	Abt. 8 (Friedenau) (LV Berlin)	Deutschland braucht Einwanderung, Änd. Kap. 208	LTF	215
208/7	UB München (LV Bayern)	Bezahlbares Wohnen	PV BTF	216
208/9	Kreis Treptow-Köpenick (LV Berlin), LV Berlin	Gleichstellung	PV BTF	216
208/15	OV Kreuzberg 61 (LV Berlin)	Resettlement-Programm des UNHCR	PV BTF	217
208/16	OV Kreuzberg 61 (LV Berlin)	Spekulation mit Grund und Boden stoppen – Planwertsteigerungen abschöpfen	BTF	217
208/19	Forum Nachhaltigkeit und Umwelt	Starke und soziale Kommunen	SGK BTF	218
208/20	Forum Nachhaltigkeit und Umwelt	Soziale Stadt	SGK BTF	218
208/22	Bezirk Hannover	Teilhabe behinderter Menschen	PV	219
208/30	LV Baden-Württemberg	Kultur der Partizipation, Änderung Kap. 208	SGK BTF	219

## Anträge

Antrag Nr.	Antragsteller	Überschrift	Entscheidung	Seite
208/31	LV Baden-Württemberg	Soziale Stadt, Änderung Kap. 208	SGK	220
209/1	LV Sachsen-Anhalt	Einheitliches Rentensystem in Ost und West, Änd. Kap. 209	PV BTF	220
210/15	Kreis Hamburg-Nord (LO Hamburg)	Reform der Verbraucherinsolvenz durchsetzen	BTF	221
213/2	Bezirksverband Oberbayern (LV Bayern)	Verbot der NPD	PV BTF	221
213/3	Kreis Mitte (LV Berlin)	Kommunales Ausländerwahlrecht	PV BTF	221
213/5	Unterbezirk Steinfurt (LV Nordrhein-Westfalen)	Zum Umgang mit Rechtsextremismus	PV	222
214 – 216/1	OV Marienburger Höhe/ Itzum (Bezirk Hannover)	Keine NATO-Erweiterung in Kriegs- und Krisenregionen	BTF	224
214 – 216/2	Abt. 05/03 Falkenhagener Feld (LV Berlin)	Entwicklungszusammenarbeit Wahlprogramm	BTF	225
400/1	UB Delmenhorst (Bezirk Weser-Ems)	Ehemalige Amtsinhaber als Lobbyisten	BTF	225
400/3	OV Haag (LV Bayern)	Bundesländer	BTF	225

## **Antrag 001/1**

### **Parteivorstand**

#### **I. Ein neues Jahrzehnt**

1. Zeit für Entscheidungen
2. Eigentum verpflichtet: Die Soziale Marktwirtschaft
3. Deutschland ist stark
4. Unsere Ziele

#### **II. Unsere Politik**

1. Wohlstand erhalten und sichern
2. Deutschland als Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität
3. Gute Arbeit sichern
4. Bildung ist Menschenrecht
5. Handlungsfähiger Staat – solidarisch finanziert
6. Sozialstaat – Fortschritt und Zukunft
7. Familien stärken – Gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen
8. Die soziale Gesellschaft im Wandel
9. Die Soziale Einheit vollenden
10. Sicher leben in Deutschland
11. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Natur
12. Kultur und Medien
13. Mehr Demokratie wagen
14. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft
15. Ein starkes und soziales Europa
16. Weltweit für Frieden und Abrüstung

#### **III. Eine solidarische Mehrheit für Deutschland**

## **I. Ein neues Jahrzehnt**

### **1. Zeit für Entscheidungen**

Am 27. September 2009 entscheidet sich, wer Deutschland in den nächsten vier Jahren regiert. Wem die Menschen sich anvertrauen. Wem sie zutrauen, dass er unser Land sicher durch die Krise führt. Dass er für Arbeitsplätze kämpft und die Wachstumskräfte stärkt. Dass er über einen klaren Kompass verfügt, in unruhigen Zeiten Kurs hält und Sicherheit gibt.

Aber es entscheidet sich noch viel mehr. Es entscheidet sich, wie es nach der Krise in unserem Land weitergeht. Ob daraus ein Aufbruch zu mehr Demokratie und neuer Gemeinsamkeit wird. Ob Verantwortungsgefühl und Vernunft wieder die Oberhand gewinnen. Ob wir die richtigen Lehren aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ziehen und den Kräften des Marktes Regeln und Grenzen setzen. Ob wir ein nachhaltiges Deutschland schaffen, das ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen herstellt. Es entscheidet sich, ob wir eine solidarische Gesellschaft sein wollen, in der die Starken größere Lasten tragen und die Schwachen wirkliche Chancen bekommen, stark zu werden. Und ob die vielen Menschen, die zu uns gekommen sind, mit ihren Kindern in unserem Land eine gute Heimat finden.

Viele sagen: „Diese Krise war ein Betriebsunfall. Lasst ihn uns beheben, dann geht es weiter wie bisher.“ Diese Auffassung ist falsch! Denn diese Krise ist mehr als ein normaler Konjunkturereinbruch. Sie ist das Ergebnis einer Ideologie, bei der maximaler Profit und nicht der Mensch im Mittelpunkt steht. Und deshalb muss unsere Antwort mehr als ein Konjunkturprogramm sein. Wir stellen fest: Das marktradikale Zeitalter ist gescheitert. Wir befinden uns in einer Zeitenwende. Die Beantwortung der Verteilungsfragen im sozialdemokratischen Sinne stärkt unsere Demokratie und unsere Soziale Marktwirtschaft. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Soziale Demokratie. Und das heißt auch: Sozialstaat und Soziale Marktwirtschaft in Deutschland, in Europa und weltweit.

Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten laden alle Menschen ein, mit uns gemeinsam den Weg der Erneuerung zu gehen.

Denn darum geht es: Kraftvolle Erneuerung für unser Land!

Unser Regierungsprogramm ist ein Angebot an die gesamte Gesellschaft. Es richtet sich an alle, die unser Land besser, gerechter und menschlicher machen wollen. An alle, die sich den Grundsätzen der Fairness und der Solidarität verpflichtet fühlen.

Allen Bürgerinnen und Bürgern sagen wir:

Wir wissen, wie hart ihr für euch und eure Familien arbeitet. Wir machen euch ein faires Angebot: Mehr Unterstützung für Familien und für bessere Kindergärten und

Schulen, ein einfacheres Steuersystem. Wir wollen, dass sich Ältere im öffentlichen und politischen Leben ohne Einschränkung beteiligen und ihre Lebenserfahrung einbringen können.

Wir wissen, dass manche Hilfe brauchen. Wir lassen niemanden allein. Wir wollen, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können, einen gerecht bezahlten Arbeitsplatz haben und Aufstieg durch Bildung möglich ist.

Wir wissen, dass es viele langfristig denkende Unternehmer und Manager gibt, für die Leistung und Verantwortung zusammengehören. Wir wollen mit ihnen dafür sorgen, dass die Wirtschaft dem Menschen dient. Helft mit, dass unser Bildungssystem besser wird. Und lasst uns gemeinsam die Wirtschaft erneuern und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.

Uns eröffnet sich eine historische Chance, wie sie sich vielleicht nur einmal in einer Generation ergibt. Wir können die Idee der Sozialen Marktwirtschaft neu begründen. Und diese Chance wollen wir nutzen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in den letzten zehn Jahren in der Regierung gezeigt, dass wir den Mut zur Verantwortung haben. Wir sind schwierigen Entscheidungen nicht ausgewichen. Wir haben seit 1998 die Fenster mutig aufgestoßen und das Land positiv verändert:

- Deutschland hat sich als Friedensmacht in Europa und der Welt bewährt.
- Deutschland ist moderner und weltoffener geworden – der Mief der Kohl-Jahre ist überwunden.
- Deutschland ist internationaler Vorreiter bei der Bekämpfung des Klimawandels und hat sich für den Ausstieg aus der Atomenergie entschieden.
- Deutschland hat seine sozialen Sicherungssysteme durch mutige Reformen zukunftsfähig gemacht.

Wir haben in dieser Zeit nicht alles richtig gemacht und manches noch nicht erreicht. Aber unser Kompass ist intakt, die Richtung stimmt. Jetzt nehmen wir einen neuen Anlauf.

### **Jubiläumsjahr 2009: Erinnern und der Blick nach vorn**

In diesem Jahr erinnern wir uns und wir schauen nach vorne. Vor zwanzig Jahren haben mutige Frauen und Männer im Osten Deutschlands durch ihren friedlichen Widerstand die Einheit unseres Landes möglich gemacht. Viel ist in den vergangenen Jahren erreicht worden, viel ist noch zu tun. Wir wollen die soziale Einheit vollenden und die Schritte entschlossen gehen.

Vor 60 Jahren wurde nach dem furchtbaren Terror der Nazis und dem Krieg, der von Deutschland ausging und der Europa verwüstete, auch unser Land neu aufgebaut. Mit dem Grundgesetz haben wir eine demokratische Verfassung, die ein lebendiges, for-



## Anträge

derndes und humanes Fundament unseres Zusammenlebens ist. Das Grundgesetz bestimmt die Prinzipien unseres Zusammenlebens. Dahinter darf niemand zurück. Klarer und besser geht es nicht:

- Die Würde des Menschen ist unantastbar.
- Die Freiheit der Person ist unverletzlich.
- Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
- Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern.
- Eigentum verpflichtet.
- Wir sind ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Wir wollen ein Land und eine Gesellschaft, die nach den Regeln des Grundgesetzes leben und die diesen Regeln Achtung verschaffen, wo es sich als nötig erweist.

## 2. Eigentum verpflichtet: Die Soziale Marktwirtschaft

Wir stehen vor gewaltigen Aufgaben. Das unverantwortliche und zum Teil skrupellose Handeln an den internationalen Finanzmärkten hat die Welt in eine schwere wirtschaftliche Krise gestoßen. Deutschland als eines der wichtigsten Industrieländer bleibt davon nicht verschont.

Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf der ganzen Welt und unzählige Unternehmen müssen jetzt ausbaden, was andere bei ihrer bedenkenlosen Renditejagd hinterlassen haben. Die Aufgabe der Politik ist es, die Folgen zu bewältigen und eine Wiederholung dieser Krise auszuschließen.

### Sicherheit und Gerechtigkeit: Handeln in der Krise

Mit dem Rettungsschirm für den Finanzmarkt haben wir die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft gesichert und den Kollaps verhindert. Frank-Walter Steinmeier hat gleichzeitig die Initiative für einen Schutzschirm für die Arbeitsplätze ergriffen.

- **Sicherheit schaffen.** Die Bundesregierung hat auf unsere Initiative hin die privaten Spareinlagen garantiert. Niemand muss sich Sorgen um seine Sparguthaben machen.
- **Impulse setzen.** Mit den beiden Konjunkturprogrammen in Höhe von mehr als 80 Milliarden Euro geben wir kräftige Impulse für das Wachstum, die vor allem in den Kommunen ankommen und Jobs bei kleinen und mittleren Unternehmen sichern.
- **Arbeit sichern.** Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hat hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Wir fördern die Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Qualifizieren

statt entlassen – das ist unser Prinzip. Wir werden die Angebote für Weiterbildung massiv ausbauen. Qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben eine bessere Zukunft.

- **Arbeitslose unterstützen.** Wir kümmern uns um diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Wir wollen, dass sie so schnell wie möglich wieder in Arbeit kommen. Wir brauchen deshalb mehr Vermittler bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern - und bessere Vermittlung. Qualifizierungsmöglichkeiten für Arbeitsuchende müssen zügig und zielgenau eingesetzt werden. Wo in Unternehmen trotz aller Anstrengungen der Arbeitsplatzabbau nicht verhindert werden kann, helfen Transfergesellschaften. Sie sind der sozialpartnerschaftliche Weg, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich auf dem Arbeitsmarkt neu orientieren können. Deshalb werden wir sicherstellen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Transfergesellschaften eine intensive Unterstützung und Qualifizierung erhalten. Ihnen müssen alle Förderinstrumente der Arbeitsmarktpolitik offen stehen.
- **Lasten gerecht verteilen.** Die Lasten der Krise dürfen nicht einseitig den Bürgerinnen und Bürgern aufgebürdet werden. Wir brauchen einen solidarischen Lastenausgleich, der die für die Krise Verantwortlichen und die Vermögenden an der finanziellen Bewältigung der Lasten beteiligt.
- **Neue Regeln durchsetzen.** Die Finanzmärkte brauchen neue Regeln. Die Gier muss gestoppt werden. Wir haben im nationalen Rahmen erste Regeln durchgesetzt und erreichen nun auch – nach vielen Jahren der Anstrengungen sozialdemokratischer Finanzminister – Fortschritte im internationalen Rahmen. Aber es wird noch ein langer Weg sein, bis das Primat der Politik durchgesetzt ist.

Jetzt bewährt sich, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer auch auf die industrielle Basis Deutschlands gesetzt und anders als Teile der Union und der FDP den Charakter Deutschlands als Industrieland nie in Frage gestellt haben.

Jetzt bewährt sich, dass wir auf Innovation und die konsequente Modernisierung unserer Volkswirtschaft gesetzt haben.

Jetzt bewährt sich, dass wir den deutschen Arbeitsmarkt durch Reformen krisenfester gemacht haben.

Aber: Politik darf nicht nur reparieren, Politik muss vorausschauend handeln, Ursachen der Krisen erkennen und beseitigen. Der Marktradikalismus ist weltweit gescheitert und damit auch die Politik maßgeblicher Teile von Union und FDP.

### **Neustart der Sozialen Marktwirtschaft**

Die Jagd nach immer höheren Renditen, die Kurzfristorientierung in Teilen der Wirtschaft, die Maßlosigkeit bei der persönlichen Vergütung ist lange Jahre für normal erklärt worden. Der Gier sollten keine Grenzen gesetzt werden. Der Marktradikalismus

## Anträge

hat dieses Unwesen zur Grundbedingung des Wirtschaftens erklärt. Jeder Versuch, Regeln, Transparenz und Kontrolle durchzusetzen, wurde als falsche Einmischung in das freie Spiel der Kräfte denunziert.

Wir setzen auf den handlungsfähigen demokratischen Staat, der klare Regeln für die Soziale Marktwirtschaft setzt.

Ein **Neustart der Sozialen Marktwirtschaft** muss eine Antwort auf den entfesselten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts sein. Soziale Marktwirtschaft bedeutet für uns mehr als Ordnungspolitik. Einem wirklichen Neustart legen wir zehn Grundprinzipien zugrunde:

1. **Märkte müssen in eine starke und solidarische Gesellschaft eingebettet sein.** Unsere Wirtschaft braucht eine Gesellschaft der gleichen Rechte und gleichen Chancen. Das produktive Zusammenspiel von Staat, Markt und Gesellschaft unter Einbeziehung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gewerkschaften ist Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Heute zeigt sich, dass die **Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen** ein unverzichtbarer stabiler Erfolgsfaktor ist.
2. Ein **handlungsfähiger Staat**, der den Bürgern Sicherheit bietet und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge garantiert. Es ist originäre Aufgabe des Staates, über eine gute Bildung die Grundlage für individuelle Chancen und gesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen. Ein leistungsfähiger Öffentlicher Dienst ist die Voraussetzung für eine verlässliche öffentliche Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge. Dafür braucht der Staat verlässliche Einnahmen und konsolidierte Finanzen.
3. Die faire Teilhabe der Arbeitnehmer am gesellschaftlichen Wohlstand und eine **gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen** – aus sozialen und aus volkswirtschaftlichen Gründen.
4. **Das Prinzip „Investition statt Spekulation“.** Artikel 14 unseres Grundgesetzes besagt: „Eigentum verpflichtet“. Darum sind Regeln erforderlich, die darauf hinwirken, dass Kapital „produktiv“ verwendet wird und den Interessen des Gemeinwohls dient. Der Staat hat durch eine strategische und ökologische Industriepolitik Möglichkeiten, Anreize dafür zu schaffen, dass Kapital in zukunftsfähige, ökologisch verträgliche Wachstumsfelder fließt.
5. **Öffentliche Zukunftsinvestitionen** spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.
6. Deutschland ist eine starke Exportnation und soll es bleiben. Doch ebenso wichtig ist die Kaufkraft im Inneren. Wir brauchen eine **Balance zwischen Exportstärke und Binnenmarkt.**

7. Eine **Kultur der Langfristigkeit und Nachhaltigkeit**. Die Soziale Marktwirtschaft steht einer dynamischen Wirtschaft und freiem Unternehmertum nicht entgegen. Doch eine ihrer wesentlichen Aufgaben besteht darin, Rahmenbedingungen und Anreize für die Marktteilnehmer so zu setzen, dass wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltiges Verhalten sich mehr auszahlt als nicht nachhaltiges Verhalten.
8. Ein **fairer Wettbewerb** um bessere Ideen und Produkte. Wo mithilfe von niedrigen Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen konkurriert wird, verlieren am Ende alle. Wir brauchen eine neue Phase der Kooperation statt nur der Konkurrenz.
9. Die **Garantie sozialer Bürgerrechte** durch solidarische Sozialversicherungen, ein gebührenfreies Bildungssystem und einen Mindestlohn für Arbeit.
10. Diesen Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wollen wir auch auf **euro-päischer und internationaler Ebene** Geltung verschaffen.

Manches davon wurde in der jüngeren Vergangenheit infrage gestellt. Doch „Zeitenwende“ bedeutet: Es geht heute um nicht mehr und nicht weniger als einen Neustart für die Soziale Marktwirtschaft – in Deutschland, in Europa und international.

Ein solcher Neustart setzt voraus, eine oft marktradikal verengte Sichtweise auf die Wirtschaft zu überwinden. Dies ist nicht nur Aufgabe der Politik. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern, mit Wissenschaft und Verbänden eine gesellschaftliche Debatte darüber führen, wie wir uns eine Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts vorstellen. Hierzu gehört auch, dass sich die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung praxisorientierter, pragmatischer und internationaler ausrichtet.

### 3. Deutschland ist stark

#### Unser Land ist stark.

Wir sind stark auch im Wandel. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten schwierige Herausforderungen gemeistert und unser Land gemeinsam immer wieder auf die Höhe der Zeit gebracht.

Wir sind dazu in der Lage, weil wir mit dem Sozialstaat Sicherheit geben und Solidarität im Land organisieren. Weil wir dem Markt sittliche Ziele und faire Regeln geben. Und weil wir eine lebendige und aktive soziale Gesellschaft sind, in der sich viele Menschen engagieren und mit anpacken.

Angesichts der historischen Tiefe und Schwere der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise werden wir im Herbst anhand der dann gültigen Wirtschaftsdaten prüfen müssen, welche unserer vorgeschlagenen Maßnahmen sofort realisiert werden können und welche erst im Laufe der Legislaturperiode.

## Anträge

Fortschritt ist unser Ziel. Fortschritt, um Wohlstand auf hohem Niveau für alle zu erreichen und dauerhaft zu sichern. Sozial gerecht, fair verteilt, nachhaltig und ökologisch verantwortlich.

Deutschland braucht neue Gemeinsamkeit. Wir tragen mit unserer Politik dazu bei. Gemeinsamkeit ist eine zentrale Triebkraft für den sozialen Fortschritt in unserem Land. Das gelingt, wenn alle ihren Beitrag leisten und die Regeln für alle gelten. Niemand darf sich aus der Verantwortung stehlen.

Unser Deutschland soll ein Land sein, in dem Fairness gilt.

### 4. Unsere Ziele

Frank-Walter Steinmeier: Ein sozialdemokratischer Bundeskanzler.

Frank-Walter Steinmeier soll Kanzler der Bundesrepublik Deutschland sein. Der vierte sozialdemokratische in unserer Geschichte. Drei sozialdemokratische Bundeskanzler vor ihm haben die Republik mitgeprägt und in schwierigen Zeiten Verantwortung übernommen und Mut bewiesen. Sie haben dem Land gut gedient und es vorangebracht.

Willy Brandt hat mit der Ostpolitik die Grundlage gelegt für die Überwindung der Blockkonfrontation. Er hat mehr Demokratie gewagt.

Helmut Schmidt hat unser Land mit klarem Kurs durch schwierige Zeiten gesteuert und das Ökonomische und das Soziale sinnvoll verknüpft.

Gerhard Schröder hat unser Land vor dem Irakkrieg bewahrt, den Ausstieg aus der Atomenergie und die Energiewende eingeleitet und Deutschland mit einer entschlossenen Reformpolitik auf einen guten Weg geführt.

Wir brauchen in den kommenden Jahren wieder einen sozialdemokratischen Kanzler.

Einen Kanzler, der mit klaren Überzeugungen führt und nicht nur moderiert.

Einen Kanzler, der Mut zum Entscheiden hat.

### **Wohlstand für alle – auf hohem Niveau – dauerhaft**

- Wir werden es schaffen, wenn wir die Leistungsfähigkeit unseres Landes garantieren und Gute Arbeit für alle zum zentralen politischen Ziel machen. Die Potenziale sind vorhanden. In den Unternehmen und bei den Fachkräften.
- Wir werden es schaffen, wenn das kommende Jahrzehnt das Jahrzehnt der Investitionen in Bildung und Forschung wird.
- Wir werden es schaffen, wenn unsere Politik sich an dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit orientiert. Wir sind mitverantwortlich auch für die kommenden Generationen.

Arbeit, Bildung und Nachhaltigkeit: das sind die Triebfedern des Fortschritts in der kommenden Zeit.

Wir sind ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat und wollen es bleiben.

Dafür ist der handlungsfähige Sozialstaat unverzichtbar. Er ist zukunftsfähig und überlegen gegenüber anderen Modellen, die Absicherung im Alter, bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit privatisieren wollen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist unser Weg. Auf Wohlstand ausgerichtet, dem Sozialen verpflichtet, unverzichtbar, nicht nur in unserem Land, sondern auch in Europa und weltweit.

Die Sozialpartnerschaft ist die gemeinsame Verantwortung von Unternehmen und Gewerkschaften. Sie trägt entscheidend zum sozialen und inneren Frieden in Deutschland bei.

Die soziale Gesellschaft ist das Feld, in dem Bürgerinnen und Bürger besonders intensiv Verantwortung übernehmen und aktiv mitmachen.

Die soziale Stadt ist der Lebensort. Heimat, Ausgangspunkt für ein mobiles Leben, Ort, an dem Lebensqualität erfahren und gelernt wird.

Dies ist unser Deutschland. Ein Land, das friedfertig seinen Platz und seine Verantwortung in Europa und der Welt wahrnimmt.

Das neue Jahrzehnt stellt uns vor viele Aufgaben. Aber acht Ziele stehen für uns im Mittelpunkt:

Alle sollen Arbeit haben, gerecht entlohnt. Weil Arbeit eine so zentrale Rolle spielt, bleibt Vollbeschäftigung ein Ziel, das eine Soziale Marktwirtschaft nicht aufgibt, weil sie ihren Bürgerinnen und Bürgern auch in schwierigen Zeiten die Perspektive auf persönliche Entfaltung und Wohlstand gibt. Dazu brauchen wir erfolgreiche Unternehmen und starke Belegschaften.

Alle Jugendlichen sollen einen Schul- und Bildungsabschluss haben. Faire Bildungschancen für alle sind die Grundlage für soziale Gerechtigkeit überhaupt. Bildung ist Menschenrecht. Kein Kind darf von der Gesellschaft zurückgelassen werden.

Der Klimawandel fordert uns alle. Nachhaltig leben und wirtschaften ist keine bloße Utopie, sondern die Voraussetzung dafür, dass kommende Generationen auch in Zukunft gut leben können. Wir wollen die Klimaziele erreichen und die umfassende ökologische Modernisierung der Infrastruktur, der Gebäude, des Kapitalstocks in unserem Land voranbringen. Deutschland soll die Ideenschmiede der Welt in Sachen Klimaschutz werden – das schafft neue Jobs.

Wir wollen Familien stärken. Sie sind die wichtigste soziale Einheit in unserer Gesellschaft. Wir wollen die Bedingungen so gestalten, dass der Zusammenhalt zwischen

## Anträge

den Generationen tragfähig ist. Familien brauchen verlässliche Strukturen. Sie sollen sozial sicher sein, die Eltern sollen Beruf und Familie miteinander verbinden können. Die Kinder müssen geschützt sein. Die Lage der Alleinerziehenden wollen wir deutlich verbessern.

Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter voranbringen. Dazu gehören die gleiche Teilhabe an Existenzsichernder Arbeit und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten sowie gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ebenso wie die partnerschaftliche Teilung der familiären Sorge. Gleichberechtigung muss zur Gleichbehandlung und tatsächlichen Gleichstellung führen.

Integration ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ihr Gelingen entscheidet sich in den Städten und Gemeinden. Besonders die Kinder und Jugendlichen wollen und müssen wir erreichen. Sie brauchen besondere Förderung, damit Chancengleichheit in Kindergarten, Schule und Beruf möglich wird.

Im ersten globalen Jahrhundert kann und will Deutschland nicht alleine agieren, sondern als ein wichtiger Teil Europas. Dieses Europa soll nicht nur wirtschaftlich stark sein, sondern eine klare soziale Ordnung haben. Europa steht international für Frieden, Kooperation und fairen Ausgleich unterschiedlicher Interessen.

Wir müssen unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell nicht neu erfinden. Die Soziale Wirtschaftsordnung als Wirtschaftsordnung einer Sozialen Demokratie hat sich bewährt. Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell unseres Wohlstand und unserer Demokratie. Sie hat Deutschland stark gemacht und sie kann es auch in Zukunft tun. Sie wurde in den 60 Jahren unserer Bundesrepublik durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften maßgeblich mitgeprägt. Aber sie muss nun neu gestartet werden. Sie braucht frische Impulse und entschlossenes Handeln.

## II. Unsere Politik

### 1. Wohlstand erhalten und sichern

Die globale Krise hat auch die deutsche Wirtschaft schwer getroffen. Mit zwei umfangreichen Konjunkturprogrammen haben wir Brücken gebaut, um unsere Wirtschaft und unseren Arbeitsmarkt gut über die Krise zu bringen und uns die Chance zu erarbeiten, stärker und krisenfester als zuvor in den nächsten Aufschwung zu starten.

Mit dieser Politik knüpfen wir an die Reformen der beiden sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen an, die dazu beigetragen haben, dass Deutschland heute das wettbewerbsfähigste Land in der gesamten Europäischen Union ist. Das Gerede vom „kranken Mann Europas“ ist lange vorbei. Jetzt stehen wir international wieder auf einem Spitzenplatz.

Wir wollen, dass Deutschland auf Dauer ein Land hohen Wohlstands ist. Die Quellen des Wohlstands sind vor allem Qualifikationen, Ideen, Wissen, Kreativität, gut ausgebildete Fachkräfte und die Neugier auf Neues. In zentralen Technologiefeldern ist Deutschland Spitzenreiter. Diese Position wollen wir halten und ausbauen.

Wirtschaftskompetenz – gerade in und nach der Krise – bedeutet für uns, das wirtschaftliche Ganze im Blick zu haben. Wir wollen eine Wirtschaft, die auf zwei stabilen Säulen steht: Einem innovativen, produktiven Exportsektor und einem starken Binnenmarkt. Darum machen wir eine Wirtschaftspolitik, die die zentralen volkswirtschaftlichen Ziele in eine neue Balance bringt: Mehr zielgerichtete öffentliche Investitionen und Abbau der Staatsverschuldung. Internationale Wettbewerbsfähigkeit und starke Binnennachfrage durch gerechte Einkommensverteilung. Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit.

Darum ist eine gute Bildungs- und Forschungspolitik, eine Politik, die für eine leistungsfähige Infrastruktur sorgt und die Regeln für einen fairen Wettbewerb durchsetzt, langfristig die beste und erfolgreichste Wirtschaftspolitik.

### ❖ Was wir wollen:

#### Neue Regeln für die Finanzmärkte

- **Regeln für die Banken.** Die Finanzdienstleister müssen wieder zu ihrer dienenden Funktion für die Gesellschaft und die Realwirtschaft zurückfinden und mehr Verantwortung für die Risiken übernehmen. In Zukunft darf es keine Geschäfte mehr außerhalb der Bilanz geben. Eine bessere Eigenkapitalausstattung von Unternehmen ist eines der Ziele unserer Kapitalmarktpolitik, gerade in Krisenzeiten. Kurzfristige und spekulative Beteiligungen zu Lasten von Standorten und Arbeitsplätzen lehnen wir weiter ab und ergreifen international abgestimmte Initiativen für Transparenz und Kontrolle. Vermögenswerte müssen so bewertet werden können, dass sie bei sich stark veränderndem Markt nicht zyklisch und somit Krisen verschärfend wirken.
- **Regulierung von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds.** Beide Typen von Fonds operieren mit hohen Risiken – sie müssen daher strenger reguliert werden. Wir fordern eine Registrierung und lückenlose Überwachung von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds auf europäischer und internationaler Ebene, eine Verbesserung der Transparenz sowie höhere Eigenkapitalanforderungen auch bei der Vergabe von Krediten an die Fonds. Wir wollen Regeln gegen die zu starke Verschuldung von Unternehmen durch Fonds. Banken dürfen nur mit registrierten Fonds Geschäfte abwickeln. Schädliche Leerverkäufe, die vor allem von Hedge-Fonds eingesetzt werden, müssen unterbunden werden können.
- **Unabhängigere Ratingagenturen.** Wir wollen uns von der Abhängigkeit und Dominanz einiger weniger amerikanischer Ratingagenturen lösen. Dies kann am besten auf europäischer Ebene geschehen. Wir setzen uns für eine wirkungsvolle Registrierung, für klare Regeln zur Verhinderung von Interessenkonflikten sowie



## Anträge

für Transparenz in und von Ratingagenturen ein. Wir wollen den Stellenwert von Ratingagenturen im Rahmen der notwendigen Neuregelung der Finanzmarktregulierung reduzieren.

- **Starke Finanzmarktaufsicht.** Stabile Finanzmärkte sind ein öffentliches Gut. Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene muss es eine starke und handlungsfähige Finanzmarktaufsicht geben: kein Markt, kein Produkt, kein Akteur, kein Territorium und kein Staat darf in Zukunft unbeaufsichtigt bleiben. In Deutschland müssen die Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) besser zusammenarbeiten und mehr Prüfungs- und Eingriffsrechte haben. Wir wollen eine Stärkung und qualitative Verschärfung der Finanzmarktaufsicht in der Bundesrepublik. Dies bedeutet: Besondere Geschäftsrisiken müssen mit höheren Eigenkapitalanforderungen abgesichert werden. Die Liquiditätsvorsorge von Finanzinstituten muss verbessert und verstärkt zu einem Gegenstand der Regulierung werden. Zudem brauchen wir frühzeitigere Ausschüttungs- und Zahlungsverbote an Mutterhäuser: Die Bankenaufsicht muss bei einer sich abzeichnenden Krise früher Ausschüttungsverbote verhängen können. So schützen wir inländische Anleger auch vor dem vorschnellen Abzug von Finanzmitteln aus Instituten in der Bundesrepublik. Auf europäischer Ebene unterstützen wir die Neuregelung der für alle europäischen Staaten relevanten Eigenkapitalrichtlinie mit schärferen Regeln für Verbriefungsgeschäfte und einer einheitlichen Definition von Kernkapitalanforderungen. Wir wollen, dass die Vergütungsstrukturen zum Aufsichtsgegenstand der Finanzmarktregulierung gemacht werden.
- **Begrenzung von Managergehältern.** Verantwortungsvoll handelnde Bankmanager brauchen Anreiz- und Vergütungssysteme, die auf mehr Nachhaltigkeit statt auf schneller Rendite ausgerichtet sind. Gehaltsexzesse und goldene Handschläge für unfähige Manager dürfen nicht von der Allgemeinheit mitfinanziert werden. Die Große Koalition hat bereits einige Maßnahmen auf den Weg gebracht; diese reichen aber nicht aus. Wir wollen, dass Vorstandsvergütungen und -abfindungen oberhalb von einer Million Euro nur noch zur Hälfte steuerlich geltend gemacht werden können. Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile wie etwa Bonuszahlungen sollen künftig mehrjährige Bezugszeiträume haben und erst am Ende dieser Mehrjahresperiode ausbezahlt werden. Der Wechsel bisheriger Vorstandsmitglieder in den Aufsichtsrat einer börsennotierten Aktiengesellschaft soll erst nach zwei Jahren möglich sein, es sei denn die Wahl erfolgt auf Vorschlag von Aktionären, die über mindestens ein Viertel der Stimmrechte verfügen.
- **Bekämpfung von Steuerhinterziehung.** Wir wollen eine gerechte Chancen- und Lastenverteilung. Hierzu zählt die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Verlagerung von Geldern in Steueroasen. Konservative und Marktliberale waren sich für keinen Trick zu schade, um unsere Gesetzesinitiative zu verschleppen. Wir werden den Weg der Bekämpfung der Steuerhinterziehung konsequent weitergehen, denn die Steuerhinterziehung schadet uns allen und verhindert eine

gerechte Lastenverteilung. Wir stehen ein für ein Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung, auf dessen Grundlage die Ermittlungsmöglichkeiten der Steuerbehörden gegenüber international tätigen Steuerhinterziehern gestärkt werden. Wir setzen auch weiter auf die geschickte Kombination von Druck auf unkooperative Steueroasen und gezielte Zusammenarbeit mit kooperationswilligen Ländern. Hier haben wir bereits gute Fortschritte erzielt. Die Drohung mit der „Schwarzen Liste“ der OECD zeigt Wirkung! Immer mehr Staaten weltweit setzen auf Transparenz und Informationsaustausch. Wir werden wachsam darauf achten, dass diesen Ankündigungen auch Taten folgen.

- **TÜV für Finanzprodukte.** Wir werden zudem den Verbraucherschutz stärken und einen Finanz-TÜV einrichten. Verbraucherinnen und Verbraucher wurden oftmals ungewollt zum Kauf von Finanzprodukten gedrängt, die ihrer speziellen Lebenssituation nicht entsprochen haben. Zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher setzen wir auf eine verstärkte Verantwortung und Haftung der Berater und Vermittler von Finanzprodukten. Ferner müssen Risiken und Auswirkungen von Finanzprodukten dokumentiert und überprüft werden. Hier kann die Schutzwirkung eines „Finanz-TÜV“ am besten ansetzen.
- **Börsenumsatzsteuer.** Zur Eindämmung kurzfristiger Spekulationen wollen wir zunächst eine Börsenumsatzsteuer nach dem Vorbild der britischen Stempelsteuer einführen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass eine solche Steuer europaweit eingeführt und auf weitere Finanztransaktionen erhoben wird.

### Fairer Wettbewerb als ordnungspolitische Leitidee

- **Wirkungsvolle Wettbewerbs- und Kartellpolitik.** Wir fördern verantwortliches Unternehmertum durch einen fairen Wettbewerb. Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung gehören in einer sozialen Marktwirtschaft untrennbar zusammen. Wir werden dafür sorgen, dass bei Zusammenschlüssen von Unternehmen das Wettbewerbsprinzip erhalten bleibt und die Interessen von Verbrauchern nicht verletzt werden.
- **Unterstützung des Qualitätswettbewerbs im Vergaberecht.** Wir unterstützen den Wettbewerb um die Qualität der Produkte und Dienstleistungen. Er darf aber nicht zu Lasten der Arbeitsbedingungen und Löhne gehen. Wir werden die Möglichkeiten des neuen Vergaberechts nutzen, um mittelständische und tariffreie Unternehmen zu stärken.

### Vorrang für eine am langfristigen Erfolg ausgerichtete Unternehmensführung

- **Verantwortung von Unternehmen gegenüber dem Gemeinwohl.** Wir werden im Aktiengesetz festschreiben, dass Unternehmen nicht nur den Aktionären, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie dem Gemeinwohl verpflichtet sind.

- **Stimmrecht für Aktionäre nach Haltefrist.** Die Einflussnahme auf Unternehmen sollte nicht im kurzfristigen Profitinteresse erfolgen. Das volle Stimmrecht für Aktionäre auf Hauptversammlungen sollte daher an eine Mindesthaltedauer der Aktien von einem Jahr geknüpft werden.
- **Mitarbeiterkapitalbeteiligung ausbauen.** Mit der Neuregelung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung haben wir in Deutschland einen wichtigen Schritt vollzogen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmer zu beteiligen. In der Krise gilt: Wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorübergehend auf Einkommen verzichten, um ihre Unternehmen zu stabilisieren, müssen sie im Gegenzug auch mit allen Rechten an den Unternehmen beteiligt werden.
- **Managerinnen und Manager besser ausbilden.** Jahrzehntlang wurden Fragen der Unternehmensführung ausschließlich aus der Marktlogik heraus betrachtet. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Ausbildung von Managerinnen und Managern. Im Studium geht es bisher vor allem um die Vermittlung von analytischen und quantitativen Techniken und noch viel zu wenig um die Entwicklung von Verantwortungsgefühl und sozialer Kompetenz. Wer verantwortungsvolle Unternehmen fordert, braucht verantwortungsbewusste Manager. Dies muss sich zukünftig schon in der Ausbildung widerspiegeln.
- **Freiwillige Initiativen der Wirtschaft unterstützen.** Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft können nur gemeinsam die Grundlagen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum legen. Verantwortlich handelnde Unternehmen und Banken im Sinne einer Corporate Social Responsibility werden langfristig bessere Ergebnisse, höhere Qualität liefern und selbstbewusste, motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben.
- **Bilanzen und Rechnungslegung für Langfristigkeit und Nachhaltigkeit.** Unternehmen sind für uns nicht nur dem finanziellen Gewinn der Eigentümer („shareholder value“) verpflichtet. Investoren und die Öffentlichkeit brauchen gesicherte Erkenntnisse über die Leistungen von Unternehmen in den Bereichen Klimaschutz, soziale Verantwortung und Qualität der Unternehmensführung („Corporate Governance“). Gezielte und aussagekräftige Berichtssysteme über diese Indikatoren sind eine Grundlage für langfristig und nachhaltig organisierte Kapitalmärkte.
- **„Gute Arbeit“ als Bewertungsmaßstab.** Wir werden durchsetzen, dass sich Unternehmen an dem Prozess der Erstellung eines Human-Potential-Index beteiligen, der die Qualität ihrer Arbeitsplätze unter dem Gesichtspunkt „Gute Arbeit“ vergleichbar macht. Dadurch kann Rating-Agenturen und Banken ein weiteres Kriterium für die Unternehmensbewertung zur Verfügung stehen. Der Human-Potential-Index ist daher eine wichtige Ergänzung zum DGB-Index Gute Arbeit.

## Nachhaltiges Wachstum und Stabilität – Eine Wirtschaftspolitik, die das Ganze in den Blick nimmt.

- **Aktive Konjunkturpolitik.** In einer konjunkturellen Ausnahmesituation muss der Staat entschieden und gezielt mit einer antizyklischen Finanzpolitik, also mit zusätzlichen staatlichen Ausgaben für eine begrenzte Zeit, gegensteuern. Er kann die fehlende private Nachfrage zumindest teilweise auffangen, um so eine Brücke zum nächsten Aufschwung zu bauen.
- **Neue Schuldenregel.** Schulden auf Dauer sind ein ernsthaftes Problem für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir stehen dafür, dass die Schulden, die jetzt für die Konjunkturstabilisierung notwendig sind, in guten Zeiten wieder konsequent zurückgefahren werden. Schuldenabbau darf aber nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen verhindert werden. Grundsätzlich gilt: Eine erfolgreiche Konsolidierung der Haushalte erfordert stabile Einnahmen und wirtschaftliches Wachstum. Wir stehen für eine konjunkturgerechte Schuldenregel, die das Defizit von Bund und Ländern begrenzt. Die Regel sieht größere Spielräume in Zeiten des konjunkturellen Abschwungs und in besonderen Krisensituationen vor; die Defizite müssen jedoch in wirtschaftlich besseren Zeiten wieder ausgeglichen werden.
- **Erhalt der industriellen Basis.** Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Der Staat kann und muss in der Krise mit aktiver Industriepolitik dazu beitragen, die industrielle Basis und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten und zu modernisieren.
- **Innovative Dienstleistungen.** Eine große Mehrheit der Beschäftigten ist im Dienstleistungssektor tätig. Eine starke Industrie und innovative Dienstleistungen sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander.
- **Strategische und ökologische Industriepolitik der Zukunft.** Eine strategisch ausgerichtete Industriepolitik kann mehr leisten als Substanz zu erhalten: Von zentraler Bedeutung ist für uns der Ausbau zukunftssträchtiger Leitmärkte wie Klima- und Umwelttechnik, Gesundheitstechnologien oder der Bereich der Kreativwirtschaft. Hier hat unsere Wirtschaft die größten Wachstumschancen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik hat gezeigt, dass intelligente staatliche Instrumente unverzichtbar sind, um neue Märkte zu erschließen: Unsere Politik zur Förderung der erneuerbaren Energien wird weltweit kopiert. Strategische Industriepolitik verzahnt die Förderung von Forschung, den Infrastrukturausbau, Anreize für private Nachfrage, Regulierungen und den gezielten Einsatz der öffentlichen Nachfragemacht. Ökologische Industriepolitik betrifft nicht nur „grüne Produkte“, sondern wird von uns als Querschnittsaufgabe verstanden – mit dem Ziel, durch effizientere Technologien Ressourcen einzusparen.

## Neue Arbeit in den Märkten der Zukunft schaffen

- **Vollbeschäftigung.** Auch wenn uns die Wirtschaftskrise zurückwirft – ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik bleibt, dass alle Menschen ihren eigenen Lebensunterhalt durch gerecht bezahlte Arbeit verdienen können. Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem in den Feldern des veränderten gesellschaftlichen Bedarfs. Der Klimaschutz, die wachsende internationale Arbeitsteilung und die älter werdende Gesellschaft bringen Bedarf nach neuen Produkten und Dienstleistungen hervor.
- **Arbeit und Umwelt.** Wir müssen unsere Industriegesellschaft umbauen, wesentlich effizienter mit Ressourcen umgehen und auf erneuerbare Rohstoffe umstellen. Dafür wollen wir unsere Wirtschaft in einer sich verändernden internationalen Arbeitsteilung besser positionieren und wettbewerbsfähig halten: als globaler Anbieter von Umwelttechnologien und -dienstleistungen des 21. Jahrhunderts.
- **Arbeit „Menschen für Menschen“.** Neue Arbeit entsteht zudem dort, wo Menschen Dienstleistungen für Menschen erbringen: in der Betreuung, der Bildung, der Pflege. Im Gesundheitswesen ist schon heute jeder zehnte Erwerbstätige beschäftigt. Mit steigender Lebenserwartung und höherer Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt die Nachfrage nach personalintensiven Dienstleistungen weiter an. Um diese Beschäftigungspotenziale zu nutzen, wollen wir auch private Haushalte als Auftraggeber und Arbeitgeber stärker unterstützen.
- **Kreative Arbeit.** Die Kreativwirtschaft trägt seit Jahren immer stärker zum Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum bei. Wir wollen Unternehmensgründungen durch den Zugang zu Gründungskapital sowie Mikrokrediten erleichtern. In der digitalen Welt brauchen wir einen Ausgleich zwischen Nutzerfreundlichkeit und der gerechten Vergütung kreativer Arbeit. Wir streben eine bessere soziale Absicherung von Selbständigen und Beschäftigten in der Kreativwirtschaft an.

## Mehr Impulse für Forschung und Innovation

- **Intensivierung der Forschungsausgaben.** Unser Wissen und unser Erfindungsreichtum sind die Basis unseres Wohlstands. Wir wollen die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis 2015
- **Steuergutschriften für Forschung.** Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir neue finanzpolitische Spielräume nutzen und die bestehenden Formen der Projektförderung durch eine steuerliche Förderung von Forschungsanstrengungen von Unternehmen in Form einer Steuergutschrift („tax credit“) für kleine und mittlere Unternehmen ergänzen.

## Mittelstand und Unternehmertum

- **Die Soziale Marktwirtschaft braucht starke Unternehmerinnen und Unternehmer.** Ohne die Ideen und Initiativen, aber auch ohne die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmerinnen und Unternehmern ist eine dynamische und Soziale Marktwirtschaft nicht denkbar. Wir wollen in Deutschland einen starken Mittelstand erhalten.
- **Mittelstandsförderung.** Wir wollen für einen sicheren Kapitalzugang für den Mittelstand sorgen. Zur Mittelstandsförderung gehört auch eine stärkere Unterstützung des genossenschaftlichen Sektors.
- **Neue Gründungskultur.** Wir werden für Existenzgründerinnen und Existenzgründer flächendeckend neue Anlaufstellen in Form eines One-Stop-Shops schaffen, ihnen den Zugang zu Wagniskapital erleichtern und gezielte Beratungsangebote – insbesondere für ältere Gründer und Frauen – entwickeln, umsetzen und ausbauen.
- **Weniger Bürokratie.** Wir setzen uns für weitere Erleichterungen in Verwaltungsverfahren ein, indem wir u. a. die Informations- und Statistikpflichten weiter reduzieren und die Erfüllung von Dokumentationspflichten auch auf elektronischem Wege ermöglichen werden.
- **Modell des High-Tech-Gründerfonds stärken und auf andere Bereiche ausdehnen.** Der Staat soll als Ko-Investor zusammen mit privaten Kapitalgebern in den strategischen Bereichen Energie, Verkehr und soziale Dienstleistungen tätig werden können.
- **Unterstützung des Handwerks.** Das Handwerk ist eine zentrale Säule unserer Wirtschaft. Seit Anfang 2009 gelten noch bessere Möglichkeiten für private Haushalte, Handwerkerleistungen steuerlich abzusetzen. Unser Programm zur energetischen Gebäudesanierung setzen wir fort.

## Infrastruktur und Netze zukunftsorientiert ausbauen – Daseinsvorsorge sichern

- **Öffentliche Daseinsvorsorge.** Der Staat ist in der demokratischen Verantwortung, den Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu den Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sicherzustellen. Kommunale Unternehmen und Einrichtungen sichern qualitativ hochwertige öffentliche Güter und eine leistungsfähige Infrastruktur. Daher setzen wir uns für faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Recht ein. In der EU setzen wir uns dafür ein, dass die Entscheidung darüber, welche Leistungen der Daseinsvorsorge wie erbracht werden, den EU-Mitgliedsstaaten und ihren Gebietskörperschaften überlassen bleibt.
- **Fairer Wettbewerb und angemessene Preise.** Für die Bereiche der liberalisierten Netzindustrien wie Energie, Telekommunikation und Post sowie für die kommunal-

## Anträge

len Dienstleistungen wollen wir einen stabilen und verlässlichen Rechtsrahmen schaffen, der Verbraucherinnen und Verbraucher schützt, zu Investitionen anreizt und diese honoriert sowie qualitativ hochwertige Arbeitsplätze sichert und schafft.

- **Finanzierung sicherstellen.** Wir wollen die Finanzierungsinstrumente der Verkehrsinfrastruktur weiterentwickeln. Der Staat muss nicht alles selbst leisten, aber er muss den Zugang zu den öffentlichen Gütern gewährleisten. Wo Private beteiligt werden, fragen wir nicht nur nach dem kurzfristigen Nutzen für die öffentlichen Finanzen, sondern auch nach den Auswirkungen auf die künftigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten.
- **„Netze der Zukunft“.** Für die Stromnetze der Zukunft sind große Investitionen erforderlich, gerade wenn künftig erneuerbare Energien einen größeren Anteil an der Stromversorgung haben werden. Wir wollen eine Regulierung der Energienetze, die zu Investitionen tatsächlich anreizen. Wir treten für die Gründung einer Deutschen Netz AG ein. Dabei können wir uns auch eine staatliche Beteiligung vorstellen.
- **Ausbau des Breitbandnetzes.** Wir werden die Breitbandinitiative vorantreiben und dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen Zugang zu einem leistungsfähigen Breitbandanschluss bekommen. Zugleich sollen möglichst viele Haushalte an die besonders leistungsfähige Glasfasertechnologie angeschlossen werden.

## Verantwortungsvolle Verbraucherinnen und Verbraucher in der Sozialen Marktwirtschaft

- **Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und schützen.** Die Menschen sollen darauf vertrauen können, dass Lebensmittel gesund, Geräte sicher und Telefone keine Kostenfallen sind und dass Finanzanlagen halten, was sie versprechen.
- **Die Nachfrage entscheidet mit.** In einer Marktwirtschaft entscheiden auch die Verbraucherinnen und Verbraucher über Erfolg oder Misserfolg von Unternehmen und somit über die Zukunftsfähigkeit einer Volkswirtschaft und die soziale und ökologische Qualität einer Gesellschaft. Konsumentinnen und Konsumenten haben Einflussmöglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Verbraucherpolitik ermöglicht ein Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ziele unserer Verbraucherpolitik sind Information, Transparenz und Sicherheit.
- **Verbraucherinformation.** Verbraucherinnen und Verbraucher wollen sich informieren. Sie sollen dazu mehr Rechte bekommen und schnell und unkompliziert Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Deshalb wollen wir die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln und klare Aussagen über Inhalte, Eigenschaften und Herkunft von Produkten.

- **Verbraucherrechte durchsetzen.** Wir wollen Verbraucher stärken und sie unterstützen, damit sie ihr Recht auch bekommen. Dazu brauchen wir starke Verbraucherorganisationen. Wir wollen die Verbraucherorganisationen – zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben – als „Marktwächter“ beauftragen, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu informieren, zu warnen und bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen.
- **Wahlfreiheit in Sachen Gentechnik.** Die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnt Genveränderungen in Lebensmitteln ab. Um Transparenz im gesamten Europäischen Binnenmarkt herzustellen, setzen wir uns für die Ausweitung der Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln auf Erzeugnisse ein, die von mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefütterten Tieren stammen. Die von der SPD durchgesetzte „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung wollen wir mit einem einheitlichen Label vorantreiben. Wir werden auf eine Änderung des europäischen Rechts hinarbeiten, die die verbindliche Einrichtung gentechnikfreier Regionen ermöglicht.
- **Lebensmittelkennzeichnung.** Bei einer Lebensmittelkennzeichnung ist entscheidend, dass die Nährwertangaben der Lebensmittel schnell und unkompliziert erkennbar sind, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher die Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Eine Ampelkennzeichnung ist auch eine wichtige Maßnahme vorsorgender Gesundheitspolitik.

## 2. Deutschland als Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität

Wir stehen zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor einer doppelten strukturellen Herausforderung: Einerseits die weltweite Finanzkrise, deren Ende und Auswirkungen für die Realwirtschaft noch lange nicht absehbar sind. Andererseits die Klima- und Umweltkrise, deren Bewältigung nicht weniger dringlich ist. Beide Krisen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr müssen Politik und Gesellschaft eine umfassende und nachhaltige Erneuerung leisten. Wir brauchen als Antwort auf diese Krisen ein klares politisches Konzept, das neue Felder realer, zukunftsorientierter Wertschöpfung erschließt. Im Zentrum unserer modernen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik stehen Arbeit, Umwelt und Innovation.

Wachsende Bevölkerungszahlen und die schnell zunehmende Industrialisierung weltweit führen zu einer drastisch weiter wachsenden Nachfrage nach Rohstoffen. Daraus entsteht eine doppelte Herausforderung: Eine ökologische und eine ökonomische. Wie erhalten wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und wie machen wir sie unabhängiger von Rohstoffen, die nur begrenzt auf der Erde verfügbar sind und deren Preise steigen werden? Wie verhindern wir die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die mit der Industrialisierung verbundene Übernutzung unserer Umwelt? Die Antwort der SPD ist der bewusste Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft.



## Anträge

Um den Wandel zu gestalten, brauchen wir eine neue Fortschrittsidee. Umweltpolitik wird heute nicht mehr alleine unter dem Schutzaspekt betrieben. Sie ist zugleich Motor für Innovation und wirtschaftliche Erfolge. Dies ist unter anderem ein Erfolg unserer Politik.

Wir haben Arbeit und Umwelt nie als Gegensätze gesehen, sondern immer als zwei Seiten einer Medaille. Die Einführung von Umweltstandards, die Förderung neuer Formen der Energieerzeugung, aber auch der Ausstieg aus der Kernenergie waren Bestandteile einer Strategie der Erneuerung Deutschlands und des Schutzes unserer Umwelt. Unsere ambitionierte Klimaschutzpolitik führt bis zum Jahr 2020 im Saldo aller gesamtwirtschaftlichen Effekte zu 500.000 zusätzlichen Jobs. Bis 2030 können es sogar 800.000 Stellen sein. Diese Potenziale wollen wir nutzen.

Unser Konzept ist das der ökologischen Industriepolitik. Sie macht die deutsche Wirtschaft unabhängiger von den Preisentwicklungen an den Rohstoffmärkten. Sie stärkt strategische Zukunftsindustrien und bereitet die deutsche Wirtschaft auf die Leitmärkte der Zukunft – wie Energie, Ressourceneffizienz und Mobilität – vor. Sie fördert Innovationen, initiiert Technologiesprünge und sorgt dafür, dass Technologien schneller zur Anwendung und auf den Markt kommen. Ökologische Industriepolitik stellt die industrielle Struktur unserer Ökonomie auf die knapper werdenden Ressourcen ein und stellt die stoffliche Basis unserer Industrie in wichtigen Bereichen zunehmend auf nachhaltige Technologien und nachwachsende Rohstoffe um. So können neues Wachstum, neue Wertschöpfung, neue Produkte und neue Beschäftigung entstehen.

### ☛ Was wir wollen:

#### Leitprojekt „Weg vom Öl“

- **Weg vom Öl.** Wir verbinden Ökonomie und Ökologie zu einem schlüssigen Konzept des Umbaus unserer Industriegesellschaft. In einem zentralen Leitprojekt „Weg vom Öl“ bringen wir dies zum Ausdruck. Deutschland soll im Bereich der Energie mittelfristig unabhängig von Ölimporten werden.
- **Ausbau Erneuerbarer Energien.** Wir werden den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent fortsetzen. Im Jahre 2020 wollen wir mindestens 35 Prozent der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umgestellt haben, 2030 soll der Anteil schon bei 50 Prozent liegen. Das international vereinbarte Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Industriestaaten bis 2050 gegenüber 1990 um 80 – 95 Prozent zu reduzieren, ist nur erreichbar, wenn
  - wir jetzt in die Modernisierung unserer Kohle- und Gaskraftwerke investieren, um weniger CO<sub>2</sub> zu emittieren;
  - wir die Emissionsbudgets im Rahmen der EU und der internationalen Vereinbarungen weiter absenken;
  - der Anteil erneuerbarer Energien über das Jahr 2030 hinaus weiter ansteigt und der jetzt bereits geltende Vorrang bei der Einspeisung ins Netz erhalten bleibt.

- **Das Zukunftsauto – Made in Germany.** Deutschlands wirtschaftliche Stärke wird nicht zuletzt durch die Ingenieurskunst im Automobilbau begründet. Das Auto der Zukunft wird der Tatsache knapper werdenden Öls Rechnung tragen müssen. Wir wollen, dass es in Deutschland entwickelt wird und flächendeckend zum Einsatz kommt.

### **Klimaschutz voranbringen – Der Energiemix der Zukunft: Sauber, sicher und bezahlbar**

- **Reduzierung der Treibhausgasemissionen.** Unser Ziel ist, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent zu senken.
- **Klimaschutzfonds.** Wir werden einen speziellen Klimaschutz-Innovationsfonds etablieren, der umfassend Risikokapital für innovative Klimaschutztechnologien zur Verfügung stellt.
- **Energiesparoffensive.** Die wichtigste Energie im Energiemix der Zukunft ist diejenige, die nicht verbraucht wird. Wir brauchen eine Energiesparoffensive. Wir werden ein Hocheffizienz-Gesetz einführen, mit dem Ziel, bis 2020 elf Prozent des jetzigen Strombedarfs einzusparen. Wir werden die Anforderungen der Energieeinsparverordnung für Neubauten um 30 Prozent anheben, und wir werden den bedarfsorientierten Energiebedarfsausweis für alle Gebäude verpflichtend einführen. Wir werden die Sanierungsrate von Gebäuden auf 2–3 Prozent pro Jahr erhöhen und dazu die Zuschüsse aus dem CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm auf jährlich 2 Mrd. Euro aufstocken. Wir werden die Energiesteuerprivilegien für das produzierende Gewerbe an die Einführung von Energiemanagementsystemen knüpfen.
- **Top Runner fördern.** Grundlage für die Umsetzung einer ökologischen Verbraucherpolitik ist die Festlegung von Kriterien für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen. Es müssen die „Top Runner“, also die besten am Markt verfügbaren Produkte, ermittelt werden. Die so entwickelten Benchmarks bilden die Grundlage für den Einsatz der verbraucherpolitischen Instrumente.
- **Energieberatung.** Wir werden angesichts vieler bislang ungenutzter Energiespar- oder Effizienzmaßnahmen die Energieberatung für die Verbraucherinnen und Verbraucher vorantreiben.
- **Mehr Investitionen in Energieeffizienz.** Bis 2020 wollen wir die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppeln. Wir werden ein Klimaschutz-Investitions-Gesetz einführen, das im Steuerrecht klare und verlässliche Anreize für Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien schafft. Die Einnahmen aus der Versteigerung der Emissionszertifikate werden wir für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen nutzen. Wir werden den Gebäudebestand im Falle ohnehin fälliger Sanie-

rungsmaßnahmen in die Pflicht zur Nutzung Erneuerbarer Energien einbeziehen und den Einsatz Erneuerbarer Energien gleichzeitig finanziell weiter fördern.

- **Nationaler Aktionsplan Erneuerbare Energien.** Erneuerbare Energien sind einer der wichtigsten Leitmärkte. Technologischer Vorsprung und Anwendung im eigenen Land sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir werden einen Nationalen Aktionsplan Erneuerbare Energien vorlegen, der zur Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien in der Stromversorgung, im Wärmebereich und im Transportsektor beitragen wird. Den Vorrang Erneuerbarer Energien in diesen Bereichen wollen wir stärken. Wir werden die Technologieführerschaft bei der Nutzung der Windenergie auch auf dem Meer nutzen. Hierfür streben wir bis 2013 eine installierte Leistung von rd. 1.500 – 2.000 Megawatt an. Bei der Photovoltaik wollen wir bis Ende 2013 annähernd die Netzparität erreichen: Strom aus einer neuen Anlage in Deutschland wird dann nur noch so viel Geld kosten wie Strom aus der Steckdose. Bis 2010 werden lückenlose und umfassende Zertifizierungssysteme geschaffen, die den nachhaltigen Anbau von Pflanzen zur Erzeugung von Bioenergie sicherstellen.
- **Internationale Verbreitung Erneuerbarer Energien.** Wir werden uns dafür einsetzen, dass die neu gegründete Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) schnell zu einem zentralen Akteur bei der weltweiten Verbreitung von Erneuerbaren Energien wird.
- **Atomausstieg umsetzen, Sicherheit gewährleisten.** Die Nutzung der Atomenergie birgt zu große Risiken. Nicht zuletzt ist die Frage der Endlagerung des Atom Mülls bis heute ungelöst. Der im Atomgesetz geregelte Ausstieg wird durchgesetzt. Wir steigen bis 2021 komplett aus der Atomenergie aus. Bis zum Ausstieg gelten die höchstmöglichen Sicherheitsstandards in allen Anlagen mit der Pflicht zur ständigen Nachrüstung. Eine Verlängerung der Laufzeiten würde dringend nötige Investitionen in neue Technologien verzögern.
- **Lösung der Endlagerung.** Wir halten daran fest, dass zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle keine politische Vorentscheidung für den Standort Gorleben getroffen werden darf. Vielmehr brauchen wir ein ergebnisoffenes und an internationalen Standards ausgerichtetes Auswahl- und Vergleichsverfahren, um den bestmöglichen Standort in Deutschland zu finden. Dies wurde bisher von CDU, CSU und FDP verhindert.
- **Beteiligung der Atomwirtschaft.** Die notwendige Sanierung der atomaren Endlagerstätten in den ehemaligen Salzbergwerken Asse II und Morsleben verursacht hohe Kosten, die nicht der Allgemeinheit zur Last fallen dürfen. Wir werden die Voraussetzung für eine zusätzliche und angemessene Beteiligung der Energiekonzerne der Atomwirtschaft schaffen. Im Fall des Endlagers Asse II schließt dies ausdrücklich die Möglichkeit einer vollständigen Rückholung des Atom Mülls und dessen sichere Entsorgung ein.

- **Effiziente Nutzung fossiler Energieträger.** Auf absehbare Zeit kann auf die Nutzung von Kohle und Gas nicht verzichtet werden. Wir werden dafür sorgen, dass die deutschen und europäischen Klimaschutzziele erreicht werden und zugleich die deutschen und europäischen Energieunternehmen langfristige Planungssicherheit erhalten. Der Emissionshandel ist das zentrale Instrument, um neue Investitionen in hochmoderne, effiziente fossile Kraftwerke zu ermöglichen. Das Genehmigungsrecht werden wir anpassen, um alte ineffiziente Kohle- und Gaskraftwerke durch neue, effizientere Kraftwerke zu ersetzen und um eine dezentrale flexible Energieversorgung sicherzustellen. Wir beabsichtigen, die Technologie zur Abscheidung von Kohlendioxid in Deutschland weiterzuentwickeln – auch durch geförderte Demonstrationsprojekte der Europäischen Union. Dabei soll die Wiederverwendung Vorrang vor der Endlagerung haben, und die Unternehmen müssen auf der Grundlage der höchsten Umweltstandards die Langzeitsicherheit der Speicher gewährleisten. Wir werden eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Genehmigung sicherstellen. KraftWärme-Kopplung ist die effizienteste Form der Energieerzeugung. Wir werden sie bis 2020 massiv auf einen Anteil von mindestens 25 Prozent an der gesamten Stromversorgung ausbauen. Bei neuen Kraftwerken werden wir der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung Priorität einräumen.
- **Zukunft der Steinkohle.** Der deutsche Steinkohlebergbau hat wesentlich zum Aufbau des Landes und zum Wohlstand beigetragen. Er ist inzwischen reduziert auf einen niedrigen, aber zukunftsfähigen Sockel. Wir wollen deshalb, dass die Revisionsklausel für den deutschen Steinkohlebergbau schon rechtzeitig vor 2012 wirksam gemacht und so das faktische Auslaufen des Steinkohlebergbaus verhindert wird.
- **Energieforschung der Zukunft.** Wir werden die Energieforschung ausweiten. Im Rahmen des 6. Energieforschungsprogramms werden wir die Schwerpunkte auf Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Speichertechnologien legen.

## Verkehr und Mobilität

- **Mobilität muss bezahlbar bleiben.** Mobilität ermöglicht persönliche Entfaltung und gesellschaftliche Teilhabe. Sie ist Voraussetzung für die Teilnahme am Arbeitsleben, an Bildung und Kultur sowie am gesellschaftlichen Leben insgesamt. Mobilität darf daher nicht zum Luxusgut werden. Zugleich leistet auch die Verkehrspolitik einen wichtigen Beitrag, wenn es darum geht, unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Grundlegendes Ziel unserer modernen Verkehrspolitik ist es, die gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendige Mobilität umweltfreundlich und bezahlbar zu gestalten.
- **Moderne Infrastruktur.** Mobilität ist zugleich ein Leitmarkt. Ein gut ausgebautes Verkehrssystem ist wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Deutschland ist der wichtigste Logistikstandort in Europa. Investitionen in unsere

Infrastruktur sind deshalb Investitionen in unsere Zukunft. Wir werden sie auch künftig auf hohem Niveau fortsetzen. Wir legen einen besonderen Fokus auf den Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsträger, insbesondere der Schiene. Mit gezielten Investitionen werden wir die Engpässe im Straßenverkehr beseitigen. Zugleich werden wir den Lärmschutz vorantreiben.

- **Optimale Nutzung der vorhandenen Verkehrswege.** Wir investieren in moderne Verkehrslenkungstechnologien. Bis 2015 wollen wir alle hoch belasteten Autobahnstrecken komplett mit modernen Verkehrssteuerungs- und Verkehrsmanagementsystemen ausrüsten, um vorhandene Kapazitäten auf unseren Autobahnen besser zu nutzen und Staus zu vermeiden. Wir werden die Einführung des europäinheitlichen Verkehrsleitsystems ETCS („European Train Control System“) beschleunigen, um die Bahn im grenzüberschreitenden Verkehr konkurrenzfähiger zu machen.
- **Neue Technologien fördern – „weg vom Öl“.** Um Mobilität dauerhaft zu sichern, brauchen wir einen technologischen Innovationssprung. Das Auto wird auch in Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Zum einen muss die Effizienz bei der Nutzung fossiler Energieträger, z. B. durch Hybridtechnologien, weiter erhöht werden. Mit einem „Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität“ wollen wir die Markteinführung batterieelektrischer Antriebstechnologien vorantreiben. Zugleich setzen wir unsere Anstrengungen zur Markteinführung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie im Rahmen der CleanEnergy-Partnership fort. Deutschland soll zum Vorreiter werden, wenn es darum geht, „weg vom Öl“ zu kommen.
- **Für eine starke und bürgerfreundliche Bahn.** Wir wollen mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern. Um die Attraktivität des Schienenverkehrs weiter zu erhöhen, setzen wir auf ein leistungsfähiges Schienennetz, auf attraktive, barrierefreie Bahnhöfe, eine gute Vernetzung der unterschiedlichen Angebote und ein kundengerechtes, leicht verständliches Tarifsysteem. Die Bahn muss stark, wettbewerbsfähig und kundenfreundlich sein. Eine Zerschlagung der Deutschen Bahn AG lehnen wir ab. Die Bahn soll auch künftig als integrierter Konzern bestehen bleiben. Wir werden die ausreichende finanzielle Ausstattung der Bahn in der kommenden Legislaturperiode gewährleisten. Deshalb findet eine Kapitalprivatisierung nicht statt, auch nicht teilweise.
- **Sichere und umweltfreundliche Mobilität.** Wir wollen den Stadtverkehr durch die Einführung neuer Technologien und den Ausbau des ÖPNV sicherer, umweltfreundlicher und sozialer gestalten. Öffentlichen Personennahverkehr, Radverkehr und Fußgänger werden wir in unseren Kommunen gleichberechtigt behandeln und so Mobilität für alle sicherer machen.
- **Faire Entfernungs pauschale.** Wir wollen eine stärkere Berücksichtigung sozialer und umweltpolitischer Aspekte bei der Entfernungs pauschale umsetzen mit dem

Ziel, dass alle Pendler gleich behandelt werden und unabhängig vom Einkommen pro Kilometer die gleiche Rückerstattung erhalten.

### 3. Gute Arbeit sichern

Arbeit ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Wir sind die Partei der Arbeit. Wir haben Grundsätze, die der zentralen Bedeutung der Arbeit entsprechen:

- Wer sich anstrengt, muss etwas davon haben. Leistung muss sich lohnen – diese Forderung ist für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richtig.
- Wer sich Mühe gibt, muss damit sein Leben verbessern können und darf nicht auf unüberwindbare Hürden stoßen. Das Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft gilt.
- Niemand darf am Wegesrand zurückbleiben. Wir stehen solidarisch füreinander ein und helfen denen, die nicht mit Arbeit allein ihr Leben bestreiten können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Menschen Arbeit haben. Darum haben wir die Arbeitsvermittlung verbessert. Aber auch eine gute Arbeitsvermittlung braucht eine wachsende Wirtschaft und Nachfrage nach Arbeit. Wir wollen dazu beitragen, dass mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Für den Arbeitsmarkt des neuen Jahrzehnts gibt es zwei Szenarien: Entweder wir haben ausreichend Fachkräfte und geringe Arbeitslosigkeit. Oder aber wir klagen über Fachkräftemangel und zugleich über hohe Arbeitslosenzahlen. Die Entwicklung ist von uns gestaltbar. Wir wollen eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Abitur für jede und jeden.

Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung.

Unser Ziel ist Gute Arbeit. Sie muss fair bezahlt sein, darf nicht krank machen, muss Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnen und familienfreundlich gestaltet sein.

#### ❖ Was wir wollen:

#### Verteidigung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte

- **Erhalt von Arbeitnehmerrechten.** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben soziale Rechte. Das ist grundlegend für eine Soziale Marktwirtschaft. Der Schutz vor Kündigung und die Wahl von Betriebsräten sind für die SPD unverzichtbare Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir beschützen diese Rechte. Wir brauchen starke Gewerkschaften.
- **Leiharbeit:** Wir werden Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Neben einer Lohnuntergrenze gehört dazu auch die Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit soll für die Arbeit

## Anträge

in demselben Unternehmen der Grundsatz „equal pay“ uneingeschränkt gelten. Die konzerninterne Verleihung wollen wir begrenzen.

- **Praktika dürfen nicht zur Sackgasse werden.** Deshalb wollen wir eine rechtlich bessere Absicherung von Praktikantinnen und Praktikanten gegen die Ausnutzung als billige oder gar kostenlose Arbeitskräfte.
- **Arbeitnehmerdatenschutz.** Zahlreiche Übergriffe der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass wir ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz benötigen, das die Rechte der Beschäftigten sichert. Ein solches Vorhaben dient dazu, bislang verstreute Vorschriften zu bündeln und da zu ergänzen, wo durch neue Technologien Bedarf besteht.
- **Informantenschutz.** Beschäftigte sind häufig die einzigen, die Rechtsverletzungen im Betrieb wahrnehmen, aus denen unter Umständen sogar Gefahren für Dritte hervorgehen. Daher wollen wir, dass Beschäftigte vor Sanktionen des Arbeitgebers geschützt sind, wenn sie auf Missstände hinweisen.
- **Arbeitsvertragsgesetzbuch.** Wir halten ein Arbeitsvertragsgesetzbuch für begrüßenswert, wenn es von den Sozialpartnern im Konsens erarbeitet wird und vollständig und verständlich die bestehenden Regelungen ohne einen Abbau von Arbeitnehmerrechten bündelt.
- **Schutz der Arbeitnehmer bei Insolvenzen.** Die Wirtschaftskrise wird auch im Jahr 2010 noch zu einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen führen. Wir müssen deshalb die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Insolvenzverfahren so gut wie möglich schützen. Durch Gesetz muss klargestellt werden, dass in der Insolvenz der Lohn für bereits geleistete Arbeit nicht missbräuchlich entzogen werden darf.

## Gerechte Löhne und Einkommen

- **Tarifautonomie und Tariftreue sichern.** Wir werden die Tarifautonomie in Deutschland und Europa verteidigen. Sie ist eine Grundlage für Gute Arbeit. Wir wollen, dass Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu einem zentralen Kriterium wird. Und wir unterstützen Initiativen gegen Sozialdumping im europäischen und internationalen Raum. Gute Arbeit darf nicht durch einen sich globalisierenden Arbeitsmarkt gefährdet werden.
- **Mindestlöhne.** Wir haben in der Großen Koalition gegen den Widerwillen der Union eine Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und die Neufassung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes durchgesetzt, um mehr Branchen gegen Dumpinglöhne abzusichern. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter. Wir werden in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne ermöglichen. Und wir werden überall dort Mindestarbeitsbedingungen vorantreiben, wo die Sozialpartner dazu aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage

sind. Unser Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der eine Grenze markiert, unter die Löhne nicht fallen dürfen. Eine Mindestlohn-Kommission soll ihn festsetzen. Wir gehen davon aus, dass ein Mindestlohn von 7,50 Euro zurzeit eine sinnvolle Orientierungsmarke ist.

- **Bonus für Arbeit.** Wir wollen eine grundlegende Neuordnung des unteren Einkommensbereichs in Angriff nehmen. Dabei wird ein gesetzlicher Mindestlohn im Mittelpunkt stehen. Steuern und Sozialabgaben werden mit anderen staatlichen Transferleistungen so aufeinander abgestimmt, dass eine Existenz sichernde, sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeit gestärkt wird. Wir wollen Zuschüsse zum Einkommen so gestalten, dass niemand, weil er oder sie Kinder hat, in die Grundsicherung für Arbeitsuchende abrutscht. Zu diesem Zweck wollen wir den Kinderzuschlag in Verbindung mit dem Wohngeld weiterentwickeln, um erwerbstätige Eltern zu fördern. Wir wollen ein Wahlrecht zwischen Kinderzuschlag und Wohngeld auf der einen und Grundsicherung auf der anderen Seite schaffen.
- **Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärken.** Die Ausweitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse wollen wir eindämmen. Gute Arbeit bedeutet, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung die Regel ist. Bei den so genannten Minijobs wollen wir die Begrenzung auf 15 Wochenstunden wieder einführen.

### **Gleiche Chancen – gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

- **Gleiche Löhne.** Gerechte Löhne sind leider immer noch auch eine Frage der Gleichstellung der Geschlechter. Wir werden dafür sorgen, dass sich die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und Frauen schließt. Der Mindestlohn hilft dabei, weil viele Frauen immer noch in strukturell gering bezahlten Bereichen arbeiten. Wir wollen darüber hinaus eine Stelle einrichten, die Lohnmessungen bei Unternehmen veranlassen kann. Gleichzeitig sollen Betriebsräte das Recht erhalten, vom Arbeitgeber eine statistische Diagnose darüber zu verlangen, ob die Löhne im Unternehmen gerecht sind. Zusätzlich wollen wir im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz die Möglichkeit der Zusammenarbeit des Betriebsrats mit der genannten Stelle verankern. Damit werden die bereits heute bestehenden individuellen Rechte der betroffenen Frauen bei einem Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot effektiv erweitert. Außerdem sollen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nur Betriebe zum Zuge kommen, die Frauen und Männer in der Entlohnung gleich behandeln.
- **Mehr Frauen in Führungs- und Aufsichtsfunktionen.** Wir werden mit verbindlichen Regelungen und Zielvorgaben dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen in den Unternehmen haben und der Frauenanteil in den Führungspositionen deutlich erhöht wird. Ausländischen Beispielen folgend wollen wir in den Aufsichtsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent einführen.



## Anträge

- **Beratung bei der Berufs- und Studienfachwahl.** Wir wollen die geschlechtsspezifische Berufs- und Studienfachwahl aufbrechen. Hierzu ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule, Berufs- und Studienberatung sowie Elternhaus erforderlich.
- **Teilzeitbeschäftigung – heraus aus der Sackgasse.** Mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz haben wir einen Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung und die Teilnahmemöglichkeiten an beruflicher Qualifizierung durchgesetzt. Trotzdem sind oftmals die Qualifizierungs- und Karrierechancen von Teilzeitbeschäftigten noch unzureichend und die Bezahlung nicht Existenz sichernd. Besonders betroffen sind Frauen. Wir werden Maßnahmen ergreifen, die die rechtlichen Bedingungen für die (Wieder-) Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung verbessern und mehr Teilnahmemöglichkeiten an beruflicher Qualifizierung bieten.

## Ausbildung und Chance auf berufliches Fortkommen

- **Recht auf Nachholen eines Schulabschlusses für alle.** Wir werden nicht hinnehmen, dass bis zu 80.000 Schülerinnen und Schüler pro Jahr die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Jede und jeder erhält eine zweite oder dritte Chance. Deshalb wollen wir das Recht für alle durchsetzen, den Schulabschluss jederzeit gefördert nachholen zu können. Wir werden dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler mit rechtzeitiger Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung schon in der Schule auf die Ausbildung vorbereitet werden.
- **Starkes duales System.** Wir werden das duale System stärken und die Ausbildungsberufe modernisieren. Wir wollen mehr Ausbildungsangebote, die eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium verbinden.
- **Eine Berufsausbildung für alle.** Die Berufsausbildung ist nach wie vor die wichtigste Grundlage für den Berufseinstieg. Selbst wenn wir es erreichen, 40 Prozent eines Jahrgangs an die Hochschulen zu bringen, bleiben 60 Prozent, die eine klassische Berufsausbildung suchen. Wir werden vor diesem Hintergrund den Ausbildungspakt weiterentwickeln und streben an, die Ausbildungsplatz-Verpflichtungen der Wirtschaft weiter zu erhöhen. Wir sorgen für Ausbildungsplätze auch für die geringer qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber. Wir helfen mit dem Ausbildungsplatzbonus auch denen, die schon länger vergeblich eine Lehrstelle suchen. Den Betriebsräten wollen wir ein Mitbestimmungsrecht verschaffen, damit sie in ihrem Betrieb mehr Ausbildungsplätze durchsetzen können. Wir wollen eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben. Sie sollen eine Chance in außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten bekommen und sich dort in Berufen mit Arbeitskräftebedarf qualifizieren können. Außerdem werden wir jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Ausbildung ermöglichen, möglichst ohne Einkommensverlust in ihrem Betrieb eine Ausbildung nachzuholen. Wir wollen den Übergang von Schule zu Arbeitsleben neu ordnen und aus Warteschleifen übersichtliche Wege von der Schule in die Ausbildung machen.

- **Leichter Zugang zur Hochschule.** Wir wollen ein durchlässiges Bildungssystem. Deshalb wollen wir die Möglichkeit für Berufsschülerinnen und -schüler schaffen, auch eine Fachhochschulreife zu erwerben. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten des Zugangs zu einem integrierten Fachhochschulstudium und einer beruflichen Ausbildung vergrößern. Zusätzlich wollen wir Technikerinnen und Technikern, Meisterinnen und Meistern sowie anderen Berufstätigen mit Ausbildung gezielt den Zugang zu den Hochschulen und Universitäten öffnen. Zu diesem Zweck soll der Bezug von BAföG auch nach dem 30. Lebensjahr möglich sein.
- **Sicherung des Fachkräftebedarfs.** Wir wollen eine Weiterbildung mit System und Rechtsansprüchen. Die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen ist in Deutschland mit 43 Prozent zu gering. Wir wollen sie bis 2015 auf mindestens die Hälfte erhöhen. Insbesondere sollen Geringqualifizierte verstärkt an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen können. Wir wollen den Arbeitsmarkt für ausländische Akademikerinnen und Akademiker, Absolventen deutscher Auslandsschulen und Bildungsinländer weiter offen halten. Außerdem werden wir uns mit Nachdruck um die Verbesserung der Qualifikation von Migrantinnen und Migranten einschließlich der Sprachförderung und der Anerkennung ihrer ausländischen Qualifizierungen kümmern. Wir wollen ein Anerkennungsgesetz, auf dessen Grundlage jeder nach spätestens sechs Monaten weiß, welche seiner im Ausland erworbenen Abschlüsse auch bei uns anerkannt werden.

### Arbeitsversicherung und Lebensarbeitszeitkonto

- **Das Langzeitkonto – ein neues Modell der Arbeit.** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen souverän mit ihrer Zeit umgehen. Dazu schaffen wir die rechtlichen Möglichkeiten. Mit der Insolvenzsicherung und Übertragbarkeit der Wertguthaben aus Langzeitkonten haben wir dafür wesentliche Grundlagen gelegt. Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Wertguthaben ansparen und im Laufe ihres Berufslebens flexibel entnehmen können – für Weiterbildung, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen. Diese Aspekte können durch branchenspezifische Arbeitszeitkonten von den Tarifpartnern geregelt werden. Zusammen mit den bereits etablierten Rechten auf Teilzeitarbeit generell und auf Teilzeitarbeit bei Kindererziehung ermöglichen wir einen flexiblen und jeder Lebensphase angemessenen Umgang mit Arbeitszeit. Daraus kann sich ein neues Modell der Arbeit entwickeln, das Flexibilitäts- und Sicherheitsansprüche miteinander verbindet.
- **Die Arbeitslosenversicherung wird zur Arbeitsversicherung.** Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die Arbeitslosigkeit nicht nur schnell beendet, sondern dabei hilft, sie zu vermeiden. Zu diesem Zweck werden wir bundesweit für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeit-

## Anträge

nehmer einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose Überprüfung des individuellen Qualifizierungsbedarfs einrichten. Dieses Angebot soll wohnortnah durch die Agentur für Arbeit in Zusammenarbeit mit regionalen Weiterbildungsnetzwerken bereitgestellt werden. Diese Qualifizierungsberatung kann auch von Selbstständigen genutzt werden. Mit der neuen Arbeitsversicherung wollen wir dazu beitragen, dass in den Betrieben Langzeitkonten für Weiterbildung attraktiver werden. Es soll ein öffentlich finanzierter Anteil auf jedes Langzeitkonto gezahlt werden, der aber nur für Qualifizierungszwecke genutzt werden kann.

### Vermittlung in Arbeit

- **Beste Vermittlung in Arbeit.** Wir wollen, dass Deutschland die weltweit beste Arbeitsvermittlung hat. Wer arbeitslos wird, der muss wissen, dass ihm oder ihr die bestmögliche Betreuung und Vermittlung offen stehen. Eine Hauptaufgabe bleibt die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Wir werden die Zahl der Arbeitsvermittlerinnen und -vermittler in Zeiten der wirtschaftlichen Krise aufstocken, damit das Vermittlungsangebot für jeden Einzelnen gerade auch dann auf einem hohen Niveau bleibt, wenn der persönliche Unterstützungsbedarf am größten ist.
- **Betreuung vor Ort.** Wir werden schnellstmöglich eine verfassungskonforme Nachfolgeregelung für die Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen schaffen. Die Zusammenarbeit von Vermittlungssachverstand und örtlichem Wissen hat sich bewährt.
- **Förderinstrumente verbessern.** Wir werden das Instrumentarium der Arbeitsvermittlung kontinuierlich weiter verbessern. Wir wollen insbesondere die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus besser fördern. Einen weiteren Schwerpunkt werden wir auf die Integration von Einwanderinnen und Einwanderern legen, die noch besser bei der Einbeziehung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden müssen. Für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen wurden neue Perspektiven eröffnet. Der Kommunal-Kombi für Regionen mit besonders verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit wird weiter ausgebaut.
- **Bedarfsgerechte Regelsätze.** Arbeitslosigkeit darf nicht zu Armut führen. Es wird auch weiterhin eine regelmäßige Überprüfung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II und gegebenenfalls dessen bedarfsgerechte Erhöhung geben.
- **Schonvermögen.** Altersvorsorge ist wichtig. Vermögen, das der privaten Altersvorsorge dient, wird nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Voraussetzung ist, dass unwiderruflich mit Beginn des Ruhestandes eine monatliche Rente garantiert wird.

### Für eine neue Kultur der Arbeit – Menschen- und familiengerechtes Arbeiten

- **Humane Arbeitsbedingungen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit.** Arbeit nimmt einen großen Teil der Lebenszeit ein. Deshalb muss die Arbeit so gestaltet

werden, dass sie mit dem Lebenszyklus der Einzelnen in Einklang steht. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen die Chance haben, bis zur Rente arbeiten zu können. Eine neue Kultur der Arbeit ist daher menschlich und wirtschaftlich notwendig. Wir werden verstärkt moderne Arbeitsbedingungen fördern: Betriebe können voneinander lernen. Modellprojekte mit Sozialpartnern, Betrieben und Forschung sollen helfen, branchenspezifisch gute Lösungen zu entwickeln und zu identifizieren.

- **Humane Arbeitszeiten.** Arbeit muss auch zeitlich gesundheitsverträglich gestaltet werden. Das gilt gerade für Schicht- und Wochenendarbeit. In Zusammenarbeit mit Sozialpartnern, Betrieben und Forschung sollen Modellprojekte weiterentwickelt werden, die es ermöglichen, dass Ältere länger gesund arbeiten können.
- **Vorausschauende Personalentwicklungsplanung.** Die Belegschaften in den Betrieben werden älter. Darum kann eine vorausschauende Personalentwicklungsplanung sowohl das Qualifikationsniveau der Belegschaften als auch alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen verbessern.
- **Betriebliches Gesundheitsmanagement.** Zusätzlich zur bereits bestehenden steuerlichen Absetzbarkeit von Aufwendungen des Arbeitgebers für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist zu überlegen, ob in diesem Bereich durch Förder- bzw. Zuschussregelungen Fortschritte zu erzielen sind. Die Gesundheitskompetenz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss gefördert werden.
- **Berufliche Rehabilitation.** Wir wollen die berufliche Rehabilitation weiter modernisieren und dabei insbesondere das betriebliche Wiedereingliederungsmanagement stärken und der Rehabilitation so weitgehend wie möglich den Vorrang vor der Erwerbsminderungsrente geben.
- **Vereinbarkeit von Beruf und Familie.** Neben den familienpolitischen Initiativen, wie dem Ausbau der Kindertagesbetreuung und dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, die wir durchgesetzt haben, wollen wir auch den Ausbau von Betriebskindergärten weiter vorantreiben. Wir müssen uns ganz besonders um diejenigen kümmern, die in der so genannten „rush hour des Lebens“ stecken und im Alter zwischen 25 und 40 Jahren gleichzeitig berufliche Karriere, Familiengründung und möglicherweise Pflege von Angehörigen bewältigen müssen. Daher muss ein Anspruch auf Teilzeitarbeit auch befristet mit einer Mindestdauer von zwei Jahren ermöglicht werden. Für unerwartet eintretende Pflegesituationen wollen wir bis zu zehn Tage bezahlte Freistellung einführen. Der Aufbau einer wohnortnahen Infrastruktur für Familien muss bei der Sozialraumplanung entsprechend berücksichtigt werden.
- **Zeitsouveränität.** Arbeit ist das halbe Leben. Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbstbestimmter mit ihrer Arbeitszeit umgehen können. Flexibilisierung von Arbeitszeit kann und soll ein Vorteil für Arbeitnehmer sein. Das

## Anträge

lässt sich durch den gezielten Einsatz von Langzeitkonten erreichen, mit denen Beschäftigte Freizeiten ansparen können. Darüber hinaus muss Zeitsouveränität für Familien, aber auch für ehrenamtliches Engagement, Kultur, Sportvereine, etc. gewährleistet sein. Wir wollen die nötigen Rahmenbedingungen setzen, um Betriebsräten Initiativrechte und den Tarifparteien mehr Spielraum in diesen Fragen zu geben.

### **Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen als Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft**

- **Erhalt und Stärkung des deutschen Mitbestimmungsmodells.** Gerade in diesen Zeiten zeigt sich, dass Unternehmer und Arbeitnehmer nur gemeinsam die Krise bewältigen können. Deshalb ist und bleibt Mitbestimmung in Deutschland und Europa ein ebenso wichtiger Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft wie die Tarifautonomie. Und wir werden auch künftig in den europäischen Verhandlungen – beispielsweise zur Sitzverlagerungsrichtlinie und zur Europäischen Privatgesellschaft – darauf achten, dass das deutsche Mitbestimmungsmodell Zukunft hat. Die Möglichkeit, Europäische Betriebsräte zu bilden, ist eine gute Gelegenheit, die Mitbestimmung in Europa weiter voranzutreiben.
- **Ausweitung der mitbestimmungspflichtigen Geschäfte.** Im Bereich der Unternehmensmitbestimmung muss ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden. Feindliche Übernahmen dürfen kein mitbestimmungsfreier Raum mehr sein.
- **Mitbestimmungsfreie Zone reduzieren.** Die Umgehung der Mitbestimmung durch Auslagerung in faktisch beherrschte Tochterunternehmen, durch die Wahl der Rechtsform (wie Stiftungen und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit) sowie durch Auslandsgesellschaften mit Verwaltungssitz in Deutschland wollen wir beenden.
- **Beteiligungsrechte erweitern.** Wir haben die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass Betriebsräte bei technischen Neuerungen entsprechende Qualifizierungen durchsetzen können. Wir wollen künftig die Mitbestimmung auch generell bei Fragen der Ausbildung und Weiterbildung im Betrieb ausbauen. Die Mitbestimmung beim Einsatz von Zeitarbeit muss gestärkt und Leiharbeitnehmer müssen bei den betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerten berücksichtigt werden. Auch bei der Weiterbildung brauchen Betriebsräte mehr Rechte, ebenso um einen Sozialplan bei Betriebsübergang zu verhandeln. Und wir wollen die Rechte der Betriebsräte bei der Frauenförderung in den Betrieben stärken.
- **Betriebsratswahlen 2010 – Initiative zur Gründung von Betriebsräten.** Nur jeder 17. Betrieb mit 5 bis 50 Beschäftigten hat einen Betriebsrat. In vielen Fällen wird ein Betriebsrat von den Beschäftigten gewünscht, aber vom Unternehmen blockiert. Die nächste SPD-geführte Bundesregierung wird im Vorfeld der Betriebsratswahl

len 2010 eine Kampagne zur Gründung von Betriebsräten starten. Wir wollen, dass die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes möglichst umfassend genutzt werden.

#### **4. Bildung ist Menschenrecht**

Bildung ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Das gilt unabhängig von der Herkunft, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Bildung als Menschenrecht ist die Voraussetzung für echte Chancengleichheit. Solange in unserem Bildungssystem Hürden für benachteiligte Menschen bestehen, bleiben die Chancen ungerecht verteilt.

Lebenslanges Lernen ist für die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Menschen unersetzlich. Es gibt Orientierung, um sich in einer immer komplexer werdenden Welt zurechtzufinden und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Allgemeine, berufliche, politische und kulturelle Bildung vermittelt den Menschen Grundorientierungen und Kompetenzen. Dies macht es ihnen möglich, den politischen und gesellschaftlichen Wandel in unserer Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Wir plädieren für eine enge Zusammenarbeit von Schulen mit Volkshochschulen und anderen außerschulischen Bildungseinrichtungen sowie kulturellen Institutionen wie Bibliotheken, Museen, Theatern und Kinos.

Das Menschenrecht auf Bildung endet nicht mit dem Erwachsenwerden. Wer es im ersten Anlauf nicht geschafft hat und einen erneuten Versuch machen möchte, verdient das Recht auf eine zweite und dritte Chance. Bildung muss immer möglich sein – ein Leben lang, auch nach der Erwerbsphase. Wir bekennen uns zu Bildung als öffentlichem Gut und sehen Staat und Politik in der Verantwortung, mehr Bildung für alle von Anfang an und ein Leben lang zu organisieren.

Das Menschenrecht auf Bildung können wir nur gemeinsam verwirklichen. Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, denn von der Bildung der und des Einzelnen profitiert die gesamte Gesellschaft. Gute Bildung für alle ist Voraussetzung für Fortschritt und den zukünftigen Wohlstand des Landes.

Lehrerinnen und Lehrer in allen Bildungsbereichen leisten viel – ihr Engagement verdient mehr Anerkennung. Gemeinsam mit den Eltern legen sie das Fundament unserer Zukunft.

Kinder und Eltern fragen nicht, welche politische Ebene für ihre Bildung zuständig ist. Kinder brauchen qualifizierte und motivierte Lehrkräfte, eine gute Ausstattung mit Lehrmitteln und renovierte Klassenzimmer. Der notwendige Qualitätssprung im Bildungswesen wird nur gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln und alle Glieder der Bildungskette ineinander greifen. Wir wollen im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine solche Kooperation möglich ist.

→ **Was wir wollen:**

**Wir brauchen einen neuen Bildungskonsens und gemeinsame Ziele**

- **Alle Schülerinnen und Schüler brauchen einen Abschluss.** Unser erstes und wichtigstes Ziel wird sein, die Zahl der Schulabbrecher drastisch zu reduzieren. Wir wollen es nicht länger hinnehmen, dass jährlich 80.000 Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss bleiben. Über klare Zielvereinbarungen wollen wir erreichen, dass diese Zahl jährlich um mindestens 10 Prozent gesenkt wird.
- **Mehr Geld für Bildung.** Bildung muss unserer Gesellschaft mehr wert sein. Unser Ziel: bis 2015 mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Forschung und Entwicklung. Wir haben dieses Ziel beim Bildungsgipfel 2008 durchgesetzt.
- **Solidarbeitrag für Bildung.** Gerade in der Krise kommt es darauf an, dass wir ausreichend Geld in die Bildung investieren, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Und gerade in der Krise kommt es darauf an, diese Kosten gerecht zu verteilen. Darum werden wir einen Bildungszuschlag auf sehr hohe Einkommen einführen.
- **Ausbildung und Beruf.** Wir brauchen in Zukunft mehr gut qualifizierte Fachkräfte. Unser Ziel ist, dass alle Jugendlichen einen Berufsabschluss oder Abitur haben. Wir wollen das duale System stärken und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den regelmäßigen Zugang zu beruflicher Weiterbildung ermöglichen (siehe Kapitel „Gute Arbeit sichern“).
- **Integration.** Gemeinschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen durch gemeinsame Bildung und Erziehung. Ausgrenzung ist keine Lösung – das gilt für Kinder mit Behinderung, für Lernschwache und für solche, die im Elternhaus unzureichende Hilfestellung erfahren.
- **Die Benachteiligung von Einwanderkindern beenden.** Deutschland ist ein Einwanderungsland. Ein Viertel aller Kinder hat mindestens einen Elternteil, der aus einem anderen Land eingewandert ist. Viele dieser Kinder sind in unserem Bildungssystem immer noch erheblich benachteiligt. Auch sie haben ein Recht auf die gleichen Bildungschancen, auf die Anerkennung ihrer besonderen Fähigkeiten wie die Mehrsprachigkeit und ihrer kulturellen Erfahrungen.

**Eine starke Ausbildungsförderung für mehr Gerechtigkeit in der Bildung**

- **BAföG: Tradition verpflichtet.** Die Sozialdemokratie hat das BAföG zu Beginn der 70er Jahre eingeführt, weil es eine wichtige Bedingung für Chancengleichheit in der Bildung ist. An dieser Tradition knüpfen wir an.
- **BAföG für Schüler.** Schüler und Schülerinnen aus einkommensschwachen Familien sollen auf dem Weg zum Abitur ab ihrem Eintritt in die gymnasiale Oberstufe finanziell unterstützt werden.

- **BAföG für Studierende.** Wir werden das Studierenden-BAföG so ausweiten, dass Studieren auch in späteren Phasen der Erwerbsbiografie möglich wird. Dazu gehört, dass auch Teilzeitstudiengänge und weiterbildende Master-Studiengänge gefördert werden können. Dazu gehört auch, die Altersgrenze für den BAföG-Bezug anzuheben.
- **Meister-BAföG.** Wir werden die Regeln des Meister-BAföG und des BAföG in einem Erwachsenenfortbildungsgesetz zusammenfassen.
- **Das BAföG muss zum Leben reichen.** Darum werden wir es regelmäßig an die Lebenshaltungskosten anpassen.

### Gute Bildung für alle von Anfang an

- **Betreuung ab eins.** Wir haben dafür gesorgt, dass es ab 2013 für jedes Kind vom ersten Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. Wir wollen daraus ein Recht auf Ganztagsbetreuung machen.
- **Bessere Qualität und Gebührenfreiheit.** Die Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung steht für uns an erster Stelle aller Anstrengungen, denn es geht um das einzelne Kind. Wir brauchen einen besseren Personalschlüssel in Krippen, Kindertagesstätten und in der Tagespflege, der bundeseinheitlich im SGB VIII geregelt wird. In weiteren Schritten geht es um eine vollständige Gebührenfreiheit. An den dafür erforderlichen Mitteln wird sich der Bund beteiligen. Wir erwarten das auch von den Ländern, soweit es noch nicht hinreichend geschieht.
- **Erziehungsarbeit aufwerten.** Erzieherinnen und Erzieher leisten wichtige Arbeit, sie tragen große Verantwortung. Die SPD wird daher für eine bessere Aus- und Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher sorgen und damit die Voraussetzungen für eine angemessenere Bezahlung verbessern.
- **Verbindliche Zusammenarbeit von Kita und Schule.** Wir wollen, dass alle Kinder mit guten Startchancen in die Schule kommen. Deshalb wollen wir die Schulvorbereitung in der Kita stärken. Die verbindliche Sprachförderung muss Schwerpunkt der vorschulischen Bildung sein, damit alle Kinder gut vorbereitet in die erste Klasse kommen.

### Gemeinsames Lernen, alle Kinder fördern, kein Kind zurücklassen

- **Mehr Durchlässigkeit.** Unser Ziel ist ein sozial gerechtes, leistungsstarkes und durchlässiges Schulsystem, das kein Kind und keinen Jugendlichen zurücklässt. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können. Das werden wir mit einer besseren individuellen Förderung verbinden. Die SPD wird sich weiterhin für den Ausbau von integrativen Schulformen stark machen. Wir wollen langfristig das gegliederte Schulwesen überwinden.



## Anträge

- **Ganztagsschulen ausbauen.** Mit dem Ganztagsschulprogramm haben wir in der Zeit der rot-grünen Regierung einen Durchbruch in der Bildungspolitik geschafft. Unser Ziel ist es, das Angebot an Ganztagsschulen flächendeckend auszubauen. Alle Kinder sollen sowohl in Ganztagschulen als auch in Kindertagesstätten an einem gesunden Mittagessen teilnehmen können.
- **Sozialarbeit an jeder Schule mit Bedarf.** Schulen, die besondere Integrationsleistungen erbringen, müssen mehr Unterstützung erhalten. Jede Schule mit besonderem Bedarf soll mindestens eine/n Schul-Sozialarbeiter/in erhalten.
- **Inklusive Bildung.** Wir werden dafür eintreten, dass möglichst alle Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen zur Schule gehen.
- **Berufsorientierung an allen Schulen.** Wir wollen die Arbeits- und Berufsorientierung in der Schule fest verankern. Sie soll gemeinsam mit einer umfangreichen Beratung und Berufswahlvorbereitung Pflichtangebot in allen allgemeinbildenden Schulen sein. Schule und Betrieb müssen dafür besser verzahnt werden.

## Offene Hochschulen

- **Keine Studiengebühren.** Ein Studium darf nicht am Geld scheitern. Wir stehen zu einem gebührenfreien Erststudium bis einschließlich zum Master.
- **Geld folgt Studierenden.** Verantwortlich für die Hochschulen bleibt der Staat. Wir werden eine gerechte Verteilung der Lasten herstellen und die Hochschulfinanzierung auf ein wettbewerbliches Anreizsystem nach dem Prinzip „Geld folgt den Studierenden“ umstellen. Damit wollen wir einen positiven Wettbewerb der Länder um die Studierwilligen erreichen.
- **Mehr Studienplätze.** Wir halten an dem Ziel fest, die Zahl der Studienplätze zu erhöhen. Wir werden den Hochschulpakt konsequent und überprüfbar umsetzen.
- **Gute Lehre und Beratung.** Neben dem quantitativen Ausbau der Studienplätze setzen wir uns auch die Verbesserung der Lehre an den Hochschulen zum Ziel. Die SPD fordert, dass der durch die Studienstrukturreform erhöhte Beratungsbedarf der Studierenden abgesichert wird und die Hochschulen ausreichend ausgestattet sind, um den Studierenden dabei zu helfen, ihre Studienziele zu erreichen.
- **Zugang erleichtern.** Wir wollen, dass mehr Fachkräfte ohne Abitur studieren können, und werden den Zugang zu den Hochschulen für diese Personengruppe weiter öffnen. Eine qualifizierte Berufsausbildung ist für uns gleichrangig mit einem allgemeinbildenden Abschluss.
- **Zulassung zentral regeln.** Wir werden die Hochschulzulassung bundeseinheitlich regeln. Alle Hochschulen müssen beteiligt sein am zentralen Serviceverfahren. So können alle Kapazitäten ausgenutzt werden und die Studierenden gemäß ihrer Neigung studieren.

- **Gesellschaftliche Verantwortung lehren.** Hochschulen dürfen nicht nur Orte der Wissensvermittlung sein. Wir setzen uns dafür ein, dass dort nicht nur Inhalte weitergegeben werden, sondern der Sinn für gesellschaftliche Verantwortung gestärkt wird.
- **Demokratische Hochschule.** Wir stehen für starke, offene und demokratische Hochschulen ein. Wir stehen zur Hochschulautonomie und zur universitären Selbstverwaltung. Wir wollen die inneruniversitäre Demokratie stärken: Alle Statusgruppen müssen fair in Entscheidungen und Gremien eingebunden werden.
- **Mehr Frauen in Leitungsfunktionen.** Wir wollen, dass mehr Frauen Leitungsfunktionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen übernehmen. Deshalb werden wir konkrete Zielvereinbarungen mit finanziellen Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung abschließen.
- **Professorinnen-Programm.** Wir wollen den Frauenanteil des wissenschaftlichen Personals bis 2020 auf 40 Prozent erhöhen. Dafür planen wir ein Professorinnen-Programm sowie ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen an den Hochschulen.

### Wissenschaftspolitik

- **Exzellenzinitiative fortsetzen.** Die Exzellenzinitiative ist ein sozialdemokratisches Erfolgsprojekt, das den Wissenschaftsstandort Deutschland erheblich aufgewertet hat. Wir werden sie über das Jahr 2011 hinaus fortsetzen.
- **Internationaler Wissenschaftsstandort.** Wir wollen die Internationalisierung von Lehre und Forschung weiterentwickeln, damit mehr Spitzenkräfte aus dem Ausland zu uns kommen und Forscherinnen und Forscher in unserem Land bleiben. Das Einwanderungsrecht und Verdienstmöglichkeiten sind dafür wesentliche Faktoren. Wir müssen sie so gestalten, dass die besten Köpfe zu uns kommen und bei uns ihre Arbeit leisten. Studiengänge und Abschlüsse müssen international vergleichbar sein.
- **Wissenschaftlichen Nachwuchs fördern.** Wir wollen die Juniorprofessur nachhaltig ausbauen. Wir werden ein Förderprogramm für den akademischen Mittelbau sowie für attraktive Anwerbe- und Rückholprogramme auflegen.
- **Wissenschaftliche Kooperation erleichtern.** Um die Bildung von Clustern und Forschungsnetzen zu erleichtern, wollen wir die Integration von Hochschulen und Forschungseinrichtungen vereinfachen und Wissenschaftsstrukturen flexibilisieren.
- **Forschungseinrichtungen besser fördern.** Wir werden den Pakt für Forschung fortsetzen und weiterentwickeln.

## 5. Handlungsfähiger Staat – solidarisch finanziert

Um wichtige Investitionen vor allem in Bildung, Familien, Forschung, Infrastruktur, Kultur oder Sicherheit zu ermöglichen, ist der Staat auf solide und stabile Einnahmen angewiesen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung stehen dafür, dass sich die Gesamtsteuerlast gerecht nach Leistungskraft verteilt. Das heißt für uns: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Denn sie können mehr tragen als schwache.

Unsere Steuerpolitik folgt dem Prinzip, wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Bei der Besteuerung von Unternehmen haben wir wichtige Fortschritte erzielt. Einem weitergehenden Steuersenkungswettbewerb werden wir entschieden entgegentreten. Gewinnverlagerung, Steuergestaltung und übermäßiger Fremdfinanzierung globaler Konzerne wollen wir auch weiter Einhalt gebieten. Wer seine Gewinne in Deutschland erwirtschaftet, soll hierzulande seine Steuern zahlen. Wer das nicht tut, schadet allen, die mit ihren Steuern die Leistungen des Staates finanzieren müssen. Deshalb bekämpfen wir den internationalen Steuerbetrug und den schädlichen Steuerwettbewerb.

Wer durch hohe Einkommen und Vermögen Vorteile genießt, muss einen stärkeren Solidarbeitrag vor allem zur Finanzierung von Kinderbetreuung und Bildung leisten. Dass Vermögende einen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden steuerlichen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten, ist sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig.

### ✚ Was wir wollen:

#### Lohnsteuerbonus einführen

- **Konsequente Vereinfachung.** Wir wollen, dass Millionen von Steuerpflichtigen mit ihrer Steuererklärung keinen Aufwand mehr betreiben müssen.
- **300 Euro Lohnsteuer-Bonus.** Wir bieten allen 30 Millionen Lohnsteuerpflichtigen an, künftig per Postkarte an das Finanzamt auf die jährliche Einkommensteuererklärung verzichten zu können. Damit sich das für die Steuerzahler rechnet, erhalten Ehepaare einen Lohnsteuer-Bonus in Höhe von 600 Euro und Singles in Höhe von 300 Euro pro Jahr. Der Bonus entlastet alle, die ihn nutzen wollen, und vereinfacht das Steuerverfahren.
- **Millionen Steuerpflichtige profitieren.** Das Angebot richtet sich an alle 30 Millionen Lohnsteuerpflichtigen – und wird sich für viele lohnen. Allein zwei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben zurzeit keine Lohnsteuererklärung ab, da sie den Aufwand scheuen, weil sie keine Erstattung erwarten oder weil ihnen das Steuerrecht schlicht zu kompliziert ist. Hinzu kommen all diejenigen, die nur eine geringe Erstattung erwarten oder sich künftig gern den Aufwand für die Erstellung einer Lohnsteuererklärung sparen wollen.

- **Maximale Transparenz und Vereinfachung.** Die Lohnsteuer wird nach geltendem Recht ermittelt, also auch unter Berücksichtigung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags oder des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende. Der Arbeitgeber zieht sie wie bisher ein. Wenn sie vollständig gezahlt ist, gibt es künftig anstelle des aufwändigen „einkommensteuerlichen Veranlagungsverfahrens“ die Alternative der Postkarte ans Finanzamt.
- **Berechenbar und gerecht.** Jeder, der das Angebot annimmt, weiß sofort, wie hoch seine Entlastung ausfällt. Besonders attraktiv ist diese Option für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen – so wird der Lohnsteuer-Bonus zu einem Ausgleich für die Sozialversicherungsbelastungen im (nahezu steuerfreien) Niedriglohnbereich.
- **Auch die Finanzämter profitieren.** Die Finanzämter werden deutlich entlastet, denn dort fällt weniger Arbeit an. Damit werden Kapazitäten frei, die wir für eine konsequente Verfolgung der Steuerhinterziehung nutzen können.
- **Erst durch die Abgeltungssteuer möglich.** Durch die Abgeltungssteuer werden Kapitalerträge bereits an der Quelle belastet. Deshalb müssen diese Einkünfte nicht mehr steuerlich erfasst werden. Erst die Abgeltungssteuer macht es möglich, den Lohnsteuer-Bonus sehr vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern anzubieten.

### Gerechte Steuern

- **Entlastung der Normalverdienenden.** Eine verantwortungsvolle Haushalts- und Finanzpolitik muss akzeptieren, dass es auf absehbare Zeit keinen Spielraum für flächendeckende Steuersenkungen gibt. Wir wollen die Entlastungen daher auf die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen sowie die Familien konzentrieren.
- **Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 10 Prozent.** Mit der Absenkung des Eingangssteuersatzes von bislang 14 Prozent auf 10 Prozent entlasten wir gezielt untere und mittlere Einkommen. Wir wollen den Tarifverlauf so gestalten, dass es Entlastungen bis zu einem versteuernden Jahreseinkommen von 52.882 Euro (Verheiratete 105.764 Euro) gibt. Hiervon werden im Vergleich zum Tarifverlauf 2010 über 24,6 Millionen Menschen profitieren.
- **Geschlechtergerechtes Steuersystem.** Unser Einkommenssteuerrecht zementiert mit dem Ehegattensplitting und der Steuerklasse V die alten Rollenmuster. Mit der Einführung des so genannten „Faktorverfahrens“ ist ein erster Schritt für eine gerechtere Verteilung der Steuerlast zwischen den Eheleuten erfolgt. Der Vorteil des Ehegattensplittings ist umso größer, je höher das Einkommen und je größer die Einkommensunterschiede zwischen den Ehegatten sind. Wir wollen das Ehegattensplitting so verändern, dass für beide Partner Erwerbsanreize gegeben sind, die Steuerlast zwischen den Eheleuten gerecht verteilt wird und der Splittingvor-

## Anträge

teil bei hohen Einkommen gekappt wird. Frei werdende Mittel werden wir in die Erziehung und die Bildung von Kindern investieren.

- **Gerechter Kindergrundfreibetrag.** Wir werden den Kinderfreibetrag von derzeit 3.864 Euro schon ab dem 1. Januar 2010 um weitere 200 Euro je Kind erhöhen und damit eine verfassungsgemäße Familienbesteuerung garantieren. Wir wollen zudem mittelfristig den Familienleistungsausgleich so umgestalten, dass die Wirkung für alle Familien gleich ist – gleichgültig, ob sie mehr oder weniger Einkommen haben. Um das zu erreichen, streben wir die Umgestaltung der Kinderfreibeträge in einen Kindergrundfreibetrag an, der alle Kinder gleich fördert. Während der Kinderfreibetrag umso stärker wirkt, je höher das Einkommen ist, gewährleistet der Kindergrundfreibetrag für alle die gleiche Entlastung.
- **Steuergerechtigkeit durch Abzug von der Steuerschuld.** Spitzenverdiener profitieren in besonderer Weise von Fördertatbeständen, die als Abzug von der Bemessungsgrundlage ausgestaltet sind. Je höher das Einkommen ist, desto höher ist die Entlastung. Wir wollen daher die steuerliche Förderung stärker auf den Abzug von der Steuerschuld ausrichten, der für alle zu gleich hohen Entlastungen führt.

## Solidarischer Lastenausgleich in und nach der Wirtschaftskrise

- **Solidarischer Lastenausgleich.** Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise verlangt unserer Gemeinschaft enorme Lasten ab. Die öffentlichen Haushalte werden durch Mehrausgaben und Mindereinnahmen belastet. Während die Ursachen der Krise in erster Linie im unverantwortlichen Handeln der Finanzmanager liegen und die Vermögenden von diesem Fehlverhalten profitiert haben, hat die Allgemeinheit die Kosten zu tragen. Um zumindest einen teilweisen Ausgleich der Lasten zu erreichen, bündeln wir wichtige Maßnahmen zu einem solidarischen Lastenausgleich.
- **Anhebung des Spitzensteuersatzes als „Bildungssoli“.** Wir machen mit dem Ziel des Bildungsgipfels 2008 Ernst, die gesellschaftlichen Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen und unser Land im Bildungsbereich zukunftsfähiger zu machen. Um dieses Ziel erreichen zu können, schlagen wir einen Zuschlag als „Bildungssoli“ bei der Besteuerung höchster Einkommen vor. Dabei wird der Spitzensteuersatz auf 47 Prozent ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 125.000 Euro (Verheiratete 250.000 Euro) angehoben.
- **Börsenumsatzsteuer.** Zur Eindämmung kurzfristiger Spekulationen wollen wir eine Börsenumsatzsteuer nach dem Vorbild der britischen Stempelsteuer in Höhe von 0,5 Prozent (Normalsatz) bis 1,5 Prozent (Sonderfälle) des Kurswertes auf börsliche Wertpapiergeschäfte ab einem Umsatz von 1.000 Euro einführen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass eine solche Steuer europaweit eingeführt und auf weitere Finanztransaktionen erhoben wird.

- **Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuerschlupflöcher schließen.** In Deutschland werden jährlich viele Milliarden Euro an den Finanzämtern vorbeigeschleust und in Steueroasen verlagert. Die daran beteiligten Staaten müssen dazu gebracht werden, sich an die internationalen Standards des Informationsaustausches im Besteuerungsverfahren zu halten. Besteht diese Kooperationsbereitschaft nicht und kommt der Steuerpflichtige selbst seinen Mitwirkungspflichten ebenfalls nicht nach, so müssen Sanktionen verhängt werden können, wie z. B. die Einschränkung der Anerkennung von Betriebsausgaben/Werbungskosten. Nur mit entsprechenden Sanktionen kann die gesetzmäßige Durchsetzung des Steueranspruchs wieder sichergestellt werden. Wer Steuern hinterzieht, muss in Zukunft zudem einen deutlich höheren Zinssatz als die geltenden sechs Prozent zahlen. Durch diese Maßnahmen ist eine merkliche Einschränkung des bisherigen Steuerausfallvolumens zu erwarten.
- **Umsatzsteuerbetrug und organisierte Kriminalität bekämpfen.** Ähnlich der internationalen Steuerhinterziehung werden der Gemeinschaft der Steuerzahler auch beim Betrug mit der Umsatzsteuer jährlich Milliarden Euro vorenthalten, häufig auch durch betrügerische „Karussellgeschäfte“. Dieser kriminellen Energie muss entschieden entgegengetreten werden, und der Fahndungs- und Prüfungsdruck auf Umsatzsteuerbetrüger muss erhöht werden.

## 6. Sozialstaat – Fortschritt und Zukunft

Der Sozialstaat ist organisierte Solidarität: Er gründet sich darauf, dass Menschen füreinander eintreten – Starke für Schwache, Junge für Alte, Gesunde für Kranke und Pflegebedürftige, Arbeitende für Arbeitsuchende: Die Gemeinschaft für Hilfebedürftige. Er erweitert die liberalen Bürgerrechte um soziale Rechte: Die großen Lebensrisiken werden auf Grundlage vorheriger Beiträge abgesichert – soziale Sicherung ist damit kein Almosen oder von willkürlichen Entscheidungen abhängig, sondern es besteht ein Rechtsanspruch auf Grundlage vorheriger Gegenleistungen.

Damit die Systeme der sozialen Sicherung diese Aufgaben auch in Zukunft erfüllen können, müssen wir sie an veränderte Bedingungen anpassen. Der vorsorgende Sozialstaat ist unser Leitbild organisierter Solidarität. Wir wollen eine Modernisierung der Sozialversicherungen, um damit auf den Wandel in der Arbeitswelt zu reagieren.

### ❖ Was wir wollen:

#### Alle für alle – Das Prinzip Bürgersozialversicherung

- **Die Bürgersozialversicherung als Leitprinzip.** Unser System der sozialen Sicherung wird einer „Gesellschaft des längeren Lebens“ und einer veränderten Arbeitsgesellschaft zum Teil nicht mehr gerecht. Der Umbau der sozialen Sicherung hin zu Bürgersozialversicherungen ist unser Leitprinzip weit über eine Legislaturperiode

hinaus. Am Ende des Prozesses soll ein Sozialstaat stehen, der alle Bürgerinnen und Bürger bei der Absicherung von Krankheit und Pflege und alle Erwerbstätigen bei der Altersversorgung und der Absicherung von Arbeitslosigkeit in die Solidarität einbezieht. Dieser Gedanke setzt einen umfassenden gesellschaftlichen Konsens für einen bürgerorientierten Sozialstaat voraus. In der kommenden Legislaturperiode werden wir weitere Schritte in diese Richtung gehen.

### Solidarische Alterssicherung

- **Stabilisierung der bestehenden Alterssicherung.** Zur umlagefinanzierten gesetzlichen Rente, ergänzt um die betriebliche und private Altersvorsorge, gibt es keine bessere Alternative. Die Bedeutung der gesetzlichen Altersrente wird gerade in Zeiten der Finanzkrise deutlich. Um in einer Gesellschaft mit immer mehr alten Menschen keine Generation zu überfordern, waren die Veränderungen im Rentenrecht unumgänglich. Hierzu gehört auch die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029. Wir wissen aber auch, dass die Menschen während ihrer Erwerbsphase unterschiedlichen Belastungen ausgesetzt sind und die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch weiter verbessert werden muss. Auch wollen wir den individuellen Bedürfnissen der Menschen beim Übergang von Erwerbs- zu Ruhestandsphase besser entsprechen und vor Altersarmut bewahren. Dabei ist für uns klar: Die Renten müssen auch in Zukunft die Gegenleistung für die während der Erwerbstätigkeit gezahlten Beiträge bleiben.
- **Beschäftigungsfähigkeit erhalten.** Die zentrale Voraussetzung der Altersvorsorge ist, dass Menschen möglichst lange zu guten Bedingungen im Erwerbsleben bleiben können. Wir wollen daher alle Möglichkeiten nutzen, um die Arbeitswelt so zu verändern, dass alle Beschäftigten möglichst lange gesund am Arbeitsleben teilhaben können und psychisch und körperlich belastende Arbeitsbedingungen weitgehend vermieden werden.
- **„Gute Arbeit“ für Existenz sichernde Renten.** Voraussetzung für armutsfeste Renten sind Existenz sichernde Löhne und eine möglichst ungebrochene Erwerbsbiographie – für Männer und Frauen. Deshalb setzen wir uns für flächendeckende Mindestlöhne ein. Wir werden einen Anspruch auf geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für deutlich leistungsgeminderte Langzeitarbeitslose über 60 Jahren schaffen, um dieser Gruppe die Gelegenheit zur Teilhabe an Arbeit und zum Erwerb von Rentenanwartschaften zu geben.
- **Schließen von Lücken in der Versicherungsbiographie.** Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit haben in der Vergangenheit zu Lücken in der Versicherungsbiographie geführt. Deshalb wollen wir das Risiko reduzieren, dass langjährig Erwerbstätige im Alter auf die Grundsicherung angewiesen sein werden. Um geringe Anwartschaften bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern besser zu bewerten, werden wir das Instrument der Rente nach Mindesteinkommen bei langjährig Ver-

sicherten noch einmal für Beitragszeiten bis Ende 2010 verlängern. Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit werden wir begrenzt höher bewerten, wenn zum Zeitpunkt des Rentenzugangs weniger als 30 Entgeltpunkte vorhanden sind.

- **Alterssicherung in der zweiten und dritten Säule.** Der Ausbau der betrieblichen Altersversorgung als zweiter Säule und der geförderten privaten Vorsorge („Riester-Rente“) als dritter Säule ist ein Erfolg sozialdemokratischer Politik. Wir wollen die Absicherung durch diese zusätzlichen Säulen verbessern. Zukünftig soll auch das Risiko der Erwerbsunfähigkeit obligatorisch und zu gleichen Konditionen abgesichert werden.
- **Einheitliches Rentensystem in Ost und West.** Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen.

### **Förderung des flexiblen Übergangs vom Erwerbsleben in die Altersrente**

- **Mehr Flexibilität im Übergang.** Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Zukunft mehr Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in die Rente ermöglichen.
- **Geförderte Altersteilzeit.** Die von der Bundesagentur für Arbeit geförderte Altersteilzeit werden wir bis 2015 verlängern, wenn ein Unternehmen eine frei werdende Stelle mit einem Auszubildenden oder Ausbildungsabsolventen neu besetzt. Zudem wollen wir im Rahmen der Altersteilzeit individuellen und betrieblichen Bedürfnissen besser gerecht werden.
- **Teilrente.** Die Möglichkeit, eine Altersrente auch als Teilrente bei paralleler Teilzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, wollen wir bereits ab dem 60. Lebensjahr ermöglichen.
- **Zusätzliche Beiträge.** Auch im Rahmen der Rentenversicherung ist eine höhere Flexibilität möglich, ohne die Rentenversicherung mit Kosten zu belasten: Hierzu soll sowohl den Versicherten als auch den Unternehmen und tariflichen Fonds die Möglichkeit gegeben werden, mit zusätzlichen Beiträgen zur Rentenversicherung bei einem früheren Rentenzugang die Abschläge abzukaufen oder Zuschläge zur Rente zu erwerben und so den Schutz im Alter oder bei Erwerbsminderung zu erhöhen.

### **Erweiterung der Rentenversicherung**

- **Einbeziehung der Solo-Selbstständigen.** Die Arbeitswelt hat sich verändert. In den heutigen Erwerbsbiographien sind Übergänge von abhängiger Beschäftigung, Selbständigkeit oder freiberuflicher Tätigkeit häufiger, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Deshalb wollen wir die Rentenversicherung langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln. In einem ersten Schritt wollen wir alle Solo-Selbstständigen einbeziehen, sofern sie nicht in einem berufsständi-



## Anträge

schen Versorgungswerk eine der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbare Altersversorgung haben.

### **Bürgerversicherungen bei Gesundheit und Pflege**

- **Mehr Gesundheit für alle.** Gleiche Gesundheitschancen und die solidarische Absicherung der allgemeinen Lebensrisiken Krankheit und Pflege für alle Menschen sind wesentliche Voraussetzungen für Freiheit und für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe. Dies trägt zu einem würdigen Leben, zu einer guten Lebensqualität, zu gesellschaftlichem Wohlstand, zu ökonomischer Prosperität und damit zu sozialem Frieden bei. Für uns ist die Verbesserung und Erhaltung der Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger Aufgabe und Verantwortung staatlicher Daseinsvorsorge.
- **Alle Bürgerinnen und Bürger einbeziehen.** Mit der Versicherungspflicht für alle, einem gerechten Ausgleich der unterschiedlich verteilten sozialen Risiken und der Krankheitsrisiken (Risikostrukturausgleich) sowie dem Einstieg in die Steuerfinanzierung haben wir wichtige Schritte zu einem solidarischen Gesundheitswesen für alle Bürgerinnen und Bürger getan. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.
- **Solidarische Finanzierung.** Wir wollen alle Einkommen zur Finanzierung der Gesundheitsaufgaben heranziehen und deshalb den Steueranteil für die gesetzliche Krankenversicherung erhöhen. Im Rahmen des Gesundheitsfonds wollen wir den neuen Risikoausgleich, der die unterschiedlichen Krankheitsrisiken berücksichtigt, („morbidityorientierter Risikostrukturausgleich“) weiterentwickeln und die private Krankenversicherung einbeziehen. Und wir werden dafür sorgen, dass der Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung – auch der bisherige Sonderbeitrag von 0,9 Beitragssatzpunkten – wieder paritätisch von Arbeitnehmer und Arbeitgebern getragen wird. Wir werden einen Risikoausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung einführen. Wenn sich alle Bürgerinnen und Bürger zu gleichen Bedingungen beteiligen, ist die Finanzierung der Pflegeversicherung einschließlich der notwendigen zusätzlichen Pflege- und Betreuungskräfte ohne Beitragsanhebung auch längerfristig gesichert.

### **Gute Versorgung für alle**

- **Gute Versorgung in allen Regionen.** Wir wollen auch in Zukunft keine Zwei-Klassen-Medizin, sondern eine gute Versorgung, zu der alle Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen den gleichen Zugang haben. Um eine gleichmäßige Versorgung sicherzustellen, Über- und Unterversorgung abzubauen, brauchen wir weitere Schritte zur Flexibilisierung des Vertragsgeschehens. Kollektiv- und Einzelverträge gewährleisten zusammen eine ausreichende flächendeckende Versorgung. Um das Honorarsystem transparent und gerecht zu gestalten und um eine Diskriminierung gesetzlich Versicherter zu vermeiden, wollen wir eine einheitliche Gebührenordnung für die ambulante medizinische Versorgung.

- **Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Versorgung.** Wir wollen die Krankenhäuser weiter für die ambulante Versorgung öffnen. Wir wollen für gleiche Leistungen – unabhängig davon, wo oder für wen sie erbracht werden – die gleiche Vergütung zahlen. Dabei darf es nicht zu Verzerrungen in Folge der unterschiedlichen Finanzierungsregelungen für die ambulante und stationäre Versorgung kommen.
- **Auf erfolgreichen Reformen aufbauen.** Mit der Gesundheitsreform von 2007 haben wir die Basis für ein modernes, leistungsfähiges und faires Gesundheitswesen und für eine gerechte Verteilung der Beitragsmittel geschaffen. Wir haben trotz notwendiger Kompromisse dafür gesorgt, dass die Zuzahlungen nicht ausgeweitet wurden und dass alle Menschen auch in Zukunft Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung auf dem jeweils aktuellen Stand des medizinischen Wissens haben.
- **Am medizinischen Fortschritt teilhaben.** Unser Ziel ist und bleibt, dass alle Menschen am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Angesichts dieses Fortschritts und der damit verbundenen Gesellschaft des längeren Lebens müssen wir dafür sorgen, dass das Geld der Beitragszahler genau dorthin fließt, wo es benötigt wird. Nur der verantwortliche Umgang aller Akteure mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sichert eine gute Zukunft unseres Gesundheitssystems. Daran werden wir weitere Reformen – insbesondere auch der Institutionen – des Gesundheitswesens ausrichten.
- **Wohnortnahe ärztliche Versorgung.** In einer „Gesellschaft des längeren Lebens“ gilt es, die Teilhabe aller auch am Gesundheitswesen zu sichern. Dazu gehören eine wohnortnahe ambulante Versorgung durch niedergelassene Haus- und Fachärzte, die Sicherung der freien Arztwahl und die Stärkung der Zusammenarbeit der ambulant tätigen Haus- und Fachärzte mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

#### Qualität sichern – Patienten stärken

- **Zukunft der Gesundheitsberufe.** Auch die Gesundheitsberufe müssen sich verändern. Es bleibt der freien Wahl der Ärztinnen und Ärzte überlassen, ob sie selbstständig oder als Angestellte arbeiten wollen, in niedergelassener Praxis oder im Medizinischen Versorgungszentrum. Ärztliche und nicht-ärztliche medizinische Berufe müssen stärker als bisher zusammenarbeiten, so dass jeder im Gesundheitswesen seine Kompetenz optimal einbringen kann. Flache Hierarchien, Entlastung der Ärzte von bürokratischen Aufgaben durch spezialisierte Assistenzkräfte und mehr technologische Unterstützung, mehr Kompetenzen für pflegerische Berufe sind der Weg der Zukunft. Eine ganz besondere Herausforderung ergibt sich aus dem demographischen Wandel: Für alle Gesundheitsberufe müssen die Geriatrie und die Palliativversorgung wichtige Schwerpunkte in Ausbildung, Forschung und Arbeit werden. Dem Gendergedanken wollen wir im Gesundheitswesen durch geschlechterspezifische Forschung und Versorgung Geltung verschaffen.

## Anträge

- **Ausbau der integrierten Versorgung.** Jede Patientin und jeder Patient muss die Sicherheit haben, dass alle an der Behandlung Beteiligten verlässlich zusammenarbeiten und abgestimmte Behandlungsstrategien verfolgen. Dazu wollen wir die integrierte Versorgung ausbauen und deren Finanzierung sicherstellen. Gleiches gilt für die Versorgung chronisch kranker Menschen durch leitliniengestützte und evidenzbasierte Behandlungsprogramme.
- **Neutrale Nutzenbewertung von Leistungen.** Der Ausbau der Kosten-Nutzen-Bewertung neuer Arzneimittel und Therapien sowie der Ausbau der patientenverständlichen Information durch neutrale Institutionen tragen zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit des Gesundheitswesens bei.
- **Prävention stärken.** Zu einer vorsorgenden Gesundheitspolitik gehört es, Krankheiten vorzubeugen, gesundheitsförderliche Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen zu realisieren und soziale Unterschiede in Gesundheitschancen und Lebenserwartung auszugleichen. Mit einem Präventionsgesetz wollen wir die Primärprävention stärken und Gesundheitsziele als Handlungsrahmen definieren. Es muss bei sozialen Lebenswelten (Stadtquartier, Arbeitsplatz, Schule etc.) ansetzen. Bund, Länder und Kommunen, die Sozialversicherungsträger sowie die Private Krankenversicherung müssen in die Verantwortung bei der Finanzierung einbezogen werden. Arbeitsverdichtung und unsichere Beschäftigungen können krank machen: nicht zuletzt ist daher der Einsatz für Gute Arbeit ein wichtiger Beitrag zu einer präventiven Gesundheitspolitik.
- **Patientenrechte.** Eine leistungsfähige und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Gesundheitspolitik bedarf besserer und transparenterer Patientenrechte. Dazu gehört auch, die bislang zersplitterten und undurchsichtigen Rechte der Patienten und Patientinnen in einem Gesetz zusammenzuführen und insbesondere hinsichtlich Fehlervermeidung und Risikomanagement sowie Regulierung bei eingetretenen Schäden zu stärken. Darüber hinaus werden wir die unabhängigen Patientenberatungsstellen auf eine dauerhaft sichere finanzielle Grundlage stellen.
- **Gesundheitswesen als Wachstumssektor.** Die soziale Gesundheitswirtschaft ist eine der beschäftigungsstärksten Branchen Deutschlands. Die Wachstumspotenziale sind enorm. Investitionen in Gesundheit sind Zukunftsinvestitionen.

## Menschenwürdige Pflege

- **Qualität der Pflege.** Mit der Pflegereform 2008 haben wir die Leistungen für – insbesondere auch an Demenz erkrankte – Pflegebedürftige und ihre Angehörigen deutlich verbessert und die Grundlagen für mehr Pflegequalität und Transparenz geschaffen. Gerade die ambulante Pflege wird gestärkt durch die neuen Möglichkeiten für Angehörige, bei befristeter Freistellung von der Arbeit und voller sozialer Sicherheit die Pflege zu übernehmen (Pflegezeit). Auch die neue quartiersnahe

Pflegeberatung aus einer Hand in den Pflegestützpunkten leistet hierzu einen Beitrag.

- **Neuer Begriff der Pflegebedürftigkeit.** Mit der Weiterentwicklung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs werden wir die Hilfen der Pflegeversicherung zielgenauer auf die individuellen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen ausrichten. Wir wollen weg von der „Minutenpflege“ hin zu einer Pflege, die den Menschen in seiner Gesamtheit wahrnimmt und den Hilfebedarf an dem Grad der Einschränkung seiner Selbstständigkeit ausrichtet.
- **Wohnortnahe Angebote.** Zusammen mit Ländern und Gemeinden müssen die Hilfen vor Ort in den nächsten Jahren so weiterentwickelt werden, dass für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen überall wohnortnahe Unterstützungsangebote zur Verfügung stehen und die häusliche Pflege gestärkt werden kann.
- **Freistellungsanspruch.** Für nahe Angehörige wollen wir einen Anspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit von bis zu 10 Tagen einführen, damit sie bei akut auftretender Pflegebedürftigkeit die nötige Zeit zur Organisation der Pflege zur Verfügung haben.

## 7. Familien stärken – Gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen

In der Familie gilt das Prinzip der Solidarität: Jeder steht für den anderen ein. Diese Solidarität verdienen Familien auch von der Gesellschaft.

Wir müssen jungen Paaren Sicherheit und Freiräume geben, damit der Wunsch nach Kindern auch realisiert werden kann. Familien brauchen ein kinderfreundliches Umfeld: am Arbeitsplatz und am Wohnort, auf dem Land oder in der Stadt. Sie brauchen eine gute Unterstützungsinfrastruktur, die im Alltag entlastet, und die Gewissheit, mit ihrer Aufgabe nicht allein gelassen zu werden. Familie ist der Ort, wo Ehe und Partnerschaft gelebt werden, wo Ehe- und Lebenspartner vereinbaren, wie sie Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung aufteilen, und an dem Gleichberechtigung konkret wird. Wir haben in den vergangenen Jahren viel dafür getan: Elterngeld, der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag und Ganztagschulen ermöglichen mehr Familien mehr Entscheidungsfreiheit und die partnerschaftliche Bewältigung der Aufgaben. Deshalb wollen wir unser Steuersystem geschlechtergerecht ausgestalten, damit es für Frauen keine Hürde darstellt, erwerbstätig zu werden, und ihrer beruflichen Emanzipation nichts im Wege steht. Alleinerziehende müssen täglich mehr leisten als andere, um ihren Alltag zu organisieren. Bei dieser Aufgabe verdienen sie die besondere Unterstützung der Gesellschaft.

Kein Kind soll in Armut aufwachsen. Das ist leider noch nicht Realität. Der beste Schutz vor Kinderarmut ist eine Existenz sichernde Erwerbsarbeit der Eltern. Zur Bekämpfung

## Anträge

der Kinderarmut wollen wir eine intensive Abstimmung der kinder-, jugend-, sozial- und bildungspolitischen Instrumente über die politischen Ebenen hinweg. Wir wollen eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft.

### 🔗 Was wir wollen:

#### **Familien brauchen mehr Zeit, finanzielle Unterstützung und eine bessere Infrastruktur**

- **Bessere Kinderbetreuung.** Wir haben durchgesetzt, dass es ab 2013 für jedes Kind vom ersten Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. Dieser Rechtsanspruch soll zu einem Anspruch auf Ganztagsbetreuung ausgeweitet werden. Wir wollen eine Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung.
- **Eltern-Kind-Zentren – als Regelangebot und an jedem Ort.** Wir wollen die Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen. Sie bieten umfassende Hilfe und Beratung für Eltern.
- **Nationale Kinderkonferenz.** Um in allen Fragen des Betreuungsausbaus zügig voranzukommen, wollen wir eine Nationale Kinderkonferenz einrichten.
- **Elterngeld und Partnermonate verbessern.** Das Elterngeld und die Partnermonate wollen wir so weiterentwickeln, dass die partnerschaftliche Arbeitsteilung in der Familie noch mehr als bisher gefördert wird. Wir wollen, dass Mütter und Väter gleichzeitig Elterngeld und Elternzeit in Anspruch nehmen können. Dafür wollen wir die Zahl der Partnermonate von zwei auf vier („12+4 Modell“) erhöhen und den gleichzeitigen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung und Elterngeld von sieben auf sechzehn Monate erweitern.
- **Gezielte Unterstützung für Alleinerziehende.** Elternteile, die ihre Kinder allein erziehen, meistern besondere Belastungen und tragen mit ihren Kindern ein erhöhtes Armutsrisiko. Ihnen wollen wir – neben dem bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung – mit gezielten Maßnahmen helfen. Hierzu gehört eine spezialisierte Betreuung in den Arbeitsagenturen, die besser als bisher auch mit der Kinder- und Jugendhilfe und anderen Hilfesystemen vernetzt ist. Wir werden Familien mit niedrigem Einkommen dabei unterstützen, personen- und haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können.
- **Unterhaltsvorschuss.** Die Situation von Alleinerziehenden ist seit Jahren prekär. Deshalb werden wir die Voraussetzungen für den Unterhaltsvorschuss flexibel gestalten und damit die Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern verbessern. Bund, Länder und Kommunen werden Maßnahmen verabreden, damit zukünftig der Vorschuss konsequent von den Unterhaltspflichtigen zurückgefordert wird.

## Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen: Aktionsplan gegen Armut

- **Aktionsplan gegen Kinderarmut.** Zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen brauchen wir eine abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Hauptursachen von Armut sind Arbeitslosigkeit oder ein unzureichendes Erwerbseinkommen der Eltern. Neben der materiellen Armut gefährden ungleiche Bildungschancen, gesundheitliche Beeinträchtigungen und soziale Ausgrenzung die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Deshalb werden wir einen abgestimmten Aktionsplan gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen umsetzen, in dem wir Maßnahmen aus allen Politikbereichen zu einer integrierten Strategie bündeln. Besonders wichtig sind dabei:
  - **Gute Arbeit für die Eltern.** Vermittlung in Gute Arbeit und Qualifizierung, ein gesetzlicher Mindestlohn, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Weiterentwicklung von Kinderzuschlag und Wohngeld helfen entscheidend, um Familien vor Armut zu schützen.
  - **Gleiche Bildungschancen.** Jedes Kind muss unabhängig von seiner sozialen Herkunft von Beginn an gefördert werden. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen setzen wir uns für integrative Schulformen und den Ausbau von Ganztagschulen ein. Und wir wollen Jugendlichen das Recht geben, einen Schulabschluss nachzuholen. Wir stehen für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.
  - **Grundsicherung für Kinder.** Mit dem Schulstarterpaket, dem einmaligen Kinderbonus und der Einführung und Anhebung des Regelsatzes in der Grundsicherung für die 6- bis 13-Jährigen haben wir viel erreicht. Wir wollen eigenständige, bedarfsgerechte Kinderregelsätze durch eine zielgenauere Bedarfsermittlung verbessern.

## Kinder- und Jugendpolitik

- **Kinderrechte ins Grundgesetz.** Um Kindern eine stärkere Stimme in unserer Gesellschaft zu geben, wollen wir die Kinderrechte ins Grundgesetz aufnehmen.
- **Eine eigenständige Jugendpolitik.** Die Jugend ist eine spezielle Phase der Orientierung und der Herausbildung der eigenen Persönlichkeit. Die Anforderungen an die heutige junge Generation sind durch gesellschaftliche, ökonomische und demografische Veränderungen gestiegen. Mit einer starken Jugendpolitik wollen wir den besonderen Bedürfnissen von Jugendlichen Rechnung tragen.
- **Freiwilliges Engagement fördern.** Die Jugendfreiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements und ein Bildungsjahr. Wir werden die Jugendfreiwilligendienste stärken. Mittelfristig wollen wir allen Jugendlichen, die ein Freiwilliges Ökologisches Jahr oder ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren wollen, einen Platz anbieten. Einen allgemeinen Pflichtdienst für junge Frauen und Männer lehnen wir ab.

## Anträge

- **Gesundes Aufwachsen.** Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen gesund aufwachsen können. Deshalb werden wir Gesundheitsförderung und Prävention zu einer eigenständigen Säule des Gesundheitswesens ausbauen. Mit einem Präventionsgesetz, das einen besonderen Fokus auf junge Menschen legt, werden wir die systematische Vernetzung des lokalen Gesundheitswesens mit der Kinder- und Jugendhilfe fördern.
- **Kinder und Jugendliche als „kritische Konsumenten“.** Wir werden Kinder und Jugendliche als Verbraucher stärker in den Fokus nehmen: Sie brauchen besonderen Schutz - vor gefährlichen Produkten und unseriösen Anbietern. Für eine gesunde Ernährung brauchen sie einwandfreie Lebensmittel, sie brauchen sichere Produkte und eine Anleitung zum „kritischen Konsum“.

## 8. Die soziale Gesellschaft im Wandel

In unruhigen Zeiten wächst das Bedürfnis nach Zusammenhalt. Der Marktradikalismus hat die soziale Schere vergrößert, die Fliehkräfte in der Gesellschaft haben sich verstärkt. Wir brauchen eine neue Gemeinsamkeit. Und wir müssen uns neu darüber verständigen, wie wir Zusammenhalt organisieren und öffentliche Güter bereitstellen.

In den Städten und Gemeinden entscheidet sich, ob wir als gute Nachbarn zusammenleben, ob alle Bürgerinnen und Bürger teilhaben und mitwirken können. Besonders in den großen Städten müssen wir Menschen aus dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Abseits holen.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten. Wir brauchen Akzeptanz, eine Kultur der Anerkennung. Alle Formen der Diskriminierung, ob wegen ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität, bekämpfen wir. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderer haben mitgeholfen, unser Land erfolgreich zu machen. Jetzt ist es an der Zeit, mit deren Kindern und Enkeln ein modernes, gemeinsames Deutschland zu schaffen.

Unsere Gesellschaft verändert sich. Familien leben in den unterschiedlichsten Formen zusammen. Immer mehr junge Frauen und Männer wollen Erwerbsarbeit und Familienarbeit partnerschaftlich vereinbaren. Die Gesellschaft ist in der Pflicht, ihnen diesen Lebensentwurf zu ermöglichen.

Der Sozialstaat braucht organisierte Solidarität – und Menschen, die füreinander eintreten, in Vereinen, Verbänden, Initiativen, Stiftungen und Freiwilligendiensten. Besonders ältere Menschen zeigen eine wachsende Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl einzusetzen, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen.

Bürgerschaftliches Engagement ist für uns unverzichtbar, wenn es darum geht, Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Eigenverantwortung und Teilhabe in unserer Gesellschaft zu aktivieren und zu pflegen. Wir setzen nach wie vor auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Selbsthilfegruppen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen mit Ehrenämtern.

Wir wollen unsere erfolgreiche Arbeit für den Ausbau einer solidarischen Bürgergesellschaft durch den Ausbau von Infrastruktur und Rahmenbedingungen fortsetzen.

### ❖ Was wir wollen:

#### Deutschland braucht Einwanderung – Einwanderung braucht Integration

- **Kultur der Anerkennung.** Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten dafür ein, dass in unserem Land Menschen mit verschiedener Herkunft eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Dazu brauchen wir eine Kultur der Anerkennung, die kulturelle Vielfalt nicht leugnet, sondern kulturelle Unterschiede als Möglichkeit neuer Gemeinsamkeit begreift. Wir wollen Einwanderer in ihrem Mut stärken, in Deutschland ihre Heimat zu finden, und sie in ihren Anstrengungen fördern, an der gemeinsamen Kultur in unserem Land teilzuhaben. Dazu ist der Spracherwerb die erste und wichtigste Voraussetzung. Das allein genügt aber nicht. Sondern dazu gehören auch die öffentliche Förderung der Migrantenkulturen und ganz besonders der Bereich der interkulturellen Bildung.
- **Integration durch Teilhabe.** Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Dazu brauchen wir eine bessere Förderung und gleiche Chancen vor allem im Bildungssystem. Wir wollen mit besonderen Förderprogrammen und Modellprojekten dazu beitragen, dass die Position von Migrantinnen und Migranten im Erwerbsleben besser wird.
- **Interkulturelle Qualifizierung der öffentlichen Verwaltung.** Die öffentlichen Institutionen und die Verwaltung wollen wir interkulturell öffnen und den Migrantenanteil an den Angestellten im öffentlichen Dienst erhöhen.
- **Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft.** Wir erleichtern den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Menschen, die in unserem Land geboren sind oder seit langem mit uns zusammenleben. Doppelte Staatsbürgerschaft akzeptieren wir – die Menschen sollen sich mit dem Land ihrer Herkunft und mit Deutschland identifizieren.
- **Deutschland muss für Fachkräfte attraktiver werden.** Wir müssen und wollen für Einwanderer attraktiver werden. Wir wollen qualifizierte Einwanderung besser ermöglichen und steuern. Gleichzeitig wollen wir die Menschen, die bereits im Lande sind, in den Arbeitsmarkt integrieren.



## Anträge

- **Abschlüsse aus Herkunftsländern anerkennen.** Viele Einwanderer sind gut ausgebildet, müssen aber erleben, dass ihre Qualifikationen in Deutschland nicht anerkannt werden. Damit sie in Zukunft mehr Möglichkeiten haben, ihre Fähigkeiten zum Einsatz zu bringen, planen wir eine bessere Anerkennung von Qualifikationen aus Herkunftsländern.
- **Kettenduldungen vermeiden.** Mit dem rot-grünen Zuwanderungsgesetz wurde die Duldung zwar nicht gänzlich abgeschafft, aber für Geduldete der erste Schritt zum Übergang in einen gesicherten humanitären Aufenthalt getan. Ergänzt wurden die Regelungen zum humanitären Aufenthalt mit der erfolgreichen Bleiberechtsregelung 2007. Wir setzen uns für die Abschaffung der Kettenduldungen ein – kann der Aufenthalt aus humanitären Gründen nicht beendet werden, soll ein Aufenthaltstitel erteilt werden.
- **Ehegattennachzug.** Wir wollen den Zuzug von ausländischen Ehegatten zu Deutschen und Ausländern erleichtern.
- **Humane Flüchtlingspolitik.** Für die Menschen, die aus ihrer Heimat nach Deutschland geflüchtet sind, muss gelten, dass wir die humanitären Spielräume konsequent nutzen. Außerdem müssen Flüchtlinge angemessenen Zugang zu sozialen Leistungen erhalten. Für Opfer von Zwangsheirat wollen wir ein erweitertes Wiederkehrrecht einführen.

## Gleichstellung

- **Gleiche Chancen, gleiche Bezahlung.** Für gleichwertige Arbeit müssen gleiche Löhne gezahlt werden. Wir werden mit verbindlichen Regelungen und Zielvorgaben dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen in den Unternehmen haben und der Frauenanteil in den Führungspositionen deutlich erhöht wird. Ausländischen Beispielen folgend wollen wir in den Aufsichtsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent einführen.
- **Bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.** Wir werden den Ausbau der Kinderbetreuung und des Ganztagseschulangebotes weiter fortsetzen. Das Elterngeld ist ein Erfolgsprojekt, wir werden es weiterentwickeln.
- **Bekämpfung von Gewalt.** Gewalt gegen Frauen, die Verletzung ihrer Menschenwürde, Ausbeutung und Frauenhandel werden wir nicht dulden – sie zerstören das gesellschaftliche Zusammenleben und den inneren Frieden.
- **Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften.** Eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften werden wir mit der Ehe gleichstellen und bestehende Benachteiligungen abschaffen.
- **Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe.** Wir werden neben der aktiven Frauenförderung die Gleichstellungspolitik zu einer Querschnittsaufgabe machen.

In allen Politikbereichen werden wir jede Maßnahme dahingehend überprüfen, ob sie die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringt. Wir werden für das GenderKompetenzZentrum eine dauerhafte Finanzierung sicherstellen.

- **Respekt gegenüber Homosexuellen, Bisexuellen und Transgendern.** Wir werden den Respekt gegenüber Homosexuellen, Bisexuellen und Transgendern fördern und Vorurteile in der Gesellschaft abbauen.

### **Teilhabe und Einbeziehung von Menschen mit Behinderung**

- **Teilhabe und Einbeziehung in allen Lebensbereichen.** Alle Menschen mit Behinderungen müssen an unserer Gesellschaft gleichberechtigt aktiv teilhaben und einbezogen werden – so wie sie sind (Inklusion). Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist für uns Grund, die Reformen von Rehabilitation, Teilhabe und Gleichstellung konsequent fortzusetzen und das Antidiskriminierungsrecht auf europäischer und nationaler Ebene weiterzuentwickeln. Wir wollen erreichen, dass möglichst alle Menschen mit Behinderungen so lernen, arbeiten, wohnen und leben können, wie sie es selbst möchten. Dafür brauchen wir ein Gesamtkonzept für Teilhabe und Inklusion behinderter, pflegebedürftiger und alter Menschen, das sich nicht auf Versorgung beschränkt, sondern an den Bürger- und Menschenrechten dieser gesellschaftlichen Gruppen orientiert. Die Eingliederungshilfe soll mit Unterstützung eines Teilhaaberates weiterentwickelt werden, damit die Leistungen den Menschen folgen und nicht umgekehrt.
- **Nationaler Aktionsplan.** Dies wird Bestandteil eines Nationalen Aktionsplans, der zunächst für den Zeitraum 2010 – 2020 Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention bündelt. In diesem Prozess sind alle gefordert: die nationale, föderale und kommunale Ebene, Wirtschaft und Gewerkschaften, Verbände, Selbsthilfegruppen, Zivilgesellschaft und – nicht zuletzt – die Betroffenen selbst. Das Ziel, an dem alle mitwirken werden, ist das Leitbild der Konvention: eine inklusive Gesellschaft!
- **Von Anfang an gemeinsam – Trennungen überwinden.** Teilhabe von Anfang an bedeutet, gemeinsames Leben und Lernen für alle von der Kita bis zur beruflichen Ausbildung und zum Studium zu ermöglichen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir einen Paradigmenwechsel zu gemeinsamer Erziehung und Bildung erreichen. Parallel zu den Bemühungen der Länder im Vorschul- und Schulbereich wird der Bund die integrative Berufsausbildung und Weiterbildung, die Übergänge von Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt weiter ausbauen und Sozialleistungen auf das Integrationsziel abstimmen.
- **Teilhabe am Arbeitsleben.** Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen werden wir weiter verbessern. Dazu gehört, die Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter und mehrfachbehinderter Menschen besser durchzusetzen. Das betriebliche Eingliederungsmanagement werden wir einfordern, und es

## Anträge

soll besser durch alle Sozialleistungsträger unterstützt werden. Den mit der „Unterstützten Beschäftigung“ und den Integrationsunternehmen eingeschlagenen Weg werden wir fortsetzen, damit noch mehr Menschen mit schwerer Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt realistische und dauerhafte Perspektiven erhalten.

- **Barrierefreiheit.** Barrierefreiheit ist für uns ein umfassendes Prinzip bei der Gestaltung des öffentlichen Raums, der Kommunikationsmittel und der sozialen Leistungen. Insbesondere beim Wohnraum, im öffentlichen Nah- und Fernverkehr, beim Internet sowie im Gesundheitswesen wollen wir verbindliche Vorgaben. Die Entwicklung von leicht handhabbaren Produkten (universelles Design) bringt Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt weiter.
- **Persönliches Budget.** Wir wollen, dass mehr behinderte Menschen ihre benötigten Leistungen in größtmöglicher Selbstbestimmung als Geldbudget in Anspruch nehmen können. Dazu werden wir dieses in allen Bereichen fördern und ausbauen und die Möglichkeiten für die Inanspruchnahme geeigneter Budgetassistenz verbessern.
- **Teilhaberecht verbessern.** Wir wollen, dass die Leistungen zur Teilhabe dem Menschen folgen und nicht umgekehrt. Die mit dem SGB IX begonnene Vereinheitlichung des Rechts für Menschen mit Behinderung wollen wir für alle Leistungsträger, einschließlich der Sozialhilfe und Pflege, weiterführen. Wir werden prüfen, wie die Zuständigkeiten vereinfacht werden können, damit behinderte Menschen Leistungen aus einer Hand erhalten. Die Rehabilitationsträger sollen verpflichtet werden, auf allen Ebenen im Interesse der Leistungsberechtigten zusammenzuarbeiten. Das Wunsch- und Wahlrecht werden wir stärken. Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben nach dem Motto „Daheim statt Heim!“ müssen durch mehr ambulante Dienste und Wohnangebote geschaffen werden. Hilfsmittel und Dienstleistungen für behinderte Menschen werden bedarfsgerecht und dem technischen Fortschritt entsprechend bereitgestellt. Wir wollen langfristig ein Teilhabegeld einführen.
- **Verbände stärken.** Das Motto „Nichts über uns ohne uns“ ist unser Maßstab. Wir werden die Autonomie bei Klagerechten der Verbände und den Einsatz von Zielvereinbarungen mit der Einrichtung entsprechender Kompetenzzentren weiter fördern und die Verbände an der Entwicklung der Teilhabepläne und am Teilhaberat beteiligen.

## Solidarische Bürgergesellschaft

- **Ehrenamt besser fördern.** Ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Initiativen ist die Grundlage einer solidarischen Bürgergesellschaft. Besonders die Wohlfahrtsverbände sind dafür unverzichtbare Träger. Aber das Ehrenamt darf nicht Lückenbüßer für fehlende staatliche Ressourcen sein und werden. Wir werden die

Rahmenbedingungen und die finanzielle Unterstützung für Ehrenamtliche weiter verbessern.

- **Kirchen und Religionsgemeinschaften.** Eine solidarische Bürgergesellschaft ist ohne den Einsatz von Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht denkbar. Sie sind für uns zugleich wichtige Partner auf dem Weg zu einer humanen Gesellschaft und im ethischen Diskurs.
- **Sport bringt Menschen zusammen.** Der Sport ist ein wichtiger Teil unserer Kultur. Er dient der Gesundheit, vermittelt Toleranz und Fairness, verbindet Menschen und hilft, soziale Gegensätze zu überwinden. Deshalb fördern wir den Breiten- und Leistungssport und seine Vereine. Unser besonderes Augenmerk gilt dem Sport für Kinder und Jugendliche, aber auch für Menschen mit Behinderungen. Wir setzen uns konsequent für einen sauberen Sport ein und kämpfen deshalb gegen jede Art von Doping. Wir wollen den Sport ins Grundgesetz aufnehmen.
- **Geförderte Arbeit nutzen.** Wir werden die Möglichkeiten der aktiven Arbeitsmarktpolitik stärker für gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben in den Gemeinden nutzen, z. B. bei Sport und Kultur.
- **Soziale Netzwerke vor Ort.** Unter Einbeziehung geregelter Freiwilligendienste werden wir soziale Netzwerke vor Ort – für Ältere, Alte, Behinderte – festigen und systematisieren. Jugendfreiwilligendienste wollen wir stärken und mittelfristig jedem Jugendlichen einen Platz anbieten können. Einen allgemeinen Pflichtdienst für junge Frauen und Männer lehnen wir ab.

### Teilhabe in der älter werdenden Gesellschaft

- **Aktive Teilhabe.** Wir wollen mehr Mitwirkung und Mitbestimmung für Ältere in der Gesellschaft und in der Politik. Wir werden generationenübergreifende Freiwilligendienste fördern und setzen uns für die Einrichtung von Seniorenbeiräten ein.
- **Gewonnene Jahre sind gewonnene Chancen.** Wir wollen die Solidarität der Generationen fördern und ausbauen, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken.
- **Mitverantwortung** in unserer Gesellschaft ist auch für die gesellschaftliche Beteiligung und die Lebenszufriedenheit des einzelnen Menschen wichtig. Damit das Leitbild der Mitverantwortung verwirklicht werden kann, setzen wir uns dafür ein, dass in unserer Gesellschaft ältere Menschen viel stärker als aktive und kompetente Bürgerinnen und Bürger angesprochen und einbezogen werden.
- **Lebenslanges Lernen verbindet die Generationen.** Wir setzen uns dafür ein, dass Alt und Jung Zugang zu Bildung und Weiterbildung haben.
- **Altersgerechtes Wohnen und Leben.** Städtebauförderung, Stadtentwicklung, Wohnungsbau und soziale Infrastruktur werden wir stärker den Bedürfnissen

## Anträge

einer älter werdenden Gesellschaft anpassen. Das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach unterstützen wir. Wir fördern den Umbau von Wohnungen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Bei neuen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (z. B. Bahnhöfe) muss das Prinzip der Barrierefreiheit gelten.

### Starke und soziale Kommunen

- **Handlungsfähige Kommunen.** Wir wollen lebenswerte Städte, Gemeinden und Kreise, die den Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Heimat und eine leistungsfähige Infrastruktur bieten. Deshalb stärken wir die Kommunen und machen sie zu handlungsfähigen Partnern von Bund, Ländern und Europa. Wir bleiben die Kommunalpartei, die für eine gute Finanzausstattung der Kommunen sorgt, die Daseinsvorsorge sichert und lokale Handlungsmöglichkeiten erweitert. Wir haben die Gewerbesteuer gestärkt und wollen sie als wichtige Einnahmequelle der Kommunen erhalten. Wenn der Bund den Kommunen neue Aufgaben auferlegt, muss er ihnen auch die Finanzen zur Verfügung stellen. Zudem werden wir uns mit den Ländern dafür einsetzen, dass Kommunen in extremer Haushaltsnotlage wieder eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.
- **Kooperation aller Ebenen.** Wir wollen, dass die staatlichen Ebenen zusammenwirken, um allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Kooperation und gleichwertige Lebensverhältnisse sind Voraussetzungen für eine gesicherte Zukunft und hohe Lebensqualität.
- **Gleichwertige Lebensbedingungen.** Wir halten an dem Ziel „Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen Deutschlands und Europas“ fest. Wir setzen uns daher für die Solidarität zwischen allen Teilen Deutschlands ein. Jede Region, jeder Kreis, jede Stadt braucht eine Perspektive. Wir wollen helfen, dass strukturschwache Regionen, egal ob städtisch oder ländlich geprägt, in ihren Stärken gefördert und bei der Bewältigung des Strukturwandels unterstützt werden. Wir werden in den ländlichen Räumen die Grundversorgung auch zukünftig sicherstellen. Wir entwickeln neue Wege, damit dünn besiedelte Regionen in Ost und West auch in Zukunft mit guten Schulen und einer funktionierenden sozialen und medizinischen Infrastruktur ausgestattet sind. Junge Familien müssen auch auf dem Land eine Zukunft haben.

### Soziale Stadt

- **Programm Soziale Stadt.** Zur Überwindung sozialer Unterschiede und Spannungen werden wir das Programm „Soziale Stadt“ für eine bessere soziale, wirtschaftliche und kulturelle Integration fortentwickeln und auf weitere Städte ausweiten.
- **Stadtumbau Ost und West.** Die Programme für den Stadtumbau Ost und West werden wir fortsetzen und in einem eigenen Programm die Aufwertung von Stadt- und Ortsteilzentren unterstützen.

- **Bezahlbares Wohnen sichern.** Wir haben das Wohngeld aufgestockt und auf die Heizkosten ausgedehnt. Steigende Energiepreise dürfen nicht dazu führen, dass sich Menschen Wohnen nicht mehr leisten können oder deshalb umziehen müssen. Auch künftig werden wir einkommensschwache Haushalte gezielt unterstützen, wenn die Wohnkosten steigen. Die Mietnebenkosten müssen für alle erschwinglich bleiben. Möglich ist das, wenn es gelingt, den Energieverbrauch zu senken. Hier ist eine bessere Gebäudedämmung der effizienteste Weg. Die Modernisierung von Wohnungen darf jedoch nicht zur Explosion der Mieten führen. Heute ist es möglich, aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen die Miete dauerhaft anzuheben. Das wollen wir ändern. Künftig sollen nur noch die wirklichen Kosten umgelegt werden dürfen. Allgemeine Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierung sind damit ausgeschlossen. Ein wichtiger Garant moderater Mieten sind öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen. Wir bekennen uns zum Gemeinwohlauftrag dieser Unternehmen und beziehen sie in die soziale Stadtteilentwicklung ein.
- **Stadt der kurzen Wege.** Wir wollen, dass Wohnen, Arbeitsplätze, Einkaufen und Freizeitgestaltung in räumlicher Nähe zueinander und gut erreichbar sind. Auch dafür wollen wir den öffentlichen Nahverkehr, Fahrrad- und Fußgängerverkehr weiter stärken.

## 9. Die Einheit sozial vollenden

Vor 20 Jahren haben die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland den Fall der Mauer herbeigeführt. Die Menschen in beiden Teilen des Landes haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten große Solidarität gezeigt. Das Land ist zusammengewachsen. Wer 2009 zum ersten Mal wählen kann, hat das geteilte Deutschland nie bewusst persönlich erlebt. Die Modernisierung Ostdeutschlands ist mittlerweile weit vorangeschritten, ohne jedoch zu Westdeutschland aufzuschließen. Wir haben beim Aufbau Ost viel erreicht. Doch es bleibt weiterhin viel zu tun. Gleichzeitig ist der Osten vielfach auch Vorreiter und Vorbild für den Westen – zum Beispiel bei der Kinderbetreuung und dem Einsatz erneuerbaren Energien.

Um die soziale Einheit zu vollenden, brauchen wir mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Osten, gleiche Löhne in Ost und West, einen einheitlichen Mindestlohn und ein einheitliches Rentensystem. Eine wesentliche Voraussetzung ist die Stärkung der Wirtschaftskraft im Osten. Darum setzen wir auf eine an den Potenzialen Ostdeutschlands orientierte Investitions- und Innovationspolitik, die dem Prinzip „Stärken stärken“ verpflichtet ist. Ostdeutschland hat das Potenzial, seine Vorreiterrolle für eine moderne und ökologische Industriepolitik zu stärken und sich als Leitregion aussichtsreicher Zukunftsfelder weiterzuentwickeln. Dazu gehören: Erneuerbare Energien, Gesundheitswirtschaft, Chemie, Informations- und Kommunikationstechnologien, neue Werkstoffe, Bio- und Nanotechnologie, optische Technologien, Mikroelektronik und auch Tourismus.

→ **Was wir wollen:**

**Wirtschaftliche Potenziale ausbauen**

- **Solidarpakt II.** Der Solidarpakt II ist und bleibt die wichtigste gesetzliche Grundlage für den Aufbau Ost. Er muss bis zum Jahr 2019 uneingeschränkt gelten.
- **Forschung und Entwicklung.** Wir brauchen verstärkte Investitionen in nachhaltige Bereiche mit einem Vorrang für Innovationen in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie für eine gute Infrastruktur. Im Bereich Forschung und Innovation ist Ostdeutschland noch ein gutes Stück vom Niveau der westdeutschen Länder entfernt. Deshalb sind die Chancen des Hochschulpaktes für die ostdeutschen Hochschulen zu nutzen und die industriennahe FuE-Tätigkeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu unterstützen. Den neuen Pakt für Forschung und Innovation werden wir für die Ansiedlung neuer Forschungsinstitute in den neuen Ländern nutzen.
- **Investitionsförderung.** Die Investitionsförderung muss fortgesetzt werden. Dazu müssen die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA RW) fortgesetzt und die Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) weiterentwickelt werden. Mit der Investitionszulage bleibt ein weiteres Wirtschaftsförderinstrument mindestens bis 2013 erhalten.
- **Potenziale des ländlichen Raums nutzen.** Wir werden Perspektiven für den ländlichen Raum in den Bereichen Industrie und Agrarwirtschaft sowie im Tourismus weiterentwickeln.

**Arbeit und Soziales**

- **Fachkräfte in der Region halten.** Gut ausgebildete Fachkräfte sind das wichtigste Potenzial für einen starken Osten. Wir wollen Jugendlichen Anreize bieten, nicht in andere Regionen abzuwandern. Gleiche Löhne und eine gute Infrastruktur leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.
- **Gute Arbeit und faire Löhne.** Wir setzen uns für die Stärkung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ein. Wir fordern gleiche Löhne für gleiche Arbeit in Ost und West und werden einen einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohn durchsetzen.
- **Einheitliches Rentensystem in Ost und West.** Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen.

## 10. Sicher leben in Deutschland

Sicherheit heißt Lebensqualität, heißt sich frei und ohne Angst vor Gewalt und Kriminalität zu bewegen. Sicherheit ist ein öffentliches Gut. Dieses Gut muss jedem Menschen im Lebensalltag garantiert werden. Egal, wie hoch sein Einkommen ist und in welchem Stadtteil er lebt.

Um Sicherheit für alle zu schaffen, reicht es nicht, Kriminalität zu bekämpfen, wir müssen auch ihre Ursachen beseitigen. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Armut, Chancenlosigkeit und Kriminalität. Wer ihn leugnet und nur höhere Strafen fordert, erreicht das Gegenteil von Sicherheit.

Sicherheit setzt gegenseitige Akzeptanz voraus. Nur so können wir in Deutschland ohne Angst verschieden sein. Das marktradikale Denken der letzten Jahrzehnte hat das Klima rauer gemacht, den Konkurrenzkampf verschärft. Wir brauchen eine neue Solidarität und Kooperation.

Sicherheit und Gerechtigkeit gehören zusammen. Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz und bedeutet auch: Gleichheit vor dem Gesetz. Recht und Gesetz gelten für alle. Deshalb müssen wir auch Wirtschaftskriminalität entschlossen bekämpfen.

Der Kampf gegen den Terrorismus ist wichtig. Trotzdem dürfen dabei Menschenwürde und Grundrechte nicht verletzt werden. Wir wollen kein Klima der Überwachung und der Unfreiheit.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland die gute Tradition, die Bundeswehr nicht im Inneren einzusetzen und Polizeiarbeit nicht mit Geheimdienstarbeit zu vermischen. An dieser Tradition wollen wir festhalten, weil sie die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger schützt.

### ❖ Was wir wollen:

#### Mehr Sicherheit im Alltag

- **In Sicherheit leben.** Die Angst vor Straftaten beeinträchtigt die Lebensqualität und die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Mit einer präsenten Polizei und klugen städtebaulichen Maßnahmen wollen wir das Sicherheitsgefühl der Menschen erhöhen. Dazu dienen auch lokale Sicherheitspartnerschaften. Bürgerwehren lehnen wir ab. Vandalismus bekämpfen wir konsequent. Die Überwachung öffentlicher Kriminalitätsbrennpunkte per Video ist ein polizeitaktisches Instrument, aber sie ersetzt die Polizeiarbeit nicht.
- **Sicherheit als öffentliches Gut.** Sicherheit darf keine Ware werden. Es ist Aufgabe des Staates, für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Wir brauchen diesbezüglich eine gute Ausstattung von Schulen, Polizei, Justiz und Jugendhilfe. Eine Privatisierung von staatlichen Sicherheitsaufgaben lehnen wir ab.



- **Konsequent gegen Kriminalität und Gewalt, aber auch hart gegen ihre Ursachen.** Ungleiche Lebenschancen, Perspektivlosigkeit, mangelnde Bildung, gesellschaftliche Benachteiligung sind Ursachen von Kriminalität. Junge Menschen aus Einwandererfamilien sind davon oft besonders betroffen. Eine gute Bildungs- und Integrationspolitik ist daher gleichzeitig Sicherheitspolitik. Wir ächten jede Form von Gewalt und setzen auf präventive Maßnahmen gegen Jugendgewalt. Hierzu gehört der verstärkte Einsatz von Streetworkerinnen und -workern und Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern. Den nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen werden wir fortentwickeln.
- **Zugang zu Waffen erschweren.** Wir haben seit 2002 kontinuierlich das Waffenrecht verschärft. Heute hat Deutschland eines der restriktivsten Waffenrechte der Welt. Aber es hat sich schmerzhaft gezeigt, dass Unbefugte immer noch zu einfach an Waffen gelangen. Wir wollen, dass weniger Waffen in privater Hand sind, und den Zugang zu ihnen deutlich erschweren. Die Kontrollen von Sportschützen und Jägern, die Waffen privat aufbewahren, werden wir verschärfen, die Anforderungen an die private Aufbewahrung erhöhen und den Ordnungsbehörden mehr Möglichkeiten geben, die Einhaltung dieser Vorschriften zu überwachen.
- **Bekämpfung von Rauschgiftkriminalität.** Wir verfolgen einen dreiteiligen Ansatz gegen Rauschgiftkriminalität: Präventiv gegenüber den möglichen Konsumentinnen und Konsumenten – repressiv gegenüber den Anbietern – therapeutisch gegenüber den Abhängigen.
- **Jugendkriminalität schnell bestrafen.** Werden Jugendliche kriminell, muss die Sanktion der Tat „auf dem Fuß“ folgen. Jugendstrafverfahren müssen rasch eröffnet und eine verhängte Strafe muss umgehend vollstreckt werden. Nur dann wird den Jugendlichen der Zusammenhang zwischen Tat und Strafe klar und kann die erzieherische Wirkung des Jugendstrafrechts wirksam werden. Bloßes Wegsperrern auf Basis des Erwachsenenstrafrechts lehnen wir ab.
- **Opferschutz.** Wir haben die Stellung von Kriminalitätsopfern im Strafverfahren kontinuierlich verbessert. Sie haben jetzt mehr eigene Rechte im Prozess und werden als Zeugen besser geschützt.
- **Gewalt in Familien brandmarken.** „Häusliche Gewalt“ ist weder ein Tabuthema noch „Privatsache“, sondern kriminelles Unrecht. Wir wollen daher eine konsequente Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes. Den nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen werden wir fortentwickeln.
- **Kinder schützen.** Sexueller Gewalt gegen Kinder und Kinderpornographie sagen wir den Kampf an – mit Hilfe des Strafrechts und auch im Internet. Wenn nötig, müssen Kinder auch vor ihren Eltern geschützt werden. Die Familiengerichte haben mehr gesetzliche Möglichkeiten bekommen, um schneller, effektiver und nachhaltiger einzugreifen, wenn Kinder gefährdet sind. Jetzt kommt es darauf an, diese Verbesserungen in der Praxis zu nutzen.

## Wirtschaftskriminalität und organisierte Kriminalität bekämpfen

- **Gleiches Recht für alle.** Unsere Gesetze müssen in allen Teilen der Gesellschaft befolgt und durchgesetzt werden. Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung sind keine Kavaliersdelikte. Darum haben wir die Höchstgrenzen für Geldstrafen deutlich angehoben. Wir brauchen spezialisierte Staatsanwaltschaften und eine bessere personelle und sachliche Ausstattung der Justiz, um „Waffengleichheit“ zu schaffen mit den Beschuldigten und ihren Spitzenverteidigern. Die zivilrechtliche Haftung von Managern gegenüber ihren Unternehmen muss konsequenter durchgesetzt und verschärft werden.
- **Korruption bekämpfen.** Wir schaffen ein Register für Korruptionsfälle und weitere Erscheinungsformen von Wirtschaftskriminalität. Auffällige Unternehmen oder Personen sollen dadurch von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden. Auch mit einem modernen Disziplinar- und Nebentätigkeitsrecht tragen wir zur Korruptionsbekämpfung bei.
- **Verfolgung von organisierter Kriminalität.** Organisierte Kriminalität, wie Schutzgelderpressung, Drogen- und Menschenhandel sowie Produkt- und Markenpiraterie verfolgen wir konsequent.

## Terrorismus bekämpfen – Bürgerrechte schützen

- **Effektive Terrorismusbekämpfung.** Die SPD hat die Voraussetzungen für eine effektive Terrorismusbekämpfung in allen staatlichen Bereichen kontinuierlich verbessert: Die Sicherheitsbehörden haben die notwendigen gesetzlichen Befugnisse bekommen. Wir haben sie personell besser ausgestattet und dafür gesorgt, dass sie technisch auf der Höhe der Zeit bleiben. Außerdem haben wir die Koordination der Behörden untereinander verbessert – national, europaweit und international.
- **Bürgerrechte schützen.** Zum Schutz der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger haben wir die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden klar begrenzt und an enge Voraussetzungen geknüpft. Unsere Gesetze, die mit Grundrechtseingriffen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus verbunden sind, werden wir regelmäßig auf Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit überprüfen.
- **Klare Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit.** Wir bleiben bei der klaren Trennung von Polizei und Geheimdiensten im Sinne des Trennungsbotes. Den Einsatz der Bundeswehr zur Gefahrenabwehr im Inneren lehnen wir ab.

## Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz

- **Leistungsfähige Justiz.** Wir brauchen eine starke Justiz, um Kriminalität zu bekämpfen, Bürgerrechte zu schützen und Gerechtigkeit in allen Teilen der Gesellschaft durchzusetzen. Genug Personal, eine verantwortungsgerechte Besoldung und eine moderne Ausstattung sichern die Leistungsfähigkeit der Justiz.

## Anträge

- **Wer Recht hat, muss auch Recht bekommen.** Der Zugang zur Justiz darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Das ist ein Gebot des sozialen Rechtsstaats. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt der Prozesskosten- und Beratungshilfe ein.
- **Keine Privatisierung der Justiz.** Mit uns wird es keinen Ausverkauf von Hoheitsaufgaben geben. Vieles kann der Staat besser und günstiger als Private. Wir lehnen deshalb eine Privatisierung beispielsweise des Strafvollzugs, der Grundbuchämter, des Gerichtsvollzieherwesens und der Handelsregister ab.

## Datenschutz in Staat und Wirtschaft

- **Datenschutz sichert persönliche Freiheit und Selbstbestimmung.** Wir wollen keinen gläsernen Bürger, deshalb müssen die Voraussetzungen für staatliche Datenerhebungen und die Nutzung der Daten gesetzlich klar geregelt und strikt begrenzt werden. Einen Präventionsstaat, der auf der Suche nach Gefahrenquellen auch die Daten Unbeteiligter vorbeugend sammelt und überwacht, lehnen wir ab.
- **Verbraucherdatenschutz verbessern.** Unternehmen sammeln immer mehr persönliche Daten ihrer Kundinnen und Kunden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie gefährden zunehmend das Recht der Bürgerinnen und Bürger, selbst darüber zu entscheiden, wer was über sie weiß. Wir haben die gesetzlichen Vorschriften über die Weitergabe von Kundendaten verschärft und werden auf die strikte Einhaltung dieser Bestimmungen achten.
- **Arbeitnehmerdatenschutz gesetzlich regeln.** Keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer soll von seinem Arbeitgeber ausgespäht und bespitzelt werden. Die Datenskandale in vielen Unternehmen haben gezeigt, dass wir ein besonderes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz brauchen.

## 11. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Natur

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind ein öffentliches Gut, das vor zu starker Inanspruchnahme geschützt werden muss. Der Naturschutz in Deutschland, in Europa und in der Welt muss in den nächsten Jahren weiter deutlich verstärkt werden. Dies ist eine ethische Verantwortung. Aber nicht nur die Natur wird davon profitieren, sondern auch die Wirtschaft: Der Schutz und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität stiften großen volks- und betriebswirtschaftlichen Nutzen. Natur- und Umweltschutz ist auch vorsorgende Gesundheitspolitik. Sozial schwächere Bevölkerungsgruppen sind von Lärm und Luftbelastungen stärker betroffen als andere. Es ist deshalb auch ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, hier für Verbesserungen zu sorgen. Mehr Umweltschutz nützt auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an ihrem Arbeitsplatz, weil sie gesundheitlich von umweltschonenden, innovativen Produktionsverfahren oder verbesserten Technologien profitieren. Eine Schlüsselrolle kommt hier den Konsumenten zu: Verantwortungsbewusste und informierte Verbraucherin-

nen und Verbraucher spielen eine wachsende Rolle in der Sozialen Marktwirtschaft und der solidarischen Bürgergesellschaft.

### ❖ Was wir wollen:

#### Umwelt- und Naturschutz

- **Effizienter Umgang mit Ressourcen.** Wir werden weitere Maßnahmen ergreifen, um die effiziente Nutzung von Materialien einerseits und die Wiederverwendung und das Recycling andererseits zu verstärken. Die Förderung neuer Produkte werden wir auch an ihrer Recyclingfähigkeit und der Recyclingbereitschaft der Produzenten ausrichten. Dabei setzen wir nicht nur auf ordnungsrechtliche Maßnahmen, sondern auch auf freiwillige Selbstverpflichtungen. Bis 2020 werden wir die Ressourceneffizienz im Vergleich zu 1990 verdoppeln.
- **Umweltgesetzbuch.** Die mit CDU/CSU in der Bundesregierung nicht mögliche Umsetzung eines Umweltgesetzbuchs und eines Waldgesetzes, das die nachhaltige Sicherung unserer Wälder garantiert, wird eine SPD-geführte Bundesregierung in den ersten Monaten auf den Weg bringen.
- **Naturschutz stärken.** Die SPD hat mit dem Programm „Nationales Naturerbe“ und der nationalen Biodiversitätsstrategie den Naturschutz in Deutschland gestärkt. Naturschutz bedeutet den Erhalt unserer Heimat. Biodiversität ist gleichzeitig ein wichtiger und häufig unterschätzter Wirtschaftsfaktor. Diesen Weg werden wir mit neuen Instrumenten konsequent fortsetzen.
- **Investitionsoffensive Naturschutz.** Wir werden eine Investitionsoffensive Naturschutz starten. Diese beinhaltet ein Nationales Programm für Auen, Moore und andere Feuchtgebiete sowie für Naturwälder. Wir wollen einen Internationalen Waldschutzfonds realisieren, um den Schutz von Wäldern und anderen Kohlenstoff speichernden Ökosystemen sicherstellen zu können. Wir werden ein Bundesalleenprogramm und ein Grünbrückenprogramm starten, mit dem wir Alleen erhalten und mit Grünbrücken die bestehende Zerschneidung der Landschaft vermindern. Zum internationalen Waldschutz werden wir dafür sorgen, dass der Import illegal eingeschlagenen Holzes und daraus hergestellter Produkte in die EU endlich wirksam eingedämmt wird.
- **Meeresschutz.** Wir werden die Schaffung eines weltweiten, repräsentativen Netzwerkes von Meeresschutzgebieten bis 2012 vorantreiben und den ersten Meeresnationalpark schaffen, in dem der Naturschutz Vorrang vor allen Nutzungen hat.
- **Beschränkung des Flächenverbrauchs.** Wir werden dem inakzeptablen Flächenverbrauch von über 100 ha pro Tag Einhalt gebieten. In einem großen Pilotvorhaben wollen wir das Konzept von Flächenzertifikaten erproben: Nach einer Verständigung auf Obergrenzen für künftige jährliche Siedlungsausweitungen erhalten Kommunen Flächenzertifikate, die sie untereinander handeln können.

## Umweltschutz ist Gesundheitsschutz

- **Umweltschädliche Produkte vermeiden.** Wir brauchen klare Regeln, um Gesundheitsschäden durch bedenkliche Produkte zu vermeiden. Hierzu werden wir Grenzwerte verschärfen.
- **Schadstoffausstoß reduzieren.** Um die Feinstaubbelastung zu vermindern, werden wir die Emissionsgrenzwerte für Stickoxide und Staub in Industrie und Gewerbe absenken. Die Grenzwerte für Staub werden wir für alle Kleinfeuerungsanlagen, die feste Brennstoffe einsetzen, verschärfen.
- **Emissionen und Lärm durch Verkehr reduzieren.** Wir werden die Anreize für schadstoffarme Fahrzeuge ausweiten. Zudem werden wir das Lärmschutzprogramm des Bundes für Straßen und Schienenstrecken weiter ausbauen und die Betroffenen von Fluglärm durch Schallschutz an ihren Gebäuden entlasten. In der Europäischen Union werden wir uns dafür einsetzen, die Lärmvorschriften für Geräte, Maschinen, Motorräder, Autos, Schiffe und Flugzeuge deutlich zu verschärfen.

## Chance für die ländlichen Räume

- **Innovationsoffensive ländliche Räume.** Ländliche Räume machen längst einen Transformationsprozess von der reinen Agrarproduktion zu einer multifunktionalen Entwicklung durch. Die ökologische Industriepolitik findet in ländlichen Räumen ihr Pendant in einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Wir werden eine „Innovationsoffensive ländliche Räume“ starten, um das Potenzial der ländlichen Räume als Zukunftsräume Deutschlands auszuschöpfen. Außer durch die Bürgerinnen und Bürgern, die in diesen Regionen leben und arbeiten, zeichnen sich diese Räume besonders durch ihr Naturkapital aus. Damit dieses Kapital nachhaltig auch für kommende Generationen Früchte tragen kann, müssen innovative Konzepte für eine naturverträgliche ländliche Entwicklung umgesetzt werden. Neben der umweltverträglichen Produktion gesunder, hochwertiger Lebensmittel sind Tourismus, Naturschutz und Landschaftspflege, Gesundheitsvorsorge, erneuerbare Energien sowie die Entwicklung von Regionalmarken entscheidende Bereiche einer dynamischen ländlichen Entwicklung. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen mehr Chancen für Teilhabe und Beschäftigung geschaffen werden.
- **Neue Ausrichtung in der Landwirtschaftspolitik.** Unsere Landwirtschaft bietet nicht nur Arbeit und die Herstellung wichtiger Agrarprodukte. Sie erhält Kulturlandschaften, schützt unsere natürlichen Lebensgrundlagen und trägt zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume bei. Wir haben einen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaftspolitik vorgenommen. Die Interessen einzelner Branchen der Land- und Ernährungswirtschaft sollten nicht mehr über die Ziele des Verbraucher- und Umweltschutzes dominieren. In der EU wollen wir weg von der Subven-

tionspolitik landwirtschaftlicher Produktion mit der Gießkanne und hin zu einer Umwidmung dieser Mittel für die Unterstützung der Entwicklung ländlicher Regionen und die Erbringung gesellschaftlich gewünschter Leistungen wie Gewässerschutz, Offenhaltung der Kulturlandschaften und Sicherung der Erholungsräume. Wir sind für klare Leitplanken zur nachhaltigen natur- und umweltschonenden Produktion. Wir wollen die biologische Vielfalt erhalten, Böden und Wasser schützen. Die Landwirtschaft muss mehr zum Klimaschutz beitragen; dabei wollen wir sie unterstützen.

### **Den Tierschutz verbessern**

- Reform des Tierschutzgesetzes. Tierschutz ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir würdigen das hohe Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in den Tierschutzverbänden. Die SPD hat durchgesetzt, dass der Tierschutz im Grundgesetz verankert wird. Wir streben eine Novellierung des Tierschutzgesetzes an. Wir wollen eine Reduzierung der Tierversuche. Wir wollen die Bedingungen von Haltung und Transport landwirtschaftlicher Nutztiere tiergerechter ausgestalten.
- Tierschutzsiegel. Der so genannte „Tierschutz-TÜV“, von der SPD durchgesetzt, bildet die Grundlage für die Einführung von Tierschutzsiegeln. Wir werden diese, wenn nötig, auch als Vorreiter auf nationaler Ebene einführen, wenn keine europaweite Regelung kurzfristig möglich ist. Verbraucherinnen und Verbraucher können dann beim Einkauf direkt Einfluss auf mehr Tierschutz nehmen.

## **12. Kultur und Medien**

Kultur ist die elementare Basis unserer demokratischen Gesellschaft. Ohne den Beitrag der Kultur sind politische Zukunftsaufgaben nicht zu lösen. Der kulturelle Dialog ist zudem die Grundlage internationaler Verständigung und wirtschaftlichen Austauschs. Die SPD wird auch in Zukunft das Gespräch mit und den Rat von Künstlerinnen und Künstlern suchen, die Freiheit der Künste stärken und der sozialen Verantwortung gegenüber den Kulturschaffenden einen hohen Stellenwert einräumen.

Unser offener Kulturbegriff beschränkt sich nicht auf die Künste und ihre Förderung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten ein für eine Kultur der Demokratie, in der Kunst und Kultur für die gesellschaftliche Verständigung über Werte und Ziele in einer Welt beschleunigter Umbrüche eine zentrale Bedeutung zukommt. Denn Kunst und Kultur prägen als geistige Lebensgrundlagen die Menschen und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie halten einer Gesellschaft den Spiegel vor, reflektieren Lebensstile, formulieren Identitätsangebote und geben Orientierung. Eine Kultur der Demokratie und in der Demokratie muss deswegen auch immer eine Kultur der Teilhabe sein.

→ **Was wir wollen:**

- **Kultur als Staatsziel.** Deutschland ist als Gesamtstaat verpflichtet, Kultur zu schützen und zu fördern. Darum werden wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern. In der Verfassung drückt sich die Werte- und Sinnordnung unserer Gesellschaft aus, Kultur gehört dazu. Kultur ist für uns geistige Lebensgrundlage und ein öffentliches Gut. Förderung von Kultur ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft.
- **Kultur für alle.** Jeder Mensch soll Zugang zu Kultur haben, denn kulturelle und mediale Spaltung führt zu sozialer Spaltung. Kultur und Bildung ermöglichen Teilhabe, Selbstverwirklichung und persönliche Entfaltung. Sie sind gerade in unserer Einwanderungsgesellschaft zugleich ein wichtiges Element der Integration und Gemeinsamkeit. Wir werden eine breit angelegte Initiative für die kulturelle Bildung von der frühkindlichen Erziehung an starten. Öffentliche Bibliotheken, Musik- und Jugendkunstschulen, aber auch Museen, Theater und Kinos müssen als Orte der kulturellen Bildung stärker genutzt und gefördert werden. Die Förderung öffentlicher Kulturinstitutionen sollte an kulturelle Bildungsangebote geknüpft werden.
- **Ausbau der kulturellen Infrastruktur.** Grundlegend für eine vitale und sich entwickelnde Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine flächendeckende kulturelle Infrastruktur. Wir wollen eine aktivierende Kulturpolitik des Staates, die kulturelle Infrastruktur gezielt fördert und die Förderung von Kultur als eine Pflichtaufgabe des Staates versteht, in gemeinsamer Verantwortung mit Zivilgesellschaft und Markt.
- **Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft.** Wissen und Ideen sind die wichtigsten Rohstoffe unseres Landes. Deshalb wollen wir die Kultur- und Kreativwirtschaft in einem besonderen Maße fördern. Wir schlagen einen Kreativpakt zwischen Politik, Wirtschaft, Künstlern und Kreativen vor, in dem wirtschaftliche Fragen, Fragen der sozialen Sicherung, der Bildung und der Teilhabe gemeinsam erörtert werden.
- **Absicherung von Kultur- und Medienschaffenden.** Die soziale Absicherung von Kultur- und Medienschaffenden ist zentraler Bestandteil unseres Kreativpaktes. Wir werden die Künstlersozialversicherung (KSV) als ein weltweit einzigartiges Modell erhalten und weiter stärken. Wir setzen uns für Tarifverträge und soziale Mindeststandards auch im Kultur- und Medienbereich ein und werden die Förderung des Bundes an die Einhaltung dieser Mindeststandards knüpfen.
- **Gerechte Vergütung kreativer Arbeit.** Wir wollen im Rahmen des sozialdemokratischen Kreativpaktes erreichen, dass Kultur- und Medienschaffende, Künstlerinnen und Künstler und Kreative von ihrer Arbeit leben können. Es kommt darauf an, das geistige Eigentum zu schützen und angemessen zu vergüten. Das Urheberrecht und das Urhebervertragsrecht sollen in der digitalen Welt ein angemessenes Ein-

kommen aus der Verwertung geistigen Eigentums ermöglichen. Die Zukunft der Digitalisierung stellt uns vor neue Herausforderungen beim Schutz immaterieller Produkte und Güter. Wir brauchen einen vernünftigen Ausgleich zwischen Nutzerfreundlichkeit und den Rechten der Kreativen. Dabei werden wir im Rahmen des Kreativpaktes die Netzbetreiber und Internet-Service-Provider in den Dialog mit Rechteinhabern und Verwertungsgesellschaften einbeziehen. Wir setzen uns für die Prüfung einer Kultur-Flatrate ein.

- **Film als wichtiges Kulturgut.** Wir wollen mit dem Kreativpakt die Rahmenbedingungen für den Film weiter verbessern und die Filmförderung stärken. Kinos sind wichtige Orte des kulturellen und sozialen Zusammenlebens. Deswegen wollen wir die Digitalisierung unserer Kinolandschaft unterstützen. Wir werden das Filmfördergesetz zu einem Medienförderungsgesetz weiterentwickeln, um den Herausforderungen einer digitalen Medienwelt zu entsprechen.
- **Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken – die duale Rundfunkordnung erhalten.** Wir setzen auf beide Säulen unserer dualen Rundfunkordnung. Der im Grundgesetz verankerte Kultur-, Bildungs- und Informationsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks folgt anderen Kriterien als der Maximierung von Einschaltquoten. Wir setzen uns dafür ein, dass diese besondere Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhalten bleibt. Neue Medien müssen dabei immer Teil des Angebots des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein. Zugleich setzen wir auf die Weiterentwicklung der Bürgermedien als Teil demokratischer Beteiligung und als dritter Säule einer zukünftigen Medienordnung.
- **Eine moderne Medienordnung im digitalen Zeitalter.** Für unsere Demokratie ist ein unabhängiges und vielfältiges Mediensystem unverzichtbar. Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt sind die Voraussetzung für eine soziale und demokratische Gesellschaft. Dazu gehört der Zugang für alle Menschen zu allen Übertragungswegen, Kommunikationsformen, zu Wissen und Information. Die digitale Spaltung in Deutschland wollen wir überwinden. Daher ist der Ausbau des Breitbandnetzes für uns eine zentrale Aufgabe. Wir wollen eine Medienordnung entwickeln, die den Erfordernissen der digitalen Welt gerecht wird. Wir wollen dabei die Vielfalt der Medien erhalten und Monopole und Konzentrationsentwicklungen verhindern. Als ein wichtiges Instrument halten wir deshalb die Einrichtung einer Medienanstalt der Länder für unverzichtbar.
- **Informationelle Selbstbestimmung.** Der Schutz der eigenen Daten und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gewinnen in der digitalen Welt noch an Bedeutung. Der Datenschutz muss weiterentwickelt werden. Wir wollen überdies, dass der Einzelne sich in der digitalen Welt sicher bewegen kann und lernt, welche Folgen die freiwillige Preisgabe persönlicher Daten haben kann.
- **Medienführerschein für Kinder und Jugendliche.** Medienkompetenz ist nicht nur die Schlüsselqualifikation in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft,



## Anträge

sondern auch ein zu förderndes Bildungsthema. Wir werden eine Stiftung Medienkompetenz einrichten und das Angebot eines Medienführerscheins für alle Kinder und Jugendlichen einführen.

### 13. Mehr Demokratie wagen

Demokratie ist Herrschaft des Volkes. Das heißt: Es sind die Bürgerinnen und Bürger, die sich frei und selbstbestimmt Regeln für ihr Zusammenleben geben. Wir in Deutschland wissen, dass das eine große zivilisatorische Errungenschaft ist, die wir gegen alle Gefahren verteidigen müssen. Unsere Demokratie ist von verschiedenen Seiten bedroht, nicht zuletzt von der Dominanz der Märkte und von der Gleichgültigkeit der Menschen. „Mehr Demokratie wagen“, hat Willy Brandt vor 40 Jahren gefordert.

Vor 60 Jahren ist das Grundgesetz in Kraft getreten. Das Grundgesetz, seine Werteorientierungen und Rechte bestimmen die zentralen Prinzipien des Zusammenlebens in unserem Land. Es formuliert die Grundlagen unseres Verständnisses von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Und es enthält den dauerhaften Auftrag, immer wieder zu überprüfen, ob unsere Gesellschaft diesen Grundsätzen noch gerecht wird. Im Grundgesetz steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das bezieht sich ausdrücklich auf alle Menschen. Wir lehnen eine Leitkulturdebatte ab, denn sie ist mit der Idee von Freiheit und Gleichheit nicht vereinbar. Wir betrachten den Kampf gegen Rechtsextremismus als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesellschaft.

Im Grundgesetz steht weiter: Eigentum verpflichtet. Das gilt auch für den Besitz von Geld und Aktien. Die Wirtschaft und die Finanzmärkte müssen der Gesellschaft dienen, nicht umgekehrt. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern entscheidet über die Zukunft der Demokratie, über die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich für die Demokratie und in der Demokratie zu engagieren. Und im Grundgesetz steht: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Jede Form von Diskriminierung verstößt gegen dieses Gleichheitsgebot. Das gilt auch für die Bezahlung am Arbeitsplatz. Demokratie hört nicht an der Bürotür und am Werktor auf. Gleiche Augenhöhe und Mitbestimmung am Arbeitsplatz gehören zu unserer sozialdemokratischen Demokratietradition. Sie gilt es zu erhalten und auszubauen.

#### ✦ Was wir wollen:

- **Demokratie kommt nicht von selbst.** Demokratie ist nicht vererbbar. Die Familien, Schulen und alle gesellschaftlich relevanten Gruppen müssen jeder Generation aufs Neue vermitteln, dass Demokratie notwendig ist und wie sich jede Bürgerin und jeder Bürger in unserer Gesellschaft beteiligen kann.
- **Demokratie bedeutet für uns auch klare soziale Rechte und die Wahrung der Menschenwürde – gerade auch im Arbeitsleben.** Dazu gehören starke Rechte der

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch einen wirkungsvollen Kündigungsschutz und eine funktionierende Mitbestimmung.

- **Kommunales Wahlrecht ausweiten.** Für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die seit sechs Jahren in Deutschland leben, werden wir das kommunale Wahlrecht durchsetzen.
- **Direkte Demokratie.** Wir wollen Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene ermöglichen und dabei die Erfahrungen in den Ländern berücksichtigen.
- **Politische Bildung:** Demokratie braucht politisch informierte Bürgerinnen und Bürger. Daher ist eine Intensivierung der politischen Bildung, auch durch die Bundeszentrale für politische Bildung, erforderlich.
- **Gesetzliches Lobbyregister.** Zur Demokratie gehört es, dass gesellschaftliche Gruppen versuchen, auf ihre Anliegen und Interessen aufmerksam zu machen. Lobbyismus von Verbänden, Unternehmen, Gewerkschaften und Initiativen ist demokratische Normalität. Allerdings hat die demokratische Öffentlichkeit ein Anrecht auf Transparenz. Dazu gehört auch, dass Lobbyisten offen legen müssen, welche Interessengruppen hinter ihnen stehen und sie bezahlen. Wir werden ein entsprechendes Lobbyregister beim Deutschen Bundestag durchsetzen.
- **Neue Technologien nutzen.** In der Kommunikation mit den Bürgern werden wir neue Informationstechnologien einsetzen, um die Beteiligung am demokratischen Prozess zu stärken. Wo das Internet dazu beitragen kann, öffentliche Meinungsbildungs- und Beteiligungsprozesse zu verbessern, werden wir diese Möglichkeit im Sinne einer starken Demokratie nutzen.

## Starke Demokratie –

### Bekämpfung von Rechtstextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

- **Gesamtgesellschaftliche Aufgabe.** Der Kampf gegen Rechtstextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist für uns eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche und alle Generationen betreffende Aufgabe. In der Auseinandersetzung mit dem Rechtstextremismus verfolgen wir einen vielfältigen Ansatz: Von einer Jugendpolitik mit präventivem Ansatz und einem Schwerpunkt in Schule, Jugendarbeit und Bildungsarbeit über arbeitsmarktpolitische Programme, die Integration, Bildung und Arbeitsmarktchancen verbinden bis hin zu besonderen Aktivitäten für Städte und Stadtteile, in denen vermehrt Rechtsextreme auftreten. Im politischen Diskurs dulden wir keine rassistischen oder antisemitischen Parolen und Stereotype.
- **Kontinuität und Vielfalt beim Engagement gegen Rechtstextremismus.** Wir verstehen Rechtstextremismus-Prävention nicht als Projekt, sondern als institutionalisierte Arbeit. Wir wollen das Engagement für Demokratie und Toleranz nachhaltig

## Anträge

und kontinuierlich unterstützen. Dabei setzen wir bewusst auf die Vielfalt der Aktivitäten und Initiativen vor Ort. Die SPD wird die Bundesprogramme für den Kampf gegen Rechts verstetigen und spätestens in der nächsten Legislaturperiode eine Bundesstiftung aufbauen, um so die notwendige Arbeit der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu bündeln.

- **Schutz der Opfer.** Wir werden die Beratungsangebote zum Schutz von (potenziellen) Opfern ausbauen, sowie die Vernetzung und Unterstützung der Aktiven in der Arbeit gegen Rechtsextremismus verbessern.
- **Verbot der NPD.** Die NPD ist eine Partei, die den Nationalsozialismus offen verherrlicht und eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufweist. Deshalb muss das Verbot der NPD angestrebt werden.

## 14. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft

Die Globalisierung der Märkte verlangt nach politischer Globalisierung, nach gemeinsamer politischer Gestaltung und fairen Regeln. Nur so werden wir unserem großen Ziel einer friedlichen und gerechten Welt näher kommen und die globale Wirtschafts- und Finanzkrise als Aufbruchsignal für die Weltgemeinschaft nutzen können. Deshalb setzen wir uns für eine globale Strukturpolitik ein. Dazu brauchen wir eine starke Europäische Union, eine Erneuerung der transatlantischen Beziehungen, aber auch die partnerschaftliche Einbeziehung der neuen wirtschaftlichen und politischen Kraftzentren Asiens, Lateinamerikas und Afrikas. Gemeinsam müssen wir die Regeln für die Welt des 21. Jahrhunderts aufstellen - Regeln für eine globale Verantwortungsgemeinschaft, die verlässlich und stabil, gerecht und solidarisch ist.

Unsere besondere Aufmerksamkeit muss dabei den Ärmsten gelten: Finanz-, Wirtschafts- und Ressourcenkrisen dürfen nicht auf den Schultern der Schwachen abgeladen werden. Globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut haben für uns höchste Priorität. Deshalb wollen wir unser entwicklungspolitisches Engagement verstärken und unsere Fähigkeiten in den Bereichen Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung weiter ausbauen.

### ✚ Was wir wollen:

- **Vereinte Nationen stärken.** Die Vereinten Nationen sind die oberste Instanz einer globalen Rechtsordnung. Wir wollen eine starke UN und unterstützen daher auch weiterhin den eingeleiteten Reformprozess. Deutschland ist bereit, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat.
- **Weltweite Finanzarchitektur neu ordnen.** Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise eröffnet neue Möglichkeiten zur politischen Neuordnung der weltweiten

Finanzarchitektur. Wir wollen starke internationale Institutionen, die für Transparenz und Risikokontrolle sorgen und Fehlentwicklungen verhindern. Kein Markt, kein Akteur, kein Staat und Territorium, kein Produkt darf unbeaufsichtigt bleiben! Wir treten ein für eine Stärkung von IWF und Weltbank, für mehr Rechte und Pflichten für die Schwellenstaaten und für eine vernehmbare europäische Stimme in den internationalen Finanzinstitutionen.

- **Freier und fairer Welthandel.** Wir stehen zu dem Prinzip eines freien und fairen Welthandels. Die Bewältigung der Wirtschaftskrise darf nicht zu Abschottung und Protektionismus führen. Gerade die Entwicklungsländer wären die ersten Leidtragenden. Im Rahmen der WTO-Entwicklungsrunde muss den armen Ländern eine bessere Teilhabe am Welthandel ermöglicht und die Agrarexportsubventionen müssen beendet werden. Soziale und ökologische Mindeststandards sollten verbindlich in das Regelwerk der WTO aufgenommen werden.
- **G8 erweitern.** Wir wollen die G8 um wichtige Schwellenländer erweitern und sie nutzen, um die politische Globalisierung voranzutreiben. Die großen Zukunftsfragen lassen sich ohne Staaten wie China, Indien oder Brasilien nicht mehr lösen. Auch die islamische Welt sollte in einer erweiterten G8 vertreten sein. Langfristig verfolgen wir den Plan für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen.
- **Menschenrechte stärken.** Der weltweite Einsatz für Menschenrechte ist zentraler Bestandteil unserer Politik. Menschenrechte, Solidarität und Demokratie gehören zusammen. Menschenrechtspolitik ist auch Friedenspolitik. Wir wollen die Menschenrechtsschutzsysteme der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates weiter stärken.
- **Frauenrechte stärken.** Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte von Frauen ein. Frauen sind die entscheidenden Akteurinnen der Entwicklung. Wir wollen den Kampf gegen die Genitalverstümmelung fortsetzen und weltweit helfen, Gewalt gegen Frauen zu beenden.
- **Homophobie weltweit ächten.** Wir setzen uns aktiv für die Verhinderung der Verfolgung Angehöriger sexueller Minderheiten ein. Auf internationaler Ebene wollen wir die Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien befördern.
- **Menschenrechtsdialoge ausbauen.** Das Instrument der Menschenrechtsdialoge wollen wir national wie auf europäischer Ebene ausbauen. Nur wenn wir auch mit schwierigen Staaten im Dialog bleiben, haben wir die Chance, die Menschenrechte zu fördern und den Menschen tatsächlich zu helfen.
- **Kampf gegen Folter und Todesstrafe.** Wir unterstützen nachdrücklich die europäischen und internationalen Initiativen zur Abschaffung von Todesstrafe und Folter.

- **Internationale Strafgerichtsbarkeit stärken.** Wir unterstützen die internationale Strafgerichtsbarkeit, damit Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen geahndet und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.
- **Mehr Rechte für Kinder.** Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte von Kindern ein. In Deutschland selbst treten wir für die Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention und für ein Individualbeschwerderecht ein.
- **Für eine kooperative Energie- und Ressourcenpolitik.** Wir stehen für eine kooperative Energie- und Ressourcenpolitik ein. Wir wollen verhindern, dass aus einem immer härteren Wettbewerb um knappe Güter die Konflikte von morgen erwachsen. Wir fördern regionale Kooperation bei der nachhaltigen Ressourcennutzung und setzen uns für starke internationale Institutionen im Energiebereich ein. Wir wollen Entwicklungsländer beim Zugang zu moderner, nachhaltiger Energieversorgung unterstützen. Die Herstellung von Agrartreibstoffen darf die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht gefährden. Hierzu benötigen wir verbindliche Nachhaltigkeitsstandards und effektive Zertifizierungssysteme.
- **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken.** In einer zusammenwachsenden Welt wird die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik immer wichtiger. Wir können nicht mehr davon ausgehen, dass europäische Wertvorstellungen selbstverständliche Geltung beanspruchen können. In einer Welt mit einer Vielzahl neuer, selbstbewusster Akteure ist der kulturelle Austausch die Grundlage für den politischen oder gesellschaftlichen Dialog. Deshalb haben wir in den letzten Jahren die Goethe-Institute, die Partnerschulen im Ausland und den wissenschaftlichen Austausch reformiert, gestärkt und ausgebaut. Sie sind Ankerpunkte der Verständigung und werben für unsere Haltungen und Werte. Diesen Weg wollen wir weiter gehen.
- **Informations- und Kommunikationstechnologien für Entwicklung nutzen.** Die Dynamik der globalen Wissensgesellschaft hängt zunehmend von Informations- und Kommunikationstechnologien ab. Das gilt insbesondere für ihr Innovationspotenzial. Wir wollen, dass auch die Menschen in den Entwicklungsländern von den Möglichkeiten der neuen Technologien profitieren und dass diese sinnvoll zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele genutzt werden.
- **Ein eigenständiges Entwicklungsministerium erhalten.** Deutschland gehört zu den Ländern mit einem eigenständigen Entwicklungsministerium. Auch in Zukunft wollen wir, dass die Entwicklungszusammenarbeit kohärent von diesem Ministerium gesteuert wird. Mit der Eigenständigkeit dieses Ministeriums machen wir deutlich, dass globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut für uns höchste Priorität haben.
- **Mehr Geld für Entwicklung.** Wir stehen zu unserer Zusage, bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die weltweite Bekämp-

fung von Armut und Hunger zur Verfügung zu stellen. Neben der Bereitstellung von klassischen Haushaltsmitteln wollen wir weitere, innovative Finanzierungsquellen erschließen. Ein Teil des Aufkommens aus der Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Verschmutzungsrechten soll für die Armutsbekämpfung und den internationalen Klimaschutz eingesetzt werden. Als die Friedenspartei Deutschlands setzen wir uns für eine Abkehr vom globalen Ungleichgewicht zwischen Rüstungs- und Entwicklungsausgaben ein.

- **Milleniums-Entwicklungsziele erreichen.** Wir wollen alles tun, um die Milleniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Im Rahmen unserer Entwicklungspolitik werden wir mehr in die ländliche Entwicklung, in den Klimaschutz, in die Anpassung an den Klimawandel und in Erneuerbare Energien investieren. Wir wollen unsere Partnerländer beim Ausbau sozialer Sicherungssysteme sowie eines effizienten und gerechten Steuersystems unterstützen. Ein wichtiger Schwerpunkt wird die Unterstützung Afrikas bleiben, denn das Erreichen der Milleniums-Entwicklungsziele wird entscheidend von den Fortschritten in Afrika abhängen.
- **Zivilgesellschaftliche Kräfte stärken.** Die Zusammenarbeit mit und Förderung von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaft wollen wir auch in Zukunft intensiv fortsetzen.

## 15. Ein starkes und soziales Europa

Europa ist unsere gemeinsame Chance, im globalen 21. Jahrhundert unsere Vorstellung von Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen. Wo die Gestaltungskraft der Nationalstaaten an Grenzen stößt, kann und muss ein in Solidarität geeintes Europa das Primat demokratischer Politik gegenüber dem freien Spiel der Marktkräfte durchsetzen.

Im letzten Jahrhundert haben SPD und Gewerkschaften in Deutschland bewiesen, dass es möglich ist, den Kapitalismus zu zivilisieren – durch Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen, durch Arbeitnehmerrechte, durch soziale und ökologische Regeln und Standards, die dem freien Wirtschaften Grenzen setzen, und durch eine gerechte Teilhabe aller am gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand. Im globalen 21. Jahrhundert müssen wir diesen Beweis erneut antreten. Jetzt ist Europa die Bühne.

Als die Europapartei Deutschlands sind wir die treibende politische Kraft für ein handlungsfähiges und demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger. Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union bleiben die prägenden Grundkonstanten unserer Politik.

→ **Was wir wollen:**

**Das soziale Europa schaffen – Lohn- und Sozialdumping verhindern**

- **Europa sozial.** Die europäische Tradition der Sozialstaatlichkeit wollen wir progressiv weiterentwickeln. Dazu muss auch das Wirtschaften im europäischen Binnenmarkt in eine politische und soziale Ordnung eingefasst sein. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion muss durch eine europäische Sozialunion ergänzt werden. Wir wollen europäische soziale Mindeststandards vereinbaren, um eine Abwärtsspirale bei Löhnen und Sozialstandards in Europa zu verhindern und sozialen Fortschritt europäisch durchzusetzen. Dies ist auch ein notwendiger Schritt, um Sozialstaatlichkeit in Deutschland auf hohem Niveau zu bewahren.
- **Für einen sozialen Stabilitätspakt.** Als wesentliches Element einer zukünftigen europäischen Sozialunion fordern wir einen europäischen sozialen Stabilitätspakt. Er soll Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festlegen, die sich an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten orientieren und flexibel an diese anzupassen sind. Bei steigender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit eines Landes wäre dieses dann auch zu höheren Ausgaben für die Bildung und die sozialen Sicherungssysteme verpflichtet. Auf diese Weise kann gemeinsamer europäischer Fortschritt zu mehr Bildung und verbesserten sozialen Schutzstandards führen und zugleich kann die Eigenständigkeit der jeweiligen sozialen Sicherungssysteme der EU-Mitgliedstaaten erhalten werden.  
Als zweites Element eines sozialen Stabilitätspaktes für Europa fordern wir, dass in allen EU-Mitgliedstaaten Mindestlohnregelungen gelten. Das ist ein wichtiger Schritt, um Lohndumping europaweit zu unterbinden.  
In einem ersten Schritt sollte der soziale Stabilitätspakt im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) verwirklicht werden. Sollte der soziale Stabilitätspakt zunächst nicht bei allen EU-Mitgliedstaaten Unterstützung finden, könnte eine Kerngruppe fortschrittswilliger EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer verstärkten sozialen Zusammenarbeit vorangehen.
- **Steuerdumping bekämpfen.** Wir wollen auch in Europa gegen Steuerdumping vorgehen. Wir treten deshalb für eine einheitliche Bemessungsgrundlage und für Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern in Europa ein.
- **Gute Arbeit in Europa.** Wir treten für eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht sowie für eine Überarbeitung der EU-Entsenderichtlinie ein. Diese muss über den Schutz bloßer Mindeststandards hinausgehen. In ganz Europa muss gelten: Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort! Weiterhin muss im EU-Vergaberecht die Zulässigkeit ökologischer und sozialer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge konkretisiert und erweitert werden.
- **Mitbestimmung stärken.** Ein konstitutives Element des sozialen Europa und Voraussetzung für Gute Arbeit ist das Prinzip der Mitbestimmung der Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer in Betrieben und Unternehmen. Die weit reichenden Mitbestimmungsstandards bei Europäischen Aktiengesellschaften (SE) müssen Maßstab und Richtwert für die Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsrechts sein. Wir fordern eine Richtlinie zur Sitzverlegung von Unternehmen, bei der die Wahrung von Mitbestimmungsstandards sichergestellt wird. Auch bei der Einrichtung einer Europäischen Privatgesellschaft für kleine und mittlere Unternehmen achten wir darauf, dass das deutsche Mitbestimmungsrecht nicht ausgehöhlt wird.

- **Mehr Rechte für Betriebsräte.** Wir wollen die Rechte der europäischen Betriebsräte ausbauen. Sie müssen frühzeitig informiert, umfassend angehört und effektiv in die Unternehmensentscheidungen eingebunden werden. Um darüber hinaus die Tarifautonomie auf europäischer Ebene zu stärken, wollen wir eine Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und Tarifverträge schaffen.
- **Für Gleichstellung, gegen Diskriminierung.** Mit einer ambitionierten Politik für Gleichstellung und gegen Diskriminierung wollen wir Europa zu einem diskriminierungsfreien Raum der Chancengleichheit machen. Die Rechtsetzung der Europäischen Union auf dem Gebiet der Anti-Diskriminierung gilt es in Richtung eines umfassenden Schutzes weiterzuentwickeln.
- **Rechtssicherheit für Daseinsvorsorge.** Für öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wollen wir mehr europäische Rechtssicherheit schaffen. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Personennahverkehr, Flughäfen und Flugsicherung, wichtige Gesundheits- und Sozialdienste und auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk dienen dem Gemeinwohl. Sie dürfen nicht einem einseitigen Zwang zur Liberalisierung und Privatisierung ausgesetzt werden.
- **Europäischer Zukunftspakt für Arbeit.** Wir brauchen Vorfahrt für Beschäftigung in Europa und schlagen deshalb einen Europäischen Zukunftspakt für Arbeit vor. Alle europäischen Programme sind auf ihre beschäftigungsfördernde Wirkung zu prüfen.

### Europa demokratischer und handlungsfähiger

- **Vertrag von Lissabon verwirklichen.** Die Selbstbehauptung Europas und der Europäischen Union im ersten wirklich globalen Jahrhundert setzt politische Handlungsfähigkeit voraus. Wir wollen, dass der Vertrag von Lissabon bald in Kraft tritt. Durch ihn wird die EU demokratischer, handlungsfähiger, bürgernäher und auch sozialer.
- **Europa zur Bürgerunion weiterentwickeln.** Wir wollen Europa langfristig zu einer demokratisch verfassten Bürgerunion weiterentwickeln. Das demokratische Europa der Zukunft braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung.



- **Europa als Friedensmacht.** Wir wollen die Identität Europas als globale Friedensmacht weiter stärken, die Verantwortung für Frieden und Entwicklung in der Welt übernimmt, die Menschenrechte und das Völkerrecht durchsetzt, Demokratie und einen Dialog der Kulturen fördert und sich für soziale und ökologische Standards in der globalisierten Wirtschaft einsetzt. Wir wollen die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ausbauen und insbesondere ihre zivile Komponente stärken.
- **Die Türen offen halten.** Die EU-Erweiterungspolitik wollen wir als erfolgreiche Friedenspolitik fortführen. Wir unterstützen einen EU-Beitritt der Türkei, wenn diese die erforderlichen Kriterien voll erfüllt. An der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkan halten wir fest.

### Eine starke europäische Wirtschafts- und Industriepolitik

- **Wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung verbessern.** Wir wollen die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung auf Ebene der EU, vor allem in der Eurogruppe, verbessern und verbindlicher regeln. Wir begrüßen die Stärkung und weitere Institutionalisierung der Eurogruppe durch den Vertrag von Lissabon. Gerade in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise brauchen wir jetzt einen qualitativen Schritt hin zu einer starken gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik.
- **Starker Mittelstand, weniger Bürokratie.** Wir fordern eine neue europäische Offensive zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen und des Handwerks in Europa, mit erleichtertem Zugang zu Krediten und dem weiteren Abbau von bürokratischen Hürden im europäischen Binnenmarkt.
- **Für ein innovatives Europa.** Wir fordern verstärkte europäische Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung sowie in eine zukunftsfähige europäische Infrastruktur, etwa in die Energienetze oder die Breitbandversorgung. Wir wollen auch in Europa eine ökologische Industriepolitik durchsetzen. Dazu brauchen wir eine europäische Forschungsoffensive bei Umwelttechnologien und erneuerbaren Energien.
- **Moderne Agrar- und Strukturpolitik.** Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Europa. Wir treten für eine soziale und zukunftsgerichtete Agrar- und Strukturpolitik der EU ein. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildung und Weiterbildung, Forschung, Umweltschutz, die Unterstützung sozial schwacher Stadtteile und ländlicher Regionen sowie eine zukunftsfähige Infrastruktur müssen noch stärker zu Schwerpunkten der EU-Förderpolitik gemacht werden.

## 16. Weltweit für Frieden und Abrüstung

Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik hat unser Land geprägt – von der Entspannungspolitik Willy Brandts bis zu Gerhard Schröders Ja zum Afghanistan-Engagement und seinem Nein zum Irak-Krieg. Sie hat die Voraussetzungen für die deutsche Einheit geschaffen und Deutschlands Ansehen in der Welt vermehrt. Sie hat ein Konzept der zivilen Krisenprävention und des zivilen Konfliktmanagements entwickelt und national und auf europäischer Ebene mit angemessenen Instrumenten verankert. Diese Politik wollen wir fortsetzen. Drohende Aufrüstung weltweit verlangt nach einer neuen Entspannungspolitik. Statt Drohung und Abgrenzung brauchen wir mehr Dialog. Der internationale Terrorismus muss wirksam bekämpft werden, dem Mythos vom Kampf der Kulturen wollen wir aber ebenso deutlich entgegengetreten.

### ❖ Was wir wollen:

- **Die transatlantische Partnerschaft erneuern.** Mit dem Amtsantritt von Barack Obama ergibt sich die Chance einer Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft. Wir wollen diese Chance nutzen, um neue Impulse bei der Abrüstung zu setzen, Klimaschutz und Energiesicherheit zu befördern und gemeinsam neue Regeln für eine gerechtere Weltordnung zu entwickeln.
- **Ein gemeinsamer Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok.** Die NATO bleibt wichtigster Garant unserer Sicherheit. Mit unseren Partnern wollen wir eine neue Verständigung über die zukünftige strategische Ausrichtung des Bündnisses erarbeiten, indem seine Verantwortung für Abrüstung und Rüstungskontrolle gestärkt wird. Wir plädieren für einen gemeinsamen Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok, in dem NATO und Russland vertrauensvoll zusammenarbeiten. Die bisherigen amerikanischen Pläne für einen Raketenschirm sind mit diesem Ziel nicht vereinbar und werden von uns deshalb abgelehnt.
- **Eine Welt ohne Atomwaffen.** Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir plädieren für einen neuen Anlauf bei der nuklearen Abrüstung. Wir wollen, dass alle substrategischen Nuklearwaffen aus Europa vollständig abgezogen werden. Das gilt auch für die noch in Deutschland verbliebenen Nuklearwaffen. Sie sind ein Relikt des Kalten Krieges und heute militärisch obsolet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies im Rahmen der geplanten amerikanisch-russischen Abrüstungsgespräche thematisiert wird.
- **Konventionelle Abrüstung wieder beleben.** Wir wollen den Vertrag über konventionelle Abrüstung in Europa (KSE) wieder beleben und erneuern. Regionale Abrüstungsvereinbarungen stärken Stabilität und Sicherheit. Wir wollen überall Unterstützung anbieten, wo Regionen kooperative Sicherheitssysteme anstreben.

- **Wirksame Rüstungsexportkontrolle und Rüstungskontrolle.** Wir stehen zu einer restriktiven Rüstungskontrollpolitik, die zudem auf hohem Niveau weiter europäisch harmonisiert werden sollte. Rüstungsexporte in Krisengebiete und eine Aufweichung der rüstungsexportpolitischen Grundsätze lehnen wir ab. Eine restriktive Rüstungsexportpolitik, die insbesondere auch Kleinwaffen einschließt, trägt zu Konfliktprävention und Friedenssicherung bei und hilft Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden. Wir setzen uns für die Einhaltung der Ächtung von Antipersonenminen und für die Durchsetzung des völkerrechtlichen Verbots von Streumunition ein. Wir fordern, die Raketenabwehr in die vertragliche Rüstungskontrolle einzubeziehen. Eine Begrenzung und Verifikation derartiger Waffensysteme könnten Vertrauen und Kooperation fördern.
- **Staatliches Gewaltmonopol sichern.** Wir wollen den Einfluss privater Söldnerarmeen und Sicherheitsdienste zurückdrängen und setzen uns für strenge nationale und internationale Regeln für private Militär- und Sicherheitsfirmen ein. Ein Schutz schwacher Staaten muss völkerrechtlich abgesichert sein. Gewaltökonomien wollen wir durch präventive Politik und die Unterstützung einer internationalen Sicherheitsarchitektur den Boden entziehen.
- **Russland als verantwortlicher Partner.** Eine gute Kooperation mit Russland ist im vitalen deutschen und europäischen Interesse. Wir brauchen Russland als Partner in der gemeinsamen Verantwortung für Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt. Daher wollen wir die Bindung Russlands an Europa festigen, Russland bei seiner Modernisierung unterstützen und seine rechtsstaatliche Entwicklung fördern.
- **Eine europäische Perspektive für unsere östlichen Nachbarn.** Wir treten für eine rasche Umsetzung der östlichen Partnerschaft mit der Ukraine, Weißrussland, der Republik Moldau und den Staaten des Südkaukasus ein. Unser Ziel ist die umfassende Teilhabe dieser Länder an einem Europa des Friedens und des Wohlstands.
- **Für Frieden im Nahen und Mittleren Osten.** Zentrales Ziel unserer Politik im Nahen Osten ist und bleibt eine Zwei-Staaten-Lösung: Mit einem Israel, das in Frieden, Sicherheit und in von seinen Nachbarn anerkannten Grenzen lebt, – und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, in dem die Menschen eine lebenswerte Zukunft haben. Im Konflikt über das Atomprogramm des Iran setzen wir uns für eine verhandelte Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen ein, die Kooperationsanreize bietet, aber auch Sanktionen – wenn notwendig – nicht ausschließt.
- **Afghanistan unterstützen.** Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir unsere Afghanistan-Strategie überarbeitet, Ziele klarer definiert. Wir werden das deutsche Engagement in Afghanistan weiterhin konstruktiv und kritisch begleiten. Afghanistan darf nicht wieder zum Zufluchtsort für Terroristen werden. Die Regierung muss Sicherheit und Stabilität aus eigener Kraft gewährleisten können. Die elementaren Menschenrechte müssen gewahrt sein. Wir werben einerseits für

unseren zivilgesellschaftlichen und entwicklungspolitischen Ansatz, nach dem wir beispielsweise den Aufbau der Infrastruktur, Projekte des kulturellen Dialogs sowie bildungspolitische Initiativen fördern. Wir werben andererseits für unseren zivil-militärischen Ansatz, nach dem wir die Ausbildungsanstrengungen für die afghanischen Sicherheitskräfte verstärken. Je schneller wir diese Ziele erreichen, desto schneller können wir unser militärisches Engagement in Afghanistan beenden.

- **Internationale Einsätze der Bundeswehr verantwortlich gestalten.** Internationale Einsätze der Bundeswehr können für uns nur das äußerste Mittel sein, wenn andere Instrumente zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschen keine Lösung herbeiführen können. Die Einsätze der Bundeswehr müssen durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates sowie einen konstitutiven Beschluss des Deutschen Bundestages legitimiert und in ein politisches Gesamtkonzept integriert sein.
- **Die Bundeswehr modernisieren.** Wir wollen den Transformationsprozess der Bundeswehr aktiv vorantreiben und den Umbau weiterhin sozialverträglich gestalten. Das bedeutet insbesondere, für eine leistungs- und zukunftsfähige Ausrüstung der Bundeswehr zu sorgen, die Sozialstandards für den Dienst und die Unterbringung der Soldatinnen und Soldaten zu erhöhen und einem modernen Familienbild anzupassen sowie geeignete Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr einschließlich einer Reform der Besoldungsstruktur zu ergreifen. Wir treten dafür ein, den Rechtsstreit um die künftige Nutzung der Kyritz-Ruppiner-Heide zu beenden und auf eine militärische Nutzung zu verzichten. Zugleich treten wir dafür ein, die Belastung der Bevölkerung durch die übrigen Luft-Boden-Schießplätze der Bundeswehr so gering wie möglich zu halten, wo es geht, diese weiter zu reduzieren und für eine gerechte Lastenverteilung zu sorgen. Wir befürworten eine europäische Lösung für die Übungskapazitäten der europäischen NATO-Luftstreitkräfte.
- Die Wehrpflicht weiterentwickeln. Wir setzen auf die Fortentwicklung der Wehrpflicht, die unter Beibehaltung der Musterung die Möglichkeit einer flexiblen Bedarfsdeckung des erforderlichen Bundeswehrpersonals mit einer Stärkung des freiwilligen Engagements in der Bundeswehr verbindet. Wir streben an, zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr zu leisten.

### III. Eine solidarische Mehrheit für Deutschland

In diesem Jahr stellt Deutschland die Weichen für das nächste Jahrzehnt. Wir können den Anstrengungen und Risiken, die vor uns liegen, nicht ausweichen. Aber wir können

## Anträge

bestimmen, welchen Kurs wir einschlagen wollen: Den Weg in eine Gesellschaft, in der die Menschen auf sich selbst zurückgeworfen werden, in der Egoismus vorherrscht und Zynismus zugelassen wird. Oder den Weg der Verantwortung, den alle Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl gehen. Wir sagen: Nur mit der Kraft des gemeinsamen, verantwortlichen Handelns kann Vertrauen in unser Land zurückkehren.

Die vor uns liegenden Aufgaben sind gewaltig. Sie brauchen sozialdemokratische Antworten. Voraussetzung dafür ist eine starke SPD. Unser Land braucht wieder eine klare Führung: eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung.

### **Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf:**

- **Wer will, dass unser Land die Lehren aus der Krise zieht und den Aufbruch hin zu mehr Demokratie und neuer Gemeinsamkeit wagt, muss SPD wählen.**
- **Wer das Land zusammenführen und die Spaltung zwischen den Starken und den Schwachen überwinden will, muss SPD wählen.**
- **Wer Gute Arbeit will, menschenwürdig und zu fairen Löhnen, muss SPD wählen.**
- **Wer starke Arbeitnehmerrechte will, funktionierenden Kündigungsschutz und Mitbestimmung, muss SPD wählen.**
- **Wer die Gleichberechtigung von Männern und Frauen praktisch durchsetzen will, muss SPD wählen.**
- **Wer Kinderarmut entschlossen bekämpfen und Alleinerziehende besser unterstützen will, muss SPD wählen.**
- **Wer eine verlässliche Altersvorsorge und die echte Teilhabe älterer Menschen will, muss SPD wählen.**
- **Wer will, dass die Lasten fair verteilt werden, muss SPD wählen.**
- **Wer auch in Zukunft einen handlungsfähigen Sozialstaat will, muss SPD wählen.**
- **Wer keine neuen Atomkraftwerke will, muss SPD wählen.**
- **Wer Steuerhinterziehung nicht für ein Kavaliersdelikt hält, muss SPD wählen.**

- **Wer auch in Zukunft sozialdemokratische Politik will, muss SPD wählen.**
- **Wer für internationale Abrüstung und eine konsequente Friedenspolitik ist, muss SPD wählen.**
- **Wer für globale Gerechtigkeit eintritt, muss SPD wählen.**

Wir wollen am 27. September als stärkste Fraktion in den Bundestag ziehen. Deutschland darf nicht wieder von Schwarz-Gelb regiert werden. Unser Land braucht nicht die Rückkehr zum Alten, sondern den Aufbruch zum Besseren.

In einer Koalitionsregierung wollen wir unsere sozialdemokratischen Inhalte durchsetzen. Dies gelingt am besten in einem Regierungsbündnis mit den Grünen. Falls eine Dreier-Koalition notwendig wird, halten wir eine Ampelkoalition mit der FDP für geeignet, die anstehenden Aufgaben – Arbeit schaffen, soziale Sicherheit garantieren, gesellschaftlichen Fortschritt gestalten – erfolgreich anzupacken.

Die Große Koalition von SPD, CDU und CSU ist in der Demokratie der Ausnahmefall und sollte es bleiben. Darum streben wir kein neues Bündnis mit der Union an. Wenn andere Konstellationen aber nicht möglich sind und unserem Land die Regierungsunfähigkeit droht, werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unsere Verantwortung kennen und danach handeln.

Ein Bündnis mit der Partei „Die Linke“ schließen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Bundesebene für die gesamte nächste Legislaturperiode aus. Wir werden auch keine Minderheitsregierung bilden, die von der Linkspartei geduldet wird. Unser Land braucht in der schwierigen Zeit, die vor uns liegt, Stabilität und Erfahrung. Beides kann die Linkspartei nicht gewährleisten.

Wir sind für die kommenden Jahre gut gerüstet. Mit frischen Ideen und Mut zum Handeln.

**Und wir haben den besseren Kanzler: Frank-Walter Steinmeier**

**(Angenommen)**

Anträge

## **Antrag 001/2**

Ortsverein Landkirchen, Kreisverband Ostholstein (Landesverband Schleswig-Holstein)

### **Empfehlungen zum Regierungsprogramm**

Das Regierungsprogramm muss um eine Kurzfassung mit klaren Aussageschwerpunkten ergänzt werden.

Weiterhin fordern wir:

Ergänzung des Programms: „Einführung einer Vermögenssteuer“.

■ Kapitel III: Keine Koalitionsaussage

**(Überwiesen an Parteivorstand)**

## **Antrag 201/7**

Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf (Landesverband Berlin), Landesverband Berlin

### **Öffentliche Daseinsvorsorge, Änderung Kap. 201**

In Kapitel II

Unterkapitel 1: Unseren Wohlstand auf hohem Niveau erhalten

Untertitel: Infrastruktur und Netze zukunftsorientiert ausbauen – Daseinsvorsorge sichern

ist im ersten Spiegelstrich „öffentliche Daseinsvorsorge“ nach Satz 1 einzufügen:

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass vermeintlich günstige Finanzierungsmodelle wie Public Private Partnership oder das cross border leasing grundsätzlich keine Instrumente sind, die eine klassische staatliche Finanzierung ersetzen.

**(Überwiesen an o. Parteitag 2009)**

## Antrag 201/12

Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)

### Finanzierung sicherstellen

In Kapitel II

Unterkapitel 1: Unseren Wohlstand auf hohem Niveau erhalten

Untertitel: Infrastruktur und Netze

ist der dritte Spiegelstrich zu ersetzen durch:

Finanzierung sicherstellen. Finanzierung und Betrieb der öffentlichen Infrastruktur ist eine staatliche Aufgabe. Deshalb können wir ihre Finanzierung nicht aus dem Haushalt auslagern. Dazu werden wir die Möglichkeiten für Public Privat Partnerships auf den Prüfstand stellen. Konstrukte bei denen private Unternehmen den Gewinn und die öffentliche Hand das Risiko trägt und bei denen die gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten durch langfristige Verträge stark eingeschränkt sind, wird es mit uns nicht geben.

(Überwiesen an o. Parteitag 2009)

## Antrag 201/14

Kreis Hamburg-Nord (Landesorganisation Hamburg)

### Transparenz und Bekämpfung von Korruption

1. Da die Transparenz der öffentlichen Verwaltung nicht nur die demokratischen Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärkt, sondern auch Manipulationen und Korruption erschwert, soll die Bekanntgabe des Informationsfreiheitsgesetzes in der Öffentlichkeit vorangetrieben werden.
2. Die SPD setzt sich für die Erhöhung der Transparenz bei Vergabeverfahren ein, damit Manipulationen bei Vergabeentscheidungen und damit Korruption erschwert werden.
3. Die SPD setzt sich für die Einrichtung eines Zentralregisters korrupter Unternehmen ein, so dass der Abschreckungseffekt erhöht wird und korrekt arbeitende Unternehmen bei Auftragsvergaben geschützt sind;
4. Die SPD wird die Verantwortlichkeit von Unternehmen durch Anreize zu Selbstverpflichtungen und zur Durchsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen stärken.



## Anträge

5. Auch juristische Personen müssen bei Verfehlungen zur Rechenschaft gezogen werden können. Die SPD wird daher die Einführung eines entsprechenden Unternehmensstrafrechts prüfen.
6. Die SPD setzt sich für die Aufnahme der Bestechung im Geschäftsverkehr in den Vortatenkatalog der Geldwäsche ein.
7. Die SPD setzt sich ein für die Einführung eines rechtlichen Rahmens des Hinweisgeberschutzes, damit couragierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Angst haben, Fehlverhalten anzusprechen;
8. Die SPD setzt die Korruptionspräventionsrichtlinien systematisch und vollständig in der Bundesverwaltung um und setzt sich ein für die Durchsetzung analoger Bestimmungen in Ländern und Kommunen, um das Korruptionsrisiko zu begrenzen.
9. Die SPD wird ein Lobbyistenregister einführen, damit die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, welche Personen, Verbände, Unternehmen und Interessengruppen auf gesetzliche Regelungen und auf behördliche Maßnahmen Einfluss haben.
10. Ebenso setzt sich die SPD dafür ein, dass Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte offenlegen. Ebenso muss beim Wechsel von Politikern in die Wirtschaft eine Karenzzeit vergleichbar mit den Regelungen hinsichtlich des Konkurrenzschutzes in der Privatwirtschaft eingehalten werden, wenn ein Zusammenhang zwischen den beiden Tätigkeiten besteht. Nur so kann Glaubwürdigkeit in der Politik gestärkt werden.

**(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## Antrag 202/45

Ortsverein Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)

### **Innenstädte vom Verkehr entlasten**

In Kapitel II

Unterkapitel 2: Deutschland als Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität

Untertitel: Verkehr und Mobilität

ist im ersten Spiegelstrich nach dem letzten Satz einzufügen:

Ziel unserer Verkehrspolitik sind gleiche Mobilitätschancen für alle – für nichtmotorisierte und motorisierte Verkehrsteilnehmer. Unser Ziel ist es, durch eine ökologische Verkehrspolitik vor allem die Innenstädte vom motorisierten Individualverkehr zu entlasten und den barrierefreien ÖPNV weiter auszubauen.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 202/47**

Ortsverein Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)

### **Attraktivität von Rad- und Fußgängerverkehr und ÖPNV erhöhen**

In Kapitel II

Unterkapitel 2: Deutschland als Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität

Untertitel: Verkehr und Mobilität

ist in den sechsten Spiegelstrich nach dem letzten Satz „... für alle sicherer machen.“ einzufügen:

Viele Menschen in den Innenstädten unserer Metropolen – gerade in sozial benachteiligten Quartieren – haben selbst kein Auto, werden aber durch den Kfz-Verkehr am stärksten belastet. Sie leiden unter Lärm und Luftschadstoffen. Gleichzeitig sind Fahrradfahrer und Fußgänger immer noch stärker gefährdet als motorisierte Verkehrsteilnehmer. Wir wollen deshalb die Attraktivität des Rad- und Fußgängerverkehrs und des ÖPNVs weiter verbessern, ihren Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen weiter steigern. Den Ausbau von Radwegen und Fahrradrouten werden wir fördern.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 203/16**

Ortsverein Sand (Landesverband Bayern)

### **Kündigungen wegen Bagatelldelikten sind zukünftig durch Änderung im Arbeitsrecht zu verhindern**

Gegenwärtig kommt es durch die gängige höchstrichterliche Rechtssprechung im Arbeitsrecht immer häufiger zu Kündigungen wegen Bagatelldelikten von Arbeitnehmern/Innen.

Hintergrund ist die Besonderheit im Arbeitsrecht, dass unter Umständen allein ein Verdachtsmoment zur Kündigung des Dienstverhältnisses durch den Arbeitgeber berechtigen kann.

In der Vergangenheit wurde die Möglichkeit der „Verdachtskündigung“ insbesondere gegen betriebliche Interessenvertreter von den Arbeitgebern genutzt.

Dies kann und darf ein sozialer Rechtsstaat nicht zulassen.

Die SPD wird das Arbeitsrecht dahingehend verändern, dass bei Bagatellstraftaten eine fristlose Kündigung ausgeschlossen wird.

## Anträge

Bei schwerer wiegenden Delikten muss eine deutlich überwiegende Wahrscheinlichkeit gegeben sein.

Kündigungen wegen eines unterschlagen Brötchens einer Verkäuferin, oder wegen eines Brotaufstriches eines Bäckereimitarbeiters darf es zukünftig nicht mehr geben.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## Antrag 203/17

Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)

### Vermögensanrechnung, Änderung Kap. 203

In Kapitel II

Unterkapitel: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Vermittlung in Arbeit

wird an den 1. Spiegelstrich „Beste Vermittlung in Arbeit“ folgender Satz angefügt:

Die aktuelle Krise weckt Ängste vor sozialem Abstieg. Daher soll zeitlich befristet die Vermögensanrechnung beim Arbeitslosengeld II ausgesetzt werden.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## Antrag 203/18

Unterbezirk München (Landesverband Bayern)

### Zuwendungen an Hartz IV Empfänger

Für Zuwendungen an Hartz-IV-Empfänger sind weitestgehend einheitliche Regelungen aufzustellen – damit die Sachbearbeitern/innen ihren Ermessensspielraum zu Gunsten von Transparenz und Gerechtigkeit ausrichten können.

Hierbei sollen künftig Zuwendung die Harz-IV-Empfänger z.B. von Verwandten etc. erhalten bis zur Summe von mtl. 120,- Euro nicht zur Kürzung der Transferleistungen führen.

Gleichermaßen dürfen bei sog. 1-Euro-Jobs künftig pro Monat zusätzlich Euro 120,- ohne Anrechnung auf die Transferleistungen hinzuverdient werden.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 203/19**

Kreis Treptow-Köpenick (Landesverband Berlin), Landesverband Berlin

### **Steuerfreier Grundfreibetrag, Änderung Kap.203**

In Kapitel II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Gerechte Löhne und Einkommen

ist im dritten Spiegelstrich nach dem Satz „Steuern und Sozialabgaben werden mit anderen staatlichen Transferleistungen so aufeinander abgestimmt, dass existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeit gestärkt wird.“ folgender Satz eingefügt: „Dafür soll der steuerfreie Grundfreibetrag entsprechend angehoben werden.“

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 203/20**

Ortsverein Landkirchen, Kreisverband Ostholstein (Landesverband Schleswig-Holstein)

### **Mindestlohn, Änderung Kap. 203**

In Kap. II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Gerechte Löhne und Einkommen

2. Spiegelstrich „Mindestlöhne“

Letzten Satz streichen: „Wir gehen davon aus, dass ein Mindestlohn von 7,50 € ... eine sinnvolle Orientierungsmarke ist.“

Dafür einsetzen: Der Mindestlohn muss für die Altersgrundsicherung ausreichend sein, diese Forderung wird mit 7,50 € nicht erfüllt.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

Anträge

## **Antrag 203/25**

Ortsverein Kabelsketal (Landesverband Sachsen-Anhalt)

### **Arbeitsvertragsgesetzbuch, Änderung Kap. 203**

In Kapitel II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Verteidigung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte

6. Spiegelstrich:

Auf keinen Fall darf es bei Kündigungsstreitverfahren Möglichkeiten vereinfachter Prozess- und Beweisführung geben.

**(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 203/26**

Ortsverein Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)

### **Leiharbeit begrenzen**

Kapitel II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Verteidigung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte

ist der zweite Spiegelstrich zu ersetzen durch:

Leiharbeit: Wir werden Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Neben einer Lohnuntergrenze durch Einbeziehung in den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes gehört dazu auch die Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss so geändert werden, dass grundsätzlich ab dem ersten Tag der Beschäftigung im Entleihbetrieb ausnahmslos die Grundsätze „equal pay“ und „equal treatment“ gelten. Tarifparteien können tarifvertraglich für tarifgebundene Entleihbetriebe eine Einarbeitungszeit vereinbaren. Die konzerninterne Verleihung wollen wir begrenzen.

Gerade junge Menschen, die sich ihre Existenz erst aufbauen und eine Familie gründen wollen, brauchen im Erwerbsleben ausreichende Planungssicherheit. Befristete Arbeitsverhältnisse sorgen hingegen für Unsicherheit und eine schwächere Position der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Betrieb. Wir werden deshalb die Möglichkeit im Teilzeit- und Befristungsgesetz, befristete Arbeitsverträge ohne Sachgrund abzuschließen, abschaffen.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## Antrag 203/27

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

### Leiharbeit begrenzen

In Kapitel II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Verteidigung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte  
ist der 2. Spiegelstrich (Leiharbeit zu ersetzen):

Leiharbeit: Wir werden Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Neben einer Lohnuntergrenze durch Einbeziehung in den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentendegesetzes gehört dazu auch die Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss so geändert werden, dass grundsätzlich ab dem ersten Tag der Beschäftigung im Entleihbetrieb ausnahmslos die Grundsätze „equal pay“ und „equal treatment“ gelten. Die konzerninterne Verleihung wollen wir begrenzen. Das Synchronisationsverbot wollen wir wieder einführen.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## Antrag 203/28

Unterbezirk Unna (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

### Leiharbeit begrenzen

In Kapitel II

Unterkap. 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Verteidigung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte  
wird der 2. Spiegelstrich „Leiharbeit“ wie folgt neu gefasst:

Leiharbeit: Wir werden Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Neben einer Lohnuntergrenze gehört dazu auch die Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Bis zur flächendeckenden Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes für alle Branchen und Arbeitsverhältnisse muss die Leiharbeitsbranche in den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentendegesetzes aufgenommen werden. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit im gleichen Unternehmen soll der Grundsatz „equal pay“ uneingeschränkt gelten. Die konzerninterne Verleihung wollen wir begrenzen. Das Synchronisationsverbot wird wieder eingeführt.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## Antrag 203/29

Unterbezirk Dortmund (Landesverband Nordrhein-Westfalen),  
Landesverband Baden-Württemberg

### Leiharbeit begrenzen, Änderung Kap. 203

In Kapitel II

Unterkapitel 13: Mehr Demokratie wagen

Untertitel: Verteidigung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte

im 2. Spiegelstrich „Leiharbeit“ wird der Text nach Satz 2 wie folgt verändert:

Leiharbeit: Wir werden Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Neben einer Lohnuntergrenze durch Einbeziehung in den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentwengesetzes gehört dazu auch die Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss so geändert werden, dass grundsätzlich ab dem ersten Tag der Beschäftigung im Entleihbetrieb ausnahmslos die Grundsätze „equal pay“ und „equal treatment“ gelten. Tarifparteien können tarifvertraglich für tarifgebundene Entleihbetriebe eine Einarbeitungszeit vereinbaren. Die konzerninterne Verleihung wollen wir begrenzen. Das Synchronisationsverbot wollen wir wieder einführen.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## Antrag 203/30

Ortsverein Sindelfingen (Landesverband Baden-Württemberg)

### Leiharbeit gerechter gestalten

1. Equal Pay und Equal Treatment  
Für Leiharbeitnehmer muss, unabhängig einer Tarifbindung des verleihenden Unternehmens, gesetzlich geregelt werden, dass dieser zu gleichen Bedingungen beschäftigt wird wie der Kollege des entleihenden Unternehmens.
2. Synchronisationsverbot  
Das Synchronisationsverbot muss wieder eingeführt werden. Das Synchronisationsverbot verhindert, dass Leiharbeitsfirmen Beschäftigte nur für die Dauer eines akquirierten Einsatzes in einem Entleihbetrieb einstellen.
3. Begrenzung der Dauer von Leiharbeit und anschließende Übernahme  
Die unbefristete Leiharbeit muss aufgehoben werden. Leiharbeitnehmer müssen nach einem bestimmten Zeitraum den Anspruch auf ein unbefristetes Arbeitsverhältnis im Entleihbetrieb erwerben.

4. Maximale Quoten zur Beschäftigung von LeiharbeiterInnen.  
Unternehmen dürfen maximal 5 % ihrer Beschäftigungsverhältnisse mit ZeitarbeiterInnen besetzen, sollte diese überschritten werden ist die Entleihfirma verpflichtet unbefristet einzustellen.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

### **Antrag 203/32**

Ortsverein Weikersheim (Landesverband Baden-Württemberg),  
Ortsverein Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin),  
UB Dortmund (Landesverband Nordrhein-Westfalen),  
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist(inn)en (Jusos),  
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA),  
Bezirk Hessen-Süd

### **Zur Zumutbarkeit im SGB II, Änd. Kap. 203**

In Kapitel II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Vermittlung in Arbeit

ist nach 4. Spiegelstrich einzufügen:

Zumutbarkeit. Wir werden die Regelung der Zumutbarkeit der Arbeitsaufnahme im SGB II ändern. Zumutbar darf nur Arbeit sein, die nach Tarif oder ortsüblichem Lohn bezahlt wird.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**



Anträge

## **Antrag 203/36**

Ortsverein Weikersheim (Landesverband Baden-Württemberg),  
Unterbezirk Dortmund (Landesverband Nordrhein-Westfalen),  
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist(inn)en (Jusos),  
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

### **Bedarfsgerechte Regelsätze**

In Kapitel II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Vermittlung in Arbeit

wird der 4. Spiegelstrich ersetzt durch:

Bedarfsgerechte Regelsätze. Menschen in Arbeitslosigkeit dürfen nicht in Armut abrutschen. Daher wollen wir eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze. Insbesondere wollen wir einen eigenständigen, bedarfsgerechten Regelsatz für Kinder.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 203/37**

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

### **Unternehmensmitbestimmung**

In Kapitel II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen als Kernelement der sozialen Marktwirtschaft

ist im 2. Spiegelstrich nach dem letzten Satz (... Raum mehr zu sein.) einzufügen:

Die Beispiele AEG und Nokia haben die Hilflosigkeit gegenüber Managemententscheidungen deutlich gemacht, die sich einzig an der Renditemaximierung orientieren. Wir wollen eine Erweiterung der Unternehmensmitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Entscheidungen zur Schließung oder Standortverlagerung von Unternehmen. Entscheidungen zu Standortverlagerungen müssen als zustimmungsbedürftiges Geschäft, welches eine Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat erfordert, verbindlich für alle Kapitalgesellschaften geregelt werden.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## Antrag 203/38

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist(inn)en (Jusos),  
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

### Bedarfsgerechte Regelsätze

In Kapitel II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Vermittlung in Arbeit

wird der 4. Spiegelstrich ersetzt durch:

Bedarfsgerechte Regelsätze. Menschen in Arbeitslosigkeit dürfen nicht in Armut abrutschen. Daher wollen wir eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze. Insbesondere wollen wir einen eigenständigen, bedarfsgerechten Regelsatz für Kinder. Die Sanktionsmaßnahmen, insbesondere gegenüber jungen Menschen, werden wir einer kritischen Überprüfung unterziehen.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## Antrag 203/40

Unterbezirk Dortmund (Landesverband Nordrhein-Westfalen),  
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist(inn)en (Jusos),  
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA),  
Bezirk Hessen-Süd

### Befristete Beschäftigung ohne Sachgrund (§14 Abs. 2 TzBfG) abschaffen

In Kapitel II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Verteidigung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte

wird ein neuer Spiegelstrich eingefügt:

Gerade junge Menschen, die sich ihre Existenz erst aufbauen und eine Familie gründen wollen, brauchen im Erwerbsleben ausreichende Planungssicherheit. Befristete Arbeitsverhältnisse sorgen hingegen für Unsicherheit und eine schwächere Position der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Betrieb. Wie werden deshalb die Möglichkeit im Teilzeit- und Befristungsgesetz, befristete Arbeitsverträge ohne Sachgrund abzuschließen, abschaffen.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

Anträge

## **Antrag 203/48**

Landesverband Nordrhein-Westfalen

### **Eine Berufsausbildung für alle, Änderung Kap. 203**

In Kapitel II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Ausbildung und Chance auf berufliches Fortkommen

3. Spiegelstrich

Folgender Satz wird angefügt:

Alle Auszubildenden brauchen einen Insolvenzschutz. Von Insolvenz betroffene Auszubildende erhalten eine Ausbildungsgarantie, die auch durch Fördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zu gewährleisten ist.

**(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 203/49**

Bezirk Hessen-Süd

### **Bedarfsgerechte Regelsätze**

In Kap. II

Unterkap. 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Eine starke Ausbildungsförderung

4. Spiegelstrich

Der bisherige Text ist zu ersetzen:

Bedarfsgerechte Regelsätze. Menschen in Arbeitslosigkeit dürften nicht in Armut abrutschen. Es wird auch weiterhin eine regelmäßige Überprüfung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II und gegebenenfalls eine bedarfsgerechte Erhöhung geben. Insbesondere wollen wir einen eigenständigen, bedarfsgerechten Regelsatz für Kinder.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 203/50**

Bezirk Hessen-Süd

### **Leiharbeit begrenzen, Änderung Kap. 203**

In Kapitel II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Verteidigung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte

2. Spiegelstrich: Leiharbeit

Der bisherige Text ist zu ersetzen durch:

Leiharbeit. Wir werden Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Neben einer Lohnuntergrenze gehört dazu auch die Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Im gleichen Unternehmen soll der Grundsatz „equal pay“ uneingeschränkt gelten. Die konzerninterne Verleihung wollen wir begrenzen.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 203/53**

Landesverband Baden-Württemberg

### **Schonvermögen bei Hartz IV**

In Kapitel II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Vermittlung in Arbeit

wird nach dem 4. Spiegelstrich ein neuer Spiegelstrich eingefügt:

„**Schonvermögen bei Hartz IV.** Wir wollen das Schonvermögen für die Altersvorsorge bei Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld II anheben.“

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

Anträge

## **Antrag 203/54**

Landesverband Baden-Württemberg

### **Bedarfsgerechte Regelsätze**

In Kapitel II

Unterkapitel 3: Gute Arbeit sichern

Untertitel: Vermittlung in Arbeit

wird der 4. Spiegelstrich ersetzt durch:

Regelsätze kontinuierlich an die Preisentwicklung anpassen

Die Preise insbesondere für Lebensmittel sind in den letzten Jahren überproportional gestiegen. Wir sprechen uns dafür aus, die Regelsätze weiterhin mit Hilfe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamts anzupassen. Unser Ziel ist es, diese alle drei Jahre durchzuführen. Dazwischen soll im Unterschied zu bisher ein neues Verfahren der jährlichen Anpassung gefunden werden, das auch die Preisentwicklung der im Regelsatz zu finanzierenden Güter berücksichtigt.

und ein neuer Spiegelstrich eingefügt:

Sozialleistungen müssen soziokulturelles Existenzminimum sichern

Damit auch die Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II – Sozialgeld und Sozialhilfe – am soziokulturellen Leben teilhaben können, müssen die Regelsätze entsprechend nach oben angepasst und ein eigenständiger Regelsatz für Kinder eingeführt werden. Dabei sind die für Bildung notwendigen Ausgaben mehr als bisher zu berücksichtigen.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 205/4**

Unterbezirk Osnabrück Stadt (Bezirk Weser-Ems)

### **Besteuerung für Beteiligungsveräußerungen**

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Rahmen der nächsten Steuerreform die Steuerfreiheit von Beteiligungsveräußerungen zwischen Kapitalgesellschaften (§ 8 b Abs. 2 Satz 1 Körperschaftsteuergesetz) abzuschaffen und wieder steuerpflichtig zu machen.

**(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## Antrag 205/14

Unterbezirk Goslar (Bezirk Braunschweig)

### **Heuschrecken stoppen, Arbeitsplätze schützen, Technologie im Inland bewahren**

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, alles dafür zu tun, dass sowohl die Bundesregierung als auch die Verantwortlichen in der EU das Gebaren der Hedgefonds und Private-Equity-Fonds genau untersuchen und die im Eigentum solcher Gesellschaften befindlichen Unternehmen vor den Gefahren, die von den Eigentümern ausgehen, gesondert schützen.

Edscha, Honsel, Märklin sind nur einige Beispiele dafür, wie schnell aus guten Unternehmen illiquide Betriebe werden können. Die veränderte Finanzarchitektur an den Märkten hat in kurzer Zeit dafür gesorgt, dass die Geschäftsmodelle der Finanzinvestoren vollkommen zum Einsturz gebracht worden sind. Das gefährdet im Kern gesunde Unternehmen, da oftmals versucht wird, über einen schnellen Ausverkauf einzelner Betriebsteile Kasse zu machen. Auf dem Weg werden tausende von hochwertigen Arbeitsplätzen bewusst gefährdet bzw. abgebaut. Zudem werden die betroffenen Unternehmen zerschlagen und ihre Technologieführerschaft geht für immer verloren. Häufig findet man diese Technologie dann im zahlungsfähigen Ausland wieder. Für Deutschland bedeutet dieses Szenario, dass auf lange Sicht die wertvollsten und zu der Wertschöpfung im erheblichen Maße beitragenden Unternehmen mit allen Arbeitsplätzen und dem vollständigen Wissen verloren gehen. Der Status als Exportweltmeister ist somit höchstgradig für Jahrzehnte in Gefahr.

**(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## Antrag 205/18

Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)

### **Ermäßigten Umsatzsteuersatz ausweiten**

Die SPD wird sich in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass folgende Umsätze gemäß § 12 Abs. 2 Nr. 1 und 2 Umsatzsteuergesetz in der Fassung für VZ 2008 künftig einem ermäßigten Steuersatz von 7 % unterliegen:

- Apothekenpflichtige Medikamente, verschreibungspflichtig und nicht verschreibungspflichtig, sowie medizinische Hilfsmittel für chronisch Kranke
- Trinkwasser, Tafelwasser, Heilwasser (Ifd. Nr. 34 Anlage 2 zu § 12 UStG).

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

Anträge

## **Antrag 205/23**

Ortsverein Sand (Landesverband Bayern)

### **Hedge-Fonds Geschäftsmodelle werden überprüft und sind infrage zu stellen**

Hedge-Fonds bedienen sich hochspekulativer Methoden, um unsittlich hohe Gewinne zu erzielen. Hierbei setzen sie oftmals sehr viel mehr Fremdkapital als Eigenkapital ein. Diese Finanzmethoden sind Mitverursacher der Finanzkrise.

Der bisherige Ansatz, der nur auf eine stärkere Regulierung abzielt greift zu kurz. Das Spekulationsgeschäftsmodell der Hedge-Fonds wird von einer Realwirtschaft, von den Menschen, nicht benötigt.

Die SPD wird Initiativen ergreifen um die Geschäftsfelder solcher hochspekulativer Finanzgeschäfte auf ein Mindestmaß rückzuführen.

Alle steuerlichen Privilegierungen aus solchen Kapitaleinkünften sind zu streichen.

In diesem Zusammenhang werden Initiativen ergriffen, die die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinn und Dividenden bei Unternehmensverkäufen abschafft.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 205/30**

Ortsverein Peterswerder/Steintor (Landesorganisation Bremen),  
Ortsverein Oberneuland (Landesorganisation Bremen)

### **Lohnsteuerbonus für Ältere, Änderung Kap. 205**

In Kapitel: II

Unterkapitel 5: Handlungsfähiger Staat – solidarisch finanziert

Untertitel: Lohnsteuerbonus einführen

ist nach dem 7. Spiegelstrich „Erst durch die Abgeltungssteuer...“ als neuer Spiegelstrich einzufügen:

Der Steuerbonus gilt auch für Menschen, die auf Grund der Höhe ihrer Alterseinkünfte steuerpflichtig sind. Eine sehr große Anzahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und die meisten Rentnerinnen und Rentner so wie alle Hartz IV-Empfänger sind nicht steuerpflichtig. Für diesen Personenkreis werden wir entsprechende Entlastungsmöglichkeiten schaffen.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 205/33**

Kreis Hamburg-Nord (Landesorganisation Hamburg)

### **Girokonto für Jedermann endlich einführen**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Banken gesetzlich dazu verpflichtet werden, einen Girovertrag mit Kunden abzuschließen, die kein Girokonto haben.

Sollte dies in der aktuellen Koalition nicht möglich sein, ist die Forderung ins Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahl aufzunehmen.

**(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 205/34**

Kreis Hamburg-Nord (Landesorganisation Hamburg)

### **Kontopfändungsschutzreform durchsetzen**

Die SPD wird die Reform des Kontopfändungsschutzes zügig durchführen.

Sollte dies in der aktuellen Koalition nicht möglich sein, ist die Forderung in das Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl aufzunehmen.

**(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 205/49**

Ortsverein Sand (Landesverband Bayern)

### **Keine Bad Banks**

Die Delegierten sprechen sich dafür aus, das deutsche Bankensystem zu stabilisieren und die Kreditversorgung der Wirtschaft zu sichern. Dagegen lehnen sie die Gründung von „Bad Banks“ zur Bankenrettung auf Kosten der Steuerzahler ab.

Bei einer „Bad Bank“ hätte der Staat das volle finanzielle Risiko zu tragen. Die Steuerzahler müssten in diesem Fall für die faulen Kredite und Verluste der Finanzmarktzocker haften und die Banken könnten wieder Gewinne machen. Eine „Bad Bank“ käme einem steuerfinanzierten „Giftmüllendlager“ gleich. Soweit darf es nicht kommen.



## Anträge

Kurzfristige Hilfe ist zwar in Ordnung, aber langfristig müssen die Banken für die Verluste selbst gerade stehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert bei Gesetzesinitiativen zumindest folgende Punkte sicherzustellen bzw. einzubringen:

1. Kein Endlager beim Staat. Öffentliche Verluste aus der Übernahme von Garantien oder Versicherungen dürfen nicht dauerhaft beim Staat hängen bleiben. Die Banken können kurzfristig entlastet werden, jedoch nur, wenn sie langfristig die Verluste selber abtragen.
2. Kurzfristig müssen sie für Garantien und Versicherungen durch Gebühren in die Pflicht genommen werden.
3. Banken, die die Hilfe in Anspruch nehmen, müssen zur Vergabe von mehr Krediten an die Realwirtschaft verpflichtet werden.

### **Globale Regulierung der Finanzmärkte**

Die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte und der Banken ist eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Erholung. Da die bisherigen Garantien in Milliardenhöhe offensichtlich nicht ausreichen, das Bankensystem zu stabilisieren, müssen andere Lösungen her. Nichts wäre schlimmer, als jetzt die Strukturen zu erhalten, die die Krise erst ermöglicht haben. Deshalb plädieren die Delegierten des Bundesparteitages zur Lösung der aktuellen zugespitzten Situation für eine Verstaatlichung der Banken, die öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen.

### **Wo der Staat Geld gibt, muss er auch Einfluss nehmen**

Kenneth Rogoff, ehemaliger Chef des Internationalen Währungsfonds, zum Beispiel ist der Meinung: „Jede Bank, die Hunderte Milliarden Dollar an Staatsgeldern braucht, sollte besser verstaatlicht werden.“

Wer also direkte Kapitalspritzen beantragt, soll seine Aktien gleich mitbringen. Denn wo der Staat Geld gibt, muss er auch Einfluss nehmen. Der Staat als Eigentümer ist dann auch für die Korrektur des gescheiterten Geschäftsmodells der Banken verantwortlich.

### **(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## Antrag 206/4

Landesverband Schleswig-Holstein

### Die Chancen der älter werdenden Gesellschaft nutzen

Mehr Zeitsouveränität, bessere Arbeit, flexiblere Übergänge, mehr Kraft für freiwilliges Engagement

#### A. Veränderungen der Gesellschaft

Auch wenn die aktuelle Wirtschaftskrise gegenwärtig alles andere überlagert, gibt es doch langfristige soziale Veränderungen, die ganz und gar unabhängig vom Konjunkturverlauf sind. Einer dieser Großtrends ist in Deutschland wie in vielen anderen europäischen Ländern das Älterwerden der Gesellschaft.

In zwanzig Jahren wird die Zahl der 60- bis 65-Jährigen, die dann nach und nach aus dem Erwerbsleben ausscheiden, genau doppelt so groß sein wie die Zahl der dann 20- bis 25-Jährigen, die ins Erwerbsleben eintreten. Heute ist die Relation Arbeitsmarktzu- gang zu Rentenzugang etwa 1:1. In den kommenden zwei Jahrzehnten verschiebt sie sich sukzessive auf 1:2. In vierzig Jahren, wenn die Berufsstarter von heute in den Ruhe- stand treten, wird der Anteil der Über-65-Jährigen an der Bevölkerung bei einem Drit- tel gegenüber heute mit einem Fünftel liegen. Dank der durch uns eingeleiteten Wende in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik steigt aktuell die Zahl der Neugebo- renen wieder. Doch diese erfreuliche Entwicklung wird wie auch eine erfolgreiche Inte- gration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte die zentrale Tendenz nur unwe- sentlich abmildern.

Da gleichzeitig der Wohlstand in unserer älter werdenden Gesellschaft weiter wach- sen soll, die Arbeit im Pflege-, Gesundheits- und Dienstleistungssektor zunehmen und die Exportwirtschaft im globalen Markt weiter wachsen dürfte, wird aus dem Druck des von Massenarbeitslosigkeit geprägten deutschen Arbeitsmarktes der letzten drei- ßig Jahre in Zukunft mehr und mehr ein Sog: Arbeitskräfte werden gebraucht und gesucht, ökonomisch ausgedrückt: ein „knappes Gut“. Heute schon fehlen in manchen Branchen Fachkräfte, die Schulabgängerzahlen in Ostdeutschland halbieren sich gera- de jetzt. Viele Arbeitgeber kämpfen in der zurückliegenden Wachstumsphase schon um ihre Attraktivität für junge Leute.

Diese Entwicklung stellt die Politik und die Sozialpartner vor neue Herausforderungen, nicht nur bei Rente, Pflege und Gesundheit. Sie bietet aber ebenso eine Fülle neuer Möglichkeiten für die Gestaltung eines humanen Arbeitslebens in einer sozial gerech- teren Gesellschaft.

Wir haben als schleswig-holsteinische SPD umfassende Vorschläge nach dem Prinzip „Steuern statt Beiträge“ für die Festigung der sozialen Sicherungssysteme unter den

## Anträge

Bedingungen des demografischen Wandels vorgelegt. Diese sind ins Grundsatzprogramm der SPD eingegangen und stellen heute die Linie der Partei dar. Nun ist es Zeit für einen zweiten Schritt.

Der künftig stärker werdende Sog des Arbeitsmarktes kann sich positiv auswirken auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit einer bisherigen Beschäftigungsquote von 64 Prozent (Männer: 70 Prozent) – und die Chance eröffnen, familienfreundlichere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Der Nachwuchsmangel kann Geringqualifizierte (Erwerbsbeteiligung: 54 Prozent, Hochqualifizierte: 84 Prozent) und insbesondere die „Bildungsreserve“ der hier geborenen Migrantenkinder erfassen – und verbindliche Sprachförderung, Integration und gesellschaftliche Inklusion zur puren ökonomischen Notwendigkeit werden lassen. Und der demografische Wandel am Arbeitsmarkt wird dazu führen, dass Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber mehr und mehr daran interessiert sein müssen, ältere Beschäftigte in der Belegschaft zu halten. Sie müssen auf ihre veränderte Leistungsfähigkeit reagieren und ggf. bestimmte Arbeitsplätze einrichten, die den älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besser gerecht werden.

Diesen Wandel kann und muss sozialdemokratische Politik gestalten. Es geht auch um ein neues Bild des bewussten Älterwerdens. Es geht um gute Arbeit, die nicht krank macht und die anständig bezahlt wird, um armutsfeste soziale Sicherungssysteme, um Familienfreundlichkeit und um gesellschaftliche Teilhabe für alle Generationen. Mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten ist möglich: Im Wettbewerb der Unternehmen um Mitarbeiter werden Teilzeitmodelle, Optionszeiten („Sabbaticals“) und flexible Übergänge am Ende des Erwerbslebens zum Konkurrenzvorteil. Auch wenn immer noch zu viele Arbeitgeber dies ignorieren, so hat doch eine wachsende Zahl von ihnen die Notwendigkeit zum Handeln bereits erkannt. Nicht zuletzt durch unsere rentenpolitischen Entscheidungen und die Initiativen zur Beschäftigungsförderung Älterer ist die Beschäftigungsquote der über 55-Jährigen vom Jahr 2000 mit 37 Prozent bis 2008 auf 54 Prozent angestiegen.

Wir stehen vor der wohl größten Umwälzung des Arbeitslebens seit der industriellen Revolution: Die Vorstellung vom starr dreiteiligen Lebenslauf - Ausbildung, „Normalarbeitsverhältnis“, Ruhestand – entspricht schon heute nicht mehr der Realität. Dieses Bild darf deshalb auch nicht allein bestimmend sein für die Ausrichtung der Sozialsysteme.

Im siebten Familienbericht (April 2006), der noch von der rot-grünen Bundesregierung in Auftrag gegeben war, wird schon thematisiert, dass die zunehmend längeren Lebensläufe so zu organisieren seien, „dass sich unterschiedliche Lebensphasen von Bildung, Fürsorge, ökonomischer Erwerbsarbeit und Erholungsphasen nicht mehr in eine Dreiteilung des Lebenslaufs einfügen müssen, sondern in bunter Abfolge miteinander verknüpft werden können. [...]“

Wir brauchen sozialdemokratische Konzepte für eine neue, finanziell ausreichend abgesicherte Zeitsouveränität, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Zukunft gewinnen können.

Deshalb fordern wir:

- Alle Unternehmen sollen sich auf älter werdende Belegschaftsstrukturen einstellen und gute Arbeit bieten, die ein auskömmliches und leistungsgerechtes Einkommen sichert, Ansprüche auf Leistungen der solidarischen Sozialversicherung garantiert und gute Arbeitsbedingungen gewährleistet.
- Alters- und altersgerechte Arbeitsplätze sowie eine Beschäftigungskultur, in der es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schweren körperlichen Belastungen rechtzeitig Rehabilitationsangebote, Qualifizierungen und Transfermöglichkeiten auf andere Arbeitsplätze gibt.
- Lebensbegeleitende Weiterbildung, alternative Beschäftigungsmöglichkeiten nach längeren Phasen schwerer körperlicher Arbeit, Existenzgründungsprogramme für ältere Menschen sowie ein Bundesprogramm Gründungspaten.
- Mehr Zeitautonomie für die Beschäftigten durch innovative Umsetzung der Rechtsansprüche auf Teilzeit, Elternzeit, Pflegezeiten für nahe Angehörige und Weiterbildung.
- Die offensive Nutzung der gegen Insolvenz geschützten Arbeitszeitkonten für eine bessere Lebensarbeitszeitplanung
- Flexible Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand durch Fortsetzung der Altersteilzeitförderung bis 2015, einer neuen Rentenart der Teilrente ab 60 Jahren und zusätzlichen Beitragsmöglichkeiten an die Rentenversicherung.
- Die Möglichkeit der Beschäftigung bei individuellem Wunsch auch über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus.
- Eine Stärkung der Freiwilligendienste für alle Generationen.

## B. Altersgerechtes Arbeiten

1. Gemeinsames Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Wirtschaft und Gesellschaft

War in Deutschland in der jüngeren Vergangenheit die Beschäftigungsquote von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über 50 Jahre im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich, so wird die Wirtschaft zukünftig insbesondere auf diese Gruppe angewiesen sein. Alle Unternehmen müssen sich auf ältere Beschäftigte einstellen, ihre Kompetenzen nutzen und ihre Stärken fördern. Dann wird das bisher in einem Berufsleben angesammelte Erfahrungswissen sowie die Lebenserfahrung für die Produktion von Waren und Dienstleistungen wieder eine größere Rolle spielen.

Im Bericht der Bundesregierung zur Lage der älteren Generation in Deutschland aus dem Jahr 2005 heißt es noch: „Überall in der Lageanalyse begegnete man dem Tatbe-

## Anträge

stand der Altersdiskriminierung, ob in offener oder eher verdeckter Form. Vor allem in größeren Betrieben stoßen Ältere an sichtbare und mehr noch unsichtbare Altersgrenzen bei der Einstellung, Entlassung, Weiterbildung und Beförderung von Beschäftigten, die oft auf Vorurteilen und einer systematischen Unterschätzung des Erfahrungswissens Älterer beruhen.“

Die Praxis der Vergangenheit, Berufsbiografien weit vor dem Renteneintrittsalter zu beenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Abfindungen und Lohnersatzleistungen aus dem Berufsleben auszugliedern, ist ein Auslaufmodell – und muss es sein, da sie eine angemessene Altersversorgung gefährdet und fatale Folgen für das gesamte Rentensystem hat. Gute Arbeit in diesem Sinne ist Arbeit, die ein auskömmliches und leistungsgerechtes Einkommen sichert, Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand bietet, Ansprüche auf Leistungen der solidarischen Sozialversicherung garantiert und gute Bedingungen für Ältere bietet.

### 2. Sichere und alternsgerechte Arbeitsplätze schaffen

Die unterschiedlichen Herausforderungen und Risiken im Lebenslauf eines Menschen müssen in der betrieblichen Arbeit und in den betrieblichen Strukturen Berücksichtigung finden. Neben der immer noch nicht voll hergestellten Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht es etwa auch um Pflegeleistungen für die Eltern und Großeltern. Ebenso müssen Zeiten der Rehabilitation und der Weiterbildung zur Normalität des Arbeitslebens gerechnet werden.

Die Leistungsfähigkeit eines Menschen darf sich nicht allein an den betrieblichen Ansprüchen orientieren, sondern muss vielmehr die bestehenden Bedürfnisse berücksichtigen. Diese werden von den aktuellen Lebensumständen, der Gesundheit und dem Lebensalter geprägt. Für die Familie und nicht zuletzt auch für gesellschaftliches Engagement brauchen wir Zeit. Diesem Umstand müssen künftig neue Arbeitszeitmodelle und das einklagbare Recht auf Teilzeitarbeit sowie flexiblere Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Arbeitsanforderungen Rechnung tragen. Neben Dauer und tageszeitlicher Anordnung der Arbeitszeit wird ihre Verteilung über das Jahr in den Blick kommen müssen. Individuell abgestimmte Arbeitszeitkonten ermöglichen es, im Rahmen vereinbarter Arbeitszeiten neue Freiräume zu erschließen. Das bedeutet: Chancen zu mehr selbst bestimmter Zeit, Minderung von Zeitkonflikten zwischen betrieblichen und außerbetrieblichen Anforderungen, Abbau von Zeitnot und Stress, mehr Erholung und insgesamt eine entschleunigte Lebensarbeitszeit.

Priorität hat für uns gute und gesunde Arbeit. Arbeit darf nicht krank machen. Dementsprechend sind die Aktivitäten zur Herstellung „gesunder“ Arbeitsbedingungen zu verstärken. Dennoch wird es weiterhin Schichtarbeit und auch Tätigkeiten mit schweren Belastungen geben. Eine präzise Abgrenzung von Beschäftigten mit besonders belastenden Tätigkeiten oder Arbeitszeiten für eine generalisierende Regelung zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Arbeitsleben dürfte wirkungsgenau und -gerecht nur schwer zu treffen sein. Tarifvertragliche Branchenlösungen wie im Bereich der IG

Metall und der IG BCE können auch in anderen Bereichen Antworten sein, die eine frühere Beendigung des Arbeitslebens finanziell ausgleichen. Dadurch können auch die Anreize für Arbeitgeber zur Herstellung alters- und altersgerechter Arbeitsbedingungen gesteigert werden.

Im Übrigen ist und bleibt das Instrument der Erwerbsminderungsrente eine wichtige, auf die individuelle Situation des Einzelnen konzentrierte und für alle gleich geltende Antwort der sozialen Absicherung bei reduzierter Erwerbsfähigkeit. Aber auch dabei gilt es vorrangig, alle weiteren und alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten auszuloten und finanziell abzufedern.

Wir fordern eine Beschäftigungskultur, in der es für Arbeitnehmer mit schweren körperlichen Belastungen rechtzeitig Rehabilitationsangebote, Qualifizierungen und Transfermöglichkeiten auf andere Arbeitsplätze (vorrangig im bisherigen, aber auch in anderen Unternehmen) gibt. Ziel muss es sein, ein möglichst hohes Maß an Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Dies werden auch wichtige Handlungsfelder der neuen von der Rentenversicherung weiterentwickelten „Erwerbstätigenversicherung“ (Hamburger Grundsatzprogramm) sowie der von der Arbeitslosenversicherung weiterentwickelten „Arbeitsversicherung“ sein, die nicht erst beschäftigungsstabilisierend einzugreifen hat, wenn der Arbeitsplatz verloren ist, sondern bereits präventiv aktiv werden soll.

Um „best practice“ sichtbar zu machen, sollen kleine und mittlere Unternehmen sich auf Bundesebene um einen Preis für hervorragende altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung bewerben können.

Eine weitere Anforderung an altersgerechte Arbeitsplätze ist ein betriebliches Eingliederungsmanagement bei Krankheit und Behinderung. Mit zunehmendem Lebensalter steigt das Risiko, schwer zu erkranken, chronische Krankheiten oder – infolge von Krankheit oder Unfällen – Behinderungen zu erwerben. Der Betrieb hat entscheidenden Einfluss darauf, ob ein solches Lebensereignis zur Arbeitslosigkeit oder Frühverrentung führen muss. Deshalb kommt der Anpassung des Arbeitsplatzes an die gesundheitlichen Einschränkungen der Beschäftigten große Bedeutung zu. Die im Sozialgesetzbuch IX gefundene Regelung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement muss in diesem Zusammenhang konsequenter umgesetzt werden. Wünschenswert wäre eine ähnliche Verpflichtung im Betriebsverfassungsgesetz und in den Personalvertretungsgesetzen als gemeinsame Aufgabe von Arbeitgebern sowie Betriebs- und Personalräten.

Wir werden das Thema Gesundheitsförderung für ältere Erwerbstätige in das Präventionsgesetz aufnehmen und damit auch dafür sorgen, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstärkt in den Genuss betrieblicher Präventionsleistungen im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung kommen.

## Anträge

### 3. Dabei sein durch Qualifizierung und Übergänge in neue Beschäftigung

Älterwerden in der Arbeitswelt setzt voraus, dass berufslebenslang Fort- und Weiterbildung stattfindet. Lebenslanges Lernen ist keine Bedrohung, sondern ein Schlüssel zur altersgerechten Arbeitswelt. Die sich rasant verändernden Bedingungen in der globalisierten Welt machen es notwendig, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an dieser Entwicklung teilhaben. Anpassungsqualifizierungen, die das fachliche und theoretische Wissen auf den jeweils aktuellen Stand bringen, sind für die eigene Entwicklung vieler Beschäftigter wichtig, um den wachsenden Anforderungen gerecht werden zu können.

Darüber hinaus muss es für schwer körperlich arbeitende Menschen Möglichkeiten geben, auch dann noch arbeiten zu können, wenn gefährliche und sehr belastende Tätigkeiten nicht mehr ausgeübt werden sollen bzw. können. Der Wechsel in eine andere, z.B. dienstleistungsorientierte Tätigkeit muss am besten schon in der mittleren Lebensphase geplant werden, wenn er gelingen soll. Die Berufsbilder der sehr belastenden Tätigkeiten sollten baldmöglichst entsprechend systematisch weiterentwickelt werden, so dass neue Perspektiven auch für besonders belastete Beschäftigte entstehen können.

Die Bundesagentur für Arbeit muss hier vermittelnde und beratende Unterstützung bieten, insbesondere für kleinere Betriebe, die auf Netzwerke zum Personalaustausch angewiesen sein werden.

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gleichermaßen verpflichtet, sich der Herausforderung zu stellen. Das Arbeitsrecht sollte diese gegenseitige Verpflichtung fest verankern. Erfahrungswissen lässt sich bei Veränderungen und Innovationen produktiv einbringen. Das von der Bundesagentur für Arbeit verwaltete Programm WEGEBAU ist ein erster Schritt, diesen Weg zu unterstützen.

Wir werden unsere Existenzgründungsprogramme für ältere Menschen mit einer spezifischen Gründungsberatung und einem Mikro-Kreditprogramm attraktiver machen. Ältere Menschen sollen in die Lage versetzt werden, z.B. einen Laden, eine kleine Werkstatt, ein Restaurant oder eine Serviceeinrichtung zu begründen und zu betreiben. Wir werden prüfen, in wieweit die Kreditvergaberegeln der Kreditinstitute gegen das Allgemeine Gleichstellungsgesetz verstoßen, indem sie den Tatbestand des Altseins diskriminieren.

Und wir wollen systematisch das Erfahrungswissen Älterer für Jüngere erschließen, indem wir ein Bundesprogramm „Gründungspaten“ auflegen, bei dem Existenzgründungskredite daran geknüpft werden, dass ein älterer Gründungspate das Projekt begleitet, insbesondere im Handwerk und bei Betriebsübergängen.

## C. Optionszeiten

### 1. Von den Arbeitnehmern her denken

In der modernen Arbeitsgesellschaft gehören flexible Arbeitszeiten bereits zum Alltag. Dabei unterliegen sie der Gestaltung durch die Sozialpartner in Tarifverträgen, durch die Betriebsparteien sowie durch einzelvertragliche Verabredungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der Gesetzgeber setzt die rechtlichen Rahmenbedingungen.

Bei der Festlegung der Arbeitszeiten darf es nicht nur um die betrieblichen Interessen gehen. Vielmehr müssen auch die berechtigten Interessen der Beschäftigten an eine Gestaltung flexibler Arbeitszeiten immer mehr in den gesellschaftlichen Mittelpunkt rücken. So gilt es heute, mehr Zeitautonomie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchzusetzen.

Bestehende Rechtsansprüche auf Teilzeit, Elternzeit, Pflegezeiten für nahe Angehörige und Weiterbildung sollten mit ergänzenden Regelungen in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen innovativ in den Unternehmen umgesetzt und der Arbeitsverdichtung sowie rein auf Arbeitgeberinteressen ausgerichtete Flexibilisierung entgegengewirkt werden.

### 2. Gegen Insolvenz geschützte Arbeitszeitkonten zur Lebensarbeitszeitplanung nutzen

Die Reform des Insolvenzschutzes von Arbeitszeitkonten hat bereits zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine individuellere Gestaltung der Lebensarbeitszeit sowie für gleitende Übergänge aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand beigetragen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, bei einem Arbeitgeberwechsel die bestehenden Wertguthaben mitnehmen zu können.

Die mit dieser Sicherung verbundenen Chancen für begrenzte „Auszeiten“ gilt es zu nutzen. Dazu gehören kürzere Zeiten des individuellen Ausspannens wie auch längere Phasen der Freistellung bis hin zu einem Jahr („Sabbaticals“). Angesammelte Zeitguthaben können auch zur Ergänzung der bereits rechtlich gesicherten Freistellungsansprüche genutzt werden. Gerade über diesen Weg könnte mit Zeitguthaben mehr Freiraum z.B. für die Kinder, die Pflege der Eltern, aber auch zur eigenen Weiterbildung geschaffen werden.

## D. Flexible Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand

### 1. Variable Lösungen statt „Ganz oder gar nicht“

Wir wollen Arbeitsbedingungen, die die Gesundheit erhalten, den Erfahrungsschatz der Älteren nutzen und einen guten Mix von Älteren und Jüngeren in den Unternehmen ermöglichen. Es gilt, den letzten Arbeitsabschnitt flexibler zu gestalten. Der



## Anträge

abrupte Übergang von der Vollerwerbstätigkeit in die Vollzeit-Rente entspricht oft nicht den Bedürfnissen der älteren Menschen nach allmählicher Verlagerung der Tätigkeitsschwerpunkte. Den bisherigen „Ganz oder gar nicht“-Lösungen sind variable Formen der Arbeitszeitgestaltung gegenüberzustellen.

So kommt man einerseits den Interessen derjenigen entgegen, die sich möglichst lang in das Arbeitsleben einbringen wollen, wie auch denjenigen, die etwa aufgrund von unterschiedlicher Belastung durch Beruf oder Arbeitszeit früher ausscheiden wollen. Ebenso sollen auch die Möglichkeiten verbessert werden, dort wo gewünscht gegebenenfalls über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus arbeiten zu können. Die individuellen Entscheidungsmöglichkeiten werden größer.

### 2. Altersteilzeitförderung mit neuer Konditionierung bis 2015 fortsetzen

Die bestehende Altersteilzeit ist ein Instrument zum gleitenden Übergang aus der Beschäftigung in den Ruhestand. Sinnvoll genutzt kann die Reduzierung der Arbeitszeit Älterer auch mit der Einstellung Jüngerer verknüpft werden.

Altersteilzeit bleibt weiterhin ein wesentliches Element unserer Arbeitsmarktpolitik. In sozialdemokratischer Regierungsverantwortung haben wir dies bereits mit der auch für die Zukunft geltenden Freistellung der Aufstockungsbeträge von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen unterstrichen. Die bislang bis Ende 2009 begrenzte zusätzliche Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit wollen wir fortsetzen. Ab 2010 soll der frühestmögliche Zeitpunkt für den Beginn einer Altersteilzeitphase das vollendete 57. Lebensjahr sein. Die bisherigen Bedingungen zur Verteilung der Arbeitszeit und zur Höhe der Aufstockungsleistungen bleiben bestehen. Präferenz hat dabei für uns eine verringerte oder sich sukzessive reduzierende Arbeitszeit, wobei die Verblockung nicht ausgeschlossen wird.

Gemischte Teams, Beschäftigungsstabilisierung und -aufbau sind dabei unsere Ziele. So sollen durch Altersteilzeit frei werdende Stellen mit Ausbildungsabsolventen in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen besetzt und auch in Kleinbetrieben Auszubildende eingestellt werden. Dies trägt zu mehr sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen bei, schafft gemischte Belegschaftsstrukturen und beugt dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel vor.

### 3. Neue Rentenart ab 60 – Teilrente modernisieren

Ergänzend zur Altersteilzeit wollen wir ab 2010 mit der Teilrente ab dem 60. Lebensjahr eine neue Rentenart einführen, die die Voraussetzungen für einen gleitenden Übergang in den Ruhestand erweitert. Teilrente kann derzeit bereits ab dem 63. Lebensjahr mit 35 Versicherungsjahren in Höhe von  $\frac{1}{3}$ , der Hälfte oder  $\frac{2}{3}$  bezogen werden. Diese Anteile sollten flexibler gestaltet werden, um besser in Verbindung mit Altersteilzeitregelungen und vor dem Hintergrund von bestehenden Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten eine gleitende Arbeitszeitverteilung z. B. mit einer stufenweisen Reduzierung vorzunehmen.

Auch wenn dies betriebsorganisatorisch in bestimmten Bereichen eine Herausforderung darstellt, würde diese Form den Beteiligten mehr Flexibilität ermöglichen und die Arbeitszeitsouveränität erhöhen. Voraussetzungen hierfür sind, dass beim Teilrentenbezug später keine Abhängigkeit von Grundsicherung hervorgerufen wird, dass eine entsprechende Vereinbarung mit dem Arbeitgeber über die Verkürzung der Arbeitszeit im Rahmen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getroffen wird und dass der Arbeitgeber die durch die Teilrente erhöhte anfallende Abschlagszahlung mit Beiträgen in die Rentenversicherung ausgleicht, so dass man davon leben kann.

#### 4. Zusätzliche Einzahlungen in die Rentenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer ermöglichen

Den Tarifvertragsparteien steht im Rahmen der Tarifautonomie (ergänzt um Vereinbarungen der betrieblichen Sozialpartner) die Möglichkeit zur Verfügung, für bestimmte, besonders belastete Arbeitnehmergruppen Regelungen zur finanziellen Verträglichkeit eines ab dem 60. Lebensjahr beginnenden schrittweisen Ausscheidens aus dem Arbeitsleben zu treffen.

Wir werden hierzu die Möglichkeiten der Zahlung von Zusatzbeiträgen zur Rentenversicherung so flexibilisieren, dass sie künftig von allen Versicherten und auch von den Arbeitgebern über das gesamte Erwerbsleben geleistet werden können. Sie können sowohl zum Ausgleich oder zur Verminderung der versicherungsmathematischen Abschläge bei früherer Renteninanspruchnahme dienen, wie auch zur Rentensteigerung. Auch das Erwerbsminderungsrisiko kann mit diesen Beiträgen abgesichert werden. Die Zusatzbeiträge sollen im Falle einer Erwerbsminderungsrente für einen Zuschlag an Entgeltpunkten genutzt werden. In die Zurechnungszeit gehen sie nicht ein.

Zusatzbeiträge können damit insbesondere für Beschäftigte mit besonders belastenden Arbeitsbedingungen eine bessere Absicherung für den Fall einer Erwerbsminderungsrente ermöglichen. Die Nutzung soll sowohl individuell als auch über Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträge möglich sein.

#### 5. Beschäftigung auch über das gesetzliche Rentenalter hinaus bei individuellem Wunsch ermöglichen

Die Entwicklung der längeren Lebenserwartung bringt bei einigen Beschäftigten auch den Wunsch mit sich, über die gesetzliche Rentenaltersgrenze hinaus tätig zu sein. Wir wollen, dass dies künftig – bis auf Berufe, wo Sicherheitsgründe dem entgegenstehen – möglich ist. Arbeitsvertragsbeendigungen, die mit Altersgrenzen begründet sind, oder tarifvertragliche Regelungen, die ab einem bestimmten Alter das Arbeitsverhältnis automatisch beenden, sollen keine rechtliche Relevanz mehr haben. Berufstätigkeit über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus soll damit uneingeschränkt für diejenigen ermöglicht werden, die dies wollen. Kurt Beck hat das in Rheinland-Pfalz für den Bereich der Landesbeamten schon so geregelt.

## Anträge

### E. Freiwilligendienste für alle Generationen

Nach dem Berufsleben orientieren sich viele Menschen neu. Sie möchten weiterhin aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben, die eigenen Erfahrungen und das eigene Wissen weiter geben und neue Erfahrungen sammeln. Diesen Bedürfnissen kann das freiwillige Engagement entgegenkommen.

Der Leitgedanke einer generationenübergreifenden Politik im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements sollte lauten: Wer will, der soll können! Und es gibt viele Seniorinnen und Senioren, die wollen und können. Für sie hat das freiwillige Engagement einen großen Wert. Sie sind – wenn auch nicht mehr berufstätig – immer noch tätig. Die Bedeutung dieses Tätigseins besonders in den Übergangszeiten zwischen Arbeit und Ruhestand kann gar nicht überschätzt werden.

Wir wollen mit Programmen wie den „Freiwilligendiensten aller Generationen“ neue Wege gehen und dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. In der Organisationsform unterscheiden sich Freiwilligendienste vom klassischen Ehrenamt. Denn hier sichern die Freiwilligen für einen verbindlichen Zeitraum zu, ein bestimmtes Stundenkontingent pro Woche abzuleisten. Das erlaubt vernünftige Planung und sichert Kontinuität. Und es wird in einem Vertrag festgehalten.

Im jetzt gerade auslaufenden Programm „Generationenübergreifende Freiwilligendienste“ hatten Menschen aller Generationen die Möglichkeit, sich zu engagieren – und das in einem geregelten Rahmen (zwischen 8 und 20 Stunden/Woche). Dieser geregelte Rahmen hilft besonders denjenigen, deren Alltag sich vorher an der Berufstätigkeit oder der Familienarbeit orientiert hat und entsprechend geregelt war.

Erfolgreiche Projekte haben sich in den letzten Jahren etablieren können. So wurden beispielsweise Seniorinnen und Senioren für Stunden in Schulklassen gewonnen, um mit ihrer Lebenserfahrung dazu beizutragen, dass die Jugendlichen nicht in eine Schuldenfalle tappen, wie es häufig etwa durch die Handynutzung passiert.

In einem anderen Projekt werden Menschen im Ruhestand Patinnen und Paten für junge Ein- und Zuwanderer. Sie stehen für sie in Alltagsfragen zur Verfügung, um ihnen den Start in ihrer neuen Heimat zu erleichtern. Im Gegenzug engagieren sich die jungen Menschen in einer gemeinnützigen Organisation, in der sich der Mentor oder die Mentorin bereits engagiert. Dieses Projekt trägt dazu bei, unterschiedliche Kulturkreise und Altersgruppen zusammenzubringen.

Wir wollen die Möglichkeiten dafür schaffen, viele weitere Projekte zu initiieren. Deshalb fordern wir eine Verstetigung der Freiwilligendienste für alle Generationen. Auch die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen wir verbessern. Auf sozial- und unfallversicherungsrelevante Fragen müssen wir verbindliche Antworten finden, damit den Freiwilligen der größtmögliche Schutz sicher ist.

Förderung verdienen die Freiwilligendienste von allen politischen Ebenen: vom Bund wie vom Land; besondere Verantwortung haben die Kommunen. Dort findet das frei-

willige Engagement statt, dort wird es am meisten greifbar im Miteinander der Generationen. Dabei muss klar sein: Kein Freiwilligendienst darf einen Arbeitsplatz ersetzen.

Viele wollen die Chancen des längeren Lebens nutzen und haben zu viele Kapazitäten, um sich selbst zum „alten Eisen“ zu zählen. Menschen im Ruhestand sind keine Hilfeempfänger, die von der Gesellschaft integriert werden müssen: Wir brauchen die Älteren mit ihrem Engagement auf dem Weg zu einer solidarischen Bürgergesellschaft.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 206/7**

Ortsverein Oberndorf/Neckar (Landesverband Baden-Württemberg)

### **Stärkung der Patientenrechte**

Die SPD setzt sich mit allem Nachdruck für die Stärkung der Patientenrechte ein, wenn eine Patientin/ein Patient einen erheblichen gesundheitlichen Schaden durch einen ärztlichen Behandlungsfehler erlitten hat.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird deshalb gebeten, in der neuen Wahlperiode ein Gesetzentwurf für ein Patientenschutz-Gesetz einzubringen und bei möglichen Koalitionsverhandlungen wird ein solche Gesetzesinitiative als vordringlich in die Verhandlungen eingebracht.

Folgende Mindestbedingungen sind zur Stärkung der Patientenrechte sind erforderlich:

1. Die ärztliche Weiter- und Weiterbildungsordnung ist im Hinblick auf Fehlervermeidung zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Dazu werden Leitlinien zur Verbesserung Kommunikation zwischen Ärzten und Patienten erstellt. Der Aufbau eines verbindlichen Risikomanagements ist gemeinsam von Ärztekammern, Krankenkassen und Selbsthilfegruppen zu entwickeln.
2. Die Beweislast für den geschädigten Patienten, wonach die Behandlung oder fehlerhafte Aufklärung ursächlich für den erlittenen Gesundheitsschaden ist, wird erleichtert und bei schweren Gesundheitsschäden erfolgt eine Beweislastumkehr.
3. Bei anstehenden Gerichtsverfahren wird eine angemessene Frist festgelegt, um für geschädigte Patienten die teilweise unzumutbare Dauer von Verfahren zu verkürzen. Das gilt auch für vom Gericht bestellte Gutachter, die mit finanziellen Sanktionen bei Nichtbeachtung der Fristen belegt werden.

## Anträge

4. Vom Gericht bestellte Gutachter werden verpflichtet Interessenkonflikte gegenüber dem Gericht und dem/der Geschädigten offen zu legen (bspw. Funktionen Fachgesellschaften und -verbänden, gemeinsame Gutachten für Dritte und bei Erhalt von Drittmitteln, Verwandtschaftsgrad, etc.).
5. Für Arzthaftungsfälle werden spezielle Spruchkammern bei Gerichten eingerichtet.
6. Der/die behandelnde Arzt/Ärztin wird verpflichtet, Patienten auf aufgetretene Probleme oder Behandlungsfehler unmittelbar hinzuweisen.
7. Die möglichen Ansprüche einer Schadensabwicklung zwischen behandelnden Arzt/Ärztin, Krankenhaus, Haftpflichtversicherer und Patient erfolgt nach dem Vorbild der Kfz-Haftpflichtversicherung nicht künftig nicht mehr gegen den Arzt sondern gegen dessen Haftpflichtversicherung.
8. Es ist zu prüfen ob in jedem Bundesland, nach dem Vorbild Österreichs, eine öffentliche Patientenanzwaltschaft, als Ansprechstelle für Patienten und als neutraler Vermittler einzurichten ist.

**(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## Antrag 206/9

Kreis Spandau (Landesverband Berlin)

## Gesundheitskarte

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Projekt der Gesundheitskarte zu stoppen, wenn damit Gesundheits- und Krankendaten zentral gespeichert werden (insbesondere die elektronische Patientenakte und das elektronische Rezept).

**(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## Antrag 206/15

Ortsverein Pries-Friedrichsort (Landesverband Schleswig-Holstein)

## Änderungsantrag Kap. II, Unterkapitel 206

Kapitel II,  
Unterkapitel 6: Sozialstaat

Der Untertitel „Gute Versorgung für alle“ ist zu ersetzen durch den nachfolgenden Text:

Gesundheit ist ein Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge. Der atomisierte und in seinen Auswirkungen unüberschaubare Vertragswettbewerb der Krankenkassen führt zur Deregulierung, zu hohem Misstrauensaufwand, zu belastender Bürokratie in Praxis, Pflege und Krankenhaus und zur Schwächung unserer Solidargemeinschaft.

Patientinnen und Patienten mit vom Risikostrukturausgleich nicht abgedeckten Krankheitsbildern oder Sterbensranke werden vernachlässigt und es besteht eine systematische Unzuständigkeit für effiziente und integrierte Versorgungsstrukturen in der Fläche.

Die gesetzlichen Krankenkassen sollen die Sachwalter unserer solidarischen Krankenversicherung bleiben. Durch den bisher etablierten Kassenwettbewerb der etwa 200 Kassen werden sie aber zu betriebswirtschaftlichen Denken und Handeln gezwungen, welches einer solidarischen Gesundheitspflege entgegensteht und Effizienzreserven nicht ausschöpft.

Jede Kasse kümmert sich jetzt im Wettbewerb nur um die eigenen Versicherten. Niemand in Deutschland hat bisher die Verantwortung für eine effiziente und sachgerechte Versorgung in der Fläche.

Wir wollen dafür sorgen, dass die Kassen diese Verantwortung auf Landesebene in Zukunft gemeinsam tragen. Die Solidargemeinschaft darf nicht geteilt und von der Gesundheitsindustrie beherrscht und instrumentalisiert werden!

Wir wollen sie nach skandinavischem Modell auf regionaler Ebene als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge durch gemeinsames Handeln unserer Krankenkassen integrieren, vernetzen und stärken.

Wir wollen, dass Regionalbudgets und regionale Gesundheitsnetzwerke für die gesundheitliche Basisversorgung von den Kassen gemeinsam weiterentwickelt und gefördert werden. Die enge fachliche Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe im ambulanten Bereich muss, den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten entsprechend, gesichert werden.

Heimeinweisungen und Krankenhauseinweisungen sind belastend und teuer. Wir wollen die gesundheitliche Versorgung auch auf dem Lande so fortentwickeln, dass dem Wunsch der Patienten, zu Hause versorgt zu werden, wenn fachlich möglich, entsprochen werden kann.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

Anträge

## **Antrag 206/18**

Ortsverein Peterswerder/Steintor, Ortsverein Oberneuland (Landesorganisation Bremen)

### **Nutzenbewertung von Leistungen, Änderung Kap. 206**

In Kapitel II

Unterkapitel 6: Sozialstaat – Fortschritt und Zukunft

Untertitel: Qualität sichern – Patienten stärken

ist der 3. Spiegelstrich „Neutrale Nutzenbewertung von Leistungen“ zu ergänzen:

Eine Nutzenbewertung von zu treffenden medizinischen Maßnahmen bei älteren, nicht mehr im Arbeitsleben stehenden Patienten wird nur hinsichtlich der zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit des Patienten besten Methode durchgeführt. Allen kranken Menschen, auch älteren, muss nach den neuesten medizinischen Erkenntnissen Behandlung inklusive Operationen und anschließender Pflege und Rehabilitation zugänglich sein.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 206/28**

Landesverband Baden-Württemberg

### **Sachleistungsprinzip stärken, Änderung Kap. 206**

In Kapitel II

Unterkapitel 6: Sozialstaat – Fortschritt und Zukunft

Untertitel: Qualität sichern – Patienten stärken

wird nach dem 4. Spiegelstrich „Prävention stärken.“ ein neuer Spiegelstrich eingefügt:

Sachleistungsprinzip stärken. Zuzahlungen, Praxisgebühren und Selbstbehalte sind unsolidarische Finanzierungsarten, wenn sie keine Lenkungswirkung haben. Wir werden daher die Krankenkassen verpflichten, allen Versicherten ein Versorgungsmodell anzubieten, dass von Selbstbeteiligungen freistellt. Diese Befreiung kann an die Einhaltung einer hausarztzentrierten Versorgung mit Überweisungsgebot gebunden sein. Wir wollen, dass IGEL-Leistungen und andere medizinisch nicht notwendige Angebote nicht im Rahmen einer kassenvertraglichen Behandlung angeboten werden dürfen.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 206/35**

Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
im Gesundheitswesen (ASG)

### **Soziale Krankenversicherung weiter stärken, Änderung Kap. 206**

In Kapitel II

Unterkapitel 6: Sozialstaat – Fortschritt und Zukunft

Untertitel: Qualität sichern – Patienten stärken

zwischen 5. (Patientenrechte) und 6. Spiegelstrich (Gesundheitswesen) wird als neuer Spiegelstrich eingefügt:

Die gesetzliche und solidarische Krankenversicherung ist ein Erfolgsmodell in Deutschland. Wir wollen sie weiter stärken, damit sie immer mehr zum patientenorientierten Gestalter der Gesundheitslandschaft und zum Mittler zwischen ihren Versicherten und den Anbietern von Gesundheitsleistungen wird.

Die Qualität der Versorgung und ihre Wirtschaftlichkeit sowie die nachhaltige Gesundheitssicherung ihrer Versicherten müssen zukünftig im Zentrum des Krankenkassenhandelns stehen.

Damit wir endlich auch wissen, was kranken Menschen wirklich hilft, werden wir die wettbewerbsneutrale Versorgungsforschung verstärkt fördern.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 208/5**

Abteilung 8 (Friedenau) (Landesverband Berlin)

### **Deutschland braucht Einwanderung, Änderung Kap. 208**

In Kapitel II

Unterkapitel: Die soziale Gesellschaft im Wandel

Untertitel: Deutschland braucht Einwanderung – Einwanderung braucht Integration

wird nach dem ersten Spiegelstrich Kultur der Anerkennung als neuer Spiegelstrich eingefügt:

Willkommensagenturen für Zuwanderinnen und Zuwanderern schaffen

Neu eingerichtete Willkommensagenturen für Zuwanderinnen und Zuwanderer werden die Orientierung erleichtern und sie von Anfang an mit allen notwendigen Informationen aus einer Hand versorgen. Wir wollen, dass die Menschen, sich mit dem Land ihrer Herkunft und mit Deutschland identifizieren zu können.

**(Überwiesen an Landtagsfraktionen)**



Anträge

## **Antrag 208/7**

Unterbezirk München (Landesverband Bayern)

### **Bezahlbares Wohnen**

In Kapitel II

Unterkapitel: Die soziale Gesellschaft im Wandel

Untertitel: Soziale Stadt

wird der letzte Satz im 3. Spiegelstrich „Bezahlbares Wohnen sichern“ ersetzt durch folgende Formulierung:

„Künftig sollen nur noch die wirklichen Kosten unter zwingendem Abzug der öffentlichen Fördermittel umgelegt werden dürfen. Die von uns eingeführte Kappungsgrenze von 20 Prozent soll in Zukunft auch Mieterhöhungen durch Modernisierung einbeziehen. Wir werden die Berechnungsgrundlage von qualifizierten Mietspiegeln so anpassen, dass Bestandsmieten mehr zum Tragen kommen. Für das genossenschaftliche Wohnen schaffen wir neue Anreize.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 208/9**

Kreis Treptow-Köpenick (Landesverband Berlin), Landesverband Berlin

### **Gleichstellung**

In Kapitel II

Unterkapitel: Die soziale Gesellschaft im Wandel

Untertitel Gleichstellung

nach dem vierten Spiegelstrich neuen Spiegelstrich einfügen

Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften. Familie ist für die SPD dort, wo Kinder sind und Generationen und Lebenspartner Verantwortung füreinander übernehmen. Aus diesem Grund werden wir das Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften einführen. Das Kindeswohl muss im Mittelpunkt stehen, die gleichgeschlechtliche Orientierung der potenziellen Adoptiveltern ist dagegen irrelevant.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 208/15**

Ortsverein Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)

### **Resettlement-Programm des UNHCR**

In Kapitel II

Unterkapitel 2: Die soziale Gesellschaft im Wandel

Untertitel: Deutschland braucht Einwanderung – Einwanderung braucht Integration  
ist im siebenden Spiegelstrich nach dem letzten Satz einzufügen:

Deutschland hat einen angemessenen Beitrag im Rahmen des UNHCR-Resettlement-Programms zu leisten.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 208/16**

Ortsverein Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)

### **Spekulation mit Grund und Boden stoppen – Planwertsteigerungen abschöpfen**

In Kapitel II

Unterkapitel 8: Die soziale Gesellschaft im Wandel

Untertitel: Soziale Stadt

ist im 3. Spiegelstrich nach dem letzten Satz einzufügen:

Unverdiente Bodenwertsteigerungen, die aufgrund öffentlicher Bauleitplanung oder öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur privaten Grundstückseigentümern zufließen, sollen abgeschöpft werden, damit sie der Allgemeinheit zu Gute kommen. Die Spekulation mit Wohnraum muss gestoppt werden. Öffentliche Wohnungsbestände dürfen nicht verkauft werden, insbesondere nicht an börsennotierte Kapitalgesellschaften (sog. REITS – Real Investment Trusts). Als Regulativ zu privat organisiertem Wohnungsbau sind die Instrumente für den kommunalen Wohnungsbau zu verstärken.

**(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## Antrag 208/19

Forum Nachhaltigkeit und Umwelt

### Starke und soziale Kommunen

In Kapitel II

Unterkapitel 8: Die soziale Gesellschaft im Wandel

Untertitel: Starke und soziale Kommunen“

ist nach dem 1. Spiegelstrich ein neuer Spiegelstrich einzufügen:

- **Kommunale Energieversorgung.** Wir werden Städte und Gemeinden beim Aufbau einer eigenen Energieversorgung und beim Wechsel hin zu Erneuerbaren Energien unterstützen. Damit können die Kommunen ihren Energiebedarf selbst bestimmen, Arbeitsplätze schaffen und Energie langfristig bezahlbar erhalten. Zusammen mit dem möglichen Rückkauf der lokalen Stromnetze können durch diese Kommunalisierung der Energieerzeugung 100 %-Erneuerbare-Energien-Regionen entstehen. Wir werden einen „Nationalen Klimaschutzpakt“ mit den Bundesländern und Kommunen abschließen, mit dem wir erreichen wollen, dass durchschnittlich je 1,5 Prozent der Flächen im Innen- und Außenbereich der Städte und Gemeinden als „Klimaschutzflächen“ für die Nutzung von Wind- und Solarenergie bereitgestellt werden

(Überwiesen an SGK und Bundestagsfraktion)

## Antrag 208/20

Forum Nachhaltigkeit und Umwelt

### Soziale Stadt

In Kapitel II

Unterkapitel 8: Die soziale Gesellschaft im Wandel

Untertitel: Soziale Stadt

ist nach dem 2. Spiegelstrich ein neuer Spiegelstrich einzufügen:

- **Programmbestandteil „Solare Stadt“.** Wir werden die bisherigen Programme zur Stadtentwicklung um den Programmpunkt „Solare Stadt“ erweitern. Mit dem Programm „Solare Stadt“ werden wir Städte und Gemeinden massiv unterstützen, auf Erneuerbare Energien umzustellen und Ortsteile mit besonders hohem Energieverbrauch energetisch umzugestalten und die Lebenshaltungskosten zu senken. Dadurch entstehen in Ortsteilen neue Arbeitsplätze.

(Überwiesen an SGK und Bundestagsfraktion)

**Antrag 208/22**

Bezirk Hannover

**Teilhabe behinderter Menschen**

Die SPD setzt Artikel 29 der UN-Menschenrechtskonvention zur unmittelbaren Teilhabe behinderter Menschen konsequent um.

Unmittelbare Teilhabe oder Partizipation heißt konkret Mitentscheider zu sein, also behinderten Menschen auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen Mitbestimmung zu gewährleisten.

Im Rahmen der positiven Diskriminierung, wie sie auch ansonsten gesellschaftlich üblich ist, sind behinderte Menschen bei allen Funktionen vorrangig zu berücksichtigen.

Auch im Sinne des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen („Nichts über uns ohne uns“) fordern wir den Parteitag auf, den Satz, Seite 37, nach Zeile 7, zu ändern:

„Wir werden als Vorbild für alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen unmittelbare Mitbestimmung behinderter Menschen auf allen Ebenen durchsetzen.“

**(Überwiesen an Parteivorstand)**

**Antrag 208/30**

Landesverband Baden-Württemberg

**Kultur der Partizipation, Änderung Kap. 208**

In Kapitel II

Unterkapitel: Die soziale Gesellschaft im Wandel

Untertitel: Soziale Staat

wird im 1. Spiegelstrich nach dem letzten Satz „... fortentwickeln und auf weitere Städte ausweiten.“ eingefügt:

Wir stehen für eine Politik, der der gesamten Stadtgesellschaft nutzt und um Ausgleich bemüht ist. Unser Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungschancen und Teilhabe zu geben. Wir wollen eine Kultur der Partizipation als Anrecht der Bürger auf Teilhabe – auch und vor allem in den benachteiligten Stadtteilen.

**(Überwiesen an SGK und Bundestagsfraktion)**

Anträge

## **Antrag 208/31**

Landesverband Baden-Württemberg

### **Soziale Stadt, Änderung Kap. 208**

In Kapitel II

Unterkapitel 8: Die soziale Gesellschaft im Wandel

Untertitel: Soziale Stadt

wird im 4. Spiegelstrich nach dem 1. Satz „... in räumlicher Nähe gut erreichbar sind.“ eingefügt:

In den Städten müssen bezahlbare Verkehrsmittel für alle – auch für Geringverdiener – zur Verfügung stehen.

**(Überwiesen an SGK)**

## **Antrag 209/1**

Landesverband Sachsen-Anhalt

### **Einheitliches Rentensystem in Ost und West, Änd. Kap. 209**

In Kapitel II

Unterkapitel 9: Die soziale Einheit vollenden

Untertitel: Arbeit und Soziales

3. Spiegelstrich „Einheitliches Rentensystem in Ost und West“ wird ersetzt durch folgenden Text:

Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen.

Wir greifen damit die öffentliche Gerechtigkeitsdebatte auf und werden eine Lösung erarbeiten, die die Interessen der Rentner und Beitragszahler in Ost und West gleichermaßen wahrt.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 210/15**

Kreis Hamburg-Nord (Landesorganisation Hamburg)

### **Reform der Verbraucherinsolvenz durchsetzen**

Die SPD wird die Reform der Verbraucherinsolvenz zügig durchführen.

**(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 213/2**

Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)

### **Verbot der NPD**

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dringend dazu auf, gezielt und mit Nachdruck mit der Bundesregierung zu verhandeln und unmittelbar eine Initiative des Bundestags zu starten, damit die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) so schnell wie möglich verboten wird.

Ergänzend müssen Aufklärungsprogramme und Projekte realisiert werden, die dazu geeignet sind rechtsextremistische und fremdenfeindliche Einstellungen zurückzudrängen und Toleranz und demokratischen Geist zu fördern. Diese müssen mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 213/3**

Kreis Mitte (Landesverband Berlin)

### **Kommunales Ausländerwahlrecht**

Die Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder von Landesregierungen werden aufgefordert, initiativ zu werden, um das kommunale Wahlrecht für in der Bundesrepublik lebende Nicht-EU Bürgerinnen und Bürger zu realisieren.

**(Überwiesen an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)**

## Antrag 213/5

Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

### Zum Umgang mit Rechtsextremismus

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen uns gegen die braune Gesinnung. Die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates und das Streiten für eine multikulturelle und pluralistische Gesellschaft sind für uns wichtige Anliegen und haben in der SPD Tradition. Wir thematisieren den Rechtsextremismus in unserer Region und bekämpfen ihn aktiv. Friedlich, aber entschieden.

- Wir setzen uns ein für unsere demokratische Gesellschaft. Für die Gleichheit vor dem Recht, für die Emanzipation der Menschen, für Toleranz und Verständigung. Demokratische Werte sind auch heute nicht selbstverständlich, sondern müssen auf allen gesellschaftlichen Ebenen gelebt und verteidigt werden. Dies gilt für uns als politische Partei, genauso wie für zivilgesellschaftliche Akteure. Die Förderung von Verständigung und Toleranz muss Thema jeder Partei, jedes Vereines und jeder Initiative werden.
- Dies gilt auch für die Schule. Wir begrüßen es, dass der Nationalsozialismus als geschichtliche Epoche heute umfassend behandelt wird. Allerdings gilt es, den Bogen in die heutige Gesellschaft zu schlagen, die Bedeutung von Toleranz und Zivilcourage für unsere Demokratie herauszustellen – auch im Zusammenleben der Eltern, Schüler und Lehrer jenseits des Unterrichtes. Die Schulen müssen zu einem diskriminierungsfreien Ort werden. Um dieses Anliegen weiter voranzutreiben machen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten es zum Thema in den kommunalen Ausschüssen. Außerdem nutzen wir unseren Einfluss auf die Landespolitik, die durch die Förderung von Projekten, vor allem jedoch durch eine verbesserte Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer und zusätzliche Mittel für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen.
- Wir fordern eine aktive Erinnerungskultur. Die Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich ist eine Verpflichtung gegenüber seinen Opfern und ein wesentlicher Bestandteil unseren Engagements gegen rechte Gewalt. Das NS-Regime war kein „Unfall“ der deutschen Geschichte, sondern die Folge von Rassismus, faschistischen Sehnsüchten und einem mangelnden demokratischen Bewusstsein. Phänomene, die es auch in unserer Gesellschaft gibt. Aufgrund des erschütternden Ausmaßes der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik darf diese geschichtliche Epoche nicht marginalisiert werden. Die Aufarbeitung des Dritten Reiches vor allem in der regionalen Geschichte ist noch lange nicht abgeschlossen.
- Deshalb fördern wir das Gedenken und die weitere Aufarbeitung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in den Kommunen und wirken in Bund und Land

auf eine ausreichende Finanzierung von NS-Dokumentationszentren und Gedenkstätten hin.

- Wir wehren uns gegen Normalisierung rechtsextremer Parteien und ihren Gedankengutes. Seit einigen Jahren versucht sich die NPD ein zunehmend bürgerliches Gewand überzustreifen. Mit der Partei „Pro NRW“ hat sich außerdem eine rechtsextreme Partei aus der bürgerlichen Schicht gebildet. Gezielt versuchen beide Parteien durch die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen, durch Mahnwachen und Infostände eine schleichende Normalisierung ihrer Präsenz zu erwirken und als Teil des demokratischen Spektrums wahrgenommen zu werden. Sie bleiben jedoch Feinde unseres Gesellschaftsmodells und unserer Verfassung. Wir stehen auf, wenn rechte Parolen den öffentlichen Raum erreichen, wir widersprechen! Durch Gegenaktionen und politische Aufklärung werden wir dafür sorgen, dass rechtes Gedankengut die Mitte unserer Gesellschaft nicht unterwandert.
- Wir suchen in unserem Engagement gegen den Rechtsextremismus den Konsens mit allen demokratischen Akteuren, damit diese Normalisierungsstrategie rechtsextremer Parteien nicht gelingen kann. Sie müssen sich gemeinsam der rechtsextremen Bedrohung stellen und aktiv werden. Lokale Bündnisse können dafür sorgen, dass die Aktionen der NPD frühzeitig bekannt werden und Gegenmaßnahmen getroffen werden. Gemeinsam kann die Nutzung öffentlichen Raumes deutlich erschwert werden. Gemeinsam kann auf Gaststätten-Besitzer eingewirkt werden, ihre Räume nicht mehr für Rechtsextreme zu öffnen. Ferner tragen lokale Bündnisse zu einem Klima der Offenheit und der Toleranz bei.
- Wir fordern den Aufbau und Erhalt regionaler Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus. Diese Strukturen, die in Zusammenarbeit mit Bund, Land und Kommunen finanziert werden könnten, schaffen Anlaufstellen für betroffene Einzelpersonen und Bündnisse. Sie liefern professionelle Unterstützung, halten Kontakt zu den Behörden, vernetzen lokale Bündnisse und kennen die rechtsextreme Szene vor Ort. Erste Modellprojekte gibt es bereits: Im Regierungsbezirk Münster gibt es seit Oktober 2008 die „Mobile Beratungsstelle im Regierungsbezirk Münster gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“. Diese Beratungsstelle wird – bis 2010 befristet – im Wesentlichen durch den Bund und die Stadt Münster finanziert. Das Team hat dabei bereits wichtige Erfolge zu verzeichnen: Es wird aktiv, wenn rechtsextreme Jugendliche in Schulen für Probleme sorgen, knüpft intensive Kontakte mit lokalen Initiativen, bietet Schulungen an und leistet konkrete Hilfestellungen bei Gegenaktionen.
- Wenn wir breite Bündnisse gegen Rechtsextremismus wollen, müssen wir für langfristige und professionelle Unterstützung der politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure sorgen. Auch der Kreis und das Land stehen hier in der Verantwortung.



## Anträge

- Wir fordern einen neuen Anlauf für das NPD-Verbotsverfahren. Eine Partei, die sich offen gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung stellt, kann nicht von ihr profitieren. Die NPD verletzt durch ihr rassistisches, antisemitisches und volksverhetzendes Auftreten die Grundrechte des Grundgesetzes. Dennoch profitiert die NPD massiv durch staatliche Hilfen. Von 2004 bis 2007 bekam die NPD rund 4,7 Millionen Euro an staatlicher Parteienfinanzierung – beinahe die Hälfte ihrer Einnahmen. Außerdem schafft der Status der NPD als legale Partei Aktionsräume. Sie hat das Recht, Informationsstände oder Demonstrationen durchzuführen und öffentliche Einrichtungen für ihre Veranstaltungen zu nutzen. Ferner fungiert die NPD offen als „Brücke“ für Mitglieder freier Kameradschaften in die demokratischen Parlamente.
- Durch ein Verbot der NPD werden nicht alle Probleme gelöst. Dem sind wir uns bewusst. Für uns als wehrhafte Demokraten ist es jedoch nicht erträglich, dass eine Partei, die unsere Grundordnung abschaffen will, vom Staat gefördert wird und rechtsextreme Kader einen scheinbaren Anstrich der Legalität erhalten. Auf Bundes- und Landesebene werden wir deshalb ein neues Verbotsverfahren einfördern.

(Überwiesen an Parteivorstand)

## Antrag 214 – 216/1

Ortsverein Marienburger Höhe/Itzum (Bezirk Hannover)

### Keine NATO-Erweiterung in Kriegs- und Krisenregionen

Die SPD erteilt allen Überlegungen, die NATO in Spannungsregionen mit ungelösten – in der Regel ethnisch oder religiös motivierten – Konflikten auszuweiten, eine eindeutige Absage. Stattdessen müssen die Fähigkeiten insbesondere der UN verbessert werden, ethnische Konflikte frühzeitig zu erkennen und friedlich zu lösen.

(Überwiesen an Bundestagsfraktion)

## **Antrag 214 – 216/2**

Abteilung 05/03 Falkenhagener Feld (Landesverband Berlin)

### **Entwicklungszusammenarbeit Wahlprogramm**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Kosten für Einrichtungen, errichtet aus deutschen Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit, die durch Kriege sowie kriegerische Angriffe oder Überfälle anderer Staaten bzw. Banden aus diesen Staaten oder autonomen Gebieten zerstört wurden, von den Mitteln abgezogen werden, die die verursachenden Territorien zu verantworten haben. Die SPD wird sich gleichzeitig dafür einsetzen, dass für derartige Vorfälle völkerrechtliche Vorkehrungen getroffen werden. Ferner wird die SPD sich für ein gleiches Verfahren für europäische Mittel einsetzen.

**(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 400/1**

Unterbezirk Delmenhorst (Bezirk Weser-Ems)

### **Ehemalige Amtsinhaber als Lobbyisten**

Die Ministergesetze und die Regeln für Staatssekretäre sind dahingehend zu ändern, dass zukünftige ehemaligen Ministern oder Staatssekretären mindestens mittelfristig Tätigkeiten als bezahlte Lobbyisten untersagt werden können. Bei Nichtbeachtung der Abstandsgebote sind geeignete versorgungsrechtliche Sanktionen vorzusehen.

**(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## **Antrag 400/3**

Ortsverein Haag (Landesverband Bayern)

### **Bundesländer**

Wir fordern eine Neugliederung der Bundesländer durch Zusammenschluss bevölkerungsarmer und weniger leistungsstarker Länder (z. B. Bremen/Niedersachsen oder Brandenburg/ Mecklenburg-Vorpommern/Berlin).

**(Überwiesen an Bundestagsfraktion)**

## II. Weitere Anträge

### 1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge (zum Teil sind diese Anträge ganz oder teilweise in das Regierungsprogramm eingeflossen):

Antragsbereiche	Für erledigt erklärte Anträge
001	001/3
101	101/1, 101/2 – 4
102	102/1 – 2
103	103/1
104	104/1 – 13, 104/14 – 19
201	201/1 – 9, 201/10 – 11, 201/13, 201/15 – 17, 201/18, 201/ 20 – 22, 201/ 23
202	202/1 – 5, 202/6 (Absätze 2 und 3), 202/7, 202/8 (Punkte 1 – 4), 202/9 – 44, 202/46, 202/49 – 50
203	203/1 – 6, 203/8 – 5, 203/21 – 24, 203/31, 203/33, 203/35, 203/39, 203/41 – 45, 203/47, 203/52
204	204/1, 204/4 – 8, 204/10 – 14, 204/16 – 18, 204/19 – 20, 204/22 – 27
205	205/1 – 3, 205/5 – 7, 205/9 – 13, 205/15, 205/19 – 22, 205/24 – 28, 205/32, 205/35 – 48, 205/50 – 54
206	206/1 – 3, 206/5 – 6, 206/8, 206/13, 206/16 – 17, 206/22 – 23, 206/26, 206/29, 206/32 – 34, 206/36 – 38
207	207/1 – 2
208	208/1 – 4, 208/6, 208/8, 208/10 – 14, 208/21, 208/24 – 29
209	209/2
210	210/1 – 14
211	211/1 – 2, 211/4, 211/6 – 8, 211/10 – 12, 211/14 – 21
213	213/1, 213/4, 213/6 – 11
214 bis 216	214 – 216/3 – 17
300	300/1, 300/4
IA	IA 1

**2. Abgelehnt wurden die Anträge:**

Antragsbereiche	Für erledigt erklärte Anträge
201	201/19
202	202/6 (nur Absatz 1), 202/8 (nur Punkt 5), 202/20, 202/48
203	203/7, 203/34, 203/46, 203/51
204	204/2 – 3, 204/9, 204/15, 204/21
205	205/8, 205/16 – 17, 205/29, 205/31
206	206/10 – 12, 206/14, 206/19 – 21, 206/24 – 25, 206/27, 206/30 – 31
208	208/17 – 18
210	210/16
211	211/3, 211/5, 211/9, 211/13
214	214/13
300	300/2 – 3, 300/5 – 11
400	400/2

## Delegierte

### Parteivorstand

Ahnen, Doris  
Annen, Niels  
Berg, Ute  
Böhning, Björn  
Bullerjahn, Jens  
Bulmahn, Edelgard  
Burchardt, Ulla  
Dieckmann, Bärbel  
Duin, Garrelt  
Engelen-Kefer, Ursula  
Ferner, Elke  
Fischer, Birgit  
Gabriel, Sigmar  
Griese, Kerstin  
Grumbach, Gernot  
Heil, Hubertus  
Hendricks, Barbara  
Hexel, Dietmar  
Jüttner, Wolfgang  
Kastner, Susanne  
Kraft, Hannelore  
Ludwig, Barbara

Maas, Heiko-Josef  
Maget, Franz  
Matschie, Christoph  
Mattheis, Hildegard  
Müntefering, Franz  
Nahles, Andrea  
Poß, Joachim  
Pronold, Florian  
Schaub, Manfred  
Scheer, Hermann  
Schlenz, Thomas  
Scholz, Olaf  
Schreiner, Ottmar  
Schulz, Martin  
Schwall-Düren, Angelica  
Stegner, Ralf  
Steinbrück, Peer  
Steinmeier, Frank-Walter  
Thierse, Wolfgang  
Tiefensee, Wolfgang  
Vogt, Ute  
Ypsilanti, Andrea

### Schleswig-Holstein

Baasch, Wolfgang  
Beran, Andreas  
Bolln, Stefan  
Breitner, Andreas  
Döring, Uwe  
Hagedorn, Bettina  
Hahn, Sybille  
Hannemann-Röttgers, Birgit  
Heinrich, Anne-Christin  
Juister, Bärbel

Kuhlwein, Eckart  
Nabel, Konrad  
Östreich, Cornelia  
Rix, Sönke  
Röhl, Imke  
Schirrmacher, Helga  
Stübe, Yves-Christian  
Tralau, Gesa  
Wenghöfer, Jörg

## Mecklenburg-Vorpommern

Borchert, Rudolf  
Drese, Stefanie  
Reinke, Christian

Schwesig, Manuela  
Stieber, Michael

## Hamburg

Damerau, Inka  
Egloff, Ingo  
Kahrs, Johannes  
Mohr, Antje

Pein, Milan Wilhelm  
Richter, Frank  
Schlage, Britta  
Schlotzhauer, Melanie

## Bremen

Grziwa-Pohlmann, Brigitte  
Holsten, Reiner  
Igelmann, Julia

Köke, Janna  
Sieling, Carsten

## Nord-Niedersachsen

Bekmann, Karin  
Dreyer, Klaus  
Dürkes, Ute

Knoefel, Helmut  
Motscha, Andreas  
Quillfeldt, Anne-Karen

## Weser-Ems

Beekhuis, Jochen  
Buchholz-Will, Wiebke  
Christians, Hilda  
Lies, Olaf  
Naber, Hanna  
Peters, Johann Wilhelm  
Schlee, Diana  
Schmidt, Norbert

Schulz, Hendrik  
Stuntebeck, Kristina  
Tranel, Georg  
Uhlmann, Beate  
Wilkewitz, Jürgen  
Will, Christine  
Ziegler, Rainer

## Hannover

Aller, Heinrich  
Brand, Marina  
Breyer, Reinhold  
Ellieroth, Kathrin

Fahncke, Barbara  
Feindt, Klaus-Dieter  
Franz, Ulf-Birger  
Friedemann, Waltraud

## Delegierte

Heiligenstadt, Frauke  
Jünemann, Michael  
Klecha, Stephan  
Lange, Bernd  
Leuschner, Sigrid  
Lips, Christian  
Löser, Jessica  
Lotze, Hiltrud  
Miersch, Matthias  
Putzier, Jan Henner

Scharnowski, Irina  
Schmidt, Maximilian  
Schostok, Stefan  
Somfleth, Brigitte  
Steinberg, Sören  
Steinhoff, Jürgen  
Tonne-Jork, Elke  
Watermann, Ulrich  
Wiethaup, Insa  
Willers, Gabriele

## Braunschweig

Bosse, Marcus  
Elvers, Inge  
Emmerich-Kopatsch, Petra  
Labitzke, William  
Müller Alarcon, Ursula

Perik, Muzaffer  
Rien, Barbara  
Riesen, Michael  
Schlaugat, Eva  
Wiegel, Heike

## Sachsen-Anhalt

Eichler, Wolfgang  
Grube, Falko  
Hövelmann, Holger  
Keune, Kornelia

Pähle, Katja  
Schindler, Silke  
Wistuba, Engelbert

## Brandenburg

Albeshausen, Sigrid  
Artz, Katja  
Danckert, Peter  
Hübner, Ines

Maaß, Christian  
Platzeck, Matthias  
Wicklein, Andrea  
Zenker, Thomas

## Berlin

Buttgereit, Monika  
Drohse, Franziska  
Geisel, Andreas  
Knörr, Rainer  
Koch, Regine  
Loth, Barbara  
Mindrup, Klaus  
Müller, Michael

Rackles, Mark  
Sommer, Ulrike  
Spranger, Iris  
Stock, Heike  
Thölken, Rosemarie  
Ulbricht, Klaus  
Zöllner, E. Jürgen

## Hessen-Nord

Angerhausen, Christa  
 Beusing, Ruth  
 Blau, Jutta  
 Engel, Klaus-Dieter  
 Hofmann, Brigitte  
 Hoppe, Bernd  
 Kappelhoff, Anna-Katharina  
 Kramm, Reiner  
 Matheis, Rudolf

Meßmer, Ullrich  
 Montag, Karl  
 Nolte, Silvia  
 Orth, Ralf  
 Rudolph, Werner  
 Schirmer, Renata  
 Schwank, Hanna  
 Surmann, Peter  
 Wilhelm, Karin

## Hessen-Süd

Buschmann, Irma  
 Dittmar, Ansgar  
 Gasper, Jürgen  
 Glenz, Wolfgang  
 Gnadl, Lisa  
 Grandke, Gerhard  
 Griga, Martin  
 Grüger, Stephan  
 Hillemann, Rolf  
 Jordan, Jörg  
 Kawai, André  
 Koch, Patrick  
 Lambrecht, Christine  
 Leß, Daniela  
 Lopez, Helga  
 Müller, Carsten

Ober, Erika  
 Preißl, Hans  
 Reichenbach, Gerold  
 Reuter, Michael  
 Roth, Ernst-Ewald  
 Schäfer-Gümbel, Thorsten  
 Schmidt, Dagmar  
 Schmitt, Norbert  
 Schöbel, Peter  
 Scholl, Stefan  
 Schuster, Wolfgang  
 Stojkovic, Dzenet  
 Wieczorek-Zeul, Heidemarie  
 Wingerter, Sven  
 Zapf, Uta

## Thüringen

Giesder, Fabian  
 Gleicke, Iris  
 Heß, Petra

Pidde, Michael  
 Schneider, Carsten  
 Schweitzberger, Brita

## Sachsen

Brangs, Stefan  
 Deicke, Liane  
 Homann, Henning  
 Pfeil, Juliane

Schuler, Thomas  
 Stadler, Elke  
 Vogel, Ines  
 Volkmer, Marlies



## Delegierte

### Saarland

Barke, Jürgen  
Fischer-Theobald, Sabine  
Hell, Gabi  
Klug, Astrid  
Meng, Sören  
Rehlinger, Anke  
Ries, Isolde  
Roth, Eugen

Scherer, Petra  
Schweitzer, Stephan  
Staudt, Alfred  
Thul, Sebastian  
Ukrow, Jörg  
Waluga, Günter  
Weber, Volker  
Zieder-Ripplinger, Margriet

### Baden-Württemberg

Ankner, Heidi  
Arnold, Rainer  
Binder, Sascha  
Campolieti, Daniel  
Castellucci, Lars  
Conradi, Peter  
Drobinski-Weiß, Elvira  
Erler, Gernot  
Esken, Saskia  
Fechner, Johannes  
Friedrich, Peter  
Godawa, Angela  
Götzmann, Roman  
Grünstein, Rosa  
Harsch, Daniela  
Jehle, Jochen  
Jenter, Anne  
Juratovic, Josip  
Knauss, Renate  
Kumpf, Ute

Lange, Christian  
Lutz, Udo  
Majer, Thorsten  
Mast, Katja  
Mattes, Anselm  
Mönikes, Jan  
Rass, Harald  
Rebmann, Stefan  
Repasi, Rene  
Rolland, Gabi  
Rosemann, Martin  
Roth, Karin  
Sawade, Annette  
Schirin, Deniz  
Schmidt-Kempe, Beate  
Schwarzelühr-Sutter, Rita  
Sünder, Claudia  
Tauss, Jörg  
Teichmann, Gabriele  
Zirra, Jana

### Bayern

Autolny, Reinhard  
Bante, Bernd  
Barthel, Klaus  
Baumann, Oliver  
Bayer, Sybille  
Beyer, Christian  
Brand, Richard  
Braun, Carolin

Brehm, Thorsten  
Clerkin, Silke  
Döhla, Benedikt  
Dressel, Carl-Christian  
Dullinger, Angelica  
Fischer, Roland  
Flauder, Christina  
Flisek, Christian

Freund, Florian  
 Gierlings, Elisabeth  
 Graf, Angelika  
 Güll, Martin  
 Hagl, Rita  
 Hofmann, Frank  
 Kalteis, Daniel  
 Karl, Annette  
 Kofler, Bärbel  
 Kolbow, Walter  
 Kraus, Annemarie  
 Merzbacher, Jonas  
 Mielentz, Jörg  
 Müller, Ruth  
 Negele, Christine  
 Noichl, Maria  
 Nowotny, Hannedore  
 Pawlovsky, Hans  
 Peitzsch, Wolfgang  
 Petersen, Kathi  
 Pohl, Ralf  
 Rausch, Thomas  
 Roloff, Sebastian

Rösch, Rita  
 Rosner, Dieter  
 Röver, Jens  
 Rupp, Adelheid  
 Rupprecht, Marlene  
 Scales, Dominic Robert  
 Schelberg, Thomas  
 Schrock, Christine  
 Schurer, Ewald  
 Seeger, Rainer  
 Segnitzer, Marion  
 Stauch, Carlo  
 Steiner, Mirjam Beate  
 Tausend, Claudia  
 Teuchner, Jella  
 Vogel, Katja  
 Weikert, Angelika  
 Weiß, Amely  
 Werner-Muggendorfer, Johanna  
 Wolbergs, Joachim  
 Wright, Heidi  
 Zirpel, Michael

## Rheinland-Pfalz

Anklam-Trapp, Kathrin  
 Bätzing, Sabine  
 Barnett, Doris  
 Beutel, Jens  
 Burgard, Dieter  
 Conrad, Jürgen  
 Decker, Ursula  
 Ebli, Friederike  
 Ebling, Michael  
 Geis, Manfred  
 Hartloff, Jochen  
 Hartmann, Michael  
 Heintel, Marcus  
 Hering, Hendrik  
 Herzog, Gustav  
 Huter, Klaus  
 Körper, Fritz Rudolf

Krell, Matthias  
 Kroon, Karla  
 Langner, David  
 Lewentz, Roger  
 Löffler, Fabian  
 Neuser, Norbert  
 Nink, Manfred  
 Pellin, Sonja  
 Pörksen, Carsten  
 Raab, Heike  
 Ramsauer, Günther  
 Reich, Beate  
 Ressmann, Wolfgang  
 Schmitz, Christian  
 Schweitzer, Alexander  
 Steinruck, Jutta  
 Wilhelm, Stephan

## Nordrhein-Westfalen

Albrecht-Mainz, Elia  
Albrecht-Winterhoff, Inge  
Althaus, Manfred  
Arens, Paul  
Baldschun, Katie  
Banschkus, Bernd  
Bas, Bärbel  
Beie, Klaus  
Bell, Dietmar  
Beucher, Friedhelm Julius  
Bittner, Ralf  
Börschel, Martin  
Borek-Fercke, Heike  
Borhart, Dirk  
Büchter, Christian  
Coße, Jürgen  
Daldrup, Bernhard  
Dauskardt, Michael  
Dörr, Patrick Constantin  
Drabig, Franz-Josef  
Drießen-Seeger, Anke  
Eickhoff, Martina  
Erdle, Phillip  
Erdmann, Ole  
Fahrland, Georg  
Felsberg, Peter  
Fry, Marlis  
Gebhard, Heike  
Gerdes, Michael  
Geyer, Jens  
Gießelmann, Helga  
Gliss-Dekker, Ursula  
Groeger, Bernd  
Groschek, Michael  
Grünert, Ralf  
Härtel, Birgit  
Hammelrath, Gabriele  
Heidinger, Michael  
Hellmich, Wolfgang  
Hellwig, Eveline  
Herter, Marc  
Hetmeier, Marita

Hilgers, Heinz  
Hilser, Dieter  
Hinz, Petra  
Hinz, Ute  
Horstmann, Ute  
Hugonin, Monika  
Jäger, Ralf  
Jahl, Armin  
Jahnke-Horstmann, Christa  
Joisten, Christian  
Jost, Ute  
Kaczmarek, Oliver  
Kelm-Schmidt, Sabine  
Kirschenbaum, Erwin  
Knab, Ulrich  
Königs, Ludger  
Kohmann, Anja  
Krämer, Friedhelm  
Kravanja, Rajko Alois  
Krichel-Mäurer, Hermann-Josef  
Küpper, Annegret  
Kumpf, Wolfgang  
Langemeyer, Gerhard  
Latak, Helmut  
Lemm, Renate  
Löhr, Karin  
Lüders, Nadja  
Majewski, Ernst  
Marburger, Otto  
Meiers, Ute  
Meise, Ursula  
Mucks, Jörg  
Müller, Michael  
Müller-Witt, Elisabeth  
Neuendorf, Bernd  
Nietan, Dietmar  
Nolte, Veronika  
Oord, Ilka  
Ossowski, Silke  
Peters, Martin  
Pflug, Johannes Andreas  
Priester-Büdenbender, Petra

Prumbohm, Brigitte  
 Rampe, Carsten  
 Reiner mann, Rosemarie  
 Renner, Stephan  
 Richter, Bärbel  
 Römer, Norbert  
 Roy, Michael Th.  
 Sauerhöfer, Werner  
 Schäfer, Gabriela  
 Schall, Dörte  
 Schiefner, Udo  
 Schlusnus, Peter  
 Schmeltzer, Rainer  
 Schmidt, Jochen  
 Schmidt, Jürgen  
 Schmitz, Uwe  
 Scho-Antwerpes, Elfi  
 Schütten, Rainer  
 Schultheis, Karl  
 Schulze, Svenja  
 Schumann, Michelle

Schwartze, Stefan  
 Servos, Gertrud  
 Sichau, Frank  
 Siggas, Manfred  
 Simmerl, Susanna  
 Simon, Sandra  
 Sippel, Birgit  
 Sorger, Hans-Günter  
 Stein, Frank  
 Stickan, Hartmut  
 Stock, Michael  
 Strässer, Christoph  
 Stratmann, Marita  
 Stucke, Ingo  
 Tacer, Philipp  
 Thiel, Brigitte  
 Trenckmann, Bettina  
 Wagener, Tanja  
 Wallach, Marianne  
 Weber, Jochen  
 Weis, Petra

## Delegierte mit beratender Stimme

### Kontrollkommission

Budde, Katrin  
 Kompe, Gerhard  
 Mattischeck, Heide

Meinhold, Walter  
 Randzio-Plath, Christa  
 Weisskirchen, Gert

### Schiedskommission

Ballhausen, Werner

Brusis, Ilse

### Parteirat

Burkert, Michael  
 Crone, Petra

Delberg-Ziepke, Dörte  
 Dietrich, Sven

## Delegierte

Dunger-Löper, Hella  
Eckner, Stefan  
Fehr, Manfred  
Fikentscher, Rüdiger  
Forster, Hans  
Fuhrmann, Petra  
Goger, Thomas  
Grätz, Sanda  
Graner, Jürgen  
Grun, Thomas  
Güller, Harald  
Günthner, Martin  
Hoffmann, Gudrun  
Hofmeyer, Brigitte  
Kakalick, Gerhard  
Kalus, Steven  
Kutzer, Wolf  
Liebetruth, Dörte  
Lippmann, Utha  
Mattes, Ralf  
Möller, Claus  
Mogg, Ursula  
Ott, Jochen  
Petry, Leo  
Pleiß, Brigitte

Rapkay, Bernhard  
Reichstein, Gabriele  
Roth, Angelika  
Rühl, Kathrin  
Sagasser, Tanja  
Schäfer, Axel  
Schieder, Werner  
Schmidbauer, Horst  
Schmidt, Ulla  
Scholle, Thilo  
Schreier, Wilhelm  
Seidel-Kalmutzki, Karin  
Stapelfeldt, Dorothee  
Stinka, André  
Tanke, Detlef  
Tonn, Gisela  
Unbenannt, Marcus  
van den Berg, Guido  
Vilsmeier, Bernd  
Watermann-Krass, Annette  
Wehrmeyer, Matthias  
Weigle, Sebastian  
Wieczorek, Norbert  
Wörl, Beate

## Bundestagsfraktion

Bartol, Sören  
Beckmeyer, Uwe Karl  
Bollmann, Gerd Friedrich  
Edathy, Sebastian  
Ehrmann, Siggj  
Ernstberger, Petra  
Griefahn, Monika  
Merkel, Petra  
Oppermann, Thomas  
Pries, Heinz-Christoph

Reiche, Steffen  
Reimann, Carola  
Rossmann, Ernst Dieter  
Runde, Ortwin  
Schaaf, Anton  
Schwabe, Frank  
Thönnies, Franz  
Veit, Rüdiger  
Wolff, Waltraud

## Mitglied des europäischen Parlaments

Kammerevert, Petra